

**Marxistische
Arbeiter-
Schule · Schulungszeitschrift**

6,00 DM

DER MARXIST

BLÄTTER DER MARXISTISCHEN ARBEITERSCHULE

**Grundlegende Schulungsartikel
über die Kernfragen des Marxismus.
Zur wirtschaftlichen und politischen Lage.
Wie lerne und unterrichte ich?
Mitteilungen der MASCH.**

**Verantwortlicher Redakteur: Hermann Duncker
Nr. 1/1 Sommer 1931 — Nr. 2/5 Sommer 1932**

**REPRINT
ERLANGEN
1971**

Der Marxist

ist die Schulungszeitschrift der marxistischen Arbeiterschule für den unverfälschten Marxismus.

Sie wendet sich an alle Werktätigen, die die Lehren von Marx, Engels und Lenin kennenlernen wollen.

Die Mitarbeiter der Zeitschrift sind die besten Lehrkräfte der Marxistischen Arbeiterschule u. a.: Dr. Hermann Duncker, Philipp Dengel, Dr. Paul Friedländer, Prof. Alfons Goldschmidt, Prof. Felix Halle, K. Heinz, Dr. Johannes Karl König, Dr. Jürgen Kuczinski, Alfred Kurella, O. Richard, Dr. Wilhelm Reich, Dr. Johann Schmidt, Dr. Karl August Wittfogel usw. usw.

In jeder Nummer werden einige grundlegende Schulungsartikel über die Kernfragen des Marxismus erscheinen, sowie die Rubriken:

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage.

Der Stand des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion.

Wie lerne und unterrichte ich?

Bibliographie des Marxisten.

Mitteilungen der Marxistischen Arbeiterschulen.

Die Zeitschrift erscheint zunächst zweimonatlich, ab Winter 1931/32 monatlich.

Die 32 Seiten umfassende Nummer kostet 20 Pfennig. Die Zeitschrift wird jedem Interessenten gegen Einsendung von 20 Pfennig in Briefmarken sowie 5 Pfennig für Porto postwendend zugesandt. Bestellungen sind an das zentrale Schulbüro der Marxistischen Arbeiterschulen. Berlin SW 48, Wilhelmstraße 20, zu richten.

Marxistische Arbeiter-Schule Schulungszeitschrift

DER MARXIST

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Duncker

**1931 Nr. 1 – 3, 1932 Nr. 1 – 5
Erlangen 1971**

Fünf Jahre nach der Eröffnung der ersten Marxistischen Arbeiterschule — 1926/27 in Berlin — gab es in Deutschland bereits in 30 Städten weitere „MASCH“. Für die Werktätigen, die trotzdem keine der zahllosen MASCH-Kurse besuchen konnten, sowie für den Selbstunterricht allein oder in Kollektiven, waren die zwei Reihen Marxistische Arbeiterschulung — „Politische Ökonomie“ und „Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung“ — in Heftform erschienen. In der letzten Periode der MASCH vor ihrer Zerschlagung durch den Faschismus erschien die Schulungszeitschrift DER MARXIST, die sich an die MASCH-Absolventen wandte, wie an alle Arbeiter, die die Lehren von Marx, Engels und Lenin kennenlernen wollten. Grundlegende Schulungsartikel und ständige Rubriken über die wirtschaftliche und politische Lage, über den Aufbau in der Sowjetunion, über Methoden des Lernens und Unterrichtens prägten den Inhalt dieser Zeitschrift.

Das Politladenkollektiv in Erlangen hat daher nach den Reprintausgaben der beiden Kurse durch das vorliegende Buch auch die Schulungszeitschrift der MASCH wieder zugänglich gemacht.

DER MARXIST

Blätter der Marxistischen Arbeiterschule

Politladen-Reprint Nr. 11

Buchhandlung und Verlag

POLITLADEN GMBH

852 Erlangen, Hindenburgstraße 17

Printed in Western Germany — 1971

ISBN 3-920531-18-3

Druck: Anton Hain KG, Meisenheim/Glan

INHALTSVERZEICHNIS

	Heft	Seite
Dr. Josef Kraus: Was ist Marxismus	1/1	1
Dr. Hermann Duncker: Einführung in das Studium des Marxismus	1/1	7
Zur wirtschaftlichen und politischen Lage		
K. Heinz: Die Krise	1/1	15
O. Richard: Die Sowjetunion in der Periode des Sozialismus	1/1	24
Dr. Johann Schmidt: Fünf Jahre Marxistische Arbeiterschule	1/1	28
Mitteilungen der Marxistischen Arbeiterschulen	1/1	31
Dr. Josef Kraus: Was ist Leninismus	1/2	1
Dr. Paul Massing: Zur Agrarkrise	1/2	9
Dr. Hans Günther: Die Marxsche Werttheorie	1/2	14
Zur wirtschaftlichen und politischen Lage: Die Krise schreitet fort. Welche Aufgaben stellt uns die augenblickliche Situation. K.H.	1/2	19
Marx-Engels zur Kreditkrise	1/2	22
Dr. Jürgen Kuczynski: Über die Entwicklung der Industriearbeiterlöhne in Deutschland	1/2	23
Wie lerne und unterrichte ich? I.: Dr. Hermann Duncker: Wie soll man lesen	1/2	26
Dr. Johann Schmidt: Der Anschlag der Kulturreaktion auf die Berliner Masch und unsere Antwort	1/2	30
Aus dem Lehrplan der Marxistischen Arbeiterschulen für das 1. Wintertrimester Oktober/Dezember 1931	1/2	31
Johann Schmidt: Hegel 1931	1/3	1
Engels-Lenin über die Hegelsche Dialektik	1/3	5
Paul Massing: Die Lage der Klein- und Mittelbauern in Deutschland	1/3	6
Willi Winkler: Zwischen erstem und zweitem Fünfjahrplan	1/3	19
Hans Günther: Die Marxsche Werttheorie (Fortsetzung)	1/3	23
Willi Winkler: Zur Entwicklung der industriellen Reservearmee vor dem Krieg	1/3	30
K. A. Wittfogel: Die 25 Punkte Hitlers	2/1	1
P. Massing: Agrarprogramm und Agrarpolitik der Nationalsozialisten	2/1	13
W. Bogen: Über die Wirtschaftstheorien des deutschen Faschismus	2/1	20
J. Kuczynski: Was ist die Binnenmark	2/1	26
Der kulturelle Aufbau in der Sowjetunion	2/1	27
O. Mücke: Sozialistische Methoden in den Sprachkursen der Masch	2/1	31
Willi Winkler: Der Krieg in China und die imperialistischen Gegensätze im Stillen Ozean	2/2	1
S. Gotow: Die Wirtschaftskrise in Japan	2/2	6

W. Bogen: Die Krise des japanischen Imperialismus und der Krieg in China	2/2	11
Der Marxist und die Wahlen	2/2	16
Diskussion über die gesellschaftliche Lage der Angestellten und ihre Klassenzugehörigkeit	2/2	17
W. W.: Die Entwicklung der industriellen Reservearmee	2/2	26
Die Sowjetunion, von Hermann Remmele	2/2	29
Diskussion zum Artikel über die Marx'sche Werttheorie, von Günther	2/2	30
Theo Neubauer: Nach dem ersten Wahlgang	2/3-4	1
K. A. Wittfogel: Hitlers außenpolitische Programmpunkte	2/3-4	4
Hans Otto: Der Krieg in China und die Stellung des Proletariats zum Kriege	2/3-4	11
Paul Massing: Die Klassengliederung der deutschen Bauernschaft	2/3-4	17
—, Die Klassenzugehörigkeit der Angestellten	2/3-4	24
Hans Günther: Wie lerne und unterrichte ich?	2/3-4	28
K. Heinz: Zur wirtschaftlichen und politischen Lage	2/5	1
Günther Reimann: Die Niedergang des Kapitalismus	2/5	6
Georg Lukács: Goethe und die Dialektik	2/5	13
Carl Niles: Charles Darwin und die marxistische Lehre	2/5	25
Johann Schmidt: Zu den Frühlings- und Sommerplänen der Berliner Masch	2/5	29

Was ist Marxismus?

Von J. Kraus

Was der Marxismus nicht ist.

„Kampf dem Marxismus!“ — das ist die Losung, unter der sich alle Mächte der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung vereinigen. Der Terror der nationalistischen Sturmtrupps, Presseverbote und Gefängnisstrafen für „literarischen Hochverrat“ dienen ebenso dem Kampf gegen den Marxismus wie die zahllosen „gelehrten“ Werke, in denen Jahr für Jahr aufs neue der Marxismus von den offiziellen Leuchten der Wissenschaft „widerlegt“ wird.

Aber die Verfolgungen sind der marxistischen Bewegung, die „Widerlegungen“ der marxistischen Theorie nur gut bekommen. Niemals war der Marxismus so sehr wie in der Gegenwart die unerschütterliche Ueberzeugung, die leuchtende Hoffnung und die mächtige Waffe für Millionen Werktätige in allen Ländern der Erde. Wenn etwas dem Marxismus schaden konnte, so nur der schändliche Verrat an allen seinen Grundsätzen und Erkenntnissen, den die Sozialdemokratie seit dem August 1914 zum Inhalt ihrer Politik gemacht hat. In der „berühmten“ Rundfunk-Diskussion zwischen dem SPD-Professor Nölting und dem Nazi-Theoretiker Feder konnte dieser die theoretischen Weisheiten seines Gegners mit der Bemerkung abtun: „Was wollen Sie mit Ihrem Marxismus? Der Marxismus hat seit zwölf Jahren in Deutschland gezeigt, was er leisten kann!“ In der Tat, wenn heute der Kampf gegen den Marxismus bei einem Teil der verelendeten werktätigen Massen Widerhall findet, so nur deshalb, weil eine Partei, die mit dem Marxismus in Theorie und Praxis längst gebrochen hat, ihre Politik der Knechtseligkeit gegenüber den besitzenden Klassen und des Verrats an allen Interessen der arbeitenden Massen immer noch mit dem Namen des Marxismus zu decken sucht.

Wenn man erklären will, was Marxismus ist, dann muß man vor allem feststellen, daß die sozialdemokratische Koalitionspolitik und das liberal-demokratisch-pazifistische Geschwätz, mit dem eine imperialistisch-faschistische Politik begründet wird, mit dem Marxismus nicht das geringste gemein hat. Will man wissen, wie der Marxismus in der Praxis aussieht, dann darf man nicht die Republik von Weimar betrachten, dann muß man nach der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken sehen, dem Land, in dem die Grundsätze des Marxismus in der Praxis verwirklicht werden, dem einzigen Land, wo infolgedessen in der Zeit der tiefsten Weltwirtschaftskrise die Wirtschaft und das Lebensniveau der Massen einen gewaltigen Aufschwung in einem ungeahnten Tempo nehmen.

Der Marxismus ist wissenschaftlicher Sozialismus.

Unter dem Namen „Sozialismus“ wurden und werden die verschiedensten Heilrezepte verkündet. Wohlmeinende Menschenfreunde haben der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mit ihrer Not und Qual, mit ihrer Planlosigkeit und Widersinnigkeit das Idealbild einer gerechten, auf Solidarität aller Menschen, auf gemeinsamer planmäßiger Arbeit aufgebauten Gesellschaft entgegengestellt. Aber diese „utopischen“ Sozialisten, wie Thomas Morus, Cabet, Owen und Fourier sahen den Weg nicht, durch den der Traum einer besseren Gesellschaftsordnung Wirklichkeit werden kann. Sie hofften auf die Einsicht der Menschen, auf die Einsicht der besitzenden und herrschenden Klasse, der Klasse, die an der Beseitigung der bestehenden Gesellschaft kein Interesse hat.

Heute gibt es zahlreiche „sozialistische“ Quacksalber, die sich allerlei Wundermittel ausdenken, mit denen die leidende Menschheit kuriert werden soll. Häufig sind es ganz bewußte soziale Kurfuscher, Volksbetrüger, die mit Schwindelrezepten die Geschäfte der herrschenden Klasse und zugleich ihre eigenen besorgen. Zu dieser Sorte gehören z. B. verschiedene Nazi-„Theoretiker“, die die Lösung der sozialen Frage durch die Ausgabe einer neuen Währung oder durch die Einführung einer Altersversicherung vorschlagen.

Von allem solchen teils phantastischen, teils schwindelhaften „Sozialismus“ unterscheidet sich der Marxismus grundsätzlich durch die wissenschaftliche Methode, mit der er die sozialistische Zielsetzung begründet. Durch die Untersuchung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ihrer Widersprüche, und der Gesetze, nach denen sich diese Widersprüche ständig verschärfen müssen, wird der Nachweis geführt, daß diese Gesellschaftsordnung zum Untergang verurteilt ist, daß sie von einer höheren, auf dem gesellschaftlichen Verfügungsrecht über die Produktionsmittel beruhenden Gesellschaftsordnung abgelöst werden muß. Diese notwendige Umwälzung vollzieht sich aber nicht von selbst, sondern durch die bewußte Aktion, durch den revolutionären Klassenkampf des Proletariats als derjenigen Klasse, für die der Sturz der Kapitalherrschaft, der Uebergang zum Sozialismus immer mehr im wahren, im bittersten Sinne des Wortes, zur Lebensfrage wird.

Die Notwendigkeit des Uebergangs zum Sozialismus, das ist die Not der werktätigen Massen, denen der Kapitalismus keine Lebensmöglichkeit mehr gibt.

Vor Entstehung des Marxismus gingen Arbeiterbewegung und sozialistische Theorie getrennte Wege. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich im wesentlichen als eine gewerkschaftliche Bewegung, die sich mit dem Kampf um die Besserung der Arbeitsbedingungen im Rahmen des Kapitalismus begnügte. Sie lebte von der Illusion, daß die Besserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus möglich sei und diente insofern dem bürgerlichen Zweck der Aussöhnung der Arbeiterklasse mit der kapitalistischen Gesellschaft. Die sozialistische

Theorie hingegen entwickelte sich in den Köpfen von Philosophen und Oekonomen als ein Luftgebilde, als reine Idee ohne reale politische Wirkungskraft und Bedeutung. Erst die Verbindung der spontan entstandenen Arbeiterbewegung mit der Theorie des Marxismus schuf die moderne revolutionäre kommunistische Bewegung, die daran geht, das große historische Ziel der Arbeiterklasse, die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung in die Tat umzusetzen

Der Marxismus ist materialistische Weltanschauung.

Max Adler bemüht sich, in seinem neuesten Machwerk über den historischen Materialismus nachzuweisen, daß der Marxismus keine Weltanschauung sei. Die Begründung dieser Behauptung ist sehr merkwürdig. Der Marxismus — sagt Max Adler — ist eine Wissenschaft, Weltanschauung aber hat nichts mit objektiver Wissenschaft gemein, sondern ist Sache des Gefühls, der Subjektivität.

In dieser Meinung des sozialdemokratischen Theoretikers kommt die bürgerliche, idealistische Auffassung zum prägnanten Ausdruck. Nach dieser heute in der ganzen bürgerlichen Welt vorherrschenden Auffassung ist die Erkenntnis der Welt als eines Ganzen für den Menschen als endliches Wesen unmöglich. Die Wissenschaft soll nur dazu dienen, auf verschiedenen Einzelgebieten Einzelerkenntnisse von praktischer Bedeutung zu gewinnen. Das Wesen der Welt aber, die Stellung des Menschen in ihr, seine Bestimmung, das ist der höheren göttlichen Weisheit vorbehalten. Die einen verweisen auf die Offenbarungen der Religion, die anderen auf irgend welche mystischen Eingebungen, die ehrlichsten von den bürgerlichen Denkern begnügen sich mit der Einsicht, „daß wir nichts wissen, nichts wissen können.“

Dem Marxismus als der Weltanschauung der aufstrebenden revolutionären Klasse ist die müde, verzweifelte Resignation fremd. Das Dogma von der Unerkennbarkeit der Welt beruht auf der Trennung und Gegenüberstellung des denkenden Geistes und der materiellen Welt. Der Geist aber ist nicht, wie die Religion und Metaphysik lehren, ein Gespenst aus dem Jenseits, das in den Kerker des Körpers verirrt, von der wahren Welt abgeschlossen ist, sondern ein Produkt, ein Teil der Natur. Daher ist ihm die Welt, die Natur oder was dasselbe ist, die Materie, nicht unzugänglich, nicht ein undurchdringliches Geheimnis, sondern in einem unendlichen Prozeß der Annäherung an die Wahrheit erkennbar.

Wenn die idealistischen Philosophen auf das für sie unlösbare Problem gestoßen sind, ob es denn überhaupt eine materielle Welt, eine Welt außerhalb des Geistes, eine vom Denken unabhängige Wirklichkeit gibt, ob die Wirklichkeit, die wir wahrnehmen und in der wir wirken, in Wahrheit existiert, so zeigt das nur, daß die „Wahrheit“ des Idealismus mit der Wirklichkeit nichts gemein hat.

Der Marxismus ist Einheit von Theorie und Praxis.

„In der Praxis — sagt Marx in den berühmten Thesen über Feuerbach — muß der Mensch die Wahrheit, das heißt,

die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit eines Denkens, das sich von der Praxis isoliert, ist eine rein scholastische Frage.“

(Engels: Feuerbach, Seite 74).

In diesen einfachen, aber tiefen Sätzen liegt der Schlüssel zu dem Problem der Erkenntnistheorie, über das sich bürgerliche idealistische Philosophen seit Jahrzehnten vergeblich den Kopf zerbrochen haben. Wenn wir durch die naturwissenschaftliche Erkenntnis wissen, wie sich der Dampf unter verschiedenen Bedingungen verhält, dann können wir eine Dampfmaschine betreiben. Wenn wir alle möglichen Wirkungsweisen des Dampfes kennen, wo bleibt dann noch das unerforschliche „wahre Wesen“ des Dampfes, nach dem die Philosophen fragen?

Genau so steht es mit der Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft. Der Mensch ist ein Teil der Natur, ein Produkt der Entwicklung der Natur. Der Mensch als gesellschaftliches Wesen ändert sich mit der Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Grundlage der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft aber ist der Arbeitsprozeß, der Produktionsprozeß, in dem die Menschen das zum Leben Notwendige erzeugen. Auf dieser Grundlage der **materialistischen Geschichtsauffassung** ist es möglich, nicht nur die Entwicklung in der Vergangenheit zu erklären, sondern auch die künftige Entwicklung vorauszusehen und daher dem planmäßigen Handeln in der Gesellschaft eine wissenschaftliche Grundlage zu geben.

„Die Philosophen — sagt Marx in den Thesen über Feuerbach — haben die Welt nur verschieden interpretiert (d. h. erklärt), es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

Ein Wissen von der Gesellschaft, das uns nicht instand setzt, die Gesellschaft zu ändern, wäre ein totes, nutzloses Scheinwissen. Die Praxis der gesellschaftlichen Veränderung, d. h. die revolutionäre Praxis, ist zugleich Prüfstein und Bestätigung der revolutionären Theorie des Marxismus.

Die Entwicklung gewaltiger, Millionen umfassender proletarischer Klassenkampforganisationen in allen Ländern ist das Ergebnis der revolutionären Praxis, der marxistischen Agitation und Organisationsarbeit unter den Massen, aber zugleich eine Bestätigung der marxistischen Theorie, die bereits vor mehr als 80 Jahren voraussah, daß das Proletariat auf Grund seiner Zusammenballung in den Großbetrieben, durch den Druck der Not, die zu gemeinsamem Handeln zwingt, sich durch die Partei zur Klasse konstituieren, zur führenden Kraft der Gesellschaft werden würde. Der **Zusammenbruch des Kapitalismus**, den Marx und Engels voraussahen, hat bereits seit dem Oktober 1917, mit der Vernichtung des Kapitalismus auf einem Sechstel der Erde begonnen. Auch hier wurde, was die Theorie bewiesen hat, durch die revolutionäre Praxis bestätigt.

Die Lehre vom proletarischen Klassenkampf und von der Diktatur des Proletariats.

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, setzte sich in seiner Nummer vom 24. November 1929 mit den Angriffen Hugenburgs gegen den Marxismus auseinander und verteidigte dabei die sozialdemokratische Politik in folgender Weise:

„Der Marxismus ist eine sehr ernste Angelegenheit der Wissenschaft . . . Aber er ist **kein politischer Begriff**. Sozialdemokratische Politik ist etwas, was mit dem Marxismus in Zusammenhang steht, aber dieser Zusammenhang ist stark umstritten und nur als Gegenstand gelehrter Untersuchungen erfaßbar.“

Es bedarf keiner besonderen „gelehrten Untersuchung“, um schon aus diesem Sätzchen zu beweisen, daß die sozialdemokratische Politik mit dem Marxismus nichts gemein hat. Der SPD-Gelehrte erklärt, der Marxismus sei kein politischer Begriff, weil er eine ernste Angelegenheit der Wissenschaft ist. Das heißt also, daß die Politik mit ernster Wissenschaft nichts gemein hat. Das ist eine zutreffende Kennzeichnung der sozialdemokratischen Konjunkturpolitik, die nur bis zur nächsten Reichstagswahl denkt und deren ganzes politisches Streben auf eine möglichst große Rolle innerhalb des kapitalistischen Staates gerichtet ist, dessen festeste Stütze sie darstellt.

In demselben Artikel des „Vorwärts“ verrät der Verfasser, wie er den Marxismus auffaßt, indem er sagt:

„Wer ist noch so blind, die ungeheure Bedeutung der Klassenkämpfe in der Entwicklung der Menschheit zu übersehen?“

Der „Vorwärts“-Gelehrte ist also der Meinung, daß es schon Marxismus ist, wenn man die Existenz von Klassen und Klassenkämpfen anerkennt. Diese Sorte von „Marxismus“ ist allerdings nicht nur mit jeder Art des Reformismus, sondern auch mit dem **Faschismus absolut verträglich**. Auch in der italienischen Arbeitsgesetzgebung ist die Existenz von Klassen mit verschiedenen Interessen anerkannt. Darum werden ja gesonderte Syndikate (d. h. Gewerkschaften) der Arbeiter und der Unternehmer gebildet, und durch die Korporationen zu gemeinsamer Arbeit unter Staatsaufsicht verpflichtet. In dieser Form wird der faschistische Grundsatz verwirklicht, daß die Interessen der Klassen den sogenannten „nationalen“ Interessen unterzuordnen sind. Die gleiche Auffassung vom Klassenkampf haben auch die sozialdemokratischen Verfälscher des Marxismus.

Das Wesentlichste am Marxismus in dieser Frage ist aber die Erkenntnis der **Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze** und der daraus hervorgehenden Notwendigkeit der **Diktatur des Proletariats** als Uebergangsform zur Vernichtung der Klassen. Das hat Marx selbst mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. In einem Brief an Weydemeyer aus dem Jahre 1852 erklärt er:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche

Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sei, 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe, 3. daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“

(Zitiert bei Lenin „Staat und Revolution“, Elementarbücher des Kommunismus, Band 10, Seite 32.)

Hier hat Marx mit der größten Prägnanz hervorgehoben, was er selbst als das Wesentlichste seiner politischen Theorie ansah. Es ist klar, daß nach dieser Erklärung die Sozialdemokratie als grundsätzliche Gegnerin der proletarischen Diktatur und begeisterte Anhängerin der Diktatur des Kapitals in der Form der bürgerlichen Demokratie keinen Anspruch darauf erheben kann, als marxistisch zu gelten. Selbst wenn die bürgerliche Demokratie sich zur offen faschistischen Diktatur umwandelt, bleibt die Sozialdemokratie eine treue Stütze der Kapitalsdiktatur, während sie der Proletarier-Diktatur unversöhnlich gegenübersteht.

Der Leninismus — der Marxismus unserer Epoche.

Da die Welt, Natur und Gesellschaft, in ständiger Veränderung, in ständiger Entwicklung begriffen ist, kann es keine abgeschlossene Wissenschaft geben. Mit der Veränderung der Verhältnisse tauchen immer neue Probleme auf, die neue Lösungen erfordern.

Wenn wir uns als orthodoxe Marxisten bekennen, wenn wir betonen, daß die Grundsätze und Denkmethode, die Marx und Engels entwickelt haben, vollkommen richtig, durch die Erfahrung bestätigt sind, und keinerlei Revision notwendig ist, so bedeutet das keineswegs, daß die marxistische Theorie in den Schriften von Marx und Engels abgeschlossen vorliegt, daß sich die marxistische Erkenntnis auf Zitate aus den Schriften der Begründer des Marxismus beschränken kann.

Neue Probleme von weittragender Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung entstanden an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts mit dem Uebergang von der freien Konkurrenz zum Monopol, von der Herrschaft des Industriekapitals zur Herrschaft des Finanzkapitals, mit dem Anbruch des Imperialismus, der das Zeitalter der großen Kriege und Revolutionen ist.

Diese neuen Probleme nach den Grundsätzen des Marxismus analysiert und geklärt zu haben, ist ein Teil des großen historischen Verdienstes Lenins, der nicht nur der größte praktische Führer der proletarischen Revolution, sondern auch der größte Theoretiker der modernen Arbeiterbewegung nach Marx und Engels gewesen ist.

„Der Leninismus — erklärt Stalin — ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.“

Es besteht daher keinerlei Gegensatz zwischen Marxismus und Leninismus, sondern vielmehr eine untrennbare Einheit. Da Lenin, und nur Lenin, die Grundprobleme unserer Epoche mit Hilfe der großen Erfahrungen der drei russischen Revolutionen und der ersten proletarischen Diktatur in einem gewaltigen Lande gelöst hat, ist ein anderer Marxismus als der leninistische in unserer Zeit unmöglich. Man kann gegenwärtig nicht Marxist sein, wenn man nicht Leninist ist.

Einführung in das Studium des Marxismus

Von Dr. H. Duncker

I. Einleitung.

Müssen wir vorausschickend noch besonders begründen, daß der Marxismus des Studiums wert ist?

In einer Zeit des totalen Bankrotts aller bürgerlichen Weltanschauungen, in einer Zeit, in der sich der geängstete, hilflose „Geistes-Mensch“ wieder in den Schoß der mittelalterlichen Kirche flüchtet, und das Haupt der katholischen Christenheit in geradezu grotesken Rundbriefen dokumentiert, daß es nicht von dieser Welt ist, in einer Zeit, in der alles fest Geglaupte im Wirbel sprunghafter Entwicklung jählings dahinschießt, Millionen selbst die schmalste Lebensbasis schwindet, und die herrschende Klasse ausrufen kann: Mit uns die Sintflut! — in einer solchen Zeit ist eine festgefügte, in sich geschlossene, wissenschaftlich fundierte Weltanschauung, die die Gegenwart begreifen und die Zukunft erkennen läßt, von größter Lebenswichtigkeit. Daß aber gerade der Marxismus diese Weltanschauung ist, bezeugt sowohl der vereinte Sprechchor seiner wütenden Gegner, vom Papst bis Hitler, von Wirth bis Severing, wie auch die Tatsache, daß die welthistorische, erste Durchbrechung der kapitalistischen Front durch die proletarische Revolution in der Sowjetunion einzig unter der roten Fahne des Marxismus erfolgt ist.

Aber zwischen den reaktionären Anti-Marxismus und den revolutionären Marxismus, die sich often als Todfeinde gegenüberstehen, schiebt sich noch der reformistische Pseudo-Marxismus: der hinterhältige Angriff auf den Marxismus unter der Maske des Marx-Freundes. Da muß man schon in das innere Wesen des Marxismus eingedrungen sein, um Original und Surrogat, Wahrheit und Fälschung sicher unterscheiden zu können. Man kommt also um ein ernsthaftes Studium des Marxismus nicht herum.

Zuerst gibt es da aber noch den sehr verbreiteten Irrtum zu bekämpfen, als ob der Marxismus durch wissenschaftliches, literarisches Studium vollat errungen werden kann. Der Marxismus ist nicht nur in den Büchern und Schriften von Marx und Engels und ihrem größten Schüler Lenin niedergelegt, sondern er ist vor allem auch in der Bewegung des klassenbewußten Proletariats verkörpert. So ist Marxismus Theorie und Praxis zugleich. Das bekannte Leninsche Wort: „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“, kann man auch so lesen: ohne revolutionäre Bewegung keine revolutionäre Theorie! Und das heißt, auf den einzelnen

angewandt, du kannst dir den Marxismus nicht ausschließlich durch wissenschaftliches Studium, Bücher und schulmäßige Unterweisung zu eigen machen, du mußt auch mit beiden Füßen in die Praxis der marxistischen Bewegung hineinspringen. Es ist der Rhythmus der proletarischen Massenbewegung, der dich mit fortreißen muß, es ist die Praxis des sozialen, des politischen und ökonomischen Geschehens, die du aktiv mitmachen mußt, um den Lebenswert der marxistischen Lehre zu erkennen.

„In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, das heißt, die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.“ (2. Feuerbach-These, siehe Marx-Engels, „Ueber historischen Marxismus“, Teil I, Seite 51.)

Das ist die Bedeutung der revolutionären, der praktischen-kritischen Tätigkeit für das Studium des Marxismus. Gerade sein Losgelöstsein von der revolutionären Massenbewegung läßt den intellektuellen kleinbürgerlichen Außenseiter trotz allem noch so ehrlichen Studium nicht zum Marxisten werden. Er bleibt marxistischer Individualist, während doch erst dem Kommunisten sich die grundsätzliche Einheit vom marxistischen Wissen und Schaffen offenbart, und daher nur in ihm der Marxismus wahrhaft lebendig werden kann.

Sind wir uns erst einmal über diese grundsätzliche Einheit klar geworden, so kann kein Schaden daraus entstehen, wenn wir uns zeitweilig auf die Behandlung der einen Seite im Erwerb des Marxismus beschränken. Das heißt, wir betrachten in folgendem nur die Seite des marxistischen Studiums, die sich aus der Durcharbeitung der Schriften von Marx, Engels und Lenin ergibt. Natürlich kann es sich hier auch nur um eine Anregung, eine vorbereitende Einführung handeln.

II. Der Marxismus als Ganzes und seine Teile.

Schon bei der Erörterung der Grundfrage: Was ist der Marxismus? müssen wir gewisse irrige Antworten zurückweisen. Da der Pseudo-Marxismus — und das ist in erster Linie der Reformismus — im besten Falle nur einzelne Sätze des Marxismus anerkennen will, geht er davon aus, den Marxismus selbst als ein Stückwerk, als ein wissenschaftliches Einzelstück zu betrachten. So ist ihm der Marxismus etwa nur Forschungsmethode oder eine Spezialwissenschaft (vielleicht Ökonomie oder etwas breiter gefaßt, Soziologie). Da hatte aber seinerzeit schon der alte Bebel den wahren Sachverhalt bei weitem richtiger gesehen und in die Worte gekleidet:

„Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“

Was Bebel hier Sozialismus nennt, ist als wissenschaftlicher Sozialismus oder Kommunismus nichts anderes als Marxismus. Der Marxismus ist eben nicht eine x-beliebige Einzelwissenschaft, sondern die Universalwissenschaft, oder populär gesprochen, eine Weltanschauung. Denn die marxistische Weltanschauung ist keine Wolkenkuckuckshaus-Spekulation, keine Spintisiererei und Hirnweberei aus mystischen Urgründen und überweltlichen Ideen, sondern die wissen-

schaftliche Weltanschauung des dialektischen Materialismus, in der sich der Mensch über Wesen und Entwicklung der ihn umgebenden Erscheinungswelt wissenschaftlich klarzuwerden sucht.

Indem ich irgendwelche Tatsachen und Tatsachenkomplexe unter folgenden Gesichtspunkten betrachte:

erstens materialistisch (das heißt in ihrer natürlichen Bedingtheit und Wesenheit, also ohne übernatürliche Glaubenssätze und jenseitige Voraussetzung),

zweitens dialektisch (das heißt in ihrem revolutionären, sprunghaften Entwicklungsprozeß), also nicht als starre, unveränderliche Gegebenheit,

drittens proletarisch-kommunistisch (das heißt in ihrer Auswirkung und Auswertung für den proletarischen Befreiungskampf),

so habe ich sie „marxistisch“ betrachtet, wozu aber, wie wir bereits sahen, noch kommen muß, daß ich nicht nur „betrachtend“ verbleibe, nicht nur begreife, sondern auch tätig ein- und angreife. Der Marxismus ist insofern nicht nur Weltanschauung, sondern Weltveränderung:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ (11. Feuerbach-These, siehe Marx-Engels „Ueber historischen Marxismus“, Teil I, Seite 53.)

Aus der Betonung der Weltveränderung im Marxschen Schaffen geht schon hervor, daß der Schwerpunkt des Marxismus nicht in Naturforschung, sondern in der Gesellschaftsforschung liegt. Da alle ernsthaftige Gesellschaftswissenschaft (Soziologie) in erster Linie Geschichtswissenschaft ist, ergibt sich uns die materialistische Geschichtsauffassung als der wichtigste Teil der marxistischen Weltanschauung.

Es ist für das Studium des Marxismus geradezu unerläßlich, im Marxismus gewisse Hauptgebiete zu unterscheiden. Lenin hat in seinem sehr lesenswerten populären Aufsatz „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ (1913*) die Philosophie, die Ökonomie und den Sozialismus als solche drei Bestandteile dargestellt. Wir müchten in Anlehnung an diese Einteilung, die bereits auf Engels zurückgeht (siehe Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, S. 7), den philosophischen, ökonomischen und politischen Marxismus unterscheiden. Nur darf man nie vergessen, daß diese drei Gebiete nicht in gleicher Weise nebeneinander geordnet stehen. Der philosophische Marxismus stellt ja eigentlich bereits das Ganze des Marxismus dar. Aus der Grundlehre des philosophischen Marxismus ergibt sich erst das besondere Gewicht, das auf die Aufdeckung der ökonomischen Grundlage bei allen gesellschaftlichen Erscheinungen gelegt werden muß. Daher erstreckte sich die wissenschaftliche Hauptarbeit von Marx auf spezielle ökonomische

*) Abgedruckt im Anhang zu Lenins: Karl Marx (Kleine Leninbibliothek, Band I, 1931, S. 56—63).

Untersuchungen (Marx, das Kapital). Und insoweit rechtfertigt sich nun auch die Hervorhebung des ökonomischen Marxismus als eines besonderen Hauptteiles. Die ökonomische Kritik ist für Marx jedoch nur Mittel zum Zweck. Dieser Zweck aber — die Befreiung des Proletariats — ist eine ausgesprochen politische Aufgabe. Und somit haben wir den politischen Marxismus als dritten Abschnitt. Die Grundlehren des politischen Marxismus erwachsen natürlich auch unmittelbar aus dem Studium der marxistischen Welt- und Geschichtsauffassung. Im historischen Materialismus steht ja das Wesen der Klasse, des Klassenstaates und des Klassenkampfes im Mittelpunkt aller Untersuchung. Daher kann man auch das Studium des politischen Marxismus sogleich an die Durcharbeitung des ersten Abschnittes (philosophischer Marxismus) anschließen.

Einen guten Ueberblick über den Gesamtinhalt des Marxismus finden wir bei Lenin in seinem 1914 für ein russisches Lexikon geschriebenen Aufsatz „Karl Marx“ (jetzt abgedruckt in Band 1 der kleinen Lenin-Bibliothek: Lenin, Karl Marx [1931], auch die größere Streitschrift von Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, gibt einen Gesamtumriß des Lehrgebäudes des Marxismus, wenn da natürlich auch besonders die Teile in den Vordergrund geschoben worden sind, in denen sich eine Richtigstellung der Dühringschen Irrtümer notwendig machte.

III. Der philosophische Marxismus (dialektischer Materialismus).

Wollen wir die Weltanschauung des Marxismus kennen lernen, so haben wir uns zuerst mit dem Gegensatz Idealismus und Materialismus zu befassen. Es ist das nichts anderes als die Gegenüberstellung aller übernatürlichen Weltbilder und der natürlichen Weltanschauung. Marx hat einmal (sicherlich auch im Rückblick auf seine eigene Entwicklung) gesagt: Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik. (1844) (Ueber historischen Materialismus, Teil 1, S. 16). Auch der geistige Entwicklungsgang von Engels, wie er durch seine Jugendbriefe illustriert wird, zeigt anschaulich, in wie unablässiger, zum Teil geradezu quälender Selbstkritik der religiös erzogene Jüngling zum atheistischen Materialisten wurde. Dem Manne, der ihm — wie Marx — in diesem Werdegang einen entscheidenden Anstoß gegeben hat, hat Engels in seinem Büchlein „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie“ (1886), ein unvergängliches Denkmal gesetzt. In dieser Schrift und in Engels „Anti-Dühring“ (Engels „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ ist ein Auszug der wichtigsten Kapitel dieser Schrift!) finden wir die ausführlichste Darstellung der Weltanschauung des Marxismus. Eine wesentliche Ergänzung nach der naturwissenschaftlichen Seite hin brachte die Veröffentlichung eines großen Fragments aus Engels' Nachlaß: Dialektik und Natur (s. Marx-Engels-Archiv II. Band, 1927). Die Stellung des Marxismus zur Religion wird erschöpfend und populär beleuchtet in dem kleinen Büchlein von Lenin „Ueber Religion“. (Kleine Lenin-Bibliothek, Band 4.)

Der Materialismus von Marx und Engels ist kein metaphysisches Hirnsgespinnst — wie das Max Adler und andere glauben machen wollen —, es werden da keinerlei Spekulationen, keine phantastischen Aussagen über verborgene Qualitäten des Weltstoffes usw. gemacht. Die Weltwirklichkeit als objektive Realität, das ist der einfache und klare Ausgangspunkt der „materialistischen“ Betrachtung von Marx-Engels. So kennzeichnete auch Lenin den Sachverhalt in seiner großen Streitschrift „Materialismus und Empiriokritizismus“ (109) in dem Satz: „Die Anerkennung der objektiven Gesetzmäßigkeit der Natur und der annähernd richtigen Widerspiegelung dieser Gesetzmäßigkeit im Kopf des Menschen ist Materialismus“ (S. 145). In der Entwicklung der Weltwirklichkeit, insbesondere der sogenannten belebten Natur, sehen wir die Stufenfolge auch der geistigen Erscheinungen auftauchen: das materielle Sein bedingt alles Geistige.

Gegenüber der Behauptung (von Adler u. a.), daß der Marxismus keine erkenntniskritische Einstellung besäße, daß ihm der Kantsche Standpunkt nicht klar geworden sei, wonach alles Erkennen nur beschränktes subjektives Erkennen sein, wird gerade die Lektüre der Schrift von Engels über Feuerbach in Verbindung mit Marx' Feuerbach-Thesen*) zur Genüge erweisen, daß sich Marx und Engels sehr wohl über die Relativität der menschlichen Einzelerfahrung klar gewesen sind, daß sie aber andererseits auch anerkannten, daß alle Fehlschlüsse einer in die Irre gehenden Subjektivität in steigendem Maße durch die menschliche Praxis, das heißt durch die gesellschaftliche Entwicklung selbst, korrigiert werden. Der Materialismus von Marx und Engels bekommt daher sein besonderes und entscheidendes Gesicht durch die Dialektik, denn das ist die Lehre von der ständigen revolutionären Entwicklung alles Seins (in der Natur, Geschichte und Denken). Man lese darüber vor allem das 2. Kapitel in Engels „Entwicklung des Sozialismus usw. S. 23 ff. Wichtig ist, daß der Entwicklungsbegriff des Marxismus nicht nur gleichförmig-stetige Veränderungen kennt, sondern daß er in den sprunghaft auftretenden Entwicklungsmomenten entscheidende Knotenpunkte der Entwicklungslinie erblickt. Revolutionen sind also Teilstücke der Evolution!

Am häufigsten haben sich natürlich Marx und Engels über den wichtigsten Teil ihrer Weltanschauung, über ihre revolutionäre Geschichtsauffassung ausgesprochen. In dem Quellenbuch: Marx-Engels „Ueber den historischen Materialismus“, Teil 1 und 2, sind die wichtigsten Stellen aus allen ihren Schriften zur Veranschaulichung der Geschichtsauffassung von Marx-Engels vereinigt worden, zusammen mit noch sieben größeren Aufsätzen von ihnen, die Grundgedanken des historischen Materialismus aussprechen. Von überragender Bedeutung ist dabei der von Marx und Engels 1845/46 gemeinsam ver-

*) Diese äußerst wichtigen 11 Aphorismen von Marx finden sich in Engels Feuerbach, S. 73 ff., in Marx-Engels: Ueber historischen Materialismus I, Seite 61 ff.

faßte erste Teil der deutschen Ideologie (Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung). Aus dem 2. Teil des Quellenbuches dürften die Leser in erster Linie interessieren die Briefe von Engels über historischen Materialismus (1890/1894), und vor allem das berühmte, nicht oft genug zu lesende Vorwort von Marx zur Kritik der politischen Ökonomie (1859).

IV. Der ökonomische Marxismus.

Der ökonomische Marxismus liegt in den großen ökonomischen Hauptwerken von Marx: das „Kapital“, und die „Theorien über den Mehrwert“, in systematischem Aufbau vor. Doch der Leser wird da gut tun, sich zuerst einmal aus den beiden kleineren Schriften von Marx: „Lohnarbeit und Kapital“ und „Lohn, Preis und Profit“, die ökonomischen Grundlehren des Marxismus herausarbeiten. Eine Unterstützung dabei gibt Hermann Duncker im „Wegweiser zum Studium der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx“. (2. Auflage 1931). Aus den dort im Anhang abgedruckten Besprechungen des I. „Kapital“-bandes aus der Feder von Engels und des II. und III. Bandes von Rosa Luxemburg gewinnt der Leser sodann eine gute vorläufige Uebersicht über das Hauptwerk von Marx. Marx selbst hat einmal einem wenig wissenschaftlich geschulten Freunde den Rat gegeben, zuerst das 8., 11., 12., 13. und 24. Kapitel des I. Bandes zu lesen. Aber man sollte doch nicht davon ablassen, auch das ganze Werk in seinem mächtigen Aufbau auf sich wirken zu lassen und sich den Eingang durch die gewöhnlich nicht ganz leicht zu erschließende Pforte der ersten Kapitel („Ware und Geld“) zu erzwingen.

Alle ökonomischen Untersuchungen von Marx drehen sich im wesentlichen um zwei Punkte, die auch heute noch den Ausgangspunkt jeder grundsätzlichen Kritik des Kapitalismus bilden müssen:

1. Worin besteht die kapitalistische Ausbeutung?
2. Was ist der Weg der kapitalistischen Entwicklung?

Die Entschleierung des Geheimnisses vom Mehrwert nennt Engels die eine Großtat, durch die der Sozialismus eine Wissenschaft wurde. Es ist ja keine Frage, daß das Wesen der Ausbeutung in überaus geschickter Weise im Mechanismus des kapitalistischen Systems versteckt ist. Daß diese ungeheure Produktionsmaschine des Kapitalismus einzig durch die Knochen von Millionen und aber Millionen Proletariern geheizt wird, das wollen viele Proletarier noch nicht einsehen und befinden sich doch selbst bereits in dem feurigen Ofen. Es ist eben die Hauptaufgabe des Reformismus, die kapitalistische Ausbeutung zu verhüllen (siehe darüber Linde, „Lohntheorie und Lohnpolitik der Sozialdemokratie“ 1931.) Die ganze sozialdemokratische und gewerkschaftliche Lohntheorie ist ein ebenso blödes wie gemeingefährliches Anti-Marx-Sammelsurium.

Der 2. Hauptangriffspunkt des Marxismus gegen den Kapitalismus bezieht sich auf die zwangsläufige Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Tatsache, daß die Güterproduktions-

maschine des Kapitalismus ökonomisch immer rückständiger, unproduktiver und für die Gesellschaft ruinierender wird, das ist Marx Lehre von der Akkumulation des Kapitals, die sowohl die Verelendungstheorie wie die Zusammenbruchstheorie in sich faßt. Eine wissenschaftliche Untersuchung, die jetzt in der Zeit der fürchterlichsten Krise, die je in der Welt getobt hat, von ganz besonderem Interesse für jeden Werktätigen ist. Die Akkumulation des Kapitals mußte mit innerer Notwendigkeit den Kapitalismus in seine allgemeine Krise hineintreiben, die aber in ihrer schärfsten Zuspitzung für das Proletariat zum Ausgangspunkt seiner Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus werden wird. Einen meisterhaften Ueberblick über die Gesamtlinie der ökonomischen Entwicklung gibt das 3. Kapitel von Engels „Entwicklung des Sozialismus“ (S. 33 ff.).

V. Der politische Marxismus.

Hier warten auf den Leser die Fülle der größeren und kleineren politischen Zeit- und Streitschriften von Marx und Engels: „Das kommunistische Manifest“, „Grundsätze des Kommunismus“, „Die Inaugural-Adresse“, die „Klassenkämpfe in Frankreich“, „Der 18. Brumaire“, „Revolution und Konterrevolution“ (behandelt die deutschen Ereignisse von 1848), „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ und vor allem Lenins „Staat und Revolution“, „Der Imperialismus“, der „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ und „Ueber den Reformismus“^{*)}. Wertvolle Fingerzeige geben auch die beiden Kritiken von Marx und Engels am Gothaer Programm (1875) und von Engels am Vorentwurf zum Erfurter Programm (1891). (Sie sind als „Programm-Kritiken“ in einem Bändchen zusammen mit einer größeren Anzahl politischer Beurteilungen und Ratschläge von Marx und Engels in ihrem Kampf gegen den politischen Opportunismus in der alten deutschen Sozialdemokratie vereinigt worden.) Der politische Marxismus gipfelt in der Lehre vom proletarischen Klassenkampf und seinem Ziel: die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Alle historischen Darstellungen von Marx und Engels sind in erster Linie Klarlegungen bestimmter Klassenverhältnisse, die erst die politischen Formen und Zielsetzungen begreifen lassen. (Siehe z. B. Engels: „Der deutsche Bauernkrieg“). Für den Marxisten sind alle diese Schriften prachtvolles Anschauungs- und Beweismaterial für die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Anwendung des politischen Marxismus auf die Gegenwart zeigt ausgiebig das Programm der Kommunistischen Internationale (1928).

VI. Zum Abschluß.

Das Studium des Marxismus wird sich in erster Linie durch eine Lektüre ausgewählter Schriften von Marx, Engels und Lenin voll-

^{*)} Lenin behandelt hier in 2 Artikeln aus den Jahren 1915 und 1916 den reformistischen Zusammenbruch der II. Internationale. Die erste grundlegende Auseinandersetzung mit der Theorie des Reformismus siehe bei Rosa Luxemburg: „Sozialreform oder Revolution“ (1899, Neuauflage 1919).

ziehen, wobei die vorliegende Literatur nach ihren besonderen Schwierigkeits- und Wichtigkeitsgraden, in gewisse konzentrische Studienkreise einzuordnen ist. In der **ersten Stufe** werden wir vor allem zu berücksichtigen haben: Engels „Entwicklung des Sozialismus“. Lenin „Ueber Religion“, Marx „Lohnarbeit und Kapital“ und „Lohn, Preis und Profit“, Marx-Engels „Das kommunistische Manifest“, Engels „Die Grundsätze des Kommunismus“, (ein in Fragen und Antworten aufgebauter Vorentwurf zum kommunistischen Manifest) und Lenin „Staat und Revolution“; als politische Ergänzung dazu das Programm der Kommunistischen Internationale. Bei einem **zweiten** Anlauf wird man zweckentsprechend hinzunehmen die Lektüre von Engels „Feuerbach . . .“, Marx-Engels „Ueber den historischen Materialismus“, Engels „Kleine ökonomische Aufsätze“, Marx: den ersten Band des „Kapital“, Lenin: „Imperialismus“*) und „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“(**), Stalin, Probleme des Leninismus. Marx-Engels „Programm-Kritiken“, Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (Marx' berühmte Denkschrift über die Pariser Kommune 1871). Bei einer **dritten** noch umfangreicheren Wanderung durch das Gebiet des Marxismus würde man dann auch hineinziehen Lenins sehr umfangreiche Kampfschrift gegen allen offenen und versteckten Idealismus in der modernen Philosophie „Materialismus und Empirio-kritizismus“ (erschienen 1909), den 2. und 3. Band von Marx' „Kapital“, die übrigen historischen Schriften von Marx und Engels (Engels, „Der deutsche Bauernkrieg“ usw.). Natürlich haben wir hier aus der Fülle des Schrifttums von Marx, Engels und Lenin, bei weitem nicht alles nehmen können. Es ist klar, daß man auch aus den anderen, hier nicht aufgeführten Schriften, außerordentlich viel über den Marxismus lernen kann.***)

Auf alle Fälle soll man sich klar sein, daß man den Marxismus aus den Quellen erarbeiten muß. Wir sagten einmal (im Vorwort zu Marx Engels „Ueber historischen Materialismus“, Teil 1): „Ein Satz von Marx ist gemeinhin wichtiger und aufschlußreicher als zwanzig Sätze über ihn.“ Wir möchten hier hinzufügen, daß ein Buch von Marx oder Engels, gründlich und allseitig erfaßt, uns tiefer in den Marxismus hineinführt als soundsovielle Schriften von Marx und Engels, die nur so obenhin gelesen, nur durchgeblättert worden sind. Die peinliche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit der jeweiligen

*) Eine 1916 entstandene Schrift, die „ein Gesamtbild der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ gibt mit einer sehr anschaulichen Herausarbeitung der fünf Hauptmerkmale des Imperialismus. Man vergleiche damit den von Lenin 1917 vorgeschlagenen Zusatz zum russischen Parteiprogramm (siehe Lenin: Karl Marx, S. 91—96).

**) Diese von Lenin 1920 verfaßte Schrift trägt den Untertitel „Versuch einer populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik“.

***) Gerade für marxistische Selbstbildung bieten auch die Hefte der „Marxistischen Arbeiterschule“ — z. Z. erscheint ein Kursus über: Politische Ökonomie und über die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung — ein geeignetes Studienmaterial.

Lektüre muß gerade beim Studium des Marxismus-Leninismus die erste Regel sein. Lieber weniger, aber besser.

Für die Lektüre selbst empfehlen wir **kollektive Arbeit** in einem Zirkel Gleichstrebender. Ueber die Organisation solcher Selbstbildungszirkel folgt ein besonderer Artikel in einer der nächsten Nummern.

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage

Unter dieser Rubrik bringen wir dem Leser laufende Information und marxistische Stellungnahme zur wirtschaftlichen und politischen Lage.

Es liegt auf der Hand, daß die Behandlung der Krise hierbei den größten Raum einnehmen wird. Wir werden neben der Untersuchung der aktuellen Fragen sowohl die Marxsche Krisentheorie darstellen, wie eine Kritik der gegnerischen Theorien geben.

Was die Form der Arbeiten betrifft, so werden wir entsprechend den Aufgaben dieser Zeitschrift uns an Formulierungen allgemein zugänglicher Schriften von Marx, Engels und Lenin anlehnen und dabei im wesentlichen zuerst die einfacheren, elementarer, in den folgenden Aufsätzen dann mehr auch die schwierigeren und umfangreicheren Arbeiten benutzen. Wir hoffen auch dadurch, das selbständige Studium der marxistischen Lehren sowie ihre Anwendung auf die heutige wirtschaftliche und politische Lage bei unseren Lesern zu fördern.

Die Redaktion.

Über die Krise

Von Kurt Heinz

Von Marx und Engels selbst haben wir an mehreren Stellen populäre Darstellungen über die Krise. Die ausführlichste im letzten Abschnitt von „Utopie zur Wissenschaft“, wo Engels einen Gesamtüberblick über die kapitalistische Entwicklung gibt. Wir zitieren daraus: Engels, „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (Neubearbeitung dreier Kapitel aus dem „Anti-Dühring“, von Engels selbst als populäre Darstellung der marxistischen Weltanschauung geschrieben), Ausgabe des IAV., Seite 42 u. ff:

„Wir sahen, wie die aufs höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der modernen Maschinerie, vermittels der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern. In ein eben solches Zwangsgebot verwandelt sich für ihn die bloße faktische Möglichkeit, seinen Produktionsbereich zu erweitern. Die enorme Ausdehnungskraft der großen Industrie tritt uns jetzt vor die Augen als ein qualitatives und quantitatives Ausdehnungsbedürfnis, das jedes Gegendrucks spottet. Der Gegendruck wird gebildet durch die Konsumtion, den Absatz, die Märkte für die Produkte der großen Industrie. Aber die Ausdehnungsfähigkeit der Märkte, extensive wie intensive, wird beherrscht zunächst durch ganz andere, weit weniger energisch wirkende

Gesetze. Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann, so lange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie periodisch. Die kapitalistische Produktion erzeugt einen neuen „fehlerhaften Kreislauf“.

In der Tat, seit 1825 geht die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierten Völker und ihrer Anhängsel so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen.

Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still. Jahrelang dauert die Stokung. Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft unter größerer und geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Graben des Krachs. Und so immer von neuem. . .

In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Warenlauf ist momentan vernichtet: das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis; alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise.“

Der Inhalt des hier beschriebenen Krisenablaufs läßt sich kurz in diese Teile zusammenfassen: Aufschwung, Hochkonjunktur, Krise und Depression, die sich in stets beschleunigtem Zyklus ablösen. Wir lassen vorläufig die Ursachen der zyklischen Wiederholung außer acht und halten uns an das einmal bestehende Faktum. Betrachten wir den Verlauf näher, so finden wir dann den *Aufschwung*, charakterisiert durch günstige Profitmöglichkeiten, ansteigende Preise, Erweiterung der Produktion, rasche Neueinstellung von Arbeitern bei steigenden Löhnen (in den Vorkriegskrisen geht dies bis zur völligen Aufsaugung der industriellen Reservearmee), Vermehrung des Kapitals, in der Hochkonjunktur direkter Arbeitermangel, Nichtausreichen der Produktionsmittel trotz immer rascherer Vermehrung.

In dieser Zeit steigen alle Preise erheblich über die Werte. Bei den gestiegenen Löhnen und Kosten der Produktionsmittel würden natürlich die Profitmöglichkeiten schwinden, sobald die Warenpreise zu fallen beginnen oder selbst nicht mehr steigen.

Da ferner die während des Aufschwungs neu geschaffenen Produktionsmittel, Fabriken mit besserer technischer Ausrüstung, sowohl billiger produzieren können als massenhaft absetzen müssen als die große Menge der (schon vorher angelegten) Kapitale, wird die Verwertungsbasis in doppelter Weise untergraben; es muß schließlich eine Ueberproduktion über die zahlungsfähige Nachfrage eintreten; d. h. die Masse der geschaffenen Produktivkräfte kann auf der Basis der bestehenden Produktionsverhältnisse nicht mehr ausgenutzt werden, sie sind bei den gegebenen Eigentumsverhältnissen nicht mehr (als Kapital) verwertbar.

„Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Der Ueberfluß wird Quelle der Not und des Mangels.“ (Engels, Utopie, Seite 44).

Die „Ueberproduktion“ bringt mit sich: Preissturz, Wachsen der Vorräte, Einschränkung der Produktion, Arbeiterentlassungen, gewaltige Senkung der Löhne, Vernichtung von Waren und Kapital.

Dieser Vorgang, die *Krise*, setzt sich so lange fort, bis auf einer bestimmten unteren Stufe, nachdem genügend Kapital vernichtet wurde, die Vorräte abgeflossen sind, die eingeschränkte Produktion mit dem eingeschränkten Bedarf übereinstimmt, die Kosten der Produktionsmittel und der Löhne genügend gesenkt sind, um trotz der gesunkenen Preise für die übriggebliebenen Kapitalisten normale durchschnittliche Profite zu ermöglichen. Wir treten dann in die *Depression* ein. Die *Krise* ist also nur der Umschlag der Hochkonjunktur in die Depression. Dabei bleibt der Sturz der vorher über den Wert getriebenen Preise nicht beim Wert stehen, sondern der Preis wird weit unter den Wert gedrückt, der Lohn steht erheblich unter dem Wert der Arbeitskraft.

Wenn sich aus der Depression „nach und nach die Gangart beschleunigt, in Trab fällt“ usw., so bedeutet das nicht, daß die Depression an sich schon der beginnende Aufschwung sei. Sie steht am Ende des Absturzes und ihr Beginn zeigt sozusagen nur an, daß man jetzt unten angelangt ist. Die schwierige Lage für den größten Teil der Kapitalisten besteht weiter; je länger die Depression dauert, um so mehr werden auch für diejenigen, die die Krise überstanden haben, die letzten Kreditreserven erschöpft, und gerade die dauernden Versuche, bei verstärkter Konkurrenz die geringen bestehenden Profitmöglichkeiten für das eigene Unternehmen auszubeuten, bringen neue Schwierigkeiten mit sich. Die Verelendung der werktätigen Schichten setzt sich fort, selbst dann noch, wenn die Lohnsenkung aufhört, was zunächst nur bedeutet, daß das Einkommen sich weiter auf einem Niveau hält, das die Reproduktion der Arbeitskraft eben nicht mehr gewährleistet, während die letzten Reserven schon meist aufgezehrt sind.

Die Krise hat also bis zu einem gewissen Grade den Kapitalismus wieder „normalisiert“. Durch Preissturz, Vernichtung von Waren und Kapital usw. wurde die in der Hochkonjunktur durch Ueberproduktion von Kapital, Steigerung der Rohstoffpreise, der Löhne usw. geschundene Profitmöglichkeit wiederhergestellt. Damit ist die Voraussetzung für die, wenn auch zunächst nur partielle Weiterführung und Entwicklung der Produktion wieder gegeben. Diese geht allmählich in den Aufschwung über, der, wie wir sehen, notwendig die neue Krise erzeugt.

Wir gewinnen so Einblick in die Funktion der zyklischen Krise, die Einsicht: der Kapitalismus funktioniert überhaupt nur durch und innerhalb solcher periodischer Krisen. Diese gleichen gewaltsam die Mißverhältnisse aus, die die kapitalistische Produktion um des Profits willen stets von neuem zwischen Produktion und Konsum, zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der von Konsumtionsmitteln produziert.

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob

nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde." (Marx, Kapital III, 2. Teil, S. 20.)

Der äußere Ablauf des Zyklus wird seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts durch das Auftreten der Monopole immer stärker deformiert. Das Monopol verhindert in einigen Produktionszweigen bis zu einem gewissen Grade den Preissturz. Das bedeutet, daß für alle diejenigen Produktionszweige, die solches Material als Rohstoffe verwenden, ein hoher Kostpreis, bei gesunkenem Preis also überhaupt keine oder nur eine sehr geringe Profitmöglichkeit besteht. Es wird länger dauern, bis sich in der entsprechenden Industrie der Erfolg der Krise, Wiederherstellung der Profitmöglichkeit durch Senkung des Kostpreises, auswirkt. Und diese Auswirkung kann nur geschehen durch um so stärkeren Preissturz der nicht monopolistischen Waren. Mit einem Wort: die Krise wird verschleppt, ihre Auswirkung vom monopolistischen Kapital abgewälzt, um sich bei den übrigen Kapitalisten und den mit der kapitalistischen Wirtschaft verbundenen einfachen Warenproduzenten, sowie gegenüber dem Proletariat um so schärfer durchzusetzen.

Ohne im einzelnen eine nähere Untersuchung zu machen, stellen wir fest, daß erfahrungsgemäß die hauptsächlichsten Auswirkungen des Monopolismus auf den Zyklus darin bestehen: Verkürzung des Aufschwungs, Verschärfung der Krise, Verlängerung der Depressionszeit. Aus dem Arbeitermangel in Zeiten der Hochkonjunktur wird zuerst ein Facharbeitermangel. Schließlich besteht auch während der Hochkonjunktur eine von Zyklus zu Zyklus wachsende industrielle Reservearmee; ein steigender Prozentsatz der Produktionsmittel wird auch in Zeiten der Hochkonjunktur nicht mehr voll ausgenutzt. Bei weiterer ständiger Neuanlage und beschleunigter Entwertung und Vernichtung geht die Ausnutzung der Produktionskapazität vielmehr beständig zurück.

Es zeigt sich nun, daß die Krise ihre Funktion nicht mehr erfüllt, daß selbst innerhalb des Ablaufs des Zyklus des Kapitalismus die „Störungen“ nicht mehr beseitigt werden. In dem Maße, als durch den Krisenzyklus der Kapitalismus nicht mehr „normalisiert“ werden kann, d. h. seine Widersprüche zeitweilig überwunden werden können, in dem Maße entwickelt sich die allgemeine Krise. Die allgemeine Krise des Kapitalismus bedeutet also nicht ein Aufhören der zyklischen Krise. Der Zyklus setzt sich, wenn auch deformiert, weiter fort. Die Widersprüche, die von einer zur anderen Krise unüberwunden fortgeschleppt werden, spitzen sich rasend zu und nehmen z. T. mit der veränderten politischen Entwicklung neue Formen an. Aufbau der Sowjetunion, d. i. Verschwinden des kapitalistischen Systems von einem Sechstel der Erde.

Diese über den Zyklus hinweg bestehenden Merkmale der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems nehmen nicht nur durch jede neue Krise zu, sie verschärfen auch ihrerseits die zyklische Krise. Diese nimmt, wenn sie unter den Bedingungen der allgemeinen Krise auftritt, heftigere Formen an, während der Aufschwung immer kürzer und geringfügiger wird, praktisch nur noch eine kurze Erholungspause zwischen Depression und neuer Krise darstellt.

Die allgemeine Krise ist also keineswegs rein ökonomisch zu fassen, sie ist ebenso politisch und sozial zu betrachten, d. h. als politische Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems.

„Die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland entspricht heute derjenigen von 1924 — sie ist geringer als zur Zeit der Wirtschaftskrise um die

Jahreswende 1925/1926 . . . Noch nie vordem in Deutschland und wohl auch kaum jemals in einem andern Industrieland hat eine Wirtschaftskrise eine völlige Aufhebung der Produktionsverweiterung erzwingen können, die im vorangegangenen Konjunkturaufschwung erzielt wurde. Jeder Konjunkturückschlag machte halt, bevor noch die Produktion in die Nähe oder gar unter das letzte Krisentief gesunken war . . .“

Dieses Zitat entnehmen wir dem 1. Vierteljahrsbericht 1931 des Instituts für Konjunkturforschung. Es zeigt so trefflich wie nur möglich Umfang und Tiefe dieser Krise im Verhältnis zu allen vorhergehenden. Auch für die Betrachtung der allgemeinen Krise ist es interessant, wie offensichtlich die jetzige Krise, die 1929 begonnen hat, als ein Stück der Abwärtsentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, selbst innerhalb eines kapitalistischen Landes erscheint. Nach dieser Charakterisierung brauchen wir Detailbeschreibungen über den bisherigen Verlauf und den Stand der Krise wohl kaum zu geben. Einzeldaten erübrigen sich, weil bei dem weiteren rapiden Sturz sich von Woche zu Woche ein verändertes Bild ergibt.

Von Bedeutung ist hier lediglich die Gegenüberstellung zur Entwicklung in der Sowjetunion und ferner die damit zusammenhängenden Fragen der weiteren Perspektive. In der Sowjetunion stieg die Produktion in den vier Wirtschaftsjahren von 1927/28 bis 1930/31 um 19, 22, 29 und 45 Prozent. Haben wir in den kapitalistischen Ländern, insbesondere in Deutschland, einen Rekordanstieg, d. h. eine Tiefe der Krise und eine direkte Rückentwicklung der Produktion, wie sie in der ganzen kapitalistischen Geschichte noch nicht dagewesen ist, so umgekehrt in der Sowjetunion ein Wachstum, das den stürmischsten Aufschwung, den je ein kapitalistischer Staat erlebt hat, um ein vielfaches übertrifft. Mit dem *Aufbau* des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde verengert sich der kapitalistische Markt und wachsen die Schwierigkeiten der Kapitalisten bei der Überwindung der Krise.

Für die nächste Entwicklung sind die folgenden Erscheinungen besonders wichtig:

Neuerliche Verschärfung der Kreditkrise in Amerika (Konkurs einer Reihe von mittleren Bankfirmen).

Verschärfung der Kreditkrise in Deutschland. Diese ging formell von dem Zusammenbruch der österreichischen Nationalbank aus und führte zur Unterschreitung der früher gesetzlich vorgeschriebenen Golddeckung des Notenumlaufs bei der Reichsbank und damit zu Maßnahmen, die besonders rasch die Krise weiter verschärfen, Diskonterhöhung (= Kreditversteuerung), sowie direkte Krediteinschränkung, die beide von neuem zu Stilllegungen und Zusammenbrüchen bei Industrie und Banken führen müssen. Die treibende Kraft in dieser Kreditkrise ist die Kapitalflucht aus Deutschland. Deutsche und ausländische Kapitalisten bringen ihr Kapital vor dem wachsenden revolutionären Aufschwung in Sicherheit. Diese Bewegung, die sich besonders im Abfluß der Devisen zeigt, nimmt zu mit der Verschärfung der Klassenkonflikte.

Die seit einiger Zeit anhaltende Verschärfung der Krise in Frankreich, das relativ spät in die Krise eingetreten ist. Dadurch fallen eine Reihe von Beschäftigungsmöglichkeiten, hauptsächlich für die amerikanischen und deutsche Industrie, die bisher nach Frankreich exportierten, fort.

Die Rückwirkungen der deutschen Kreditkrise auf andere Staaten. Diese Erscheinung, die bei der internationalen Verflechtung des Finanzkapitals unvermeidlich ist, trifft zur Zeit vor allem England, wird sich aber auch in

Polen, Ungarn und den Randstaaten noch stärker bemerkbar machen und in allen diesen Ländern von neuem zu starken Rückgängen von Produktion und Handel führen.

Die neuerdings begonnene weitere Verschärfung der Agrarkrise, die in den nächsten Monaten, insbesondere im Zusammenhang mit der Ernte, ganz besonders heftig auftreten wird.

Nicht unwichtig ist ferner die außerordentliche Zuspitzung der Wirtschaftskrise in Spanien, die zum Zusammenbruch mehrerer leitender Banken führte. Diesen Ereignissen wurde angesichts der Katastrophe in Deutschland noch nicht die genügende Aufmerksamkeit zugewandt.

Schon aus dieser rein ökonomischen Betrachtung können wir mit absoluter Sicherheit den Schluß ziehen, daß von einem Uebergang in die Depression zur Zeit nicht die Rede sein kann, vielmehr mit Sicherheit für die nächsten Monate eine Verschärfung der Krise anzunehmen ist. Auch das bürgerliche Institut für Konjunkturforschung ist sich darüber klar, daß „eine Milderung der Abwärtsbewegung für die restlichen Monate dieses Jahres nicht zu erwarten ist“.

Nichtsdestoweniger ist die Betrachtung der Krisenaussichten absolut ungenügend, solange sie die politischen Bedingungen außer acht läßt.

Bei der ersten Betrachtung dieses Zusammenhanges ist sofort klar, daß der Kampf der Arbeiter gegen den Lohnraub, d. h. der Kampf gegen den Preissturz der Arbeitskraft, in der Krise die Lage des Kapitalisten erschweren muß. Gerade die Senkung aller Preise stellt doch für den Kapitalisten die Verwertungsbasis wieder her und gerade das verhindert zu einem Teil der Arbeiter, wenn er um die Aufrechterhaltung seines Lebensniveaus kämpft. Das macht sich besonders im monopolistischen Kapitalismus bemerkbar, wenn an und für sich eine Reihe der in die Produktion eingehenden Kosten durch den Preissturz nicht oder nur wenig berührt werden. Die nicht monopolistisch gehaltenen Preise müssen dann, wie wir schon früher erwähnten, um so stärker fallen. Zu ihnen gehört der Lohn. Verteidigen also die Arbeiter ihre Lebenshaltung, so erschweren sie den Kapitalisten den Ausweg aus der Krise, um so heftiger müssen diese wiederum die Arbeiter angreifen. Die Entfaltung solcher Kämpfe, wie sie sich besonders im Gefolge der Wirtschaftskrise ergibt, erzeugt letzten Endes die revolutionäre Situation.

Dazu kommt in der *allgemeinen Krise, die ja die Periode der proletarischen Revolution ist*, die ständige Bedrohung der Existenzgrundlage der Kapitalistenklasse. Jedes Anschwellen der Klassenkämpfe, insbesondere während der Krise, bringt direkt neue ökonomische Schwierigkeiten mit sich, besonders eine Verschärfung der Kreditkrise. Die Kapitalflucht aus Deutschland erfolgt aus Angst vor dem kommenden Bolschewismus. Die Tatsache, daß Kredite in Deutschland zu normalen Bedingungen immer weniger zu erhalten sind, zeigt nur, wie die Kapitalisten selbst die Aussichten der künftigen deutschen Entwicklung einschätzen.

Daß die sogenannte Kapitalflucht wiederum die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärft, weiß jeder, ebenso, daß sie durch die politischen Kämpfe des Proletariats hervorgerufen wurde.

Aber gerade die vom Kapitalstandpunkt aus zwangsläufigen Maßnahmen der Kapitalisten im Kampf gegen die Krise rufen mit Sicherheit neue revolutionäre Kämpfe hervor. Ein einfaches Beispiel bietet die letzte Entwicklung in Frankreich, wo die mit der Verschärfung der Krise erneut einsetzenden Angriffe auf die Löhne sofort zu Streiks und Barrikadenkämpfen führten. Es folgt, daß sowohl für Deutschland wie im Weltmaßstabe die sogenannten

rein ökonomischen Faktoren mit Sicherheit für die nächsten Monate eine weitere Verschärfung erwarten lassen, daß aber bei Betrachtung des sich in aller Welt vollziehenden revolutionären Aufschwungs nicht nur die ökonomische Situation geradezu ausweglos erscheint, sondern mit einer rasenden Zuspitzung in Deutschland gerechnet werden muß.

Schließlich spitzt sich die Frage zu zur *Frage des Kampfes um den Ausweg aus der Krise*. Ein typisches Beispiel ist hier die Notverordnung. Der verzweifelte Kampf der Kapitalisten, ihre Profite zu erhalten, aus den Wirtschaftsschwierigkeiten herauszukommen, die in Deutschland durch die Tributlasten noch besonders vermehrt sind, führte die Kapitalisten zu einem unerhörten Angriff auf die Lebenshaltung des Proletariats, zu Maßnahmen, die faktisch für einen Teil des Proletariats den Raub der Existenzmöglichkeit überhaupt bedeuten.

Wir müssen hier die Frage stellen, ob und was für ein Ausweg aus der Krise überhaupt möglich ist.

Die Kapitalisten sehen diese Schwierigkeiten ganz klar. Ihnen wird, wenn auch in einer eigenartigen Form, durchaus die Tatsache bewußt,

„daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben, . . . weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ (Manifest, S. 35.)

Äußerungen wie die des verflorenen Reichsjustizministers Bredt, daß wir das reichste Land der Erde sein könnten, wenn eines Nachts 20 Millionen Menschen stürben — und ähnliche Äußerungen liegen von mehreren sogenannten Wirtschaftsführern (Borsig, einem Hamburger Bankier und anderen) vor —, zeigen ganz klar:

„Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr Leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“ (Manifest, S. 35.)

So erscheint es mehr als fraglich, ob man das löbliche Programm der herrschenden Klasse, das Regierungsprogramm Brünnings, überhaupt noch einen Ausweg nennen kann. Denn selbst wenn mit den darin vorgesehenen Maßnahmen die Existenzgrundlagen eines großen Teiles des Proletariats vernichtet würden, so bedeutet das für die Kapitalisten noch keineswegs eine Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese Maßnahmen sollen ja nur die jetzigen Existenzmittel des Proletariats in Mittel zur Finanzierung ihres Konkurrenzkampfes umwandeln, womit dieser Konkurrenzkampf, da die anderen Staaten im wesentlichen denselben Weg gehen müssen, natürlich verschärft wird. Zum Ausweg der Kapitalisten gehört ferner die besonders von einigen führenden Sozialfaschisten (Hörsing) gepriesene Vernichtung der Sowjetunion, die Wiedereinbeziehung dieser riesigen Gebiete in den kapitalistischen Weltmarkt. Abgesehen von der Unausführbarkeit dieses Planes, abgesehen von der Tatsache, daß er die 160-Millionen-Bevölkerung der Sowjetunion in dieselbe Lage wie die deutschen Erwerbslosen und die chinesischen Kulis bringen würde, müßte außerdem schon im nächsten Moment der Streit um die Aufteilung der Beute beginnen, und damit würden die kapitalistischen Schwierigkeiten auf neuer Grundlage reproduziert werden.

So ergibt sich vom Standpunkt der werktätigen Massen, daß innerhalb des kapitalistischen Systems nicht nur kein Ausweg aus der Krise besteht, sondern die bloße Weiterexistenz dieses Systems dauernd weitere Vernichtung der Existenz der werktätigen Massen in aller Welt bedeutet.

„Die Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt wird, . . . daß die Gesellschaft offen und ohne Umweg Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen entwichenen Produktivkräften.“ (Utopie, S. 47.)

Dies ist der andere Ausweg, der Weg, den die Sowjetunion gegangen ist. Dort gibt es keine leerstehenden Betriebe und keine Arbeitslosen. Diese Lösung fällt freilich nicht vom Himmel. Im Kampf fällt die Entscheidung, ob kapitalistischer oder proletarischer Ausweg, ob Untergang in die Barbarei oder Aufstieg in den Sozialismus.

Für die Frage der Aufgaben des Proletariats in der Krise ist wirklich die Situation des Tages der beste Lehrmeister. Lohnraub, Durchführung der faschistischen Diktatur, alle Maßnahmen der Notverordnung, sie stellen den Versuch dar, den kapitalistischen Weg zu gehen, und dazu gehört auch die Organisation des Krieges gegen die Sowjetunion. Und in dem Moment, wo die Werktätigen an irgendeiner Stelle den Lohnraub, die weitere Ausbildung des Faschismus oder andere Maßnahmen der Brüningdiktatur verhindern, sperren sie im selben Maße den Kapitalisten ihren Ausweg aus der Krise. Dies erklärt auch die Brutalität, mit der die Bourgeoisie heute auch in den kleinsten Kämpfen auftritt.

Die Waffe, die den entscheidenden Kampf um den proletarischen Ausweg einleitet, ist der politische Massenstreik.

So zwingt uns die marxistische Analyse der wirtschaftlichen und politischen Krise und ihre Perspektive eine bestimmte Stellungnahme im Tageskampf auf.

An die Seite der Werktätigen im Kampf gegen die Notverordnungs-Regierung.

An die Seite der Sowjetunion im Kampf gegen den Imperialismus!

Betrachten wir zum Schluß noch gesondert die augenblickliche deutsche Entwicklung:

Die erwähnte Flucht des Kapitals vor der ansteigenden revolutionären Welle in Deutschland hat zusammen mit anderen Schwierigkeiten die deutschen Finanzen kurz vor Ende Juni an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Die Hooveraktion sollte diesen Zusammenbruch im Interesse der in Deutschland angelegten amerikanischen Kapitalien verhindern. Zugleich hatte sie einen ausgesprochen anti-bolschewistischen Charakter.

Unter amerikanischer Führung sollte ein internationaler Boykott gegen den Sowjetexport organisiert werden. Die Aktion ist verpufft. Deutschland hat die durch Schuldenaufschub und neue Kredite zur Verfügung gestellten Gelder verbraucht. Eine verstärkte Schuldenlast für die nächsten Jahre, und die Pflicht zu größeren Zinszahlungen ist geblieben. An den inneren imperialistischen Gegensätzen scheiterte auch das von Amerika geforderte einheitliche Vorgehen gegen die Sowjetunion.

Der Zusammenbruch des Nordwollekonzerns und der Danatbank, neuerdings der Schröderbank, die wahrscheinlich weitere englische Banken sowie deutsche Schiffahrtskonzerne nach sich ziehen wird, zeigen die ungeheure weitere Verschärfung der Krise. Der begonnene Sturm auf die Bank- und Sparkassenguthaben kann in den nächsten Tagen, ja sogar schon Stunden, neue Zusammenbrüche mit sich

bringen. Je mehr diese durch Drosselung der Auszahlungen von den Großen abgewendet werden, um so schneller treffen sie die kleine und mittlere Industrie und die kleinen Gewerbetreibenden, ohne daß für die Großen etwas anderes erreicht wird als einige Tage Aufschub.

Ein Teil der Bourgeoisie will unter diesen Umständen inflationistische Politik betreiben. Es ist überflüssig zu sagen, daß diese die politische Lage ungeheuer verschärfen würde.

Diese Gefahr der Inflation ist ohnedies durchaus akut, unabhängig davon, ob und welche Teile der Bourgeoisie sie bewußt betreiben wollen.

Der Zahlungsmittelumlauf wurde in der letzten Woche um rund eine Milliarde vermehrt, und es ist nicht abzusehen, wie in der laufenden Woche die Lohnzahlungen geleistet werden sollen, ohne daß dasselbe Manöver wiederholt wird. Daran ändert sich zunächst nichts durch eventuell hereinkommende ausländische Kredite.

Ein sehr wichtiges Merkmal der Inflation, die Entwertung der Mark auf den Auslandsmärkten, ist bereits da.

Der Run auf die Waren, der weiter ein Merkmal der Inflation ist, findet bereits seit über einer Woche statt, die Entwertung des Geldes, im Verhältnis zu den Waren im Inland hat mit zum Teil sehr starken Preiserhöhungen insbesondere bei den Konsumtionsmitteln begonnen.

Der inflationistischen Entwicklung stehen zur Zeit noch einige Hemmnisse entgegen.

Die Knappheit an Zahlungsmitteln führt zur Notenhysterie. Das bedeutet, daß angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Einschränkungen von Krediten, Kreditkündigungen usw.) jeder Betrieb sich so stark als möglich „flüssig“ halten muß, d. h., daß die Kapitalisten und Kleingewerbetreibenden gezwungen sind, so viel als möglich Bargeld aufzuschatzen. Solange im größeren Umfang Notenhysterie stattfindet, wirkt sich der Run auf die Waren noch nicht so stark aus.

Zur Zeit sind alle Warenlager übermäßig groß, so daß an vielen Stellen der erhöhte Absatz nur langsam zu Preissteigerungen führt. Dieser Widerstand, der durch die Ueberfüllung der Lager ausgeübt wird, ist naturgemäß zeitlich sehr eng begrenzt.

Die Bedingungen, unter denen der Umschlag in die scharfe ausgesprochen inflationistische Entwicklung erfolgen kann, sind im wesentlichen zweierlei Art.

1. Die Verschärfung der Kämpfe der Arbeiterklasse, die zu erneuter verschärfter Kapitalflucht Anlaß geben würde;

2. evtl. die Zuspitzung der innerimperialistischen Gegensätze, ungünstiger Ausgang oder Aufliegen internationaler Verhandlungen zum Beispiel; letzteres kann aus einer Verschärfung der Krise in einem anderen imperialistischen Land (Frankreich, England) erfolgen.

Es ist aber wichtig, von vornherein auf einige Unterschiede aufmerksam zu machen, die eine neue Inflation gegenüber der des Jahres 1923 haben würde: Eine inflationistische Seheinkonjunktur, bei der alle Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe auf Grund der Entwertung der Arbeitskraft und der durch die Inflation geschaffenen Dumpingmög-

lichkeiten auf dem Auslandsmarkt voll beschäftigt sind, ist nicht wieder möglich. Die internationale Lage der Märkte, die strukturelle Umwandlung des deutschen Produktionsapparates, wie auch die zugespitzten wirtschaftlichen Konflikte innerhalb Deutschlands verhindern das.

Die Entwicklung, die seinerzeit eine Reihe von Monaten in Anspruch nahm, würde sich in wenigen Wochen vollziehen.

Ohne weiter zu prophezeien, sehen wir so einige Bedingungen, unter denen eine neue Inflation stattfinden könnte und müßte. Wir betonen aber, daß sie **nicht** unter allen Umständen kommen muß. So sicher sie die letzte und vergeblich eingesetzte Reserve des Finanzkapitals wäre, so ist es doch möglich, daß die sich entwickelnden Klassenkämpfe der Bourgeoisie die Möglichkeit zum Einsatz dieser Reserve nehmen.

Die Sowjetunion in der Periode des Sozialismus

Von O. Richard

Der Sowjetstaat, die Diktatur des Proletariats hat auf dem Wege der Verwirklichung des Sozialismus, der Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsform eine große Strecke zurückgelegt. Die Diktatur des Proletariats hat in konsequenter Wirtschaftspolitik den sozialistischen Sektor immer rascher entwickelt, die endgültige Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung auf einem Sechstel der Erdoberfläche erreicht. Der Sozialismus, um dessen Erreichung das Weltproletariat seit Generationen seinen revolutionären Kampf führt, ist heute nicht nur Kampfforderung, sondern in einem Lande der Welt zum großen Teil schon Realität, ist von der Wissenschaft zur Wirklichkeit übergegangen. Zu Beginn des Jahres 1931, des dritten Jahres des Fünfjahrplans, des zehnten Jahres der Neuen Oekonomischen Politik, ist der sozialistische Teil der Sowjetwirtschaft bereits stärker als der privatwirtschaftliche, mit anderen Worten heißt dies: das Fundament des Sozialismus ist errichtet, *die Sowjetunion ist in die Periode des Sozialismus eingetreten*. Noch ist die Wirtschaft nicht in allen ihren Teilen, nicht in allen ihren Formen sozialistisch; es gilt nunmehr, das Fundament des Sozialismus zu vollenden, den sozialistischen Wirtschaftssektor nicht nur zum beherrschenden und überwiegenden Teil der Wirtschaft zu machen, sondern ihm auch noch den verbleibenden Teil der Wirtschaft zu erobern.

Ein wesentlicher Teil jeder „Orientierung“ und jeder „Neuorientierung“ der bürgerlichen Welt gegenüber der Sowjetunion enthält in sich den Versuch — wenn es schon nicht mehr möglich ist, die Erfolge des Fünfjahrplans als solche zu leugnen —, die Bedeutung der Erfolge abzuschwächen und zu verdrehen. Für die gegenwärtige Neuorientierung ist es charakteristisch, daß man erklärt, der Fünfjahrplan habe zwar große Erfolge erzielt, das alles sei aber nicht sozialistischer Entwicklung, sozialistischen Maßnahmen zu verdanken, sondern einer Rückkehr zur Neuen Oekonomischen Politik, einem „Staatskapitalismus“ usw. usw. Offenbar soll bei den Werktätigen der Welt die Vorstellung hervorgerufen werden, als ob die entgegengesetzten Bewegungsprozesse, die wir in der Welt beobachten, auf der einen Seite Wirtschaftskrise mit tiefstem Elend und in nie dagewesenem Ausmaße, auf der anderen Seite wirtschaftlicher Aufstieg in beispiellosem Tempo und in

nie dagewesenem Ausmaße mehr oder weniger zufällig wären, jedenfalls nicht aus dem Wesen des Kapitalismus und des Sozialismus entsprängen. Weil aber diese Darstellung aus sehr triftigen Gründen durch die Artikelschreiber und Publizisten der Bourgeoisie gegenwärtig in den Vordergrund gerückt wird, wollen wir die Behandlung der aktuellen Probleme der Sowjetunion in dieser Zeitschrift mit einer kurzen Darstellung der Rolle und Entwicklung der Neuen Oekonomischen Politik und damit des bisher in der Richtung zum Sozialismus zurückgelegten Weges beginnen.

Die neue Oekonomische Politik besteht heute noch, wenn auch das Bild der Sowjetwirtschaft ein ganz anderes ist, als es zu Anfang oder in den ersten Jahren der „NEP“ war, wenn auch heute auf dem Wege über die Neue Oekonomische Politik der Eintritt in die Periode des Sozialismus vollzogen ist. „Die NEP hat bestanden und besteht weiter, angesichts dessen, daß die individuelle Bauernwirtschaft noch weiter besteht, daß das Geldsystem, staatlicher und genossenschaftlicher Handel usw. noch erforderlich sind. Die Erfolge der USSR werden nach wie vor auf der Grundlage der Neuen Oekonomischen Politik erzielt, welche natürlich in einem bestimmten Stadium absterben wird, die aber die Möglichkeit gegeben hat, die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft zu vollenden.“

In diesem Entwicklungsprozeß aber sind in der Vergangenheit und weiterhin alle kapitalistischen und privatwirtschaftlichen Elemente und Formen im Abbau, verschwinden immer mehr; mit den sozialistischen Wirtschaftsbestandteilen entstehen auch neue sozialistische Formen aller Produktions- und Lebensverhältnisse.

Nachdem als erster Vorläufer der NEP im November 1920 das Dekret über die Konzessionspolitik erschienen war, wurde die eigentliche Periode der Neuen Oekonomischen Politik mit dem Dekret „Ueber die Naturalsteuer“ vom 16. März 1921 eingeleitet. Die Periode des „Kriegskommunismus“ war damit abgeschlossen.

Dieses Ereignis wurde von Weltbourgeoisie und Sozialdemokratie, deren Blockade- und Interventionspolitik am ehernen Widerstand der Arbeiter und breiten Bauernmassen zerschellt war, mit neuer Hoffnung begrüßt. Man sah in der NEP das Eingeständnis der Ungangbarkeit des sozialistischen Weges; man meinte, wer A sagt, sagt auch B, man erwartete die allmähliche Restauration, die Wiedergeburt des Kapitalismus, und man war gewillt, alles zu tun, um dem Sowjetstaat zu diesem Wege zu verhelfen.

Die NEP bedeutete in Wirklichkeit den Beginn einer neuen eigenartigen Klassenkampferiode an der Wirtschaftsfront. Was war vorausgegangen? Auf der unverrückbaren Grundlage der Diktatur des Proletariats hatte man 1917 einen — wenn auch in gewaltigen Schritten sich vollziehenden — planmäßigen allmählichen Umbau der Wirtschaft begonnen: Nationalisierung von Grund und Boden, Enteignung der Großgrundbesitzer und rasch fortschreitend des Industriekapitals usw., doch Beibehaltung des Marktes bei Fortbestehen privaten Wirtschaftens in bestimmtem Rahmen. Man hat diese bis Anfang 1918 reichende Periode später auch gelegentlich die „alte“ NEP genannt.

Vorher hatte Sabotage, Blockade, konterrevolutionäre innere Aufstände, Interventionen die Situation des offenen Krieges an der militärischen und wirtschaftlichen Front geschaffen. Das Interesse der Lebenshaltung der proletarischen Diktatur, der Behauptung der eroberten politischen Macht erzwang die plötzliche mehr oder weniger völlige Uebernahme der Wirtschaft des Landes durch das Proletariat: Industrie ganz in der Hand des Staates,

zwar Beibehaltung privater Bodenbewirtschaftung, aber Abgabeverpflichtung für alle Ueberschußprodukte an den Staat.

Dieser „Kriegskommunismus“ war nicht „falsch“; er war als Etappe notwendig. Er hat die größten Verdienste. Nur auf seinem Wege war möglich die Niederhaltung der äußeren und inneren Feinde, die eherne Stabilisierung der politischen Macht.

Erst nachdem dies erreicht, konnte man den unmittelbaren wirtschaftlichen Erfordernissen folgen. Der politische Erfolg war um den unvermeidlichen Preis schwerer wirtschaftlicher Rückschläge erkämpft worden. Die landwirtschaftliche Produktion stand auf weniger als der Hälfte, die industrielle auf etwa ein Fünftel der Vorkriegszeit. Nachdem die Arbeiter die Kapitalisten vertrieben, nachdem die Bauern die Gewißheit ihres Bodenbesitzes und der endgültigen Vertreibung der Großgrundbesitzer hatten, nachdem die Massen jahrelang unter großen Entbehrungen heldenhaft gekämpft hatten, mußten jetzt die nächsten wirtschaftlichen Tagesfragen gelöst werden.

Man ging zurück und konnte nach Stärkung der politischen Macht zurückgehen zu einer Verbindung sozialistischer und privater Wirtschaftsformen in Gestalt der NEP als Sammelpunkt der Kräfte zu neuem sozialistischen Vorstoß. Der sozialistische Sektor blieb: 95 Prozent der Groß- und Mittelindustrie, 50 Prozent des Großhandels, 30 Prozent des Kleinhandels, 100 Prozent der Banken, 100 Prozent Eisenbahnen, 100 Prozent Außenhandel usw. Also mehr als eine starke Schlüsselstellung. Der private Sektor war: der überwiegende Teil der Kleinindustrie, die ganze Bauernwirtschaft, der beinahe halbe Anteil am Großhandel, zwei Drittel Anteil am Kleinhandel, ein stets verschwindend klein gebliebener Anteil der Auslandskonzessionen, der freie Markt (reguliert durch den Staat, sich schrittweise durch den Anteil der sozialistischen Elemente verändernd).

Die Neue Oekonomische Politik war ein Rückzug, aber nicht in dem Sinne, wie es die Gegner der Bolschewiki glauben. Es war ein Rückzug nach einem Vorstoß in das Gebiet der sozialistischen Formen der Wirtschaft, nach einem Vorstoß, der in seiner Art und Weise durch kriegstaktische Notwendigkeiten vorgeschrieben war. Es war ein Rückzug, um sofort nach vollzogener Umgruppierung der Kräfte den neuen Vormarsch auf den Sozialismus anzutreten. In der auch an anderer Stelle dieser Ausführungen zitierten Rede vom November 1922 erklärte Lenin: „Wir vollziehen jetzt einen Rückzug, aber tun es, um uns zuerst zurückzuziehen, dann einen Anlauf zu nehmen und um so energischer nach vorwärts zu springen. Allein unter dieser Bedingung haben wir einen Rückzug vollzogen in der Durchführung unserer neuen Politik.“ Schon auf dem 11. Parteitag konnte Lenin feststellen, daß der Rückzug zu Ende ist.

Mit der Vollendung des zehnten Jahres der NEP ist von der Geschichte auch die Frage entschieden worden, ob der Sozialismus in einem Lande aufgebaut werden kann. Gestützt auf Lenin, hatte die Kommunistische Partei der Sowjetunion in der Auseinandersetzung mit den Trotzisten diese Frage im Jahre 1925 voll bejaht in dem Sinne, daß Sowjetrußland Aufhebung des Handels und öffentliche Verteilung, in der Landwirtschaft „alles, was für den Aufbau der vollkommenen sozialistischen Gesellschaft notwendig ist“, (Lenin, Ueber das Genossenschaftswesen) besitzt und den Weg des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft geht, bis durch das Weiterdringen der Revolution in die übrigen Hauptländer des Kapitalismus die endgültige Festigung des Sozialismus erreicht wird. Angesichts der ent-

scheidenden historischen Bedeutung dieser Fragen ist es am Platze, einige Zitate aus früheren Jahren anzuführen. Während des Krieges schrieb Lenin in einem Aufsatz „Ueber die Losung der Vereinigten Staaten Europas“: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unleugbares Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß ein Sieg des Sozialismus zuerst in wenigen oder sogar in einem einzigen Lande möglich ist.“ Am 19. November 1922 sagte Lenin im Moskauer Sowjet: „Der Sozialismus ist jetzt nicht mehr eine Frage der fernen Zukunft . . . wir alle zusammen werden diese Aufgabe bewältigen, wie es auch kommen mag, so daß aus dem Rußland der NEP das sozialistische Rußland entstehen wird.“

Die NEP brachte naturgemäß während einiger Jahre ein gewisses Erstarken privatwirtschaftlicher, teilweise kapitalistischer Elemente. Aber sehr bald, gewissermaßen von Anfang an, war die Aufgabe gestellt, den relativen Anteil dieser Elemente abzuschwächen. Anders ausgedrückt: die

Ueber alle Gebiete der Wissenschaft und Technik

Ueber die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus

Ueber alle Probleme der Kulturrevolution

orientiert sich schnellstens die einzige in Moskau gedruckte deutsche Wochenzeitung, die

„MOSKAUER RUNDSCHAU“.

Die Nummer kostet 20 Pfennig, vierteljährlich durch die Post 2,50 Mark. Anforderungen von Probenummern und Bestellungen sind zu richten an die Auslieferung der „Moskauer Rundschau“, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

erste Aufgabe war die Hebung der Produktivkräfte, die hiermit unlöslich verbundene zweite Aufgabe war die Verstärkung der sozialistischen Elemente. Während also zunächst sowohl der private wie der sozialistische Sektor absolut wuchsen, mußte der sozialistische Sektor durch stärkeres Wachstum seinen relativen Anteil verstärken.

Die NEP löste diese Aufgaben in schnellem Tempo. Etwa 1926/27 war die Wiederaufbauperiode abgeschlossen, das Vorkriegsniveau im allgemeinen erreicht, die sozialistischen Elemente verstärkt, wenn auch noch nicht überwiegend. In der kapitalistischen Welt begann die Enttäuschung, das erste Ahnen der wirklichen Entwicklung.

Mit 1927/28 begann auf Grund der Parteibeschlüsse die Periode des sozialistischen Angriffs, grundsätzlich formuliert im Fünfjahrplan für 1928/29 bis 1932/33. Er bedeutet: konsequente Stärkung des sozialistischen Fundaments, Industrialisierung, neue soziale und technische Basis der Landwirtschaft, Vermehrfachung der Produktion, gewaltige Investitionen zur Hebung der Produktivkraft, Einholen und Ueberholen der kapitalistischen Länder — neues Leben, Eintritt in die Periode des Sozialismus.

Mit dem Ende des zehnten Jahres der NEP ist die Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten, geht das Fundament der sozialistischen Wirtschaft seiner Vollendung entgegen. Die privatwirtschaftlichen Elemente verlieren nicht nur relativ, sondern auch absolut. Der größere Teil der Wirtschaft ist sozialistisch. Die NEP, die auch in diesem Zeitpunkt — wenn auch auf anderer Stufe, strukturell vielfach verändert — weiter besteht, hat

nicht zu kapitalistischer Entartung geführt, sondern den Angriff der sozialistischen Elemente fortgetragen, den Eintritt in die Periode des Sozialismus ermöglicht.

Der Anteil des sozialistischen Sektors beläuft sich 1931 beim Volkseinkommen auf über 80 Prozent, bei den Kapitalinvestierungen auf etwa 90 Prozent, bei dem Grundkapital der Volkswirtschaft auf über 70 Prozent, bei der industriellen Produktion auf über 97 Prozent, bei der landwirtschaftlichen Produktion auf etwa 43 Prozent, beim Großhandel auf 100 Prozent und auch beim Kleinhandel bereits auf über 97 Prozent.

Zugleich sind ungeheure Produktionserfolge erzielt worden, deren Bedeutung und Größe wir in einem anderen Artikel behandeln werden. Neue Formen der Arbeit und des Lebens sind entstanden, die Fabrik ist aus einem Ort der Zwangsarbeit für den Kapitalisten unter der despotischen Herrschaft des Kapitalisten zu einem Betrieb konsequent sozialistischen Typs geworden, in der die Arbeiter — zum erstenmal Subjekt und Träger des gesamten Aufbaus — in freiem Willen, in sozialistischem Wettbewerb, in befreiter Arbeit eine neue Welt, den Sozialismus aufbauen.

Die Neue Oekonomische Politik hat nicht die Hoffnung der Bourgeoisie auf eine kapitalistische Entartung des Sowjetstaates erfüllt; sie hat in schnellem Tempo die Periode des Sozialismus herbeigeführt.

Fünf Jahre Marxistische Arbeiterschule

Von Dr. Johann Schmidt

Vor fünf Jahren, im Winter 1926/27, wurde in Berlin das erste Schuljahr der Marxistischen Arbeiterschule eröffnet. Unser Ziel war: eine allgemein zugängliche Lehrstätte zu schaffen, in welcher der werktätigen Bevölkerung Berlins die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Grundlehren des unverfälschten Marxismus und ihre Anwendung auf alle Gebiete des proletarischen Lebens und Kampfes zu erlernen.

Viele zweifelten daran, daß es uns gelingen würde, eine solche Schule aufzubauen. Man glaubte nicht, daß wir ohne alle finanziellen Mittel die großen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten überwinden könnten. Man zweifelte daran, daß es uns gelingen würde, für alle Lehrfächer Dozenten zu beschaffen.

Die Zweifler haben auch diesmal nicht recht behalten. Wenn auch die Anfänge der Masch sehr bescheiden waren und das erste Schuljahr wöchentlich nur zwei Veranstaltungen umfaßte, so wurden doch die folgenden Jahre eine Zeit unaufhaltsamer und stürmischer Aufwärtsentwicklung. Es zeigte sich, daß unsere Schule eine längst schmerzlich empfundene Lücke ausfüllte. Die Anzahl der Hörer wuchs täglich, und wir bewiesen in der Praxis, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung sehr wohl in der Lage ist, auf allen nur möglichen Gebieten geeignete Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Von Woche zu Woche mußten wir unsere Lehrpläne erweitern, neue Kurse eröffnen, neue Lehrfächer einbeziehen, neue Lehrer heranziehen, um

das Schulungsbedürfnis unserer ständig wachsenden Hörerschaft zu befriedigen. So entwickelte sich die Berliner **Marxistische Arbeiterschule** in den verfloßenen fünf Jahren zu einer wirklichen **Hochschule der Werktätigen**, in der jährlich Tausende von Arbeitern und Angestellten im Sinne des unverfälschten Marxismus geschult und in die Lage versetzt werden, konsequent klassenbewußt zu denken und zu handeln.

Im Schuljahr 1926/27 wurden 19 Kursusabende von 146 Hörern besucht, im Schuljahr 1930/31 umfaßte unser Lehrplan fast 2000 Kursusabende, die von insgesamt 4000 verschiedenen Hörern besucht wurden. Unser Lehrerstab wuchs in den fünf Jahren von 8 auf 160. Aus dem einen Schullokal wurden zehn, so daß jetzt das Schulungsnetz der Masch alle proletarischen Bezirke Berlins umfaßt. Allein im zentralen Schullokal finden an manchen Abenden gleichzeitig 15 Kurse statt. Unser Lehrplan umfaßt nun im fünften Schuljahr des Bestehens der Masch über 30 Lehrfächer, u. a.: 1. Grundfragen des Marxismus-Leninismus; 2. Die Sowjetunion; 3. Geschichte der Arbeiterbewegung, Revolutionsgeschichte; 4. Die kapitalistische Wirtschaft, die kapitalistischen Staaten; 5. Imperialismus, Militarismus, Faschismus; 6. Deutsche Wirtschaft und Politik; 7. Sozial- und Kommunalpolitik; 8. Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung; 9. Arbeiterinnenbewegung; 10. Fragen der Arbeiterjugend; 11. Rechtsfragen; 12. Kultur- und Weltanschauungsfragen; 13. Schul- und Erziehungsfragen; 14. Presse und Reportage; 15. Proletarische und bürgerliche Literatur; 16. Theater, Film, Musik, Radio; 17. Bildende Künste; 18. bis 23. Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Geologie, Biologie, Psychologie, Wirtschaftsgeographie); 24. Medizin, Hygiene, Sexualfragen; 25. Sport; 26. Organisationskunde; 27. Politische Zeichnen- und Linoleumschnittkurse; 28. Stenographie und Buchhaltung und schließlich 29., Redner- und Sprachkurse (Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch, Esperanto).

Neben den Anfängerkursen haben wir auf verschiedenen Gebieten auch Kurse und Arbeitsgemeinschaften für Fortgeschrittene durchgeführt. Ueber die Fragen des Marxismus-Leninismus haben wir ferner ab Sommer 1931 ständige Lehrerschulen eingerichtet. Außer den Abendkursen finden neuerdings auch Tageskurse für Erwerbslose und besondere Kurse für die Belegschaften der Großbetriebe statt, die jeweils nach Betriebsschluß in Lokalen abgehalten werden, die in der Nähe der betreffenden Betriebe liegen.

Ferner haben wir unseren Hörern außer diesen eigentlichen Schulen und Kursen Führungen technischer Art durch wichtige Betriebe (z. B. Druckereien und Funkstationen), künstlerischer Art durch Museen, naturwissenschaftliche Wanderungen unter Führung von Geologen, Botanikern und Zoologen in der Umgebung Berlins geboten.

Die Berliner Marxistische Arbeiterschule veranstaltet neben den Kursen im zentralen Schullokal und in den Groß-Berliner Bezirken auch Kurse in vielen größeren und kleineren Ortschaften der Provinz Brandenburg, so unter anderem in Brandenburg a. H., Strausberg,

Trebbin, Plaue-Großwusterwitz usw. Die Anzahl dieser Provinzfilielen wächst ständig.

In diesem Sommer wurde das erste Mal ein ununterbrochenes Sommerlehrjahr durchgeführt. Eine ganze Reihe von Wochenendkursen sowie Aochtageschulen über die Grundlehren des Marxismus-Leninismus wurden und werden durchgeführt, dazu besondere Achttageschulen für Fortgeschrittene, für Funktionäre der proletarischen Massenorganisationen und auch eine Achttageschule über die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion.

In diesem Sommer wurde das erstmalig ein ununterbrochenes öffnet, um dem großen Mangel der proletarischen Massenorganisationen an Lehrern für die Grundfragen des Marxismus-Leninismus abzuhefen. Viele junge Hörer, die vor ein bis zwei Jahren zur Masch gekommen sind, um die Grundlehren des unverfälschten Marxismus überhaupt erst kennenzulernen, nehmen an dieser Lehrerschule teil und werden im nächsten Herbst bereits selbst Einführungskurse abhalten können.

Der Erfolg der Tageskurse für Erwerbslose, die gleichfalls im Sommer 1931 zum erstenmal in den Lehrplan aufgenommen wurden, bewies die Notwendigkeit und Berechtigung dieser besonderen Schulungsarbeit. Ihre Ueberfüllung zwang uns, Parallelkurse einzurichten.

Im Winter 1929/30 wurden die ersten Schulen in größeren Städten Deutschlands eröffnet. Im Frühjahr 1931 arbeiteten schon fast 30 Marxistische Arbeiterschulen in Deutschland, und zwar außer Berlin in

Barmen	Düsseldorf	Köln a. Rh.
Bochum	Elberfeld	Königsberg
Brandenburg	Erfurt	Leipzig
Breslau	Essen	Nürnberg
Chemnitz	Frankfurt a. M.	Recklinghausen
Danzig	Gelsenkirchen	Remscheid
Dessau	Hagen/Westf.	Solingen
Dresden	Halle	Stuttgart, usw.
Duisburg	Hamburg-Altona	

Viele dieser Schulen hatten gleichfalls Filialen in den Provinzstädten ihrer Umgebung. Im Herbst werden weitere Schulen in Eisenach, Gotha, Hannover, Heidelberg, Heilbronn, Jena, Mannheim, München, Stuttgart, Würzburg eröffnet, und wir hoffen, daß im Winter 1931/32 60 Marxistische Arbeiterschulen in Deutschland arbeiten werden.

Es versteht sich von selbst, wir werden bei keinem Erfolg stehenbleiben, jede gelöste Aufgabe ist uns nur Anlaß zur Stellung von neuen erweiterten Aufgaben!

Unser Ziel ist:

1. In jeder Stadt Deutschlands eine Marxistische Arbeiterschule.
2. Filialschulen jeder Marxistischen Arbeiterschule in den wichtigsten Orten ihrer Provinz.

3. Masch-Kurse für die Belegschaften aller Großbetriebe.
4. Weiterer Ausbau des Lehrplans aller schon bestehenden Marxistischen Arbeiterschulen. Errichtung von Fortgeschrittenen- und Lehrerkursen in jeder Masch. Verdoppelung und Verdreifachung der Anzahl der Hörer und der Lehrer.

Die bisherige Arbeit und die bisherige Entwicklung der Marxistischen Arbeiterschule bietet die volle Gewähr dafür, daß wir diese Aufgabe in kurzer Zeit erfüllen werden.

Mitteilungen der Marxistischen Arbeiterschulen

Marxistische Arbeiterschule Groß-Berlin, NO 27, Schicklerstraße 6

Sprechstunden täglich von 17 bis 19 Uhr, außer Sonnabends.

Das Sommersemester umfaßt folgende Veranstaltungen:

I. Wochenendkurse über die Grundlehren des Marxismus-Leninismus

Der erste Wochenendkurs beginnt am Sonnabend, dem 27. Juli, und umfaßt acht nacheinander folgende Sonnabend-Sonntage.

Lehrplan:

- I. Teil: 1. Die ökonomischen Grundlehren des Marxismus-Leninismus.
2. Die Staatstheorie und Klassentheorie des Marxismus-Leninismus.
3. Die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.
- II. Teil: 4. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
5. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion.
6. Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung.
7. Der Faschismus.

Hörgelühren für die Wochenendkurse: Für jedes Wochenende 0,60 Mark, für Erwerbslose (gegen Ausweis) 0,40 Mark.

II. Achttageschulen für Anfänger über die Grundlehren des Marxismus-Leninismus (Lehrplan wie I.)

Die erste Achttageschule dauert vom 27. Juni bis 5. Juli.

Die zweite Achttageschule dauert vom 25. Juli bis 2. August.

Die dritte Achttageschule dauert vom 22. August bis 30. August. Letzte Anmeldefrist am 7. August. Vorbesprechung am Freitag, dem 14. August, 20 Uhr, im Schulbüro.

Die vierte Achttageschule dauert vom 19. September bis 27. September. Letzte Anmeldefrist am 4. September. Vorbesprechung am Freitag, dem 11. Sept., 20 Uhr, im Schulbüro.

III. Achttageschulen für Fortgeschrittene über ausgewählte Fragen des Marxismus-Leninismus

Die Schule findet vom 8. August bis 16. August statt. Letzte Anmeldefrist am 24. Juli.

IV. Achttageschule für Funktionäre der proletarischen Kulturorganisationen

vom 11. bis 19 Juli

V. Achttageschule über die Probleme des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion

vom 5. bis 13. September. Letzte Anmeldefrist am 21. August. Vorbesprechung am Freitag, dem 28. August, 20 Uhr, im Schulbüro.

Die Kosten einer jeden Achttageschule betragen für Verpflegung, Uebernachtung, Hörgelühr und sämtliche organisatorischen Spesen (ausschließlich Fahrt) pro Person 25 Mark

VI. Lehrerschule über die Grundlehren des Marxismus-Leninismus

Die Lehrerschule umfaßt folgende Abteilungen: 1. Ökonomie, 2. Dialektischer Materialismus, 3. Geschichte der Arbeiterbewegung, 4. Aktuelle Fragen

Die Schule wird in Form von Wochenendkursen durchgeführt.

VII. Tageskurse für Erwerbslose

Für erwerbslose Arbeiter und Angestellte führt die Marxistische Arbeiterschule Tageskurse durch, die jeweils von 10—12 Uhr vormittags im Schulbüro, Berlin SW 48, Wilhelm-

straße 20, stattfinden. Die ersten Kurse beginnen in der Woche vom 20.—25. Juli und zwar:
 „Die ökonomischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, am Montag, dem 20. 7.
 „Der historische Materialismus“, am Dienstag, dem 21. 7.
 „Weltkrise des Kapitalismus — Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion“, am Mittwoch, dem 22. 7.
 Ein Tageskurs für Erwerbslose zur Erlernung der russischen Sprache beginnt am Donnerstag, dem 30. 7.
 Für die Doppelstunde wird die ermäßigte Hörgebühren von 15 Pf. erhoben.

VIII. Dampfer-Schulungsfahrt der Masch-Hörer

Abfahrt am Sonnabend, dem 18. 7., 15.30 Uhr. Vorträge von Dr. Hermann Duncker und Philipp Dengel. Teilnehmertickets zu 1,50 Mark (für Erwerbslose 1,20 Mark) im Schulbüro.

IX. Die russischen und englischen Sprachkurse

werden auch während des Sommers fortgesetzt.

Marxistische Arbeiterschule Halle a. S.

Adresse des Technischen Leiters: Fritz Kitzel, Halle a. S., Turnerweg 18.

Die Schule führt im Sommer einen Wochenendkursus, bestehend aus 8 Sonnabend-Sonntagskursen durch. Beginn: 27. Juli. Themen: Die philosophischen, ökonomischen und politischen Grundfragen des Marxismus und Geschichte der Arbeiterbewegung.

Marxistische Arbeiterschule Groß-Hamburg

Schulbüro: Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 85 I.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 17—19 Uhr.

Die Schule hat für den Sommer folgende Kurse angekündigt:

1. Ökonomische Grundfragen.
2. Ursachen und Verlauf der kapitalistischen Wirtschaftskrise.
3. Einführung in den dialektischen Materialismus.
4. Geschichte der Arbeiterbewegung.
5. Der Fünfjahresplan und die Probleme der Sowjetökonomik.
6. Genossenschaft und Klassenkampf.
7. Wirtschaftskunde und Wirtschaftsgeographie.
8. Proletarische Literatur der Gegenwart.

Außerdem 7 Sprach- und Rednerkurse und 6 technische Kurse.

Marxistische Arbeiterschule Leipzig

Schulbüro: Leipzig C, Dörsner Weg 23.

Sprechstunden: Freitags von 17—19 Uhr, Sonnabends von 11—13 Uhr.

Im Sommer 1931 führt die Schule folgende Veranstaltungen durch:

1. 5 Wochenendkurse über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus. Jeder Wochenendkurs umfaßt einen Sonnabend-Sonntag.
2. 2 Fünftageskurse über Grundfragen des Marxismus-Leninismus.
3. Abendkurse über die ökonomischen Grundfragen des Marxismus und über dialektischen Materialismus.

Die russischen Sprachkurse werden auch während des Sommers weitergeführt.

Marxistische Arbeiterschule Groß-Stuttgart

Stuttgart, Kolbeustraße 4b.

Während des Sommers werden eine Reihe von Wochenendkursen über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus durchgeführt.

Adressen der übrigen Marxistischen Arbeiterschulen in Deutschland

Breslau: Adresse des Technischen Leiters: Rudolf Fochler, Breslau VIII, Marthastr. 15 IIII. Chemnitz: Adresse des Technischen Leiters: Max Uhlig, Würzburger Straße 52.

Dresden: Adresse des Technischen Leiters: Gerhard Grabs, Dresden-A 5, Gambrinusstr. 13.

Duisburg: Adresse des Technischen Leiters: Herzog, Waldstraße 141.

Düsseldorf: Schulbüro Immermannstraße 24.

Erfurt: Auskünfte und Anmeldungen werden entgegengenommen in der Vertriebsstelle der

AIZ., Schwerinstraße 8, Büro der Internationalen Arbeiterhilfe, Thomasstraße 56, Büro

des Internationalen Bundes, Eimerstraße 24.

Essen: Anmeldungen und Auskünfte: Geschäftsstelle der prof. Freidenker, Kastanienallee 74.

Frankfurt a. M.: Anmeldungen und Auskünfte im Büro der Internationalen Arbeiterhilfe,

Große Friedberger Straße 23, Seitenbau II, 2. Stock, Werktags 9—19 Uhr.

Hagen i. Westf.: Adresse des Technischen Leiters: Felix Domitra, Altenhagener Straße 43.

Köln a. Rh.: Adresse des Technischen Leiters: B. Elias, Köln-Ehrenfeld, Leyendeckerstr. 38.

Nürnberg: Schulbüro, Kopernikusstraße 7—9.

Solingen: Adr. des Techn. Leiters: E. Hartkopf, Solingen-Merchard, Mittelgärtner Str. 46.

Wuppertal-Barmen: Adresse des Technischen Leiters: Ernst Seidel, Barmen, Waldhof 5.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hermann Duncker, Berlin-Tempelhof. — Manuskripte, Anfragen und Bestellungen sind an das zentrale Schulbüro der Marxistischen Arbeiterschule, Berlin NO 27, Schicklerstraße 6 (Tel. Kupfergraben E 2 2959) zu richten. — Druck: City-Druckerei, Berlin. — Für den Verlag verantwortlich: Dr. H. Duncker.

Der Marxist

Blätter der Marxistischen Arbeiterschule / 1. Jahrgang Heft 2 / Berlin, Herbst 1931

Was ist Leninismus?

Von Dr. Josef Kraus

1. Die Definition von Stalin.

Wir haben in unserem Artikel „Was ist Marxismus“ in Heft 1 des „Marxist“ bereits die Begriffserklärung des Leninismus als den Marxismus unserer Epoche, wie sie Stalin gegeben hat, zitiert:

„Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer: der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen.“ (Stalin, „Probleme des Leninismus“, Seite 10).

Diese kurze Erklärung faßt mit äußerster Prägnanz alle wesentlichen Momente des Leninismus zusammen. Sie hebt zunächst hervor, daß der Leninismus Marxismus ist. Keine Revision und keine „Ergänzung“ des Marxismus, auch keine russische oder „asiatische“ Abart des Marxismus, sondern die Fortentwicklung der von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Theorie entsprechend den Problemen einer neuen Epoche. Diejenigen, die sich als „Marxisten“ ausgeben, aber die konsequente Fortentwicklung des Marxismus, den Leninismus ablehnen, berufen sich in der Regel auf die wesentliche Verschiedenheit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und der Entwicklung der Arbeiterbewegung, im rückständigen Rußland und im fortgeschrittenen Westeuropa. Sie meinen, die revolutionäre Organisation und Taktik, die unter den besonderen Verhältnissen des zaristischen Rußland zum Siege führte, wären unbrauchbar für fortgeschrittene Länder wie Deutschland oder England.

Diese Ablehnung des Leninismus für die westeuropäische Arbeiterbewegung geht von zwei Voraussetzungen aus, von denen die eine ebenso falsch ist wie die andere. Erstens ist es nicht richtig, daß der Leninismus lediglich das Produkt russischer Erfahrungen darstellt, wenn er auch in erster Linie auf den Erfahrungen der russischen Revolution beruht. Lenin, der einen großen Teil seines Lebens in der Emigration verbrachte, war ein gründlicher Kenner der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Als Vertreter der bolschewistischen Partei in der II. Internationale und als Gründer und Führer der III. Internationale befaßte er sich ständig theoretisch und praktisch mit den Problemen der Arbeiterbewegung in allen Ländern. Die Leninsche Theorie ist so wenig speziell russisch, wie die Marxsche Theorie deutsch oder englisch ist.

Die russischen Erfahrungen waren aber andererseits geeignet, die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution für alle Länder entwickeln zu helfen, weil durch besondere historische Momente die proletarische Revolution in Rußland früher heranreifte als in anderen Ländern. „Das industriell entwickelte Land zeigt den minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft . . .“, sagt Marx im Vorwort zum „Kapital“. Durch eigenartige Umstände, die mit der Entwicklung des Imperialismus zusammenhängen, ist es gekommen, daß das industriell rückständige Rußland zu dem vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes fortgeschrittensten Land wurde. Daher zeigt in der Tat das ehemals rückständige Rußland jetzt den ökonomisch fortgeschrittenen Ländern das Bild der eigenen Zukunft.

2. Die Leninsche Theorie des Imperialismus.

Einige überkluge Kritiker wollen entdeckt haben, daß die Leninsche Theorie des Imperialismus nichts Neues enthalte. Denn wenn Lenin den Imperialismus als Monopolistischen Kapitalismus, als die Herrschaft des Finanzkapitals, des Produktes der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, erklärt, so hat das gleiche auch schon Hilferding in seinem Buch „Das Finanzkapital“ entwickelt.

Diese Kritiker haben nur das wesentliche an der Leninschen Darstellung nicht gesehen. Dieses und jenes Merkmal des Imperialismus, insbesondere in seinen ökonomischen Erscheinungsformen ist gewiß auch von anderen Forschern mehr oder weniger richtig dargestellt worden. Aber Lenin und nur Lenin bestimmt richtig die historische Stellung des Imperialismus in der Entwicklung des Kapitalismus und leitet daher aus dem Uebergang von der freien Konkurrenz zur Herrschaft der Monopole richtig die Perspektive der Entwicklung und die Aufgaben des Proletariats ab.

Hilferdings Entwicklung vom Kritiker des Finanzkapitals zu dessen treuestem Knechte war deshalb möglich, weil er an diese Frage nicht als revolutionärer Marxist, sondern als Opportunist herantrat.

„Der Imperialismus“ — erklärt Lenin in seinem grundlegenden Artikel: „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ — „ist erstens monopolistischer Kapitalismus, zweitens parasitär oder verwesender Kapitalismus, drittens sterbender Kapitalismus.“ (Lenin über den Reformismus, Elementarbücher des Kommunismus, Band 20, Seite 67.)

Wenn Lenin den monopolistischen Kapitalismus als parasitär und verwesend bezeichnet, so wird damit hervorgehoben, daß der Uebergang zum Monopol keineswegs, wie die Lobredner des „Organisierten Kapitalismus“ von Bernstein bis Hilferding behaupteten, eine Ueberwindung der inneren Widersprüche des Kapitals bedeutet, sondern daß im Gegenteil die Herrschaft der Monopole, welche die Konkurrenz nicht aufhebt, sondern im gewissen Sinne verschärft, die Widersprüche des Kapitalismus, vor allem den grundlegenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, auf die Spitze treibt. Im Monopol entfaltet das kapitalistische Privat-

eigentum seine reaktionäre, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmende Tendenz erst im vollen Maße. Der Uebergang zum Monopol bedeutet, daß der Kapitalismus nicht mehr das fortschrittliche Prinzip gegenüber der vorangegangenen feudalen Ordnung verkörpert, sondern bereits ein reaktionäres Prinzip im Vergleich zum Sozialismus, dessen Bedingungen herangereift sind.

In diesem Sinne nennt Lenin schließlich den Imperialismus „Sterbenden Kapitalismus“, oder was dasselbe ist: den Vorabend der sozialistischen Revolution. Keineswegs bedeutet der Ausdruck „Sterbender Kapitalismus“, daß der Kapitalismus von selbst „abstirbt“, daß der Uebergang zum kapitalistischen Monopol die schmerzlose, allmähliche Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus, des bürgerlichen Staats in den proletarischen Staat bedeutet,

3. Die Wiederherstellung der marxistischen Staatstheorie.

Wenn Stalin als ein wesentliches Moment des Leninismus die Theorie der proletarischen Revolution hervorhebt, so ist die Theorie des Staates die Grundlage der Theorie der Revolution. „Staat und Revolution“ heißt die Schrift von Lenin, in der nicht nur die marxistische Staatstheorie von allen Entstellungen durch die Opportunisten gereinigt, sondern zugleich das Programm der Oktober-Revolution in bezug auf den Staat entwickelt wird.

Die Stellung zum Staate, das ist in der Tat das Unterscheidungsmerkmal zwischen Reformismus und revolutionärem Marxismus, und gerade in dieser Frage war die Auffassung von Marx und Engels in der Epoche der II. Internationale von den sozialdemokratischen Theoretikern ins Gegenteil verkehrt worden und so bei den Arbeitermassen völlig unbekannt. Nur darum war es möglich, daß die Reformisten 1918/19 durch die verlogene Alternative „Demokratie oder Diktatur“ die Arbeiterklasse verwirren konnten.

Die Reformisten „linker“ Schattierung, die jetzt darangehen, ein eigenes Parteichen aufzumachen, um die gegen den Reformismus rebellierenden Arbeiter vom Uebergang zum Kommunismus abzuhalten, sind gern bereit, zuzugeben, daß in der demokratischen Republik die Diktatur des Kapitals herrscht, sie treten auch gelegentlich mit dem Munde für die Diktatur des Proletariats ein. Aber damit sind sie noch lange keine revolutionären Marxisten.

Der für die Politik des Proletariats entscheidende Gedanke, den Lenin in der marxistischen Theorie des Staates herausgearbeitet hat, bezieht sich auf den Uebergang vom bürgerlichen zum proletarischen Staat. Wer glaubt, den bestehenden bürgerlichen Staat durch dieses oder jenes Mittel mit oder ohne Koalitionspolitik in einen proletarischen Staat, in ein Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus umwandeln zu können, ist ein Reformist. Auch dann, wenn er — wie das im linkssozialdemokratischen Musterprogramm der SP. Oesterreichs geschieht — unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit revolutionärer Gewalt und proletarischer Diktatur zuläßt.

Lenin zitiert einen Brief von Marx an Kugelman vom 12. April 1871, in dem es heißt: „... Wenn Du das letzte Kapitel meines 18. Brumaire' nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution anspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen.“ Lenin bemerkt dazu: in diesem Worte: „die bürokratisch-militärische Maschinerie . . .“ zu zerbrechen“, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus über die Aufgabe des Proletariats in der Revolution dem Staat gegenüber enthalten.“ (Staat und Revolution, Seite 37.)

In der Tat, nur wenn man diese Aufgabe in ihrer ganzen Größe begreifen und daraus die Schlußfolgerungen gezogen hat, daß zur Verwirklichung des Sozialismus ein neuer Staat, der proletarische Staat, auf der Grundlage revolutionärer Massenorgane geschaffen werden muß, nur dann ist eine richtige Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes möglich. Nur auf Grund der vom Opportunismus gereinigten, in ihrer vollen Konsequenz wiederhergestellten Staatstheorie konnte Lenin schon 1905 die welthistorische Bedeutung der Sowjets als Machtorgane des Proletariats erfassen.

4. Die Leninsche Lehre von der Partei.

Es ist klar, daß eine Arbeiterpartei, die zum Vernichtungskampf gegen die Macht der Bourgeoisie, zur Errichtung der proletarischen Diktatur rüstet, die Millionenmassen für diesen Kampf mobilisiert und organisiert, anders aufgebaut werden mußte als die opportunistischen Parteien der II. Internationale, deren Tätigkeit sich fast ausschließlich auf Parlamentswahlen und Parlamentsarbeit konzentrierte. Wer behauptet, daß die bolschewistische Form der Parteiorganisation unbrauchbar ist für die modernen parlamentarisch-demokratisch regierten Länder, der geht dabei von der Voraussetzung aus, daß der Weg zur Macht außerhalb Rußlands der friedliche parlamentarisch-demokratische sein wird.

Aber gerade in dieser Frage bestätigt sich unsere These, daß das rückständige Rußland den fortgeschrittenen Ländern das Bild der eigenen Zukunft zeigt. Je weiter die Krise des Kapitalismus fortschreitet, je mehr die Massenerregung gegen das herrschende System anschwillt, desto mehr gleichen sich die politischen Verhältnisse im fortgeschrittenen Westeuropa längst vergangenen zaristischen Zuständen an.

„Eine illegale Partei muß anders aufgebaut werden als eine legale Partei. In einer illegalen Partei kann nicht die Demokratie herrschen, die in einer legalen Partei notwendig ist.“ Mit solchen Gemeinplätzen wollte man beweisen, daß die russische „Verschwörer Organisation“ kein Vorbild für die Arbeiterparteien Westeuropas sein kann. Aber je näher der entscheidende Kampf heranrückt, desto weniger wird einer proletarischen Partei vom bürgerlichen Staat gestattet, ihre Tätigkeit legal zu entfalten und es kommt ein Zeitpunkt, wo nur die Wahl bleibt, auf den Klassenkampf zu verzichten, vor der Bourgeoisie

zu kapitulieren oder zu bolschewistischen Methoden überzugehen. Dieser Zeitpunkt trat für die meisten europäischen Länder im August 1914 ein. Im imperialistischen Krieg gab es nur die Wahl, im Rahmen der Gesetze die Kriegspolitik zu unterstützen oder unter Mißachtung der Kriegsgesetze die revolutionäre Arbeit gegen den Krieg zu organisieren. Die offiziellen Führer der II. Internationale gingen den Weg des Burgfriedens, die revolutionären Internationalisten, die dem Klassenkampf treu blieben, mußten den Weg gehen, den Lenin mit seiner Partei schon früher beschritten hatte.

Eine Partei nach den leninistischen Prinzipien ist nicht ein Sammelbecken aller Unzufriedenen, nicht ein Diskussionsklub aller, die sich für Sozialisten halten, die Partei ist die klassenbewußteste, entschlossenste Vorhut des Proletariats, gegründet auf die feste Gemeinschaft einer einheitlichen revolutionären Ueberzeugung, eine straff disziplinierte, zentral geleitete Kampforganisation, fest verbunden mit den Massen in den Betrieben und jederzeit bereit, auf allen Gebieten und mit allen Mitteln, die die Situation erfordert, den Kampf gegen das herrschende Regime zu organisieren.

Die Parteidemokratie in der leninistischen Partei besteht darin, daß der Wille der revolutionären Arbeiterschaft bedingungslos durchgesetzt wird; wer sich diesem Willen widersetzt, wird rücksichtslos beiseite geschoben und mag er Plechanow oder Trotzki heißen. Nach diesem Prinzip wurde die eiserne Kohorte der Revolution geschaffen, die unter dem Zarismus das Netz der illegalen Organisation über das ganze Reich ausspannte, die während des Krieges unbeirrt die Fahne des proletarischen Internationalismus hochhielt, die im Oktober 1917 den siegreichen Aufstand organisierte und nun seit 14 Jahren auf einem Sechstel der Erde die Arbeitermacht befestigt und zum Aufbau des Sozialismus ausnützt. Wer kann glauben, daß eine nach den Rosenfeld-Seydewitzschen Prinzipien der Meckerfreiheit aufgebaute Partei solches leisten könnte?

5. Die leninistische Strategie und Taktik der Revolution.

Wenn der Leninismus die führende Rolle der Partei hervorhebt und die Theorie der Selbsttätigkeit, der Spontanität der Massen ablehnt, so trifft ihn darum doch nicht der Vorwurf des „Blanquismus“, der von den reformistischen Ignoranten unablässig wiederholt wird. Die bewußte entschlossene Minderheit ist notwendig, um die Massen in den Kampf zu führen, niemals kann sie die Aktivität der Massen ersetzen.

Die Herausarbeitung der Methode zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Revolution, zur Mobilisierung aller Bundesgenossen aus anderen Klassen, die die Revolution unterstützen können, die Heranziehung aller Reserven, die den Sieg des Proletariats erleichtern, das ist die leninistische Strategie und Taktik der Revolution.

Um die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen, darf die

Partei sich nicht auf die Propaganda der Revolution beschränken, sie muß ihre führende Rolle in den täglichen Kämpfen der Arbeiterschaft bewahren, sie muß die Betriebe zu ihren Festungen machen, sie muß sich in allen Massenorganisationen des Proletariats verwurzeln. Die Losungen und die Taktik müssen völlig der gegebenen Lage, dem Verständnis der Massen entsprechen, aber nicht so, daß die Partei hinter den Massen herhinkt, sondern diese vorwärts führt zu höheren Kampfformen. Die Organisation der Tageskämpfe muß der Organisation der Revolution dienen.

Der Grundsatz des unversöhnlichen proletarischen Klassenkampfes bedeutet jedoch keineswegs, daß der Leninismus das abstrakte Schema einer „reinen kapitalistischen Gesellschaft“ vor Augen hat, in der es nur Arbeiter und Kapitalisten gibt. Im Gegenteil, eine der größten Leistungen des Leninismus ist die Theorie von der **Hegemonie**, das heißt der führenden Rolle des Proletariats gegenüber allen anderen ausgebeuteten Volksschichten. Das ist die **Lehre von der Volksrevolution, von den Bundesgenossen des Proletariats**.

In den rückständigen Ländern, wo die bürgerliche Revolution noch auf der Tagesordnung steht, muß das Proletariat die ganze Masse der Bauernschaft in den revolutionären Kampf führen, um die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen, um die feudalen Ueberreste mit der Wurzel auszureißen und möglichst rasch den Uebergang zur sozialistischen Revolution zu ermöglichen. In den fortgeschrittenen Ländern muß das Proletariat die arme Bauernschaft und den verarmten Mittelstand von der Bourgeoisie lösen, um die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen.

Wie für jedes Land, so stellt der Leninismus die Frage des Bundesgenossen auch im internationalen Maßstabe. Der Imperialismus unterdrückt nicht nur die proletarischen Massen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, sondern auch Hunderte von Millionen in den **kolonialen und halbkolonialen Ländern**. Diese Millionenmassen, in ihrer Mehrzahl arme Bauern, zum unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren, das heißt die Weltrevolution gegen den Kapitalismus organisieren, das heißt, die proletarische Hegemonie im Weltmaßstabe verwirklichen.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, die durch den Imperialismus gesteigert wird, macht es unmöglich, daß die Revolution gleichzeitig in allen oder auch nur in den wichtigsten Ländern siegt, aber da der Kapitalismus durch die imperialistischen Konflikte geschwächt wird, da in den Kolonialländern mächtige Reserven gegen den Imperialismus mobilisiert werden können, da das Proletariat sowohl in den fortgeschrittenen als auch rückständigen Ländern in den anderen werktätigen Schichten starke Bundesgenossen findet, ist es absolut möglich, daß das Proletariat **zunächst in einem Lande die Macht erobert**, und diese, gestützt auf die Solidarität der Arbeiter der anderen Länder, behauptet und zum Aufbau des Sozialismus ausnützt, wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt,

6. Die Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur.

Die leninistische These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, die von **Trotski** als „nationale Beschränktheit“ angesehen wurde, hat inzwischen ihre praktische Bestätigung durch die Verwirklichung des Fünfjahresplans gefunden. Dieser Sieg war nur möglich durch jene „Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats“, von der Stalin in seiner Definition des Leninismus spricht.

Auf diesem Gebiet liegt in der Tat die originellste Leistung des Leninismus insofern, als die Führung eines proletarischen Staates, der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft ein Gebiet ist, das zum erstenmal in unserer Zeit betreten wurde und von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus nur vorausgesehen werden konnte.

Die Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur ist die konsequente Fortsetzung jener Strategie, die allein die Eroberung der Macht ermöglicht. Das siegreiche Proletariat enteignet die Kapitalistenklasse, nationalisiert die Großindustrie, den Grund und Boden, die großen Unternehmungen des Handels und Verkehrs und organisiert eine planmäßige Produktion entsprechend den Bedürfnissen der werktätigen Massen. Das ist das einfache Schema, nach dem sich die Sozialisten im allgemeinen den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft vorstellen. In diesem einfachen Schema ist aber ein großes Loch. Selbst in den fortgeschrittenen Ländern, geschweige denn in einem so rückständigen Lande wie Rußland, ist der Teil der Produktion und des Handels, der in großen Unternehmungen konzentriert ist, eben nur ein Teil der gesamten Wirtschaft, neben dem die Millionen kleinen Produzenten und Händler, vor allem auf dem Lande, existieren.

Der Versuch, die sozialistische Planwirtschaft mit einem Schlage zu verwirklichen, die ganze Produktion und Verteilung sofort in der Hand des Staates zu zentralisieren, würde das Proletariat von den Millionenmassen der Werktätigen, die ihrer Klassenlage nach zu den kleinen Eigentümern gehören, isolieren, die Hegemonie des Proletariats zerstören, der bürgerlichen Konterrevolution eine Millionenarmee Unzufriedener in die Arme treiben. Die Notwendigkeit nach Eroberung der Macht, das Bündnis mit den Bauernmassen, mit dem werktätigen

„Das alte ist zerstört, wie es zerstört sein mußte, der Boden ist gesäubert und auf diesem Boden muß die kommunistische Generation die kommunistische Gesellschaft aufbauen.“ (Lenin.)

„Die kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit . . . beruht auf der freien selbstbewußten Disziplin der Werktätigen selbst, die das Joch sowohl der Gutsbesitzer wie der Kapitalisten abgeschüttelt haben — und je weiter, um so mehr wird die kommunistische Organisation auf dieser freien selbstbewußten Disziplin beruhen.“ (Lenin.)

Mittelstand zu befestigen, ist der Grund für die Einführung der Neuen Oekonomischen Politik (Nöp).

Die Neue Oekonomische Politik ist keineswegs bloß eine erzwungene Rückzugsmaßnahme der proletarischen Diktatur in einem rückständigen Lande. Ihr Grundgedanke wird zeitweilig in jedem Lande angewandt werden müssen, um den endgültigen Sieg des Sozialismus zu sichern.

Dieser Grundgedanke besteht darin, daß den kleinen Produzenten, kleinen Händlern und vor allem den Bauern in gewissen Grenzen die Freiheit der Warenproduktion und des Warenaustausches gelassen wird, während der proletarische Staat sich die Leitung der „Kommunohöhe“ der Wirtschaft sichert. So entstehen nebeneinander ein sozialistischer und ein privater, zum Teil kapitalistischer Sektor der Wirtschaft. Im wirtschaftlichen Wettbewerb setzt sich, nicht mit Gewaltmaßnahmen, sondern durch die Ueberlegenheit des Großbetriebes über den kleinen Betrieb, der sozialistischen Planmäßigkeit über die Anarchie der Warenwirtschaft, der sozialistische Sektor immer mehr durch. In einem Klassenkampf, bei dem die kapitalistischen Elemente unterdrückt und verdrängt, die werktätigen Elemente mit den Mitteln der Ueberzeugung für den Uebergang zur Kollektivproduktion gewonnen werden, setzt sich die sozialistische Planmäßigkeit durch, während die kapitalistischen Ueberreste liquidiert werden. So verschwindet nach und nach die Anarchie der Warenproduktion.

So wurde die große sozialistische Offensive nach den Grundsätzen des Leninismus in der Sowjetunion organisiert, so werden die letzten Reste der kapitalistischen Klasse, vor allem die Dorfwohner, die Kulaken, liquidiert, so wird die Masse der Bauernschaft in die moderne maschinelle kollektive Großproduktion einbezogen, so siegt durch die Entfaltung der Initiative und des Arbeitsenthusiasmus der Massen das Prinzip der sozialistischen Planmäßigkeit.

Es gibt kein Gebiet der Politik, der Oekonomie, der Philosophie, kein Gebiet der marxistischen Erkenntnis, in der der Leninismus nicht die Wissenschaft um neue Gedanken bereichert hat. Unsere kurze Darstellung sollte den Leser nur mit einigen der wichtigsten Grundgedanken des Leninismus bekanntmachen.¹⁾

¹⁾ Ein systematisches Studium des Leninismus ist nur möglich auf Grund der Gesamtausgabe der Werke, die in deutscher Sprache im Verlag für Literatur und Politik erscheint. Eine populäre billige Schriftenreihe gibt der gleiche Verlag unter dem Namen „Kleine Lenin-Bibliothek“ heraus. Auch in der Reihe „Elementarbücher des Kommunismus“ sind einige der wichtigsten Schriften Lenins erschienen. Die beste systematische Darstellung der wichtigsten Lehren Lenins enthält Stalins Schrift „Grundlagen des Leninismus“, abgedruckt in dem Band 5 der Marxistischen Bibliothek, „Probleme des Leninismus, I. Teil“. Eine populäre Darstellung der Grundbegriffe der leninistischen Strategie und Taktik enthält das Lehrbuch über „Proletarische Politik im Zeitalter des Imperialismus und der sozialen Revolution“ von J. Lenz, (Internationaler Arbeiterverlag.)

Zur Agrarkrise

Von Dr. P. Massing

Die marxistische Diskussion über die Agrarkrise geht — besonders in der Sowjetunion — schon jahrelang vor sich, ohne bisher ihren endgültigen Abschluß gefunden zu haben. Zwar ist vor allem auf dem Wege der Kritik an zwei Theorien eine Reihe einheitlich anerkannter Ergebnisse herausgearbeitet worden, aber noch immer wird an der theoretischen Bewältigung des umfangreichen und verwickelten Fragenkreises gearbeitet.

Auf den ersten Blick erscheint ein solcher Zustand unverständlich. Warum bietet die Agrarkrise der Theorie so große Widerstände? Ist denn eine Krise in der Landwirtschaft etwas anderes als eine Krise im Baugewerbe oder in der Automobilindustrie? Ist sie nicht einfach ein Teil der allgemeinen Krise, die Krise eines einzelnen Produktionszweiges, die mit jener auftaucht und vergeht? Oder gibt es Agrarkrisen ohne Industriekrisen und umgekehrt; unterliegt die Agrarkrise besonderen, nur ihr eigentümlichen Gesetzen, sind ihre Ursachen andere als die der industriellen Krise?

Diese Fragen stellen, heißt, schon in den theoretischen Streit einzutreten. In der Tat liegt in der verschiedenen Antwort auf die Frage nach dem Charakter der landwirtschaftlichen Produktion der Ausgangspunkt, dessen Weiterentwicklung zu notwendigerweise widersprechenden Ergebnissen führen muß. In der Literatur stehen sich zwei Hauptrichtungen gegenüber (mit vielen Nuancierungen im einzelnen), von denen die eine in der Agrarkrise nur die Krise eines bestimmten, grundsätzlich in nichts von anderen unterschiedenen Industriezweiges sieht, während die zweite der Agrarkrise eine Eigengesetzlichkeit zuspricht gemäß der Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion und Reproduktion. Am eindeutigsten und einseitigsten sind diese Auffassungen im neueren Schrifttum von Spektor²⁾ und von Pikus³⁾ vertreten worden. Spektor sieht in der Agrarkrise nur den Reflex der industriellen Krise, Pikus erkennt ihr eine völlige Sonderstellung gegenüber der allgemeinen Krise zu.

Für Spektor muß jede Industriekrise — zumindest jede von größerer Tiefe und Dauer — notwendigerweise eine Agrarkrise im Gefolge haben, die Landwirtschaft ist also denselben zyklischen Krisen unterworfen wie die Industrie, eine landwirtschaftliche Ueberproduktion besteht nur, weil die Konsumtionskraft der Industrie und der industriellen Bevölkerung durch die Krise nachläßt. (Vergl. z. B. seinen letzten Artikel „Einige Ergebnisse der Agrarkrise“ in Heft 29/30 der

²⁾ Theorie der Agrarkrisen, Verlag des Internationalen Agrarinstituts in Moskau, 1929, russisch; siehe auch Sp.s Vorwort zu der russischen Ausgabe des Buches von Sering „Agrarkrisen“.

³⁾ Mehrere Artikel, vor allem in der russischen Zeitschrift „Na agrarnom fronte“, Jahrg. 1928/1929.

„Kommunistischen Internationale“, 15. August 1931.) Die Agrarkrise ist nur durch den industriellen Aufschwung zu überwinden.

Pikus dagegen, von der Landwirtschaft als einem spezifischen Produktionszweig ausgehend, der gekennzeichnet ist durch die Existenz des Grundeigentums und in deren Reproduktionsbedingungen die ökonomische Realisierung dieses Grundeigentums, die Rente, eine ausschlaggebende Rolle spielt, muß im einzelnen zu völlig gegensätzlichen Schlußfolgerungen kommen. Agrar- und Industriekrisen fallen nicht notwendig und in der Regel nicht zusammen, es gibt keine Periodizität der landwirtschaftlichen Krisen, weil deren Voraussetzung, eine gewisse Reife der industriellen Entwicklung, in der Landwirtschaft bisher nicht erreicht ist; die Ursachen der Agrarkrise sind andere als in der Industrie, sie liegen hauptsächlich in dem Widerspruch zwischen den neuen Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft und der fixierten Rente.

„Solange die Rente nicht in ein richtiges Verhältnis zum Mehrprofit gebracht ist, werden in der Landwirtschaft die normalen Reproduktionsbedingungen gestört sein, d. h. die Landwirtschaft wird eine Krise durchmachen.“

(„Na agrarnom fronte“, 1928, Nr. 1.)

Für die eine theoretische Richtung gibt es keine spezifische Agrarkrise, damit im Grunde auch nicht die Notwendigkeit einer besonderen Theorie zu ihrer Erklärung. Es handelt sich in der Landwirtschaft um prinzipiell die gleichen Erscheinungen und Gesetze wie in der Industrie: die allgemeine marxistische Krisentheorie ist hinreichend, Ursache und Bewegung der Agrarkrise zu verstehen.

Aus ihrer Auffassung von der Landwirtschaft als einer eigentümlichen, weder auf gleicher Stufe wie die Industrie stehenden, noch ihr wesensgleichen Produktion ergibt sich für die zweite Gruppe die Existenz von besonderen Agrarkrisen mit besonderen Ablaufbedingungen und zeitlicher und immanenter Selbständigkeit, zu deren theoretischer Erfassung die Berücksichtigung der spezifischen landwirtschaftlichen Reproduktionsbedingungen unumgänglich ist. Die Untersuchung der Agrarkrisen erfordert eine besondere Theorie nicht im Gegensatz zur allgemeinen Krisentheorie, sondern weil in dieser die von Marx selbst herausgearbeiteten Elemente, die zum Verständnis der landwirtschaftlichen Produktion und Reproduktion erforderlich sind, nicht zur Anwendung gelangen.

Pikus' Auffassung, die großenteils auf die alte Parvus'sche Theorie („Neue Zeit“, 1896: „Weltmarkt und landwirtschaftliche Krise“) zurückgeht, sieht, kurz gesagt, die Aufgabe der Agrarkrise darin, das unter den früheren Verwertungsbedingungen des landwirtschaftlichen Kapitals in Form von langen Pachtverträgen und Hypothekenzinsen festgelegte Rentenniveau an die neuen Verwertungsbedingungen anzupassen. Die Agrarkrise ist eine Krise der Rente. Nach Spektator aber handelt es sich bei der Agrarkrise lediglich um eine Krise des Profits

des Agrarkapitals, wie sie jedes andere Industriekapital in regelmäßiger Wiederkehr erlebt.

Beide Auffassungen sind in der Diskussion abgelehnt worden. Aber man darf wohl sagen, daß gerade wegen ihrer überspitzten Fragestellung sie zur Klärung des Problems nicht wenig beigetragen haben.

Der Charakter der landwirtschaftlichen Produktion.

Nimmt die Landwirtschaft eine Sonderstellung in der kapitalistischen Wirtschaft ein oder nicht?

Wir haben gesehen, wie weittragend die verschiedene Antwort ist. Eine Theorie der Agrarkrise muß von hier ihren Ausgang nehmen. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, die naturbedingten, biologischen Eigenarten der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber der Industrie ins Feld zu führen (klimatische und Bodenabhängigkeit, Ausfall der Ernten, langsamer Umschlag des Kapitals usw.) Sie sind, so weit wir sehen, auch nirgends von der marxistischen Literatur als entscheidende Stützen einer besonderen Theorie der Agrarkrise herangezogen worden. (Wohl aber spielen sie in der bürgerlichen Ökonomik eine entscheidende Rolle.)

Daß die landwirtschaftliche Produktion eine kapitalistische Produktion ist, steht außer Frage. Der Streit kann lediglich um den Grad ihrer kapitalistischen Entwicklung gehen. In der Diskussion wurde oft Lenins Ansicht wiedergegeben, die er in seiner Arbeit über die amerikanische Landwirtschaft formulierte, daß nämlich, wenn man die Entwicklungshöhe von Industrie und Landwirtschaft miteinander vergliche, der Kapitalismus in der Landwirtschaft sich in einem Stadium befinde, das dem der Manufaktur näher stehe als der maschinellen Großindustrie.

Pikus leugnete unter Berufung auf dieses Leninzitat die Möglichkeit periodischer Krisen in der Landwirtschaft, da deren „materielle Grundlage“, „die Durchschnittszeit, worin die Maschinerie erneuert wird“ (Marx im Brief an Engels, Gesamtausgabe Briefwechsel, II, S. 295 und 298, siehe auch „Kapital“, II, 9. Kapitel, S. 144, bei Zitaten aus dem Kapital beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, die Seitenangaben auf die Ausgabe von Karl Kautsky im Dietz-Verlag) in einem dem Stadium der Manufaktur nahestehenden Produktionszweig nicht gegeben sei. Zweifellos kann aber Lenins Formulierung nicht in diesem Sinne verstanden werden. Es ist ein elementarer Grundsatz des Marxismus, daß der Kapitalismus den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht beseitigt, sondern noch dauernd verschärft. Die landwirtschaftliche Produktion ist in ihrer Entwicklung

Die Theorie wird gegenstandslos, wenn sie nicht verknüpft ist mit der revolutionären Praxis, genau so wie die Praxis blind ist, wenn ihr Weg nicht durch die revolutionäre Theorie erhellt ist.

Stalin.

durch eine Reihe von Ursachen gehemmt, unter denen das Grundeigentum die wichtigste. (So heißt es z. B. im Programm der Kommunistischen Internationale, daß die Landwirtschaft infolge des Bestehens des Bodenmonopols und der absoluten Rente hinter dem Tempo der allgemeinen Entwicklung zurückblieb. a. a. O. S. 9.) Auch andere, von Marx wiederholt aufgeführte Gründe, wie die schwache Entwicklung der für die Landwirtschaft wichtigen Naturwissenschaften und ihrer Anwendung auf die Agrikultur, sind trotz der gewaltigen Fortschritte auf diesen Gebieten in den letzten zehn Jahren noch immer zutreffend.³⁾ Aber alle diese Momente sollen nur das langsamere Tempo der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft erklären und setzen die landwirtschaftliche Produktion als eine kapitalistische voraus. Sie wird betrieben, um Profit zu machen, sie unterliegt daher auch den allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals.

An der Richtigkeit dieser Feststellung wird nichts dadurch geändert, daß in der Landwirtschaft noch heute die Mehrzahl der Produzenten nicht kapitalistisch produziert. Die landwirtschaftlichen Produkte werden im Kapitalismus als Waren hergestellt, das entscheidende Marktquantum aller wichtigen landwirtschaftlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel in kapitalistischen Betrieben erzeugt. In seiner Kritik an Ricardo, der die Möglichkeit einer allgemeinen Ueberproduktion leugnet, nennt Marx die „leitenden Handelsartikel“: „Artikel, die nur massenhaft und nur fabrikmäßig, auch in der Agrikultur, produziert werden können“ („Theorien über den Mehrwert“, II, 2, Seite 312, von mir gesperrt).

Auf diesen kapitalistisch produzierenden Teil der Landwirtschaft treffen alle Kennzeichen des Kapitalismus zu: das Streben nach Profit zwingt zur Akkumulation, zu dauernder Erhöhung der organischen Zusammensetzung, zur Freisetzung des Landarbeiters (die nach Marx in der Landwirtschaft sogar ohne jede Gegentendenz wirkt), zur Ueberproduktion und Krise.

„So findet . . . in der Agrikultur, wie in allen anderen Produktionszweigen, die kapitalistisch betrieben werden, fortwährend jene relative Ueberproduktion statt, die an sich identisch ist mit der Akkumulation.“ („Kapital“ III, 2, 39. Kapitel, S. 188.)

Für den Bauern als einfachen Warenproduzenten gilt in diesem Falle, daß „innerhalb eines durch die kapitalistische Produktion beherrschten Gesellschaftszustandes auch der nichtkapitalistische Produzent durch die kapitalistischen Vorstellungen beherrscht ist“. („Kapital“, III, 1, Seite 14.) Und es gilt dies nicht nur für seine Vor-

stellungen. Ob er will oder nicht, muß „auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, als herrschender, . . . alle Ware in der Hand des Verkäufers Warenkapital sein. Sie fährt fort, es zu sein in der Hand des Kaufmanns oder wird es in seiner Hand, wenn sie es noch nicht war.“

Krisen in einem kapitalistischen Produktionszweig, der zudem von einem entwickelten kapitalistischen Wirtschaftssystem umgeben ist, müssen kapitalistische Krisen sein, und der einfache Warenproduzent muß von ihnen erfaßt werden. In Lenins Werk „Die Entwicklung des

Arbeiter!

Angestellte!

Maschhörer!

Werbt für eure Zeitschrift „Der Marxist“!

Jeder Leser der Zeitschrift werbe zehn neue Leser.

Verlangt vom Schulbüro der Masch Werbematerial!

Kapitalismus in Rußland“ (Gesamtausgabe. Bd. III), das gerade dem Nachweis der notwendigen Unterwerfung des vorkapitalistischen russischen Bauernbetriebs unter die Gesetze des Kapitalismus gewidmet ist, finden sich auch zu dieser Frage zahlreiche Ausführungen.

„Die Agrarkrise dehnt sich auf alle warenproduzierenden Klassen der Landwirtschaft aus und macht nicht halt vor dem Mittelbauern.“

Die Landwirtschaft ist eine kapitalistische Produktion, und es sind kapitalistische Krisen, die sie erschüttern. Ist aber damit etwa ausgesagt, daß die Agrarkrise begrifflich der Krise jedes andern Produktionszweiges gleichzusetzen sei? Keineswegs. Nachdem wir zwischen Industrie und Agrikultur grundsätzlich Gleichheit hinsichtlich ihres allgemeinen (kapitalistischen) Charakters festgestellt haben, bleibt als nächste Aufgabe, die vorhandenen Unterschiede hervorzuheben und zu sehen, ob und wie weit sie in der Lage sind, die Agrarkrise zu einer spezifischen Krise zu machen.

(Fortsetzung im nächsten Heft des „Marxist“.)

Es wäre fehlerhaft, anzunehmen, daß es genügend sei, sich die kommunistischen Parolen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne die Summe des Wissens zu erwerben. deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist.

Lenin, Rede an die Jugend.

³⁾ Wir können uns mit Gordejew (Theorie der Agrarkrisen, Agrar-Probleme, herausgegeben vom Internationalen Agrarinstitut in Moskau, Jahrg. 1930, russische Ausgabe), keineswegs einverstanden erklären, wenn er zur Widerlegung von Pikus kritiklos die Daten der Harvard Business Review (v. 3. April 1929) übernimmt, nach welchen auf einen Landarbeiter im Jahre 1923 in Amerika 4,74 PS und auf einen Industriearbeiter im Durchschnitt nur 3,76 PS motorische Kraft entfallen sollen.

Die Marxsche Werttheorie

Von Dr. Hans Günther

Wir veröffentlichen in folgendem den Versuch eines unserer Lehrer, die Marxsche Werttheorie populär darzustellen. Wie weit sich der Verfasser methodisch und inhaltlich auf dem richtigen Wege befindet, wird die kritische Aeußerung unserer Leser ergeben. Wir bitten also, ungeachtet dessen, daß von der für einen Artikel zu umfangreichen Arbeit in diesem Heft nur erst der Anfang vorliegt, um kritische Zuschriften, sowohl von fortgeschrittenen Funktionären und Lehrern, als auch besonders von Anfängern im Studium des Marxismus, darüber, ob und wie weit diese Arbeit zur Erleichterung des Studiums der Werttheorie geeignet ist und was für Erfahrungen die einzelnen Genossen mit ihr gemacht haben. Wir haben aus Raumgründen den Artikel an einigen Stellen in Uebereinstimmung mit dem Verfasser gekürzt.

Die Red.

Vorbemerkung.

Es fehlt in der marxistischen Literatur heute keineswegs an Versuchen einer populären und leichtfaßlichen Darstellung der Marxschen Werttheorie. Sie halten sich bei der Anordnung der einzelnen Gedankengänge ganz an die Reihenfolge des Marxschen „Kapital“ und beschränken sich mehr oder weniger auf eine Kommentierung des Marxschen Textes.

Soweit wir durch Rundfragen feststellen konnten, sind jedoch alle diese Darstellungen immer noch zu schwer. Infolgedessen scheint die Frage erlaubt, ob man nicht zum Zwecke der Popularisierung einmal einen ganz anderen Weg einschlagen sollte.

Eine solche neue Form der Darstellung soll hier versucht werden, wobei es sich von selbst versteht, daß dadurch am Inhalt der Marxschen Werttheorie auch nicht das i-Tüpfelchen verändert wird. Die Popularisierung soll aber auch nicht dadurch geschehen, daß kompliziertere Gedankengänge einfach weggelassen werden. Nichts wäre leichter als eine derartige Darstellung der Werttheorie. Wir wollen aber gerade versuchen, soweit dies auf dem geringen, uns zur Verfügung stehenden Raum überhaupt möglich ist, keine Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, vielmehr selbst die kniffligsten Stellen der Werttheorie dem Verständnis des Lesers nahe zu bringen. Wir werden außerdem versuchen, mit einem Minimum an Marx-Zitaten auszukommen, wozu uns im übrigen schon der Platzmangel zwingt.

Unentbehrlich für das Verständnis der Marxschen Oekonomie ist eine gewisse geschichtliche Kenntnis. Der Leser muß z. B. — um nur das Wichtigste zu nennen — wissen, daß, soweit der Kapitalismus auf der Produktion von „Waren“ und deren Austausch auf dem „Markt“ beruht, diese Form der Produktion auch schon vor dem kapitalistischen System bestanden hat. Marx nennt diese Vorstufe, wo es schon Produktion für den Markt und Austausch gab, wo aber die Produktionsmittel noch Eigentum der Arbeitenden waren und noch keine Klasse der „freien“ Lohnarbeiter existierte, die „einfache Warenproduktion“. Die kapitalistische Produktionsweise ist also eine entwickeltere, höhere Form der „einfachen Warenproduktion“.

Weiterhin ist für ein erfolgreiches Studium der Werttheorie eine elementare Kenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung unerlässlich. Besonders die Begriffe der „materiellen Produktivkräfte“ und der „Produktionsverhältnisse“ müssen bekannt und verstanden sein, da sie auch in der Werttheorie eine große Rolle spielen.

Bei Zitaten aus dem „Kapital“ geben wir die Seitenzahlen nach der Ausgabe von Karl Kautsky im Dietz-Verlag an.

I.

Gegenstand der politischen Oekonomie, so heißt es in der „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie“, „ist zunächst die materielle Produktion“. Marx fügt hinzu:

„Wenn also von Produktion die Rede ist, ist immer die Rede von Produktion auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe — von der Produktion gesellschaftlicher Individuen.“

Es versteht sich daher von selbst, daß wir auch bei der Darstellung der Werttheorie von der „materiellen Produktion“, von der gesellschaftlichen menschlichen Arbeit ausgehen müssen.

Nun werden die meisten Leser der Ansicht sein, daß der Begriff der Arbeit doch ein ganz einfacher sein müsse. Was Arbeit ist, weiß doch jedes Kind! Arbeit: das ist ganz einfach eine Tätigkeit, bei der, wie es Marx einmal ausgedrückt hat, „Arme und Beine, Kopf und Hand in Bewegung gesetzt werden“, um irgendeinen Gegenstand, einen Stoff, einen Naturstoff oder Rohmaterial zu „bearbeiten“, d. h. einen neuen Gegenstand daraus zu machen, den der Mensch zur Befriedigung seiner mannigfachen Bedürfnisse benötigt. Wir werden später sehen, daß diese sozusagen natürliche Vorstellung, die jeder Mensch von der Arbeit hat, in Wahrheit doch nur eine Seite des Arbeitsprozesses betrifft, also nicht erschöpfend ist. Vorläufig wollen wir aber gerade noch bei dieser Vorstellung, bei dieser einen „natürlichen“ Seite der „Arbeit“ verweilen.

Da es unmöglich ist, irgend etwas herzustellen, ohne sich dabei irgendwelcher Naturstoffe oder Naturgegenstände zu bedienen, so konnte Marx mit vollem Recht von der Arbeit sagen:

„Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.“ („Das Kapital“, I, S. 133.)

Außer den von der Natur dargebotenen Arbeitsgegenständen benötigen die Menschen auch noch Hilfsmittel für die Herstellung ihrer Gebrauchsgüter: Werkzeuge, Apparate, Maschinen usw., kurz, „Arbeitsmittel“, wie wir mit Marx alle diese Hilfsmittel zusammenfassend bezeichnen wollen. Das, was schließlich aus dem ganzen Arbeitsprozeß herauskommt, ist ein Produkt, das die Menschen „konsumieren“, d. h. unmittelbar zur Befriedigung ihrer Nahrungs-, Kleidungs-, Wohn-Bedürfnisse usw. gebrauchen oder verbrauchen. Diese Endprodukte des menschlichen Arbeitsprozesses haben daher, wie wir mit Marx sagen wollen, einen „Gebrauchswert“; wir könnten auch sagen: sie sind Gebrauchswerte.

Zusammenfassend:

„Der Arbeitsprozeß . . . ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.“ („Kapital“ I, S. 139.)

Den letzten Teil dieses Zitates brauchen wir kaum noch zu erläutern; es versteht sich von selbst, daß, wie verschieden auch immer die uns bekannten historischen Wirtschaftssysteme (Urkommunismus, Sklavensystem, Feudalismus, Kapitalismus) gewesen sein mögen, der Arbeitsprozeß, wie wir ihn eben

aufgezeigt haben, immer von gleicher Art war, nämlich stets: „zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten“.

Fragen wir uns allerdings, ob die Menschen immer die gleichen Produktionsmittel bei ihrem Arbeitsprozeß verwandt haben, so ist es klar, daß wir diese Frage verneinen müssen, daß hier also eine gewisse Veränderung zu beobachten ist, gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen historischen Wirtschaftsepochen.

„Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen.“ (I., S. 136.)

Der Gang der historischen Entwicklung ist, wie jedermann weiß, so gewesen, daß die Menschen immer mehr und immer kompliziertere Arbeitsmittel (Werkzeuge, Maschinen usw.) hergestellt haben, mit deren Hilfe sie jedoch immer weniger Arbeit zur Erzeugung ihrer „Gebrauchswerte“ benötigten. Gerade hierin, in dieser fortschreitend erhöhten Anwendung von Produktionsmitteln und in der dadurch erzielten fortschreitend größeren Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit der Arbeit, zeigt sich der Fortschritt der menschlichen Gesellschaft, im besonderen der Fortschritt der Technik oder, wie wir es auch ausdrücken können, die Entwicklung der „materiellen Produktivkräfte“. (Allerdings macht der Fortschritt der Technik nur eine Seite der Entwicklung der Produktivkräfte aus; für die Zwecke dieser Darstellung genügt es aber, nur auf diese Seite hinzuweisen.)

Gäbe es eine Möglichkeit (ob und unter welchen Voraussetzungen es sie gibt, darüber später!), für zwei verschiedene Produktionsepochen einerseits die Summe aller in einer bestimmten Gesellschaft erzeugten Konsumgüter (K), andererseits die Summe aller für die Produktion dieser Konsumgüter und der hilfsweise verwandten Produktionsmittel aufgewendeten Arbeit (A) festzustellen, so würde uns ein Vergleich dieser beiden Verhältniszahlen (K:A) einen genauen Aufschluß über den erzielten technischen Fortschritt oder, wie wir auch sagen können, über die eingetretene Erhöhung der „Produktivität“ der menschlichen Arbeit geben. Der Zähler, K, wäre gewachsen (es würden mehr „Gebrauchswerte“ hergestellt), der Nenner, A, wäre gesunken (man brauchte weniger Arbeit). Wobei wir von Veränderungen der natürlichen Fruchtbarkeit absehen.

II.

Die „Arbeit“, wie wir sie eben geschildert haben und wie sie im großen und ganzen der allgemeinen (unkritischen) Vorstellung entspricht, die Arbeit also in ihrer ewig gleichbleibenden Eigenschaft als Gebrauchswerte schaffende, nützliche menschliche Betätigung — diese Arbeit nennt Marx die „konkrete“.

Aber diese Form der Arbeit ist eben nicht, worauf wir bereits hindeuteten, die einzige! Soweit nämlich die Arbeit Gebrauchswerte erzeugt und

Das erste Erfordernis eines Arbeiters, der mitarbeiten will an der Selbstbefreiung seiner Klasse, besteht darin, sich nichts wissen machen zu lassen, sondern selbst zu wissen. Die Kenntnis des Kapitals, unseres gemeinsamen Gegners im sozialen Kampfe, ist ein allgemeines Klasseninteresse, dessen sich jeder anzunehmen hat.

Jos. Dietzgen.

soweit wir sie in dieser ihrer „konkreten“ Bestimmtheit betrachten, ist sie von jeder anderen konkreten Arbeit durchaus verschieden. Die Arbeit des Tischlers ist eine absolut andere als die des Schneiders. Der Leser möge sich diesen Unterschied recht eindringlich vor Augen halten; dann wird er bestätigt finden, daß die Arbeit des Tischlers, der Stühle erzeugt, mit der des Schneiders, der Röcke herstellt, genau so unvergleichbar ist, wie der Stuhl mit dem Rock.

Und doch haben die Arbeiten des Tischlers und Schneiders etwas Gemeinsames! Gleichen sie nicht einander darin, daß sie beide überhaupt „Arbeit“, nämlich Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft, von menschlichem Muskel, Nerv, Hand, Hirn usw. sind? Nach einigem Nachdenken wird der Leser einsehen, daß dieses Moment der Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft schlechthin (Arbeitskraft „im physiologischen Sinn“) tatsächlich etwas Gemeinsames, aber auch das einzige Gemeinsame an den sonst so verschiedenen Arbeiten ist. Aber um dieses Gemeinsame festzuhalten, muß man vorher gerade von den Verschiedenheiten, den besonderen konkreten Zwecken der Arbeit absehen, „abstrahieren“. Deshalb nennt Marx die Arbeit in ihrer Eigenschaft als „allgemein-menschliche“ Arbeit die „abstrakte“.

„Hier also (ergänze: in der bürgerlichen Gesellschaft) wird die Abstraktion der Kategorie „Arbeit“, „Arbeit überhaupt“, Arbeit sans Phrase, der Ausgangspunkt der modernen Ökonomie, erst praktisch wahr.“ („Einleitung“ zur Kritik d. polit. Ökonomie, S. XLI.)

Zusammenfassend:

„Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. (Darauf kommen wir noch! H. G.) Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.“ (S. 13, Kap. I.)

Von diesem „Doppelcharakter der Arbeit“ hat Marx gesagt, daß er der „Springpunkt“ ist, „um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“.

Damit können wir aber dieses Thema leider noch immer nicht verlassen; wir müssen den Leser noch mit einer weiteren Kompliziertheit vertraut machen, ehe wir zum Kernproblem der Werttheorie überleiten können.

Bei genauerer Ueberlegung werden wir nämlich sehr bald noch einen weiteren Unterschied im Charakter der Arbeit entdecken können, so daß wir eigentlich berechtigt wären, von einem „doppelten Doppelcharakter der Arbeit“ zu sprechen. Dieser zweite Unterschied bezieht sich auf den individuellen (persönlichen, privaten) Charakter der Arbeit und dessen Gegenteil, gesellschaftliche Arbeit.

Auch diese Begriffbestimmung will in enger Verbindung mit der tatsächlichen historischen Entwicklung verstanden werden. Nehmen wir wieder die Arbeit in der ländlich-patriarchalischen Familienwirtschaft! Kein Familienmitglied wird das Produkt, das gerade er erzeugt hat, als „sein“ Produkt betrachten und es seinen Verwandten als „Ware“ zum Kauf anbieten. Vielmehr werden in dieser Haushaltswirtschaft alle Produkte (Korn, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw.) in gemeinsamer, unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit hergestellt; und diese Produkte „treten der Familie als verschiedene Produkte ihrer Familienarbeit gegenüber, nicht aber sich selbst wechselseitig als Waren“.

„Die durch die Zeitdauer gemessene Verausgabung der individuellen Arbeitskräfte erscheint hier aber von Haus aus als gesellschaftliche Be-

stimmung der Arbeiten selbst, weil die individuellen Arbeitskräfte von Haus nur als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft der Familie wirken." (I, S. 41/42.)

Wie anders heute! Die industrielle Entwicklung, die die mittelalterliche Handwerkerstube längst in riesige Fabriken verwandelt hat, in denen Tausende, ja Zehntausende von Arbeitern in enger Gemeinschaft produzieren, hat zwar die Arbeit in viel höherem Grade zu einer gesellschaftlichen gemacht, als es früher jemals der Fall war. Aber:

Ist es nicht ein Charakteristikum der „einfachen Warenproduktion“ und der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie planlos, „anarchisch“ sind, daß die einzelnen Kapitalisten „unabhängig von einander“, scheinbar ohne irgendwelche gesellschaftlichen Beziehungen, leger und gar „selbstständig“ produzieren? Aber es muß doch, so wird der Leser einwerfen, trotzdem ein gesellschaftlicher Zusammenhang vorhanden sein! Natürlich muß er vorhanden sein! Aber wo tritt er in Erscheinung? Wie wir gesehen haben, nicht mehr (wie in früheren Produktionsepochen) in der Produktionssphäre (denn es wird ja unabhängig von einander produziert!). Wo also? Wir antworten: auf dem „Markt“! Dieser Markt, auf dem getauscht, gekauft und verkauft wird, ist die einzige Stelle, wo die „selbstständigen“ Produzenten (Kapitalisten) sich treffen können, dieser Markt bietet ihnen die einzige Möglichkeit, zueinander in gesellschaftliche Beziehungen zu treten, den gesellschaftlichen Zusammenhang auszudrücken. Aber — und das ist von größter Wichtigkeit! — auf diesem Markt tritt der gesellschaftliche Charakter der Arbeit ja auch nicht in Erscheinung! Auf dem Markt steht nicht Arbeit gegen Arbeit, sondern Produkt gegen Produkt, „Ware“ gegen „Ware“ verschiedenen wie gleichen Charakters! D. h.: die gesellschaftliche Beziehung zwischen den in den Fabriken der Kapitalisten oder (in der „einfachen“ Warenproduktion) von den Warenproduzenten selbst geleisteten Arbeiten ist auf dem Markte ausgelöscht, verschwunden! — Noch deutlicher wird dieser Vorgang beim mittelalterlichen Handwerks-System. Auch der mittelalterliche Handwerksmeister hat ja „selbstständig“ und „unabhängig“ gearbeitet! Auch er trat zu den anderen Produzenten nur auf dem Markt, beim Austausch seiner Ware in Beziehungen! Aber auch er verkaufte auf dem Markt nur Waren und nicht seine Arbeit! Auch er erfuhr auf dem Markte nichts von der Beziehung seiner Arbeit zu der der anderen! Auch seine Arbeit war nicht unmittelbar gesellschaftlich, sondern gerade das Gegenteil: unmittelbar private, individuelle Arbeit, und nur mittelbar gesellschaftliche durch den Austausch seines Arbeitsproduktes mit dem Produkt der Arbeit anderer!

Wie wir aus diesem Vorgang entnehmen können, ergibt sich in einer planlosen, warenproduzierenden Gesellschaft ein ganz falsches Bild! Es sieht infolge der „Unabhängigkeit“, „Selbstständigkeit“ der Warenproduzenten so aus, als ob tatsächlich kein gesellschaftlicher Zusammenhang besteht. In Wahrheit kann er aber natürlich niemals verschwunden sein. Er muß sich äußern, und zwar dort, wo, trotz aller „Unabhängigkeit“, doch eine Verbindung zwischen den Warenproduzenten hergestellt wird, also auf dem Markt. Aber auch hier kommt der gesellschaftliche und insbesondere der gesellschaftliche Arbeitszusammenhang, wie wir gesehen haben, nicht direkt, nicht unmittelbar zum Ausdruck, denn es stehen sich beim Tausch Sachen, Waren gegenüber, und sonst nichts! Wiederum ergibt sich also ein falsches Bild. Es sieht so aus, als ob die Beziehungen beim Tausch keine Beziehungen der tausenden Personen, die sie doch in Wahrheit sein müssen, sondern Beziehungen der Waren, der Dinge sind, die sie aber gerade nicht sein können,

Die Form des Warenaustausches verschleiert also den gesellschaftlichen Zusammenhang, „verkehrt“ ihn und spiegelt ihn als ein Verhältnis der Dinge, ja, als Eigenschaften der Dinge, zurück.

Diesen eigenartigen Tatbestand, daß in einer planlosen Wirtschaft die Arbeiten aller Produzenten nicht mehr unmittelbar gesellschaftliche sind, sondern infolge der „Selbständigkeit“ der Produzenten unmittelbar private (individuelle), daß also der gesellschaftliche Arbeitszusammenhang zwischen den Produzenten nicht mehr unmittelbar in Erscheinung, ja, überhaupt zu fehlen scheint, und erst nach erfolgter Produktion beim Warenaustausch in einer durch die Waren vermittelten, aber zugleich auch verschleierte Form zum Ausdruck kommt, diesen Tatbestand hat Marx den „Fetischismus der Warenwelt“ genannt.

„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“ („Kap.“ I, S. 36.)

Die späteren Ausführungen werden die Kenntnisse vom Fetischcharakter der Ware noch erweitern und vertiefen.

Zur wirtschaftlichen und politischen

Lage

Die Krise schreitet fort — Welche Aufgaben stellt uns die augenblickliche Situation?

1. Das Bild eines untergehenden Systems

Eine englische Zeitschrift veröffentlichte vor einigen Tagen Auszüge aus einem Brief des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, an den Direktor der Bank von Frankreich, M. Moret. Dort heißt es: „Wenn nicht drastische Maßnahmen zu seiner Rettung ergriffen werden, wird das kapitalistische System in der ganzen zivilisierten Welt binnen einem Jahr zerstört sein. Ich möchte, daß diese Voraussage zu den Akten genommen wird, damit in zukünftiger Zeit auf sie Bezug genommen werden kann.“

Ein Blick auf die internationale Lage bestätigt die Berechtigung einer so pessimistischen Einschätzung der Aussichten des kapitalistischen Systems. Wir greifen nur einige Beispiele heraus.

Ein entscheidendes Merkmal für die Entwicklung der Krise ist die Bewegung der Eisen- und Stahlindustrie. Die letzten Meldungen über die Produktion in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie besagen: im September war die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung der Roheisengewinnung der deutschen Hochofenwerke um 9,3 Prozent niedriger als im August. Die Rohstahlgewinnung sank in der gleichen Zeit noch viel stärker, nämlich um 14 Prozent.

Auch die Kohlenindustrie muß für die Woche vom 4. bis 10. Oktober (!) eine Erhöhung der Feierschichten melden. Die amerikanische Stahlindustrie meldet für September eine Ausnutzung der Produktionskapazität von 29 Prozent gegen 32 im August und noch 44 im Mai.

Selbst für England haben so „drastische Maßnahmen“ wie die Inflation wenig zu helfen vermocht. Entgegen den zu Propagandazwecken in Umlauf

gesetzten Behauptungen von einer Wiederbelebung der Wirtschaft weist die Kohlenförderung der letzten Woche einen Rückgang gegenüber der Vorwoche auf, obgleich in dieser Jahreszeit sonst ein Ansteigen üblich ist. Die Anzahl der im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter ging gleichfalls zurück. Die amtliche Statistik, die im Interesse der Regierung einen Rückgang der Erwerbslosigkeit „nachweist“, wird von der kapitalistischen Presse selbst widerlegt.

In ständiger Wechselwirkung mit der Produktionskrise schreitet die Kreditkrise in stets wachsendem Tempo weiter.

Am Donnerstag, dem 15. Oktober, erreichten die amerikanischen Bankzusammenbrüche den bisherigen Tagesrekord von 26. „In Amerika liegt auch eine nicht mehr bestreithare Flucht des Publikums in Goldbarren, Dollarscheine und andere durchaus als sicher betrachtete Werte vor“ (Berliner Tageblatt). Die Goldabziehungen von den amerikanischen Banken sind so stark, daß mit neuen ganz großen Zusammenbrüchen in der nächsten Zeit gerechnet werden muß.

„Typisch für die Psychose des Publikums ist die Tatsache, daß seit einigen Tagen die Schalter der Bank von Frankreich derartig belagert sind, daß die Bank dem Publikum für die Noten Goldbarren von 12,5 Kilogramm im Werte von 215 500 Franken aushändigt“ (Berliner Börsenzeitung). Da nicht jeder so viel Noten hat, sei in einem Laden nebenan ein neuer Geschäftszweig entstanden. Mehrere Personen lassen sich zusammen einen Goldbarren geben und ein Spezialist zerstücke den Barren, so daß jeder Teilnehmer ein Stück Gold von einem Gewicht erhalte, das seiner geleisteten Zahlung entspricht. Nicht nur Franzosen, sondern auch Ausländer zögen so Gold von der Bank von Frankreich ab.

Die Auszahlungen der preußischen Sparkassen übertreffen die Einzahlungen in den letzten drei Monaten um 552 Millionen. Diese Lage der Sparkassen zwang sie, die Hilfe der Reichsbank resp. der Reichsdruckerei in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig geht in ungeheurem Umfang die Kapitalflucht ins Ausland weiter, die besonders durch die beginnende Streikwelle neuen Antrieb bekommen hat. Anfang des Monats wurde die (bereits herabgesetzte) gesetzliche Deckungsgrenze für den deutschen Notenumlauf erstmalig offiziell unterschritten. Der Reichsbankausweis vom 15. Oktober gibt nur noch eine Notendeckung von 28,6 Prozent gegenüber gesetzlich vorgeschriebenen 30 Prozent an. Herr Reichberg vom Kalisyndikat erklärt dieser Tage, daß er es sehr bedaure, daß die führenden Gremien der deutschen Industrie sich gegen den Vorwurf der Inflation verteidigen, sie sollten lieber stolz erhobenen Hauptes dafür eintreten, daß die deutsche Wirtschaft aus der würgenden Schlinge der Deflation befreit werde.

Inzwischen schreitet der Angriff auf die Lebenshaltung des Proletariats mit nie gesehener Heftigkeit fort. Die Abrechnung über die Invalidenversicherung im 2. Vierteljahr 1931 vermittelt folgendes Bild über die Lohnverhältnisse der Betriebsarbeiter:

Von 100 Versicherten erhielten einen Wochenlohn:

Einkommenshöhe	von 100 Versicherten
bis 6 Mark	3,3
von 6 bis 12 Mark	13,6
von 12 bis 18 Mark	18,3
von 18 bis 24 Mark	16,1
von 24 bis 30 Mark	9,9
von 30 bis 36 Mark	7,9
über 36 Mark	30,9

Über die Hälfte der Versicherten verdient im Monat noch keine 100 Mark. Das sind etwa acht Millionen beschäftigter Arbeiter. Von diesen acht Millionen verdienen etwa 5,5 Millionen nur bis 18 Mark wöchentlich oder monatlich 75 Mark. Weitere 2,5 Millionen haben ein monatliches Einkommen von 50 Mark. Das ist ein ein-

kommen, das unter den Fürsorgesätzen liegt. Es ist bekannt, daß eine große Reihe von Verschlechterungen gerade seit Juli 1930, also im 3. Quartal, eingetreten sind, so daß diese Angaben im Verhältnis zur augenblicklichen Lage viel zu günstig sind.

Zur Lage der Erwerbslosen muß noch bemerkt werden, daß laut Bericht der Reichsversicherungsanstalt zum 15. Oktober von den 4,5 Millionen ausgewiesenen Erwerbslosen nur 2,4 Millionen aus Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt werden.

II. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse

Unter diesen Umständen mußte der weitere Angriff der Bourgeoisie auf die Löhne zu heftigen Streikämpfen führen. Die ersten Vorläufer einer neuen Welle von Kämpfen größten Ausmaßes waren die Bewegungen der Bergarbeiter, der Hafenarbeiter und Seecleute, sowie die besonders zahlreichen und erfolgreichen Streiks der Landarbeiter.

Betrachten wir, daß es einerseits infolge des Widerstandes der Arbeiter immer schwieriger wird, den Lohnabbau durchzuführen — z. B. im Ruhrbergbau gelang es trotz ursprünglich geforderter zwölf Prozent und im Schiedsspruch festgelegter sieben Prozent schließlich nur, einen Lohnabbau von 3½ Prozent durchzudrücken, während die dabei entstehenden Teilstreiks äußerst heftige Formen annahmen und zu Zusammenstößen mit der Polizei führten, andererseits, daß die deutsche Bourgeoisie, gepeitscht durch die sich verschärfende Krise, durch die neuerdings erfolgte Erschwerung des Konkurrenzkampfes durch die Inflation in England und einigen Ländern, die Agrarprodukte exportieren, getrieben wird, ihren Vernichtungsangriff auf die proletarische Lebenshaltung verstärkt fortzusetzen — so erkennen wir, wie zwangsläufig immer gewaltigere Klassenzusammenstöße in den kommenden Monaten sich entwickeln müssen.

Die Erklärung Brünnings im Reichstag zeigt, wie klar sich die Regierung über die Lage ist und wie zielbewußt sie ihren Weg verfolgt. Sie läßt auch erkennen, mit welchen Mitteln sie weiter zu kommen hofft. Es sind dies die Mittel der schärfsten faschistischen Diktatur.

„Das deutsche Volk und der deutsche Arbeiter sind nicht so veranlagt, daß sie sich, mit wenigen Ausnahmen, der Erkenntnis einer wirklich ersten Lage verschließen. Das beweist die Tatsache, daß wir die Löhne seit einem Jahre in großem Umfange auf der ganzen Linie gesenkt haben, ohne daß es irgendwie zu einem nennenswerten Streik gekommen ist... der Arbeiter sieht in schwierigen Zeiten durchaus ein, was notwendig ist. Aber man kann es ihm nicht beibringen, wenn man damit von vornherein Auffassungen und Agitationsparolen verbindet, die die gesamte deutsche Arbeiterschaft zwangsläufig in eine Einheitsfront bringen müssen.“

In jeder entscheidenden Stunde unseres Vaterlandes sind immer große Männer aus der Wirtschaft aufgestanden und haben nicht den Gedanken des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer propagiert, sondern sie haben den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern gepredigt und das ist die Rettung gewesen. Die Reichsregierung hofft, durch die Gestaltung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung eine Form zu finden, um durch eine vertrauensvolle Aussprache beider Teile Lösungen zu finden, die notwendig und letzten Endes beiden Teilen nützlich sind. Dann muß der Weg gemeinsam weitergegangen werden.“ Brüning.

Sehr schön formuliert auch die „Kölnische Zeitung“:

„Das Entscheidende ist, ob man sich dazu entschließt, die verschiedenen Raten von Erwerbslosenrenten näher aneinander zu rücken und auf einen Stand zu bringen, der es ermöglicht, ohne daß der Arbeits-

lohn unter die Arbeitslosenrente herabsinkt, in dem erforderlichen Umfang Lohnsenkungen vorzunehmen."

Im Mittelpunkt des Unternehmerangriffs stehen zur Zeit die Berliner Metallarbeiter. Die Aufgaben der Werktätigen sind klar: Die Lawine des Lohnabbaus muß zum Halten gebracht werden. Der Schlag gegen die Berliner Metallarbeiter muß vereitelt werden. Das ist jetzt eine der entscheidendsten Aufgaben der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Wir erinnern, wie Marx in „Lohn, Preis, Profit“ der Arbeiterschaft zur Pflicht macht, keinen Lohnabbau ohne Kampf hinzunehmen:

„Wenn sie das täte, würde sie zu einer unterschiedslosen Masse zusammengebrochener Hungerleider herabgedrückt werden, denen keine Hilfe mehr zuteil werden kann.“

Für die Schulungsarbeit, für den marxistischen Propagandisten erwächst die Aufgabe, alle Anstrengungen auf dieses Gebiet zu konzentrieren.

Die Vorbedingung für den Sieg der Arbeiter ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Hungerdikate. Diese Erziehung zum Klassenbewußtsein und Klassenkampf ist nun die grundlegende Aufgabe der marxistischen Propaganda bei der Vorbereitung von Streiks. In den Kämpfen selbst entstehen neue Aufgaben für uns. Während die Reformisten Diskussionen während des Streiks zu vermeiden und zu unterbinden suchen und die Bewegung möglichst beschränken wollen, um ihre rechtzeitige Abwägung vorzubereiten, bestehen die Aufgaben des revolutionären Marxisten gerade darin, den Arbeitern die Zusammenhänge zwischen dem unmittelbaren Lohnabbau, der Regierungspolitik, der Politik der Sozialdemokratie und dem Kampf um den revolutionären Ausweg zum Bewußtsein zu bringen. Nur wenn die marxistische Propaganda in diesem Sinne als Massenpropaganda durchgeführt wird, wird es gelingen, den Massen der Funktionäre und der Arbeiter zu ermöglichen, allen Verwirrungsmanövern des Gegners erfolgreich entgegenzutreten zu können und die Einheitsfront der Kämpfenden zu festigen.

Die sofortige Schulung von Tausenden von Propagandisten ist von entscheidender Bedeutung für die Führung der Streiks der Arbeiter.

Alle marxistischen Propagandisten müssen das Hauptgewicht ihrer Arbeit auf die Einrichtung und Unterstützung von Kursen für Betriebsarbeiter über aktuelle wirtschaftliche und politische Fragen, über Gewerkschaftsfragen legen. Die Einrichtung von Kursen für die streikenden Belegschaften ist die nächst wichtigste Aufgabe.

K. H.

Ohne Kampf und Arbeit ist die kommunistische Buchweisheit aus den kommunistischen Büchern und Broschüren keinen Deut wert. Sie setzt nur die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis fort. Jene Kluft, die einen der abscheulichsten Züge der absterbenden kapitalistischen Ordnung darstellt.

Lenin, Rede an die Jugend.

Marx-Engels zur Kreditkrise:

„So wird nur vermittels des Geldes der Reichtum des Einzelnen als gesellschaftlicher Reichtum verwirklicht; im Geld, in diesem Ding, ist die gesellschaftliche Natur dieses Reichtums verkörpert. Dies sein gesellschaftliches Dasein erscheint also als Jenseits, als Ding, Sache, Ware, neben und außerhalb der wirklichen Elemente des gesellschaftlichen Reichtums. Solange die Produktion flüssig, wird dies vergessen. Der Kredit, als ebenfalls gesellschaftliche Form des Reichtums, verdrängt das Geld und usurpiert seine Stelle. Es ist das Vertrauen in den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, welches die Geldform der Produkte als etwas nur Verschwindendes und Ideales, als bloße Vorstellung erscheinen läßt. Aber sobald der Kredit erschüttert wird — und diese Phase tritt immer notwendig ein im Zyklus der modernen Industrie —, soll nun aller reale Reichtum wirklich und plötzlich in Geld verwandelt werden, in Gold und Silber, eine verrückte Forderung, die aber notwendig aus dem System selbst hervorst wächst. Und alles Gold und Silber, das diesen ungeheuren Ansprüchen genügen soll, beläuft sich auf ein paar Millionen in den Kellern der Bank. In den Wirkungen des Goldabflusses tritt also der Umstand, daß die Produktion nicht wirklich als gesellschaftliche Produktion der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen ist, schlagend hervor, in der Form, daß die gesellschaftliche Form des Reichtums als ein Ding außer ihm existiert.

Das kapitalistische System hat dies in der Tat gemein mit früheren Produktionssystemen, soweit sie auf Warenhandel und Privataustausch beruhen. Es tritt aber erst in ihm am schlagendsten und in der grotesksten Form des absurden Widerspruchs und Widersinns hervor, weil erstens im kapitalistischen System am vollständigsten die Produktion für den unmittelbaren Gebrauchswert, für den Selbstgebrauch der Produzenten aufgehoben ist, also der Reichtum nur als gesellschaftlicher Prozeß existiert, der sich als Verschlingung von Produktion und Zirkulation ausdrückt; zweitens, weil mit der Entwicklung des Kredit-systems die kapitalistische Produktion diese metallene Schranke, zugleich dingliche und phantastische Schranke des Reichtums und seiner Bewegung, beständig aufzuheben strebt, sich aber immer wieder den Kopf an dieser Schranke einstößt.

In der Krise tritt die Forderung ein, daß sämtliche Wechsel, Wertpapiere, Waren auf einmal gleichzeitig in Bankgeld konvertibel sein sollen, und dies sämtliche Bankgeld wieder in Gold.“

(„Kapital“, III, 2, 35. Kapitel, S. 99/100.)

Über die Entwicklung der Industrie- arbeiterlöhne in Deutschland

Von Jürgen Kuczynski

Nachstehender Artikel ist der erste einer Serie, die in den nächsten Nummern fortgesetzt wird und die die Verelendung nicht nur des Proletariats, sondern aller werktätigen Schichten im internationalen Maßstabe behandeln wird. Der nächste Artikel behandelt die Verelendung der werktätigen Bauern in Deutschland. Die Redaktion.

Die Lage des Proletariats hat sich in den letzten Jahren und ganz besonders in den letzten Monaten und Wochen in einem Ausmaß verschlechtert, das wohl in der Geschichte nicht nur des deutschen, sondern überhaupt des Weltkapitalismus einzig dasteht.

Die Ursachen dieser Verschlechterung liegen natürlich in der Krise, die selbst wiederum nur ein Ausdruck der Widersprüche des Systems des Kapitalismus ist.

Die Art und Weise, in der die Verschlechterung der Lage vor sich geht, ist eine mannigfache. Einmal werden die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße geworfen, sie werden arbeitslos. Weiter wird der Lohn in unerhörtem Ausmaß abgebaut, und zwar sowohl der übertarifliche Lohn wie auch der tarifliche Lohn, ferner findet ein außerordentlicher Lohnabbau statt, und zwar indem die Unternehmer entweder den tariflosen Zustand erzwingen und dann die Löhne rücksichtslos senken, oder indem sie die Arbeiter zwingen, auf den Tariflohn zu „verzichten“.

Das sind aber nur die beiden wichtigsten Wege, auf denen die Verschlechterung der Lage vor sich geht. Andere Wege sind die Erhöhung der Massenbelastung durch Steuern, der Abbau des Wohlfahrts und Fürsorgewesens, der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge zur Versicherung, Mietwucher, künstliche Hochhaltung von Preisen im Schutze einer gewaltigen Zollmauer, Abbau des Schulwesens, der Kinderspeisungen usw. bei gleichzeitiger ungeheurer Subventionierung von Landwirtschaft, Banken und Industrie aus öffentlichen Geldern, die ja in der Hauptsache aus den Steuern des Proletariats aufgebracht werden. Rücksichtslose Steigerung der Rationalisierung und damit Vertreibung weiterer Millionen Arbeiter aus den Betrieben bei gleichzeitiger intensiver Ausbeutung der im Betrieb verbleibenden Arbeiter.

Im folgenden gehen wir nur auf einen Weg der Verschlechterung der Lage der Arbeiter näher ein: den Lohnabbau.

Der Lohnabbau setzte der bürgerlichen Presse nach erst im Oktober 1930 ein. Tatsächlich hat er lange vorher eingesetzt. Tatsächlich waren die Löhne der Arbeiter im Oktober 1930 verglichen mit ihrem Höhepunkt im Juli 1929 bereits um rund 20 Prozent gesunken. Dieser Lohnabbau von Mitte 1929 bis Oktober 1930 spielte sich zumeist in der Weise ab, daß die Unternehmer die übertariflichen Löhne ganz beträchtlich senkten. Außerdem sank das durchschnittliche Arbeitseinkommen dadurch, daß ein immer größerer Teil der Arbeiter arbeitslos wurde und ihr Einkommen von dem Betriebsarbeiterlohn auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung herabsank. Eine ähnliche Wirkung hatte auch die zunehmende Kurzarbeit, die ebenfalls das Lohneinkommen von Hunderttausenden von Arbeitern verminderte.

Mit dem Herbst 1931 setzte nicht der Lohnabbau ein, wohl aber begann mit dem Herbst ein allgemeiner Tariflohnabbau. Er fand zuerst bei den

Metallarbeitern statt, wurde bei den Bergarbeitern fortgesetzt und hat bis heute noch nicht geendet. In einer ganzen Reihe von Industrien hat der Lohnabbau bereits zwei-, dreimal und öfter stattgefunden.

Untersuchen wir nun an Hand einer Reihe von Statistiken die Entwicklung des Arbeitslohnes des erwachsenen Industriearbeiters seit 1929.

Jahr	Tariflöhne und übertarifliche Zuschläge pro Woche.			Bruttolohn Mark
	Tariflohn Mark	Übertariflicher Zuschlag Prozent		
1929	48,55	9		52,90
1930	49,20	4		51,15
Januar 1931	48,80	4		50,75
März 1931	47,85	4		49,75
Mai 1931	46,40	4		48,25
Juli 1931	46,15	4		48,00

Von 1929 bis 1930 ist der Tariflohn noch gestiegen. Von 1930 ab aber hat eine rapide Senkung stattgefunden, die über 3,— Mark pro Woche beträgt.

Der Bruttolohn, also Tariflohn plus Zuschlag, ist im Gegensatz zum Tariflohn schon von 1929 bis 1930 gesunken. Hier macht sich die starke Senkung der übertariflichen Zuschläge geltend, die die geringe Steigerung der tariflichen Löhne im Durchschnitt von 1930 verglichen mit dem Durchschnitt von 1929 mehr als ausgleicht. Die Senkung des Bruttolohnes von 1929 bis Juli 1931 beträgt etwa 5,— Mark pro Woche.

Von diesem Bruttolohn sind zunächst die Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit abzuziehen:

Jahr	Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.			Insgesamt Mark
	Arbeitslosigkeit Mark	Kurzarbeit Mark		
1929	7,70	1,25		9,00
1930	11,60	1,75		13,35
Januar 1931	17,35	2,55		19,90
März 1931	16,80	2,35		19,15
Mai 1931	14,65	2,15		16,80
Juli 1931	15,15	2,35		17,50

Die Steigerung der Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist eine ungeheure. Die Lohnverluste haben sich gegenüber 1929 im ersten Halbjahr 1931 nahezu verdoppelt. Doch noch weitere Abzüge müssen wir machen:

Jahr	Lohnverluste durch soziale Lasten und Steuern	
	in Prozent	in Mark
1929	11	4,85
1930	13	4,90
Januar 1931	13	4,00
März 1931	13	4,00
Mai 1931	13	4,10
Juli 1931	14	4,25

Auch hier ein steigender Prozentsatz des Arbeitseinkommens, der den Arbeitern fortgesetzt wird. Gleichzeitig aber sinken die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, wie die folgende Übersicht zeigt, die zugleich auch das tatsächliche Arbeitseinkommen gibt.

	Arbeitslosenunterstützung	Tatsächliches Arbeitseinkommen
1929	40	3,10
1930	35	4,05
Januar 1931	35	6,10
März 1931	35	5,90
Mai 1931	30	4,40
Juli 1931	25	3,80

Das tatsächliche Arbeitseinkommen ist also von 1929 bis zum Juli 1931 um 12,20 Mark oder auf 71 Prozent gesunken. Seit dem Juli 1929, dem Lohnhöhepunkt, hat die Senkung sogar rund 15 Mark pro Woche oder 33 Prozent betragen. Der Prozeß der Verelendung war ein ungeheuer schneller, und er schreitet zur Zeit in noch stärkerem Tempo fort. Die ganze Grauenhaftigkeit des Elends aber wird erst statistisch klar, wenn wir das tatsächliche Einkommen mit den Lebenshaltungskosten vergleichen, wie sie sich aus den Berechnungen der Statistik der kapitalistischen statistischen Äemter ergeben.

Die Lebenshaltungskosten und das tatsächliche Einkommen betragen:

	Lebenshaltungskosten	Arbeitseinkommen
Jahr	Mark	Mark
1913/14	32,30	28,10
1929	40,65	42,20
1930	47,65	36,95
Januar 1931	45,30	32,90
März 1931	44,45	32,50
Mai 1931	44,30	31,75
Juli 1931	44,35	30,00

In keinem Jahr, in keinem Monat, selbst nicht in der Vorkriegszeit, haben die Löhne die Höhe der amtlich zugewilligten Lebenshaltungskosten erreicht. Die folgende Tabelle zeigt, um wieviel Prozent das Arbeitseinkommen hätte höher sein müssen, damit die Löhne die Lebenshaltungskosten erreichten. ~~Dabei~~ ist immer noch zu berücksichtigen, daß die amtlichen Berechnungen äußerst unzulänglich und die Lebenshaltungskosten tatsächlich noch viel höher sind.

Notwendige Arbeitseinkommen-Erhöhung zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten.

1913/14	15%
1929	18%
1930	29%
Januar 1931	38%
März 1931	37%
Mai 1931	40%
Juli 1931	48%

Um 48 Prozent also hätte das Lohnneinkommen im Juli 1931 höher sein müssen, nur damit die Proletarierfamilie die kapitalistisch-amtlich zugewilligten Lebenshaltungskosten hätte bestreiten können.

Diese Abwärtsentwicklung hat aber im Juli noch keineswegs ihr Ende erreicht, sie geht sogar jetzt in noch beschleunigterem Tempo vor sich. Und wenn man die Pläne der Kapitalisten als Maß dessen gelten lassen will, was wir in den bevorstehenden Monaten zu erwarten haben, d. h. wenn die Kämpfe

des Proletariats ihre Ausführung nicht verhindern, so wird eine geradezu unvorstellbare Verelendungswelle in diesem Winter das Lebensniveau der deutschen Arbeiter unter das des chinesischen Kulis drücken.

Die kapitalistische Gesellschaft kann ihre Arbeitssklaven nicht mehr ernähren. Das System ist zum Sturze reif.

Wie lerne und unterrichte ich?

1. Wie soll man lesen?

Von Dr. Hermann Duncker

Natürlich handelt es sich hier nur um das Lesen ernster, wirklich aufklärender Literatur. Und das sind Schriften und Bücher, die man nicht nur einmal liest. Ja, man könnte sogar sagen, wenn solche Schriften nicht mit Vorteil mehrere Male gelesen werden können, verdienen sie auch nicht ein einziges Mal gelesen zu werden! Aus der Beschäftigung mit oberflächlicher Unterhaltungsliteratur entsteht hin und wieder die Auffassung, daß man ein Buch rasch durchschmökern kann und dann — fertig damit! Das ist natürlich ein unsinniger Grundsatz für alle Literatur, die wirklich etwas zu sagen hat. Wenn sogar ein so eitler und selbstbewußter bürgerlicher Gelehrter wie Prof. Sombart sich nicht geniert hat, in einem Schriftchen zu bekennen, er habe das Kommunistische Manifest nun wohl schon hundertmal gelesen und finde doch immer wieder neue Anregung darin, so wird es ein bildungsdurstiger Proletarier auch nicht als „unter seiner Würde“ ansehen können. Schriften wie das „Manifest“ und noch viele andere von Marx, Engels, Lenin usw. wieder und wieder durchzustudieren.

Damit kommen wir gleich zu der Grundvoraussetzung, daß der Leser das betreffende Buch auch zu eigen besitzt. Es muß das Ziel jedes klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiters sein, sich allmählich eine kleine Handbibliothek der für ihn wichtigsten Schriften zuzulegen. Man kann nicht auf Leihbibliotheken angewiesen sein. Man muß die wichtigsten Bücher immer in Reichweite haben, muß sie ständig benutzen können und sie sich für den Eigengebrauch zurechtmachen. Da gibt es also keinen anderen Weg als den Ankauf; es braucht ja nicht immer der teuerste Einband zu sein, man kann den Bücherpreis auch in Raten zahlen und kann vielleicht auch antiquarisch ein Buch, z. B. Marx' „Kapital“ billig erstehen. Natürlich wird der Proletarier beim Kauf behutsam und vorsichtig sein müssen. Er soll sich ein ungefähres Bild machen von dem, was er in erster Linie besitzen müßte. Also nicht aufs Geratewohl kaufen, sich nicht von einem Reisebuchhändler oder redigewandten Agenten alles mögliche und unmögliche auflängen lassen. Ich habe leider eine Fülle von Beispielen, daß Genossen große Sammelwerke, ganze Bibliotheken usw. erstanden haben, die mit ihren schönen Einbänden im besten Fall das Bücherregal schmückten, wobei aber die geistige Ausbeute in gar keinem Verhältnis stand zu den großen finanziellen Opfern, die gebracht worden waren. Eine gute Hausbibliothek wird in persönlicher Auswahl nach und nach auf dem Bücherbord anwachsen und soll nur Schriften umfassen, die man dauernd benutzen muß und die man auch zur Propaganda weiter verleihen soll.

Zum Anstreichen in Büchern ist vor allem zu bemerken, daß bei allzuviel Unterstreichungen gerade der Zweck der Kenntlichmachung einer wichtigen Stelle verloren geht. Ich habe Bücher gesehen, in denen so ungefähr jedes

Wort unterstrichen war. Das ist sinnlos! Man soll wirklich nur das Allerwichtigste, das ganz besonders eigenartig Dargestellte unterstreichen, damit man es für spätere Verwendung rasch bei der Hand hat. Man kann natürlich mit Benutzung eines andersfarbigen Bleistiftes auch die Irrtümer des Verfassers hervorheben, vor allem aber wird es gut sein, mit dem An- und Unterstreichen zugleich die Anlegung eines Sachregisters auf den Schlußblättern des Buches vorzunehmen. Findet sich eine Stelle, die zur Kennzeichnung einer bestimmten Frage wertvoll erscheint, z. B. über Religion, oder Gewerkschaft, oder Diktatur, oder Parlamentarismus, so schreibt man das entsprechende Stichwort in das selbstgefertigte Register und trägt die betreffende Seitenzahl dahinter ein. Es werden meist nicht so viele Stichwörter werden, daß man sie dann noch in alphabetischer Reihenfolge ordnen müßte. Wenn in dem Werke schon vom Herausgeber ein Sachregister gemacht worden ist, unterstreicht man unter dem gedruckten Stichwort zweckmäßig die Seitenzahlen, auf denen man besonders Bemerkenswertes gefunden hat. Sonst erstickt man leicht unter einer Fülle von Seitenangaben, die oft doch nur Belanglosigkeiten anmerken. Die Selbstanfertigung eines Sachregisters, das auf die ganz persönlichen Interessen des betreffenden Lesers zugeschnitten ist, ist sicher eine gute Methode, das Studium des Buches zu vertiefen.

Wir verweisen besonders auf die Wichtigkeit, die ein solches Sachregister für Referenten und Kursuslehrer hat, die oft ohne große Vorbereitung über ein bestimmtes Thema sprechen müssen und dabei Material aus diesem oder jenem Werk, das sie vor längerer Zeit einmal gelesen haben, verwenden wollen.

Noch ein sehr förderliches Hilfsmittel bei der Lektüre einer Schrift ist der Versuch, sich die Disposition, d. h. den Gedankenaufbau des Autors genauer zu vergegenwärtigen. Alle schriftstellerische Arbeit erfordert doch eine in sich logische und wirkungsvolle Folge der Gedanken. Eine brauchbare Disposition für irgendein Thema zu entwerfen, das lernt man z. T. auch dadurch, daß man sich vergegenwärtigt, wie gute Schriftsteller ihr Buch aufbauen. Neben der Kapitelfolge, die natürlich die Hauptgesichtspunkte der Darstellung schon in den Ueberschriften zu erkennen gibt, ist es da besonders wichtig, im Verlauf jedes einzelnen Kapitels den leitenden Gedankenfaden bloßzulegen. Jedes Kapitel zerfällt in eine Reihe von Absätzen, die sich ja drucktechnisch herausheben. Man überlege nun beim Schluß jedes Absatzes, was eigentlich in dem betreffenden Absatz der Hauptgedanke gewesen ist und schreibe das kennzeichnende Stichwort zu Beginn des betreffenden Absatzes an den Buchrand. Man wird dabei finden, daß wohl auch mal eine Absatztrennung nicht eigentlich nötig gewesen wäre, so wird man sich auch nicht sklavisch daran binden. Jedem Absatz ein Stichwort zu geben. Aber im großen und ganzen wird man sich bei der genauen Analyse der Absätze und ihrer Aufeinanderfolge den gedanklichen Bau des Kapitels zum Bewußtsein bringen und durch die eingeschriebenen Stichwörter am Buchrande übersichtlich machen. Die Selbstkontrolle und Nachprüfung am Schluß jedes Absatzes ist zugleich der beste Zwang bei der Lektüre, langsam und sicher vorzugehen, — das vorilige und leichtfertige Drüberhinweglesen, wie wir es aus der Zeitungslektüre kennen, zu vermeiden.

Schließlich empfiehlt es sich, zu Beginn des Buches oder auch auf der Schlußseite einen Vermerk einzutragen, wann man das Buch zum erstenmal durchstudiert hat, evtl. ein ganz kurzes Urteil daneben und Hervorhebung dessen, worin das Buch besonders gefallen hat. Es ist interessant, damit zu

vergleichen, was einem dann bei einem späteren wiederholten Lesen als wichtig und wesentlich erscheint. Es wird sich zeigen, wie man in ein wahrhaft gutes Buch „hineinwächst“ und wie es einem immer neue Lichtblicke eröffnet.

Soweit man Bücher nur entleihen konnte, wird man sich wichtige Stellen daraus abschreiben müssen. Als Siebzehnjähriger schrieb Marx an seinen Vater:

„Dabei hatte ich die Gewohnheit mir eigen gemacht, aus allen Büchern, die ich las, Exzerpte zu machen, so aus Lessings „Laokoon“, Solgers „Erwin“, Winkelmanns „Kunstgeschichte“, Ludens „Deutsche Geschichte“ und so nebenbei Reflexionen niederzukritzeln.“

Im Marxschen Nachlaß finden sich nicht weniger als rund zweieinhalbhundert erhaltengebliebene Hefte voll solcher Exzerpte! Man soll dabei nicht vergessen, sich immer die genaue bibliographische Herkunft der exzerptierten Stelle zu vermerken und evtl. auch das Datum des Exzerptes.

Gemeinschaftliches Lesen.

Wir haben bis jetzt uns immer nur den Einzelleser eines Buches vorgestellt. Aber kollektives Lesen einer Schrift bietet außerordentliche Vorteile. Bei der gemeinschaftlichen Durcharbeit einer Schrift bringt die Diskussion der doch immer mit verschiedenen Voraussetzungen an die Lektüre herantretenden Kameraden eine Vertiefung und Befestigung, wie sie der einzelne im stillen Kämmerlein meist nicht erreicht. Dazu spornt der Wett-eifer die Initiative jedes einzelnen an. Man wird durch die Verpflichtung dem Kollektiv gegenüber über Momente hinweggetragen, in denen man sonst bei Sich-selbst-Ueberlassung „gefaulenz“ hätte. Diese gegenseitige Hilfe macht den Selbstbildungszirkel zur besten Grundlage für die Lektüre. Dabei scheinen folgende Verhaltensmaßregeln wichtig:

1. Nach Möglichkeit soll das durchzulesende Buch in den Händen jedes der Zirkelteilnehmer sein, so daß also nicht nur einer daraus vorliest und die anderen in die Luft starren, sondern jeder mit den Augen dem vorgelesenen folgt.
2. Jeder Teilnehmer soll sich auch am Vorlesen beteiligen. Am besten wird reihum gelesen, jeder Teilnehmer nimmt einen Absatz vor. Am Schluß jedes Absatzes stellt man den Inhalt des Gelesenen fest und diskutiert evtl. darüber usw.
3. Zu Anfang jedes Leseabends gibt einer in kurzem Referat den Inhalt des am letzten Abend Behandelten wieder.
4. Ein Mitglied des Zirkels muß die „technische Leitung“ in die Hand nehmen und die Lektüre etwas vorbereiten.

Für die Arbeit in den Selbstbildungszirkeln empfiehlt es sich, neben Lohnarbeit und Kapital, Lohn, Preis, Profit, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft usw., auch die systematisch aufgebauten Kurse in den Heften der Marxistischen Arbeiterschulung als Grundlage zu nehmen. Besonders für Zirkel mit Teilnehmern, die zum erstenmal mit dem Studium beginnen, sei ferner auf meinen „Wegweiser in das Studium der ökonomischen Lehren von Karl Marx“ hingewiesen, der in enger Verbindung mit Marx' „Lohn, Preis, Profit“ und „Lohnarbeit und Kapital“ durchgearbeitet werden soll. An Stoff zum Lesen fehlt es sicher nicht — wenn nur der ehrliche Wille zum Studium da ist. Ein erster dauerhafter Wille wird auch über einen einzelnen verunglückten Abend und

technische Schwierigkeiten hinwegheffen. Was sagte doch Lenin in seiner großen Rede an die kommunistische Jugend? (Am 4. Oktober 1920.):

„Man würde einen ungeheuren Fehler begehen, wenn man glaubt, Kommunist werden zu können, ohne sich das, was die Menschheit an Wissen angesammelt hat, angeeignet zu haben. Es wäre falsch, zu meinen, daß es genüge, sich die kommunistischen Lösungen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen einzuprägen, deren Folgerung ja der Kommunismus selbst ist.“

Der Anschlag der Kulturreaktion auf die Berliner Masch und unsere Antwort

Von Dr. Johann Schmidt

Mitten in den Vorbereitungen zum 6. Schuljahr wurden der Marxistischen Arbeiterschule Groß-Berlin mit sofortiger Wirkung sämtliche Räumlichkeiten in den städtischen Schulen entzogen. Die Verfügung ging unmittelbar vom Magistrat aus, doch unsere Vermutung, daß das Provinzialschulkollegium und das Unterrichtsministerium dahinter stecken, hat sich sehr bald bestätigt. Die Absicht war allzu deutlich. Die stürmische Entwicklung der Berliner Masch war den Herren von den Behörden schon längst ein Dorn im Auge und sie glaubten, durch die Entziehung der Schulräume diese Entwicklung aufhalten zu können.

Doch die Herren haben sich geirrt! Die Marxistische Arbeiterschule läßt sich in ihrer Arbeit durch keinerlei Schikanen behindern. Sofort nach Erhalt der behördlichen Verfügung war unser Entschluß fest: Dieser Schritt wird nicht nur mit einer uneingeschränkten Weiterführung, sondern mit einer Verdoppelung unserer Arbeit beantwortet! Und wir können bereits jetzt in den ersten Tagen unseres neuen Schuljahres sagen, daß wir unsere Absicht voll und ganz verwirklicht haben. Auf manchen Gebieten haben wir sogar im Vergleich mit dem vergangenen Schuljahr eine Verdreifachung zu verzeichnen!

Man hat uns neun Schulräume entzogen — und unsere Veranstaltungen im neuen Schuljahr finden in über zwanzig Schulköhlen statt! Man hat uns durch allerlei Schikanen zu behindern versucht — und trotz alledem konnten wir bereits für das 1. Trimester unseres 6. Schuljahres mehr Kurse ansetzen als im ganzen vergangenen Winter. Täglich laufen Protestresolutionen ein, in denen unsere Hörer gegen die Entziehung der Schulräume protestieren. Zahlreiche namhafte Künstler und Schriftsteller, darunter Bert Brecht, Bernard v. Brentano, Kurt Weill u. a. haben uns ihre Privatwohnungen für Kurse zur Verfügung gestellt. Täglich melden sich Fachleute in unserem Büro und erklären ihre Bereitschaft, bei uns zu unterrichten — und was das Wichtigste ist: unsere Hörerschaft wächst von Tag zu Tag und wir rechnen fest damit, bereits in diesem Winter die Hörerzahl von 4000 auf 8000 bis 10000 zu steigern.

Zur Kenntnis der Herren vom Magistrat, vom Provinzialschulkollegium und des Herrn Kultusministers Grimme:

Die Marxistische Arbeiterschule kann durch keinerlei Schulraum-Entziehung oder ähnliche Maßnahmen geschädigt werden! Die Marxistische Arbeiterschule wird jede Schikane mit einer Verdoppelung ihrer Arbeit beantworten. Die Marxistische Arbeiterschule läßt sich durch nichts davon abhalten, ihre Aufgabe, die Verbreitung des unverfälschten Marxismus unter den Werktätigen, zu erfüllen.

Aus dem Lehrplan der Marxistischen Arbeiterschulen für das erste Wintertrimester Oktober-Dezember 1931

Wir veröffentlichen hier nur Auszüge. Ausführliche Lehrpläne mit Lehrerangabe etc. erhalten unsere Hörer und Leser durch die Masch-Büros in den einzelnen Städten. Soweit keine Adressen angegeben, kann Material und Auskunft durch das zentrale Büro der Masch bezogen werden. Der ausführliche Lehrplan der Berliner Schule liegt als Prospekt bei.

Marxistische Arbeiterschule Groß-Berlin

Der Lehrplan der Groß-Berliner MASCH ist so umfangreich, daß er wegen Raummangel hier nicht abgedruckt werden kann. Auf Wunsch wird das Vorlesungsverzeichnis jedem Mann kostenlos zugesandt. Es sind für das 1. Trimester (Oktober-Dezember) über 2000 Kursangebote aus fast 30 Fächern vorgesehen. Wir erwähnen besonders als Neuerungen die Aktuelle Abteilung, die Diskussionsabende, die Vortragskurse, sowie den weiteren Ausbau der Fortgeschrittenen- und Lehrer-Schulen. Der Dozentenstab der Schule beträgt annähernd 200. Die Veranstaltungen finden im zentralen Schulköhl, das über 14 Schulräume verfügt, sowie in 21 Filialschulen statt.

Die neue Adresse des Schulbüros der Berliner MASCH, sowie der Reichsleitung aller Marxistischen Arbeiterschulen: Berlin O 27, Schicklerstraße 6. Telefon: Kupfergraben 2059.

Wir veröffentlichen hier nur Auszüge. Ausführliche Lehrpläne mit Lehrerangabe etc. erhalten unsere Hörer und Leser durch die Masch-Büros in den einzelnen Städten. Soweit keine Adressen angegeben, kann Material und Auskunft durch das zentrale Büro der Masch bezogen werden. Der ausführliche Lehrplan der Berliner Schule liegt als Prospekt bei.

Hamburg:

Oekon. Grundl. 12. Okt. u. folg. Mo. 20 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 85.

Oekon. Grundl. i. Anschl. an K. Marx „Lohn, Preis u. Profit“ Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36.

Einführg. i. d. Sozialökonomie. Di. 13. Okt. u. folg. 20 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 85.

Geld u. Steuerpol. i. Kapitalism. Fr. 16. Okt. u. folg. 20 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 85.

Der Imperialismus der Nachkriegszeit. Mo. 12. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21.

Kulturhist. Entw. bürgerl. Gesellschaft u. Standpunkt d. bürgerl. Materialism. i. d. Imperialism. Fr. 16. Okt. u. folg. 20 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

D. dialekt. Materialism. Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 85.

D. Reformen i. d. Arbeiterbeweg. Do. 8. Okt. u. folg. 20 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Gesch. d. Gewerksch. Reform. Gewerkschaftspolitik, Strategie u. Taktik. RGO. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 85.

D. Arbeiterrecht. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21.

Genossenschaften u. Klassenkampf. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Jugendheim Winterbuderweg 52, b. Mundsburg.

Justiz u. Proletariat. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Rel. u. Klassenkampf. Fr. 16. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36.

Internat. Solidarität. d. Prolet. Programm u. Ziele d. IAH. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Westergaard-Schmidt, Schlachterstraße 43-44.

Rede- u. Diskussionsübungen. Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Jugendheim Winterbuderweg 52b.

Prolet. u. bürgerl. Literat. Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim Barmbeck, Marschnerstraße 36.

Probl. d. Radiotechn. Mo. 12. Okt. u. folg. 20 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

V. d. photogr. Aufnahme s. fert. Bild. Fr. 16. Okt. u. folg. 20 Uhr, Heimstätte, Nagelsweg 10.

Photokurs f. Teilnehm. m. Anfangskenntn. Di. 13. Okt. 20 Uhr, Heimstätte, Nagelsweg 10.

D. revolüt. Plakat (m. prakt. Uebg.) Mo. 12. Okt. u. folg. 20 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Schriftzeichn. (m. prakt. Uebg.) Mo. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Atelier Imstedt.

Einführg. i. d. Mathematik. Do. 15. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Einheitskurschr. Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Volksheim, Hammerbrook, Sachsenstr. 21.

Buchhaltungslehre, einf. d. dopp. u. amerik. Buchführg. Sonnab. 17. Okt. u. folg. 19 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Gymnastik u. prolet. Bewegungsschule. Arbeitsf. f. Körperkultur Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr, Dovenfleth 19/21.

Esperanto I. Anf. Di. 13. Okt. u. folg. 18 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Esperanto f. Teilnehm. m. Anfangskenntn. (Fortsetz. d. Kurses Aug./Sept.) Fr. 16. Okt. u. folg. 18 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Russisch f. Anf. Mo. 12. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Russisch f. Teilnehm. m. Anfangskenntn. Di. 13. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Russisch f. Fortgeschr. Gemeins. Lesen russ. Zeitung. Fr. 16. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Englisch f. Anf. Mi. 14. Okt. 18 Uhr, Buch-u. Zeitschr.-Vertr., Köhlhöfen 19.

Englisch f. Fortgeschr. Lekt. engl. Zeitschrift, m. dramat. u. stilist. Erläut. Konversat.-Uebg. Ueberrückg. Mi. 14. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Französisch f. Anf. Sonnab. 17. Okt. u. folg. 18 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Frans. f. Fortgesch. Zeitgs.-Lekt. u. Lekt. ub. franz. Polit. u. Arbeiterbeweg. Fr. 16. Okt. u. folg. 20 Uhr. Jugendheim, Winterhuderweg 52 b. Mundabu.

Kapitalism. u. Erwerbslosigkeit. Wann werden die Erwerbslosen wieder i. d. Produkt.-Prozess eingereiht? Mi. 14. Okt. u. folg. 16 bis 18 Uhr. Kaiser-Wilhelm-Straße 85.

Leipzig: Dialekt. Materialism. Einführg. 8 Abde. Mo. 26. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

D. philos. Lehren Lenins (Dialekt. Materialism. f. Fortgesch.) 8 Abde. Fr. 23. Okt. u. folg. 20 Uhr. 4. Stadt. Bücherhalle, Zschochersche Straße.

Einführg. i. d. pol. Oekon. Di. 20. Okt. u. folg. u. Di. 17. Nov. u. folg. je 4 Abde., 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

D. Akkumulation d. Kap. (Pol. Oekon. f. Fortgesch.) 8 Abde. Mi. 21. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Staats- u. Klassenlehre d. Marxism. 8 Abde. Mo. 26. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Nation u. Rasse i. Spiegel d. Marxism. 4 Abde. Do. 5. Nov. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Gesch. d. Arbeiterbeweg. I. Teil: V. d. franz. Revol. 1789 bis zur dtsch. Revol. 1848. Di. 20. Okt. u. folg. u. Di. 17. Nov. u. folg. je 4 Abde., 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Gewerksch. u. Klassenkampf, 8 Abde., Do. 22. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

D. soz. Aufbau i. d. Sowjetunion, 8 Abde., Fr. 23. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Besprechg. sowjetruss. Romanlit. Mo. 26. Okt. u. folg. u. Mo. 16. Nov. u. folg. je 3 Abde., 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Prolet. Kommunism. 8 Abde., Di. 20. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Wie verteidigt sich d. Prolet. vor Gericht? 4 Abde., Mi. 4. Nov. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Kultur u. Prolet. 8 Abde., Mi. 21. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Polit. Zeichen, prakt. Kurs, 8 Abde., Do. 22. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Parteiprogramme d. Sozialdem., 8 Abde., Do. 22. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Weltanschauung u. Lebensgestaltung d. Jugend, 8 Ausspr.-Abde., Do. 22. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

D. Frau i. bürgerl. Staat, 8 Abde., Fr. 20. Nov. u. folg. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Radik. Heilkunde, 8 Abde., Mi. 21. Okt. u. folg. 19.30 Uhr. i. d. Räumen Dr. Koch, Karl-Liebknecht-Straße 29.

Russisch f. Anfgr., 16 Abde., Mo. u. Do. ab 22. Okt. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Russisch f. Fortgesch., 16 Abde., Di. u. Fr. ab 20. Okt. 20 Uhr. Dresdener Straße 7.

Englisch f. Anfgr., 16 Abde., Mo. u. Do. ab 22. Okt. 20 Uhr. Dresdener Straße 7.

Espanisch f. Anfgr., 16 Abde., Mo. u. Do. ab 22. Okt. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Stenogr. f. Anfgr., 12 Abde., Di. u. Do. ab 27. Okt. 19.30 Uhr. Carolaschule, Johannispl. 6.

Stuttgart: Staal u. Revol., 4 Abde., Do. 12. Nov. u. folg. 20 Uhr. Cannstatt z. „Viadukt“, Hofener Ecke Eberhardstraße.

Hist. Materialism., 6 Abde., Fr. 9. Okt. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Entstehungen d. Marxism. (Reform. rel. Sozialism.), 4 Abde., Do. 8. Okt. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. ökon. Grundl. d. Marxism., 5 Abde., Do. 8. Okt. u. folg. 20 Uhr. Cannstatt z. „Viadukt“, Hofener Ecke Eberhardstraße.

D. material. Dialektik (f. Fortgesch.) Mi. 7. Okt. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. hist. Schritten v. Marx (1848/51, 1871), 4 Abde., Mo. 2. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Psychanalyse u. Marxism., 2 Abde., Do. 19. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. Krise d. Kapitalism., 4 Abde., Di. 3. Nov. u. folg. 20 Uhr. Cannstatt z. „Viadukt“, Hofener Ecke Eberhardstraße.

Kapitalism. u. sozialist. Rationalisierg., 2 Abde., Mi. 4. Nov. u. folg. 20 Uhr. Ostheim z. Post, Ostendplatz.

Lohntheorie d. Sozialdem., 4 Abde., Di. 6. Okt. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Trusts u. Kartelle, 2 Abde., Do. 19. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Stalin. Probl. d. Leninism., 2 Abde., Mo. 14. Dez. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Volksrevol. d. gr. Lösung, 2 Abde., Di. 3. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Gesch. d. prol. Jug.-Beweg., 3 Abde., Di. 8. Dez. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. NSDAP., Wirtsch.-Progr. und Weltanschauung, 3 Abde., Di. 17. Nov. u. folg. 20 Uhr. Ostheim z. Post, Ostendplatz.

Partei, Klasse, Gewerksch., 3 Abde., Mi. 9. Dez. u. folg. 20 Uhr. Ostheim z. Post, Ostendplatz.

Mitteldeutscher Märzaufrst. und Ruhrkrieg, 2 Abde., Mo. 5. Okt. u. folg. 20 Uhr. Ostheim z. Post, Ostendplatz.

D. chin. Revol. Do. 17. Dez. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. Krieg (nat., imp., Interventionskrieg, ideol. Vorbereitg.), m. Bildband, 4 Abde., Fr. 20. Nov. u. folg. 20 Uhr.

Geopolitik, 2 Abde., m. Bildband, Di. 8. Dez. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Physiologie d. Geschl.-Leb., m. Bildband, 2 Abde., Mo. 30. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Neue Arbeits-, Erziehungs- u. Lebensformen i. d. UdSSR., 3 Abde., Di. 17. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. Katholizismus, 2 Abde., Do. 3. Dez. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Eltern u. Kinder: Revol. Schulkampf, 2 Abde., Do. 5. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

D. Prolet. vor Gericht, 3 Abde., Di. 8. Dez. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Gesch. d. Freidenkerbew., 2 Abde., 10. u. 14. Dez. 20 Uhr. Cannstatt z. „Viadukt“, Hofener Ecke Eberhardstraße.

Neue Baukunst i. d. Sowjetunion, m. Bildband, 2 Abde., Do. 5. Nov. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Studio: Arb.-Theater, Sa., 24. Okt. u. folg. 18 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Studio: Pektat u. Linolschnitt, Sa., 17. Okt. u. folg. 15 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Russisch f. d. ganze Sem., Mi. 14. Okt. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Espanisch f. d. ganze Sem., Do. 15. Okt. u. folg. 20 Uhr. Kolbstr. 4 b.

Erwerbslo.-Kurs. jeden Di. 14 bis 16 Uhr.

DerMarxist

Blätter der Marxistischen Arbeiterschule / 1. Jahrgang Heft 3 / Berlin, Dez. 1931

Hegel 1931

Von Johann Schmidt

Vor einigen Wochen tagte in Berlin ein „Internationaler Hegel-Kongreß“, einberufen von bürgerlichen Universitätsprofessoren. International war der Kongreß allerdings nur in einem recht beschränkten Sinne des Wortes, denn gerade die Vertreter des Landes, in welchem Hegel am meisten gekannt und anerkannt wird, die Vertreter der Sowjetunion, wurden unter nichtigen Vorwänden von der Beteiligung ausgeschlossen. Und auch die Benennung „Hegel-Kongreß“ war eigentlich nur in einem beschränkten Sinne anwendbar, denn man sprach nicht von dem ganzen Hegel, sondern nur über willkürlich herausgerissene Teile der Hegelschen Philosophie; und während man die Hegel-Auffassung des italienischen Faschismus gleich durch zwei Professoren vertreten ließ, erklärte die Kongreßleitung, daß Referate über „Die Geschichtsphilosophie Hegels und die materialistische Geschichtsauffassung“, über „Hegel und die materialistische Dialektik“, über „Hegel, Marx und Lenin“ usw. grundsätzlich nicht zugelassen werden könnten.

Es lohnt sich, auf das Auftreten der offiziellen Vertreter des italienischen Faschismus etwas näher einzugehen. Der eine, Professor Gentile, kam verspätet zur Tagung, und vor seinem Referat wurde öffentlich bekanntgegeben, daß er zwar spät käme, jedoch nur aus dem Grunde, daß er unmittelbar vor seiner Abreise eine persönliche Unterredung mit Mussolini selbst gehabt hätte. Und das Referat des Professors Gentile war auch seines Gesprächs mit Mussolini würdig; es war ein von wissenschaftlichen Erwägungen unbeschwertes Hohelied auf den faschistischen Staat und eine Darstellung Hegels als des theoretischen Bahnbrechers von Mussolini.

Dieser Vorfall ist nicht etwa zufällig, sondern war nur ein besonders klarer Ausdruck der gesamten Einstellung des Kongresses, ja noch mehr, der gesamten Einstellung der Bourgeoisie zu Hegel im Jahre 1931. Seit Jahren schon versucht der Faschismus durch seine „wissenschaftlichen“ Vertreter, Hegel für sich mit Beschlag zu belegen, ihn als einen Vorläufer des Faschismus, als den Verkünder des faschistischen Staatsideals hinzustellen. Der „Internationale Hegel-Kongreß“ war nichts anderes als der letzte Schritt auf diesem Wege.

Das Rezept des Faschismus, das zu diesem Zweck verwandt wird, ist sehr einfach. Man nimmt aus dem Hegelschen Werk die Kapitel über den Ständestaat und deklariert sie zum Grundgehalt des Hegel-

schen Systems. Dann identifiziert man den Hegelschen Begriff der Stände mit dem Ständebegriff des Faschismus — und schon ist es bewiesen, daß Hegels Philosophie in der Verherrlichung des faschistischen Ständestaates gipfelt.

Um Hegel zu einem Faschisten stempeln zu können, muß man freilich aus Hegels Werken vieles, fast alles verschweigen oder verleugnen. Man muß den jungen, revolutionären Hegel verleugnen, der den damaligen preußischen Staat alles andere als verherrlicht hat, und man muß den eigentlichen Grundkern der Hegelschen Philosophie, die Dialektik, zu einem bedeutungslosen Nichts herabwürdigen. Der Hegel-Kongreß hat diese Aufgabe, die ihm der internationale Faschismus gestellt hat, glänzend erfüllt. Der junge Hegel wurde ängstlich verschwiegen. Aus den rechtsphilosophischen Arbeiten Hegels wurde als das wichtigste betont, daß das Eigentum die Erscheinung der sittlichen Idee (also etwas Heiliges, Unantastbares) sei, und aus der Hegelschen Staatsphilosophie zitierte man immer wieder, der Staat sei keine Schranke der Freiheit, sondern ihre Verwirklichung. So zeichneten der italienische Faschist Gentile und seine Konsorten Hegel als einen biedereren Bürger, dessen Hauptziel war, das kapitalistische Privateigentum und den kapitalistischen Klassenstaat zu schützen.

Mit diesem Bild Hegels als des theoretischen Hausvaters des Faschismus ist jedoch eines unvereinbar: die Hegelsche Dialektik. Die faschistische Parole des sich nicht verändernden Ständestaates kann sich nicht vertragen mit dem Gedanken, daß die Welt nicht aus fertigen Dingen besteht, sondern aus Prozessen, in denen alles die ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmacht und in denen sich eine fortschreitende Entwicklung durchsetzt.

Diesen grundlegenden Widerspruch zwischen Konservatismus und Reaktion einerseits und der Hegelschen Dialektik andererseits suchte die Bourgeoisie in den Jahrzehnten unmittelbar nach Hegels Tode dadurch unwirksam zu machen, daß sie die gesamte Hegelsche Philosophie plötzlich „vergaß“. Die bürgerlichen Geschichtsbücher der Philosophie schreiben von einem plötzlichen (für sie) unverständlichen Verschwinden jeglichen Interesses für Hegel, und dieses „Vergessen“ dauerte bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts an. Man brauchte zur Hegelschen Dialektik nicht Stellung zu nehmen, da man (außer in Fachgeschichtsbüchern) von Hegel überhaupt nicht sprach.

Der Faschismus jedoch, der Hegel für sich ausbeuten will, der einige Kapitel der Hegelschen Philosophie zum Katechismus der faschistischen Staatstheorie macht, muß zur Hegelschen Dialektik Stellung nehmen, muß die Hegelsche Dialektik abwürgen, damit ihr lebendiger Strom das lügenhafte Gewebe des faschistischen Hegelbildes nicht zerstört.

Deshalb muß der Faschismus die Hegelsche Dialektik aus der Welt der Tatsachen hinausdrängen und zu einem Scheindasein verurteilen; deshalb muß er die Algebra der Revolution zu einem Argument für die Religion umfälschen. Deshalb muß er ängstlich ab-

leugnen, daß die Hegelsche Dialektik in der revolutionären Arbeiterbewegung fortlebt.

Und der Hegel-Kongreß löste auch diese Aufgabe mit einer rührenden Gewissenhaftigkeit. Einer der Hauptreferenten des Kongresses, der deutsche Universitätsprofessor Kroner, stempelte die Dialektik zu einer erkenntnistheoretischen Metaphysik, also zu einem Gedankengebilde, das nichts mit der Welt der Tatsachen zu tun habe, sondern bloß eine Projektion von Denkformen hinter die Erfahrungswelt sei. (Es wirkt wie eine Ironie, daß diese Behauptung gerade in dem Referat vom Stapel gelassen wurde, das „Hegel und die Gegenwart“ benannt war.) Und von der einzigen Erbin der Dialektik, der revolutionären Arbeiterbewegung, wurden auf dem ganzen Kongreß nur die wegwerfenden Worte gesagt: es gäbe eine kleine Sekte, die Hegel auf ihre Fahnen geschrieben habe und die den Satz verkünde „Religion ist Opium für das Volk“. Derselbe Redner, der Pfarrer Lasson, schloß dann den Kongreß mit der Aufforderung, sich seiner religiösen Gemeinde wieder anzuschließen.

Nach alledem kann man mit gutem Recht sagen: Der „Internationale Hegel-Kongreß“, der im Oktober 1931 in Berlin tagte, wurde zu Unrecht „Hegel-Kongreß“ genannt. Man hat auf diesem Kongreß ein falsches Bild der Hegelschen Philosophie gegeben, man hat das Lebendige in Hegel verleugnet und das Tote in ihm wieder zu erwecken versucht, man hat aus dem größten Philosophen der bürgerlichen Revolution einen Lakaien der Reaktion gemacht. Es war kein Kongreß der Hegel-Ehrung, sondern ein Kongreß der Hegel-Verleugnung im Dienste des Faschismus. Die vielen Professoren sprachen große Worte über Hegelianismus und Hegel-Renaissance und währenddessen haben sie die große wissenschaftliche Leistung Hegels zu einer grotesken Farce herabgewürdigt. Diese Professoren haben gewiß nicht das Recht, sich Hegelianer zu nennen.

*

Sind wir etwa Hegelianer? Nein — wir sind Marxisten. Sind wir vielleicht Dialektiker im Hegelschen, idealistischen Sinne des Wortes? Nein — wir sind materialistische Dialektiker.

Aber wir wissen, daß „Marx und Engels in der Hegelschen Dia-

MARX ÜBER DIE HEGELSCHES DIALEKTIK

(Vorwort zur zweiten Auflage des „Kapital“, 1. Band)

„In ihrer mystifizierten Form war die Dialektik deutsche Mode, weil sie das Bestehende zu verklären schien. In ihrer rationalen Gestalt ist sie dem Bürgertum ein Greuel und ein Aergernis, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichsten Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist.“

lektik, als der umfassendsten, inhaltsreichsten und tiefsten Entwicklungslehre, die größte Errungenschaft der klassischen deutschen Philosophie sahen. Jede andere Formulierung des Prinzips der Entwicklung, der Evolution hielten sie für einseitig und inhaltsarm.“ (Lenin.) Wir wissen, daß „Hegel die allgemeinen Bewegungsformen der Dialektik zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat.“ (Marx.) Wir wissen, daß Hegels Philosophie den Gipfelpunkt im Denken des revolutionären Bürgertums darstellt und gerade deshalb den Kern zu einer neuen Philosophie enthält, die über das Bürgerliche hinausgeht und eines der Grundelemente einer neuen Gesellschaftsordnung bildet.

Dieser Kern, die Dialektik, ist freilich bei Hegel in eine idealistische Hülle gefaßt, und wir wissen auch, daß Hegel in seiner letzten Periode seine eigene Philosophie und den damaligen preußischen Staat als den Gipfelpunkt der dialektischen Entwicklung bezeichnete. Aber alle die toten Teile und Schnörkel des Hegelschen Systems werden durch die revolutionäre Kraft der Dialektik fortgespült. Und die Dialektik, befreit von der idealistischen Hülle, die sie bei Hegel hatte, in das gesellschaftliche Leben hineingestellt als materialistische Dialektik, als das grundlegende Gesetz der Entwicklung und deshalb auch die grundlegende Methode jeglicher wissenschaftlichen Erkenntnis, lebt weiter in der revolutionären Arbeiterbewegung und in ihrer Weltanschauung — dem dialektischen Materialismus.

Trotz der idealistischen Fassung der Dialektik bei Hegel und trotz der reaktionären Deutung, die er selbst zufootz seiner Philosophie gegeben hat, bekennen wir Marxisten uns als die einzigen wirklichen Erben Hegels, weil in unserer Weltanschauung der Grundkern der Hegelschen Philosophie weiterlebt, und weil nur wir in der Lage sind, durch die Methode des historischen Materialismus die idealistische und reaktionäre Umhüllung dieses Grundkerns aus der Klassengebundenheit Hegels zu erklären.

Die bürgerlichen Versuche, Hegel anläßlich seines 100. Todestages zu „ehren“, mußten zu einer Farce, zu einer Hegel-Fälschung werden. Denn es kann nichts anderes entstehen, wenn der Philosoph der bürgerlichen Revolution dazu herhalten soll, Steigbügelhalter des Faschismus zu werden. Nur das Proletariat, das den Grundgedanken der Hegelschen Philosophie, materialistisch umgestülpt, in seine Weltanschauung aufgenommen hat, ist in der Lage, Hegel wirklich zu ehren — durch das Absondern des Toten und Hervorheben des Lebenden in ihm: durch eine Darstellung und Würdigung der revolutionären Dialektik.

Wir werden Hegel nicht zur Beute des Faschismus werden lassen. Wir werden nicht zugeben, daß Hegel von einigen Universitätsprofessoren zu einem Vorläufer von Mussolini gestempelt wird. Wir werden diesen „Hegelianern“ die Maske vom Gesicht reißen, damit sie als das erscheinen, was sie sind: die philosophischen Wegbereiter des Faschismus.

Anläßlich des 100. Todestages von Hegel wird eine Artikelreihe in dieser Zeitschrift die Grundfragen der Dialektik behandeln und den Weg von der Philosophie der bürgerlichen Revolution zur Weltanschauung der revolutionären Arbeiterbewegung, dem dialektischen Materialismus, aufzeigen. Eine zweite Artikelserie wird die Philosophie des Faschismus entlarven.

ENGELS ÜBER DIE HEGELSCHES DIALEKTIK

„Darin lag gerade die wahre Bedeutung und der revolutionäre Charakter der Hegelschen Dialektik, daß sie der Endgültigkeit aller Ergebnisse des menschlichen Denkens und Handelns ein für alle mal den Garaus machte.

Die Wahrheit lag nun in dem Prozeß des Erkennens selbst, in der langen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft, die von niederen zu immer höheren Stufen der Erkenntnis aufsteigt, ohne aber jemals durch Auffindung einer sogenannten absoluten Wahrheit zu dem Punkt zu gelangen, wo sie nicht mehr weiter kann, und ihr nichts mehr übrig bleibt, als die Hände in den Schoß zu legen und die gewonnene absolute Wahrheit anzustaunen.“

LENIN ÜBER DIE HEGELSCHES DIALEKTIK

„... Wir müssen ein systematisches, von materialistischen Gesichtspunkten geleitetes Studium der Dialektik Hegels organisieren, jener Dialektik, die Marx konkret sowohl in seinem ‚Kapital‘ als auch in seinen historischen und politischen Schriften mit so viel Erfolg angewandt hat. ... Gewiß ist ein solches Studium, ein solches Erläutern, eine solche Propaganda Hegelscher Dialektik keine leichte Sache, und die ersten Versuche in dieser Richtung werden zweifellos mit Fehlern behaftet sein. Doch fehlerfrei ist nur der, der nichts tut. Gestützt auf die von Marx befolgte Anwendung der materialistisch erfaßten Dialektik Hegels können und müssen wir diese Dialektik nach allen Richtungen hin ausarbeiten, ... aus den wichtigsten Werken Hegels Auszüge publizieren und unter Anführung von Beispielen der Anwendung der Dialektik durch Marx wie auch von Beispielen ökonomischer und politischer Dialektik, wie sie uns die moderne Geschichte, besonders der moderne Imperialistische Krieg und die Revolution in so ungewöhnlich reichem Maße bieten, diese Hegelsche Dialektik in die Sprache des Materialisten übersetzen ... Der moderne Naturforscher wird in der materialistisch erfaßten Dialektik Hegels (wenn er nur sucht und wir es lernen, ihm hierbei behilflich zu sein) eine ganze Reihe von Antworten auf jene philosophischen Fragen finden, die die gegenwärtige Revolution in der Naturwissenschaft aufwirft, und die die Anbieter bürgerlicher Moden sich auf die Seite der Reaktion schlagen läßt. Will der Materialismus ein streitbarer Materialismus sein, so muß er sich eine solche Aufgabe stellen und an deren Lösung systematisch arbeiten. Tut er es nicht, so wird er weniger ein niederringerer als ein niedergerungener Materialismus sein.“

Die Lage der Klein- und Mittelbauern in Deutschland

Von Paul Massing

I.

Der Bauer im Kapitalismus

Die Vorgänge in der Weltlandwirtschaft während der letzten zehn Jahre haben den alten „klassischen“ Streit zwischen Marxismus und Revisionismus um die Ueberlegenheit des großen oder des kleinen Betriebs in der Landwirtschaft zum endgültigen Abschluß gebracht. Traktor und Mährescher, Lastwagen, Monokulturen, Silos und Elevatoren, elektrische Kraft- und Arbeitsmaschinen, Agrochemie und Trockenfarmen, Mast- und Zuchtanstalten, Standards und Leistungskontrolle — sie kennzeichnen den Weg der landwirtschaftlichen Erzeugung zur industrialisierten Großproduktion. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so hat die Weltagrarkrise mit der Revolutionierung der landwirtschaftlichen Produktionsweise die Richtigkeit der Marxschen Theorie auch für die Agrikultur vorbehaltslos bestätigt.

Gleichgültig, wie die Krise im einzelnen weiter verlaufen wird: ebensowenig wie es in der Stadt eine Rückkehr zum handwerklichen Betrieb gibt, ebensowenig lassen sich die Umwälzungen in den landwirtschaftlichen Produktionsmethoden ungeschehen machen. Das Bild der Landwirtschaft hat sich für immer geändert.

Was sich hier in der „abstrakten Wissenschaft“ als Sieg der marxistischen Theorie darstellt, das bedeutet im „praktischen Leben“ einen langen, qualvollen, hoffnungslosen Kampf eines großen Teiles der kapitalistischen Gesellschaft gegen seinen Untergang. Dem bäuerlichen Betrieb ist ein neuer tödlicher Schlag zugefügt worden.

Die sozialdemokratischen Theoretiker sehen im Bauer einen ewigen Bestandteil aller Gesellschaftsordnungen. Er existierte in der Antike, im Feudalismus, im Kapitalismus und er wird nicht weniger im Sozialismus und Kommunismus vorhanden sein. Das Leben um ihn scheint diesen merkwürdigen Produzenten nicht zu berühren. Unter jeden noch so sehr veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vermag er seine eigentümliche Wirtschaftsweise fortzuführen, an der Gesellschaft sich nur insoweit zu beteiligen, als es ihm genehm und nützlich ist. Diese wahrhaft groteske Auffassung von einem zahlenmäßig so bedeutenden Teil der Bevölkerung, wie ihn die Bauernschaft darstellt, hat mit Marxismus nichts mehr zu tun, dafür aber um so mehr mit dem Faschismus.

Das freie Parzelleneigentum selbstwirtschaftender Bauern ist nach Marx eine der Formen, die aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgingen. Die Ursachen, die ihm zur Geburt verhelfen, bereiteten auch schon seinen Untergang vor. Mit der Aneignung der Gemeindeländereien durch die großen Grundeigentümer und die Dorfbourgeoisie wurde seine Existenzgrundlage einschneidend geschmälert, denn der Gemeindewald, die Gemeindeweide bildeten die notwendige Ergänzung des Parzellenbetriebs, die ihm erst die Viehhaltung ermöglichten. Auf der anderen Seite entzog ihm die

Industrie im Laufe ihrer Entwicklung einen Teil seiner Produktion nach dem anderen. Die Geschichte der Industrie ist die Geschichte der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der industriellen Verselbständigung der einzelnen Arbeitsvorgänge, die ehemals Bestandteil der bäuerlichen Familienwirtschaft waren. Nahrung, Kleidung, Behausung, die Produktionsmittel werden nicht mehr ausschließlich oder überhaupt nicht mehr in der Wirtschaft des Bauern erzeugt. Industrie, Transport und Handel haben sich ihrer bemächtigt. Engels war der Ansicht, daß allein der Verlust der Gemeindeländereien und die Vernichtung des ländlichen Hausfließes alle Vorteile der bürgerlichen „Bauernbefreiung“ mehr als aufwogen.

In dem Maße, wie die große Industrie die Basis der landwirtschaftlichen Produktion einengte, wie sie die eigentliche Landwirtschaft auf die Herstellung einiger Handelsartikel reduzierte, in demselben Maße verengte sie auch die Grundlagen der bäuerlichen Wirtschaft, um so stärker fielen die Bedürfnisse von Haushalt und Betrieb auseinander, um so notwendiger wurde das bäuerliche Produkt zur Ware, um so unentrinnbarer die Bauernwirtschaft in den Kapitalismus hineingezogen. (Die staatliche Steuerpolitik hat an diesem Auflösungsprozeß der bäuerlichen Familienwirtschaft hervorragenden Anteil.) Mit der Einbeziehung der bäuerlichen Produktion in die kapitalistische Marktwirtschaft wird sie unter die Gesetze des Marktes gestellt: die Konkurrenz zwischen dem bäuerlichen Erzeugnis und dem kapitalistisch hergestellten Produkt des landwirtschaftlichen Großbetriebs wird für die Bauernwirtschaft zur Lebensfrage.

Der gewaltige Industrialisierungsprozeß des vorigen Jahrhunderts ließ mit der Ausweitung des agrarischen Marktes diesen Konkurrenzkampf noch nicht in voller Schärfe entbrennen. Die Agrarkrise der 70er bis 90er Jahre, das Ergebnis eines durch die Transportindustrie hergestellten Zusammenpralls zweier landwirtschaftlicher Produktionen mit verschiedenem Rentenniveau, wurde in Deutschland „gelöst“ durch den Übergang zum Protektionismus. Nur solange keine grundlegenden Umwälzungen in der landwirtschaftlichen Produktionsweise selber eingetreten waren, konnte die imperialistische Agrarpolitik die Hoffnung hegen, daß mit der Erschöpfung und Preissteigerung der überseeischen Böden, mit der Erhöhung der Selbstkosten der amerikanischen Landwirtschaft deren Vorsprung geringer werde und der Zollschutz nicht ad infinitum zum Nachteil des industriellen Exports verstärkt werden müsse.

Die Eroberung der Steppe, der halbtrockenen Gebiete ist mit dem neuen Maschinensystem in der Nachkriegszeit stoßweise weitergeführt worden. Die Anbauflächen der Erde haben sich während des Krieges und auch noch in der Zeit der Ueberproduktionskrise gewaltig ver-

„Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, das heißt, studiert werden will.“

(Engels, Bauernkrieg.)

größert, die Hektarerträge sind mit Hilfe massenhafter Anwendung industriell erzeugter Dünger erhöht worden. Nicht weniger groß sind die Fortschritte in der Veredelungswirtschaft. Neue Futtermittel und Fütterungsmethoden, Zuchtverbesserungen, Abkürzung der Reifeperioden, mechanisierte Pflege des Viehes, rationelle Weiterverarbeitung der tierischen Produkte und Absatz im großen haben die bisher erzielten Resultate um ein vielfaches übertroffen. Das Gewicht des Schlachtviehs ist gewachsen, seine Mastzeit bis auf die Hälfte herabgedrückt, die Milcherträge kontrollierter Abmelkwirtschaften sind um das Doppelte und mehr gestiegen, die Eierproduktion auf den Geflügel-farmen von 70 bis 80 auf 180 bis 220 Stück im Jahr je Huhn hochgetrieben worden.

Dies rapide Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivkräfte spielt sich ab im Zeitalter des Monopolkapitalismus, in der Periode der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, der dauernden Massenverwerbslosigkeit der Industrie- und Landarbeiterschaft und ist beschränkt auf den großen und großbäuerlichen Betrieb. Der Konkurrenzkampf zwischen Klein- und Großbetrieb ist damit in seine letzte Phase eingetreten.

II.

Die Klassenstruktur der deutschen Landwirtschaft

Unvoreingenommene Berichte über das deutsche Dorf bezeichnen die wirtschaftliche und kulturelle Lage der werktätigen Bauernschaft übereinstimmend als verzweifelt und ausweglos. Ehe wir auf sie eingehen, wollen wir kurz das Klassenbild der deutschen Landwirtschaft betrachten und die objektiven Bedingungen prüfen, unter denen der Kampf zwischen Klein- und Großbetrieb ausgetragen wird.

Das wichtigste Produktionsmittel des Bauern ist und bleibt der Boden. Wer besitzt ihn? Wir haben nun zwar in Deutschland Statistiken über die Schweine- und Rindviehzahl (nach Geschlecht und Alter getrennt), wir haben amtliche Bestandsaufnahmen über die Kartoffel- und Schnapsfabrikation, über die Zahl der Enten und der Obstbäume — eine Statistik über das Grundeigentum haben wir nicht. Das Geschäftsgeheimnis ist der bürgerlichen Republik ebenso teuer wie der Monarchie. Um eine ungefähre Vorstellung von den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen zu erhalten, muß man daher zur Betriebsstatistik greifen.

Die Betriebsgliederung der deutschen Landwirtschaft

Betriebsgröße	Betriebe		landwirtschaftl. genutzte Fläche	
	Zahl	%	in ha	in %
unter 2 ha	3 046 300	59,5	1 588 000	6,2
2—5 ha	894 500	17,5	2 924 000	11,4
5—20 ha	956 100	18,7	9 158 000	35,8
20—50 ha	174 100	3,4	5 077 000	19,8
50—100 ha	25 700	0,5	1 692 000	6,6
100—200 ha	8 900	0,2	1 241 000	4,9
über 200 ha	9 800	0,2	3 918 000	15,3
Zusammen:	5 115 400	100,0	25 598 000	100,0

Aus diesen Angaben der amtlichen Reichsstatistik ergibt sich vorerst einmal, daß der Boden den deutschen Arbeitsbauern nicht gehört. Knapp 10 000 Betriebe verfügen über das zweieinhalbfache der Fläche, in die sich drei Millionen Zwergbauern teilen müssen. Die Betriebe über 50 Hektar, der Zahl nach noch nicht 1 Prozent aller Betriebe, besitzen mehr als 25 Prozent aller landwirtschaftlichen Nutzfläche, insgesamt haben die großen und großbäuerlichen Betriebe (4,3 Prozent der Gesamtzahl) nahezu die Hälfte (46,6 Prozent) des deutschen Nutzbodens inne.

Das sind aber erst grobe Annäherungswerte. In Wirklichkeit verbergen die Zahlen der Betriebsstatistik den wahren Umfang der Bodenkonzentration, da sie keinerlei Auskunft über den Großbesitz geben, der in Form von Parzellen an die bäuerlichen Betriebe verpachtet ist. Die Pachtstatistik wirkt in demselben Sinne und gibt das Pachtland nur mit 12,4 Prozent der gesamten Betriebsfläche an. Berichtigt man sie, setzt man das Pachtland ins Verhältnis zur ganzen landwirtschaftlich genutzten Fläche, so kann man seinen Anteil auf nicht viel weniger als ein Fünftel veranschlagen.^{*)} Daß es ganz überwiegend die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften sind, die Boden zu pachten, ist unbestreitbar und unbestritten.

Mit dem Bodenbesitz der Arbeitsbauern sieht es also recht schlecht aus, um so mehr, als das Bauernland in der Regel auch noch unfruchtbar und schlechter gelegen ist als das Herrenland. Aber vielleicht können die Bauern durch andere Vorteile in der Betriebsführung diesen Mangel wettmachen? Haben die Davids uns nicht immer wieder versichert, daß der Bauer in der Lage sei, seinen Boden besser zu bearbeiten? Zur Bodenbearbeitung braucht man Maschinen. Hat die Bauernwirtschaft sie in breitem Umfang anwenden können?

Die amtliche Erhebung vom Jahre 1925 zeigt, daß eine große Anzahl von Maschinen im Klein- und mittelbäuerlichen Betrieb überhaupt nicht oder nur ganz vereinzelt anzutreffen ist. Dazu gehören Getreidemäschinen, Kartoffelpflanz- und Erntemaschinen, Schrotmühlen, Düngerstreumaschinen, Hackmaschinen, elektrische Melkapparate: von Traktoren, Dampfpflügen, Mähreschern natürlich ganz zu schweigen.

Es verwendeten von den Betrieben von

	unter 2 ha	2—5 ha	5—10 ha	10—20 ha	20—50 ha	50—100 ha	100—200 ha	200 ha u. m.
	%	%	%	%	%	%	%	%
Dampfpflüge	0,00	0,00	0,00	0,03	0,04	0,3	3,1	10,6
Motorpflüge	0,00	0,01	0,02	0,05	0,3	4,6	18,9	32,6
Elektrische Pflüge	0,00	0,00	0,00	0,02	0,05	0,09	0,1	0,3
Düngerstreumaschinen	0,02	0,2	0,9	5,7	24,7	62,9	88,1	93,7
Getreidemäschinen	0,02	0,4	1,9	7,3	23,4	52,2	65,5	80,4
Hackmaschinen	0,1	1,7	3,8	8,7	21,0	46,5	66,3	78,1
Kartoffelpflanzmaschinen	0,04	0,2	0,8	3,0	11,4	25,2	41,2	57,8
Kartoffelerntemaschinen	0,02	0,5	3,9	16,1	35,8	57,7	70,6	59,8
Heu- u. Schwadenwender	0,03	0,9	5,3	18,4	35,7	51,1	63,9	74,6

*) Die ganze landwirtschaftlich benutzte Fläche im deutschen Reich betrug nach der Bodenbenutzungsstatistik von 1927 29,4 Millionen Hektar, die gesamte Betriebsfläche 21,6 Millionen Hektar, so daß 12,4 Prozent der gesamten Betriebsfläche etwa 19 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche entsprechen.

Etwas besser steht es mit der Ausstattung der mittleren Betriebe mit Sämaschinen, Grasmähmaschinen, Dreschmaschinen und Milchzentrifugen mit Handantrieb. Aber die Ausnutzung dieser Maschinen ist im Bauernbetrieb viel schlechter als im großen Betrieb, die Amortisation viel langsamer. Der Bauer muß mit anderen Worten ein zu hohes Kapital verzinsen.

Während an der Verwendung von einfachen Arbeitsmaschinen die stärkeren Mittelbetriebe sich in engen Grenzen noch beteiligen können, zeigt die Statistik der Kraftmaschinenverwendung, daß sämtliche Betriebe bis zu 50 Hektar von deren Anwendung ausgeschlossen sind. (Der kleine Elektromotor nimmt eine gewisse Ausnahmestellung ein.)

		Von 100 Betrieben jeder Größenklasse verwenden Betriebe						
Größenklasse		Dampfmaschinen	Leicht- al- Kraft- masch.	Elektro- motoren	Elektro- generatoren	Kraftfahrzeuge überhaupt (ohne Personenkraft- fahrzeuge)	darunter Kraft- schlepper	Last- kraft- wagen
unter 2 ha		0,0	0,0	0,6	0,0	0,00	0,00	0,00
2 bis 5 ha		0,1	0,4	14,7	0,1	0,02	0,01	0,01
5 „ 10 ha		0,1	1,3	33,1	0,2	0,1	0,03	0,01
10 „ 20 ha		0,3	2,9	46,5	0,4	0,1	0,1	0,02
20 „ 50 ha		1,1	5,5	58,6	1,0	0,3	0,3	0,04
50 „ 100 ha		7,2	9,1	65,0	2,5	2,9	2,6	0,3
100 „ 200 ha		29,3	10,7	67,4	5,4	10,4	9,3	1,5
über 200 ha		59,9	18,6	70,4	13,2	20,1	14,5	8,0
Zusammen:		0,3	0,7	12,6	0,1	0,1	0,07	0,02

Was für die mittelbäuerlichen Betriebe, gilt erst recht für alle kleineren Größenklassen. Von den mehr als 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben sind kaum 200 000 die Nutznießer des technischen Fortschritts und selbst einer Mehrheit von ihnen ist der Weg zu den modernen Methoden des Getreidebaus und der technischen Kulturen versperrt.

Wir hören hier schon die „Bauernfreunde“ einwenden, daß ja der Getreidebau nicht der Rückhalt des kleinen Betriebes sei, auf dem Gebiete der Viehwirtschaft sähe es eben ganz anders aus. Dort liege die Stärke der deutschen Bauernwirtschaft.

Die bürgerliche Statistik, die doch wirklich ihr bestes tut, um die Lage des Mittelstandes günstiger erscheinen zu lassen, als sie ist, kann nicht umhin, die Fadenscheinigkeit und Verlogenheit dieser Behauptungen zu entlarven. Der Rauminangel verbietet uns, lange Tabellen wiederzugeben. Darum soll der Inhalt von einigen kurz zusammengefaßt werden.

Pferde, als wichtigste Zugkraft des (von der Motorisierung ausgeschlossenen) bäuerlichen Betriebes, kommen in den mehr als 3 Millionen Wirtschaften unter 2 Hektar so gut wie überhaupt nicht vor (in 2,1 Prozent!) und noch nicht in einem Viertel der 895 000 kleinbäuerlichen Betriebe von 2 bis 5 Hektar. Von den mittelbäuerlichen arbeiten der Statistik nach zwar fast drei Viertel (71 Prozent) mit Pferden, aber es entfallen auf die rund 600 000 Betriebe von 5 bis 10 Hektar nur 618 000, d. h. durchschnittlich 1 pro Betrieb. Das Vorhandensein von Pferdegesspannen in einem Teil dieser Betriebe heißt unter solchen Umständen nur das völlige Fehlen von Pferden in den anderen. Erst die 360 000 Betriebe von 10 bis 20 Hektar sind mit 851 000 Pferden durchschnittlich „spannfähig“.

Dividiert man die Betriebsziffern der verschiedenen Größenklassen in die auf sie entfallende Pferdezahl — ein mangelhaftes Rechenverfahren, da es die tatsächliche Differenzierung natürlich verwischt —, so erhält man folgende Zahlen:

auf ca. 50 der 3 074 000 Betriebe bis zu 2 ha kommen	1 Pferd
auf ca. 4 der 895 000 „ von 2—5 ha „	1 Pferd
auf rd. 1 der 600 000 „ „ 5—10 ha „	1 Pferd
auf 1 der 360 000 „ „ 10—20 ha „	2—3 Pferde
auf 1 der 174 000 „ „ 20—50 ha „	4—5 Pferde
auf 1 der 25 670 „ „ 50—100 ha „	ca. 10 Pferde
auf 1 der 8 902 „ „ 100—200 ha „	ca. 20 Pferde
auf 1 der 9 769 „ „ über 200 ha „	ca. 40 Pferde

Aber auch die Pferdehaltung gehört ja nicht zur eigentlichen Viehwirtschaft, werden die Gegner einwenden. Hat nicht die Verteilung des Rindvieh- und Schweinebestandes eine andere, eindeutig auf die Bauernwirtschaft gerichtete Tendenz?

Ein Vergleich der Zählungen von 1907 und 1925 gibt nicht den geringsten Anhalt für eine solche Behauptung. Nach wie vor entfallen auf die 4,2 Prozent der Betriebe über 20 Hektar 36 Prozent des ganzen Rindviehbestandes Deutschlands, und wenn man die starken mittelbäuerlichen Wirtschaften von 10 bis 20 Hektar noch von den Betrieben von 5 bis 10 Hektar sondert, so besaßen im Jahre 1925 die 88,8 Prozent zwerg-, klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften noch nicht annähernd die Hälfte des Gesamtbestandes.

Die Betriebe der verschiedenen Größenklassen hatten durchschnittlich folgenden Bestand an Rindvieh:

Je 1 Betrieb der Größenklasse hatte Stück Rindvieh	1907	1925
0,5 bis 2 ha	0,42	0,37
2 „ 5 ha	3	3
5 „ 10 ha	6	6
10 „ 20 ha	10	10
20 „ 50 ha	18	19
50 „ 100 ha	34	36
über 100 ha	98	94

Unter dem Rindvieh sind die Milchkühe am wichtigsten. Von den 2 703 000 Betrieben mit Rindvieh überhaupt hatten 1925 2 656 000 oder 98 Prozent Milchkühe. Im kleinbäuerlichen Betrieb ist die Kuh zugleich die unentbehrliche Zugkraft. Bei der Betriebszählung 1925 hat eine besondere Erfassung der Milchkühe, die auch als Spannvieh gebraucht werden, zu der Feststellung geführt, daß von den zweijährigen Kühen und Färsen der Zwerg- und Parzellenbetriebe etwa 40 Prozent, von denen der kleinbäuerlichen Betriebe etwa 60 Pro-

„Die wirkliche Erziehung der Massen kann niemals getrennt und außerhalb vom selbständigen, politischen und besonders revolutionären Kampfe der Masse selbst geschehen. Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stützt ihren Willen.“
(Lenin, Rede über die Revolution 1905.)

zent, von denen der mittelbäuerlichen (5 bis 10 Hektar) rund 30 Prozent als Spannvieh benutzt werden. (Von den großbäuerlichen sind es weniger als 1 Prozent, bei den großen Betrieben kommen Milchkühe als Spannvieh praktisch überhaupt nicht mehr vor.)

Um zu veranschaulichen, was diese Ziffern bedeuten, führen wir die Jahresmilcherträge je Kuh an, die von der Reichsstatistik für das Jahr 1928 berechnet wurden. Sie betragen:

I. bei den ausschließlich zur Milchgewinnung verwendeten Kühen und zwar

1. bei den Kühen, die unter Leistungskontrolle stehen, im Reichsdurchschnitt 3 473 Liter jährlich,
2. bei den Kühen, die nicht unter Leistungskontrolle stehen, im Reichsdurchschnitt 2 299 Liter jährlich,

II. bei den Milch- und Arbeitskühen im Reichsdurchschnitt 1 591 Liter jährlich.

Der Anteil der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften an der Milcherzeugung, an der Belieferung des Marktes mit Milch, Butter, Käse usw. ist also noch weit geringer, als es der Zahl der bei ihnen vorhandenen Kühe entsprechen würde. Von den 21 Milliarden Liter Milch, die 1928 in der deutschen Landwirtschaft erzeugt worden sind, lieferten die

I. ausschließlich zur Milchgewinnung verwendeten Kühe und zwar

1. Kühe unter Leistungskontrolle 2 839 892 Liter,
2. Kühe ohne Leistungskontrolle 14 353 911 Liter,

II. Milch und Arbeitskühe 9 839 246 Liter.

Die Kluft zwischen der rationellen Milchproduktion im großen und großbäuerlichen Betrieb und der rückständigen, armseligen Milchwirtschaft der Klein- und Mittelbauern wächst außerordentlich schnell. Charakteristisch ist die verschiedene Beteiligung der einzelnen Betriebsgrößenklassen an den sogenannten Kontrollverbänden, in denen wir die Aufsichtsorgane des Finanz- und Staatskapitals über die landwirtschaftliche Veredlungswirtschaft zu sehen haben. In den Gebieten des Großgrundbesitzes und der Großbetriebe, wie Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien standen von insgesamt 2 039 847 Milchkühen 353 262 unter Leistungskontrolle, das sind 17 Prozent. In den Gebieten, wo die Großbauernbetriebe vorherrschen, wie z. B. in Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen, waren es von insgesamt 1 602 242 198 969, das sind etwa 13 Prozent. In den überwiegend klein- und mittelbäuerlichen Gebieten, wie Baden, Württemberg, Pfalz und Hessen-Nassau mit insgesamt 1 362 393 Milchkühen waren 16 415 kontrolliert, das sind 1,2 Prozent.

Nicht weniger spezialisiert und konzentriert ist die Zucht und Mast von Schweinen. Mit zunehmender Größenklasse wächst die Haltung von Zuchtsauen; die Schweinemast hatte großenteils in Nordwestdeutschland ihren Standort, in der Nähe der Einfuhrhäfen von billigen ausländischen Futtermitteln. Sie wird im Zuge der großagrarischen Zoll- und Ostpolitik systematisch in die Erzeugungsgebiete von Roggen und Kartoffeln verlegt. Wie die letzte Zählung zeigte,

ist eine ausgesprochene „Schwelnewanderung“ nach dem Osten im Gange.

Mit diesen wenigen Angaben der bürgerlichen Statistiken müssen wir uns hier begnügen. Sie geben nicht annähernd die wirkliche Lage wieder, sie sind unzureichend, irreführend und überdies mittlerweile veraltet. Gerade nach 1925 hat die Besitzergreifung der Landwirtschaft durch das Finanzkapital erst in vollem Umfang eingesetzt, sind ihr die Milliardenkredite zugeführt worden, die den Differenzierungsprozeß mit Riesenschritten vorwärts getrieben haben. Von 5500 im Jahre 1925 ist die Zahl der auf den deutschen Großgütern verwendeten Traktoren auf über 30 000 heute gestiegen. Die Anwendungsmöglichkeiten des Mähdeschers werden eifrig studiert. Im Tätigkeitsbericht des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft vom Jahre 1929 lasen wir schon:

„Das vorläufige Endurteil des Getreide-Ernteausschusses geht dahin, daß der Mähdescher sicher dazu beitragen kann, die Wirtschaftlichkeit einer Anzahl (!) deutscher Betriebe zu heben.“

In der Viehwirtschaft haben die Bestrebungen zur Standardisierung, genossenschaftlichen Verwertung, Umstellung der Großbetriebe von der Getreide- auf die Viehwirtschaft erst nach 1925 richtig begonnen.

III.

Die Agrar- und Steuerpolitik der Bourgeoisie

Die zahllosen agrarpolitischen Maßnahmen der Bürgerblock- und Koalitionsregierungen seit 1925 lassen sich samt und sonders kennzeichnen als Versuche, einerseits den deutschen Inlandsmarkt vom Weltmarkt loszutrennen, d. h. den inneren Markt der vaterländischen Ausbeutung durch die Junker und Großbauern auszuliefern, und andererseits Mittel und Wege zu schaffen, um durch modernere Produktions- und Absatzmethoden, durch Herabdrückung der Produktionskosten (Lohnsenkung!) den größeren Wirtschaften über die Krise hinwegzuhelfen.

Die Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Vorkriegszölle im Jahre 1925 war nur der erste Schritt auf dem endlosen Wege des Nachkriegsprotektionismus. Allein während der sozialdemokratischen Regierungszeit wurden die Zölle dreimal erhöht, im Juni und Dezember 1929 und im März 1930. Brüning-Schiele vollendeten dann, was Hermann Müller-Dietrich nach den bewährten Prinzipien der ersten Schiele-Aera so treulich fortgesetzt hatten. Heute ist Deutschland das Land mit den höchsten Agrarzöllen, die ohne jede Kontrolle durch das Parlament von der Regierung festgesetzt werden. Die Subventionen, die in offener und versteckter Form den Agrariern zufließen, belaufen sich auf viele Milliarden. Es gab und gibt Winzerkredite, Rentenbankkredite, Golddiskontbankkredite, Siedlungskredite, Notstandskredite, Kredite zur Organisierung des Viehabsatzes, zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens, zur Förderung des Weinbaues, zur Finanzierung der Ernten, Meliorationskredite, es gab ein Notprogramm, ein erweitertes Notprogramm, die O-thilfe, die erweiterte Osthilfe usw. Es subventionieren das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Wehrministerium, das Reichsverkehrsministerium, das Reichsarbeitsministerium, der Kriegslastenhaushalt, die halbstaatliche

Preußenkasse, die Rentenbankkreditanstalt, die Deutsche Siedlungsbank, es subventionieren außer dem Reich auch die Länder und Gemeinden und nicht zu vergessen die „freien“ Gewerkschaften.

Aus allen erdenklichen Quellen flossen die Mittel — in die Taschen der Grundbesitzer und Großbauern. Nicht nur hat die Bourgeoisie und ihre Regierung nichts unternommen, um die Lage der werktätigen Bauern zu erleichtern, sie hat im Gegenteil alles getan, ihren Untergang zu beschleunigen. Um dem junkerlichen Roggen einen Absatzmarkt zu erzwingen, hat sie der bäuerlichen Viehwirtschaft durch die Erhöhung der Futtermittelzölle und das Maiseinfuhrmonopol den Ankauf billiger ausländischer Futtermittel unmöglich gemacht. Sie hat durch die „Spaltung des Angebots“ in Form hochwertiger Standardprodukte die bäuerlichen Erzeugnisse degradiert, sie hat die Schere zwischen den Preisen der kartellierten Industriewaren, die der Bauer braucht, und seinen eigenen Erzeugnissen erweitert (man denke an die Erfolge der Preissenkungsaktion!), und sie hat nicht zuletzt durch die Zerstörung der Konsumkraft des Industrieproletariats den Markt der bäuerlichen Produkte zerrüttet.

Die Steuerpolitik tut ein übriges. Der deutsche Bauer zahlt an das Reich Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Umsatzsteuer; an die Länder Gewerbesteuer, Gebäudeentstehungssteuer, Grund- und Gebäudesteuer und schließlich Gemeindeumlagen, Schul- und Pfarrlasten, Wegelasten, Beiträge zur Berufsgenossenschaft, besondere Abgaben an die Landleistungsverbände, Landwirtschaftskammern usw., außerdem Beiträge und Gebühren, wo immer er mit der Staatsgewalt in Berührung kommt. Dabei ist der enormen Belastung des bäuerlichen Haushalts durch die indirekten Steuern und Zölle (Tabak, Zucker, Salz, Bier, Branntwein usw.) noch nicht gedacht. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts („Die Besteuerung der Landwirtschaft“, Berlin 1930) verteilt sich die steuerliche Belastung pro Hektar der einzelnen Betriebsgrößenklassen im Westen Deutschlands (Nordwestdeutschland, Westdeutschland, Südwestdeutschland, Bayern) wie folgt:

Besitzgröße	Steuerleistung	Davon Reichsteuern			Landes- und	Kirchen-	Zwangs-
	insgesamt	Eink.-	Vermög.-	Umsatz-	Gemeinde-	steuer	abgaben
	RM. / ha	RM. / ha	RM	RM	RM. / ha	RM. / ha	RM. / ha
bis 5 ha	55,1	2,4	0,9	2,5	33,7	3,0	8,6
5 „ 10 ha	37,7	2,1	1,1	1,6	21,7	2,1	5,2
10 „ 20 ha	28,3	1,4	1,3	1,5	15,2	1,3	4,2
20 „ 50 ha	25,2	1,8	2,3	1,5	11,5	1,1	3,6
50 „ 100 ha	24,6	2,7	3,0	1,5	9,9	1,2	3,2
über 100 ha	15,9	1,3	2,1	0,6	7,1	0,9	2,0
Westen zus.	25,7	2,0	2,0	1,4	12,1	1,2	3,6

Als der Sozialfaschist Bande den Junkern unter vier Augen einmal sagte, daß die Landwirtschaft netto überhaupt keine Steuern zahle und damit ausdrücken wollte, daß die in Form von Subventionen, zinslosen Krediten, Exportprämien, Branntweinliebesgaben usw. den Junkern und Großbauern zufließenden Staatsmittel so hoch seien wie die ganze Steueraufbringung der Landwirtschaft, vergaß er hinzuzufügen, daß der um das dreifache gestiegene Steuerdruck „der Landwirtschaft“ also von den Klein- und Mittelbauern getragen werden muß.

Das deutsche Dorf in der Krise

Fassen wir zusammen: Die Konkurrenzbedingungen der kleinen Bauernwirtschaft lassen ihren Existenzkampf von vornherein als aussichtslos erscheinen. Boden, Maschinen, Vieh und anderes Betriebskapital sind beim Junker und Großbauern konzentriert. (Daß diese ihrerseits oft nichts anderes mehr sind als „Angestellte“ des Finanzkapitals, ist eine zweite Frage.) Der Staat greift in den ungleichen Kampf noch immer und überall zugunsten der Agrarier ein und gibt dem Abstieg der werktätigen Bauernschaft den richtigen Schwung. Breiteste Bauernmassen sind heute ruiniert.

Aber widerspricht das Bild, das wir hier gegeben haben, nicht der Wirklichkeit? Hält sich der Bauer nicht trotzdem auf seinem Stückchen Land? Können wir etwa davon sprechen, daß er massenhaft vertrieben und proletarisiert wird?

Nirgends müssen wir uns mehr vor jedem Schematismus hüten, als in der Agrarfrage. Die Formen des Untergangs der kleinen Bauernwirtschaft im Kapitalismus sind außerordentlich mannigfaltig. Zweifellos geht der Ruin der bäuerlichen Massen heute in Deutschland nicht in der Form ihres massenhaften Abstiegs ins Proletariat vor sich, aus dem einfachen Grunde nicht, weil auch dieser Weg versperrt ist, der in früheren Jahrzehnten ein gewisser Ausweg für den verarmten Bauern war. Die Industrie kann ihn und seine erwachsenen Kinder nicht mehr aufnehmen. Der Prozeß ist im Gegenteil schon rückläufig, aus der Landflucht ist die Stadtlucht geworden. Die Bourgeoisie betreibt aus politischen Gründen die Rückbeförderung städtischer Arbeitslosen aufs Land (Siedlung) und fesselt durch Bestimmungen der Sozialversicherung den ländlichen Proletariat ans Dorf. Der Bauer geht heute auf seiner Scholle zugrunde! Die Agrarkrise und die allgemeine Krise des Kapitalismus ersticken ihn als „freien Mann“.

Die ungeheure Ueberlegenheit des mechanisierten Betriebes kann er lediglich durch unmenschliche Arbeitszeitverlängerung wettzumachen suchen. Nicht genug, daß sein Bodenbesitz die Anwendung arbeitssparender Großmaschinen nicht erlaubt, ist er zudem noch zerfetzt und zerstückelt. In Süd- und Westdeutschland geht die Parzellierung soweit, daß der klein- und mittelbäuerliche Betrieb aus 20, 30, ja 50 und mehr Landfetzen besteht. Ein Viertel seiner Arbeitszeit verliert der Bauer auf den Wegen von einem Acker zum anderen. Die Bearbeitung eines Hektar Weizenbodens kostet ihn fünfzehn- bis zwanzigmal mehr Arbeitszeit, als die Getreidefabrik dafür aufwendet. Die ganze Bauernfamilie arbeitet im Sommer vom Morgengrauen bis spät in die Nacht. Arbeitstage von 16 bis 18 Stunden sind die Regel.

Die Armut im Kleinbauernhaushalt läßt sich in vielen Gebieten Deutschlands nur noch mit dem Elendsbudget des städtischen Wohlfahrtsempfängers vergleichen.

„Die Landbevölkerung der armen Gebiete in der Eifel und im Hochwald lebt in der Hauptsache von Kartoffeln und Brot, weil

Eier, Butter, Milch und selbst das Fleisch der Hausschlachtungen veräußert werden muß, um dagegen die nötigsten Bedarfsgegenstände einzutauschen. Infolgedessen haben sich die gesundheitlichen Verhältnisse bei der Landbevölkerung in erschreckender Weise verschlechtert, vor allem unter den Kindern. Die Tuberkulosesterblichkeit wies im Bezirk Trier 10,9 Prozent Todesfälle auf gegenüber durchschnittlich 8,6 Prozent im übrigen Preußen. Trostlos ist die Lage im Weinbau. Mehr als die Hälfte der kleinen Winzer lebt von einem Durchschnittserlös von rund 1200 Mark, von dem noch etwa 50 Prozent für Betriebsauslagen abgehen.“

Das ist keine „kommunistische Uebertreibung“, die Quelle ist über jeden Verdacht von Kommunistenfreundlichkeit erhaben. Die Sätze stehen in einer Denkschrift des Regierungspräsidenten von Trier vom Frühjahr dieses Jahres.

Bares Geld ist im Bauernhaushalt kaum noch anzutreffen. Sowie es eingeht, wird es für die allerdringlichsten Schulden, für Zinsen, Pachten und Steuern abgeführt. Für kulturelle Bedürfnisse, und seien sie auch noch so primitiv, bleibt nichts übrig. Die Wanderkinos, die noch vor ein bis zwei Jahren am Sonnabend und Sonntag in den Dörfern spielten, sind großen Teils wieder verschwunden. Zeitungen können nicht mehr gehalten werden. In zwanzig kleinbäuerlichen Ortschaften einer Landbürgermeisterei in Südwestdeutschland, deren soziale Verhältnisse der Verfasser untersuchte, sind seit der Inflation keinerlei Baulichkeiten von Bauern mehr aufgeführt worden. Die Häuser verfallen. Die Wohnungsverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Wird ein Familienmitglied des „freien“, das heißt nicht sozialversicherten armen Bauern für längere Zeit krank, so heißt das in 90 von 100 Fällen, daß eine Kuh, ein Rind oder das einzige Schwein zur Bezahlung der Arznei- und Arztkosten veräußert werden muß.

Trotz der erdenklichsten Sparsamkeit, trotz des Verzichtes auf alle nur irgend entbehrlichen Dinge, trotz eines Arbeitsfanatismus, der weder auf die eigene Gesundheit, noch auf das Leben von Frau und Kindern Rücksicht nimmt (weil er es nicht kann!), sinkt der kleine Bauer immer tiefer in die Verschuldung. Steuerrückstände, Pachtgelder, Zinsen für wucherische Kredite halten ihm umklammert und drücken ihm den Atem ab. Im Verlauf weniger Jahre ist die Gesamtverschuldung der (durch die Inflation ihrer Verpflichtungen größtenteils ledig gewordenen) Landwirtschaft auf zirka 12—13 Milliarden Mark angewachsen. Sehen wir ab von den „organisierten“ billigen Krediten an die Großagrarier und Großbauern, die zu Zwecken der Produktionsverbesserung aufgenommen worden sind, so bleiben für die Klein- und Mittelbauern sicher vier bis fünf Milliarden Mark Schulden, die größtenteils bei Privaten, beim Dorfwucherer, beim Händler, beim Viehkäufer als sogenannte „Schwimmkredite“ oder infolge Erbteilung und Bodenkauf als Besitzkredite zu hohem Zinsfuß eingegangen werden mußten. Die Belastung, die den Arbeitsbauern allein aus diesen Schulden entsteht, kann auf rund eine halbe Milliarde Mark jährlich geschätzt werden,

Es gehört zum ABC der politischen Oekonomie, daß in einer Agrarkrise infolge des Preisfalles der Produkte die Grundrente und damit auch die Bodenpreise fallen. In der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft setzt sich dieser Mechanismus auch durch, für den Parzellenbetrieb gilt er nicht. Trotz der langdauernden Krise sind die Parzellenpacht- und -kaufpreise heute noch um 50 bis 100 Prozent höher als in der Vorkriegszeit. Sie liegen um ein vielfaches über den Pacht- und Kaufpreisen großer Güter.

In einer Veröffentlichung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse über die „Lage und Entwicklung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen“ (Berlin, Parey 1930) wird auf diese Tatsache wiederholt hingewiesen. Es heißt dort u. a.:

„Die bäuerlichen Betriebe werden von der abgleitenden Tendenz der Bodenpreise sehr viel weniger berührt. Bei Zwangsversteigerungsobjekten mit einer Größe von etwa 150 Hektar finden sich zur Zeit kaum private Käufer. Im Gegensatz hierzu stellen sich bei notwendig werdenden Verkäufen bäuerlicher Betriebe in der Regel genügend zahlungsfähige Bewerber ein.“

In derselben Untersuchung werden die Hektarpreise von Wirtschaften bis zu 5 Hektar und über 100 Hektar folgendermaßen angegeben: In Ostpreußen 2895 Mark und 927 Mark, in Mecklenburg 4345 Mark und 968 Mark, in der Grenzmark 2321 M. und 713 M. usw.

Dieselbe Erscheinung der sinkenden Bodenpreise für den großen und der steigenden Boden- und Pachtpreise für den kleinen Grundbesitz ist in allen Gebieten Deutschlands zu beobachten. In Thüringen betrug der höchste Preis bei Gutsachtungen 1927 bis 1928 98 Mark je Hektar, bei Grundstücksachtungen 200 Mark.^{*)}

Was in diesen Parzellenpreisen kapitalisiert und was hier als Pachtpreis gezahlt wird, das ist keine Grundrente, das ist nichts anderes als ein Teil des Arbeitslohnes der Bauernfamilie, erzwungen durch die verzweifelte Konkurrenz der Bauern um ein Stückchen Land. Nicht weniger als 400 Millionen Mark Pacht werden alljährlich auf diese Weise an den Grundbesitz abgeführt.

Aber auch die direkte Vertreibung der Bauern von ihrem Besitz nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die zwangsversteigerte Fläche ist seit 1924 ununterbrochen gestiegen. Nicht die Kommunisten, sondern der bürgerliche Staat enteignet die Arbeitsbauern.

Vom 1. 4. bis 31. 3. 1924/25	wurden im Reich zwangsversteigert	2 200 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1925/26	„ „ „ „	9 600 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1926/27	„ „ „ „	36 000 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1927/28	„ „ „ „	38 000 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1928/29	„ „ „ „	50 700 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1929/30	„ „ „ „	117 000 ha
Vom 1. 4. bis 31. 3. 1930/31	„ „ „ „	160 000 ha

Die Zahl der Zwangsversteigerungen gibt aber bei weitem kein richtiges Bild von dem Massenruin der kleinen Bauern. Man kommt

*) „Das landwirtschaftliche Pachtrecht in den europäischen Ländern“, Teil III, „Berichte über Landwirtschaft“, 17. Sonderheft, Berlin 1930.

der Wirklichkeit schon näher, wenn man die eingeleiteten Zwangsverfahren mithieran zieht, die dann meistens „mangels Masse“ nicht zur Durchführung gelangen. Die preußische Statistik für das Jahr 1928 stellt fest, daß bei den rein landwirtschaftlichen Grundstücken von 11 658 eingeleiteten Verfahren nur 1615 zur Durchführung gelangten. Die Zahl der Bankrotte, die zur Zwangsversteigerung führen sollten, war also siebenmal so hoch wie die Fälle der Subhastationen.

Bei einem noch viel größeren Teil der überschuldeten Bauernwirtschaften kommt es nicht einmal zu einer Einleitung des Zwangsverfahrens, weil die Gläubiger aus dem Bauern immer noch mehr Zinsen herauspressen können, als sie etwa durch Verpachtung der angesteigerten Grundstücke erzielen würden. Dies ist nur das Eingeständnis, daß hier die „Rente“ vom Arbeitslohn der ausgebeuteten Bauernfamilie gezahlt wird.

Die Pfändungen und Zwangsversteigerungen haben immerhin schon heute einen solchen Umfang angenommen, daß sie zu einer bekannten Erscheinung im Dorfe geworden sind. Die Bauernschaft, dieser konservativsten, in bürgerlich-moralischen Vorstellungen am tiefsten verstrickte Teil der Bevölkerung, sieht heute in der Pfändung nichts Ehrenrühriges mehr. Der Bauer hat sich über den gottergebenen Standpunkt hinausentwickelt, in der Zwangsversteigerung ein unabwendbares Unglück zu erblicken, für das niemand verantwortlich zu machen sei. Er begreift langsam, daß gesellschaftliche Vorgänge sich nicht mit der Notwendigkeit von Naturgesetzen abwickeln müssen!

Denkt man angesichts dieses langsamen sicheren Untergangs der werktätigen Bauern im Kapitalismus nicht unwillkürlich an die Zeit, wo in England und Flandern, in Schlesien und Indien die Handweber vom mechanischen Webstuhl vernichtet wurden? Hat Marx nicht recht gehabt, als er schrieb:

„Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft. Wucher- und Steuersystem müssen es überall verelenden.“ (Kapital III, 2, S. 341.)

Gewiß, der Abstieg geht in anderen Formen vor sich, aber er ist nicht weniger brutal und schrecklich. Schon heute sehen wir, wie die Verdrängung vom Markt den Bauern zwingt, den Bedarf seines Haushalts wieder auf „autarkem“ Wege zu decken. Er baut schon wieder Produkte an, deren Erzeugung ihrer Unrentabilität wegen längst aufgegeben worden war. Er weiß, daß er sie nicht einmal zum Selbstkostenpreis verkaufen kann; er wird sie im Haushalt verbrauchen. Vielleicht kommt auf diese Weise auch wieder das Spinnrad „zu Ehren“.

Die Rückkehr von der einfachen Warenproduktion zur Bedarfswirtschaft in einer kapitalistischen Warenproduktion bedeutet den Ausschluß der Arbeitsbauern aus der Gesellschaft, bedeutet buchstäblich ihren Untergang in die Barbarei. Bei diesem Ziele treffen sich die

faschistischen und sozialfaschistischen Bestrebungen in der Agrarpolitik. Baade und Hilferding haben Treviranus und Hitler den Weg gründlich vorbereitet.

Aber das deutsche Dorf ist politisch erwacht. Seit den Bauernkriegen gab es nicht mehr eine solche Radikalisierung der Bauernmassen. Die politischen Mittelparteien sind aufgerieben, unmittelbar stehen sich die beiden radikalen Flügelparteien gegenüber. Der Klein- und Mittelbauer ist heute großenteils noch Anhänger der Faschisten — er wird morgen Anhänger der Partei sein, die durch den Sturz des Ausbeutersystems ihm ein neues Leben ermöglicht.

Zwischen dem ersten und zweiten Fünfjahrplan *)

W. Winkler.

I.

Der Fünfjahrplan hat in den drei Jahren seiner Laufzeit gezeigt, daß er real durchgeführt wird. Ein Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren zeigt, daß die Produktion als die Grundlage des sozialistischen Aufbaues von Jahr zu Jahr gesteigert werden konnte. Folgende Ziffern bringen die Entwicklung zweier Jahre vor dem Fünfjahrplan und zweier Jahre des laufenden Fünfjahrplans, sowie die Entwicklung während des Zwischenquartals Oktober bis Dezember 1930, durch das in dem laufenden Jahr 1931 das alte Wirtschaftsjahr von Oktober bis Oktober beseitigt wurde und an dessen Stelle das Kalenderjahr gesetzt wurde:

	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	4. Quartal 1930
Steinkohle in 1000 Tonnen	31 008,0	34 138,4	38 431,0	45 721,4	12 811,5
Naphtha „	10 166,8	11 509,3	13 545,2	17 082,9	5 270,8
Eisenerz „	4 802,2	5 884,4	7 264,9	10 250,3	2 748,7
Roheisen „	2 961,3	3 280,6	4 018,7	4 969,5	1 231,2
Stahl „	3 591,6	4 157,5	4 718,0	5 553,6	1 469,0
Maschinen in Mill. Rubel	803,4	1 011,3	1 413,2	2 101,2	713,3
Zement in 1000 Tonnen	1 559,0	1 825,6	2 180,9	2 968,9	751,0
Wollgewebe in Mill. Meter	84	97	115	124,6	32,8

Im laufenden Jahr liegen noch größere Resultate vor. Nach den realen Ergebnissen für das erste Halbjahr 1931 hat sich die Automobilproduktion um 133 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht, die Energieerzeugung um 38,9 Prozent, die Herstellung von Werkbänken um 46,2 Prozent, der Turbinenbau um 43,2 Prozent, die Stahlproduktion um 38,3 Prozent, die Naphthaproduktion um 28,9 Prozent, die Torfbereitung um 24,6 Prozent, der Schiffsbau um 20,9 Prozent, die chemische Industrie um 18,3 Prozent und die Trikotagenindustrie um 30,9 Prozent. Die Naphthaindustrie und einzelne Werke haben den Fünfjahrplan bereits in 2½ Jahren, zum 1. April 1931, erfüllt.

Daß es sich bei diesen Zahlen nicht nur um bloße Zahlen, sondern um reale Ergebnisse des wirtschaftlichen und sozialistischen Aufbaues der Sowjet-

*) Unter dem gleichen Titel wird Genosse W. Winkler in einer Broschüre in unserer „Bücherei der Marxistischen Arbeiterschule“ die realen Ergebnisse und Perspektiven des Fünfjahrplans aufzeigen. Die Redaktion.

union handelt, ergibt sich daraus, daß die Versorgung des Landes mit den wichtigsten Waren ungeheuer gesteigert worden ist. Der Warenumsatz der Sowjetunion wird am besten durch den Güterwagenverkehr illustriert. Dabei muß noch bemerkt werden, daß der Eisenbahnverkehr zu den schwachen oder besser gesagt zu den „engen“ Stellen der Sowjetwirtschaft gehört; aber diese engen Stellen sind nicht das Resultat der Sowjetwirtschaft, sondern der alten zaristischen Wirtschaft, die bei der Willkür und Planlosigkeit im Eisenbahnbau die schwersten wirtschaftlichen Mißstände hinterlassen hat. Diese zu beseitigen, ist eine Aufgabe des Fünfjahrplans, wobei aber alle Schwierigkeiten auch in dem Zeitraum von fünf Jahren nicht überwunden werden können. Die Eisenbahnlinien sind im alten Rußland nach den schwächsten wirtschaftlichen Gesichtspunkten angelegt worden.

Es ist der Sowjetunion gelungen, wichtige neue Bahnlinien zu bauen und in dem gegebenen Rahmen vor allem den Güterverkehr außerordentlich zu steigern. Im Jahre 1929 wurde der Güterverkehr um 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahre gesteigert, im folgenden Jahre 1930 um 27 Prozent und im letzten Halbjahr 1931 sogar um 38,5 Prozent. Diese progressiven Steigerungen im Wirtschaftsleben sind das charakteristische Zeichen für den großen Aufbau in der Sowjetunion.

Dazu kommen die Erfolge in der Landwirtschaft. Der Fünfjahrplan sah eine Kollektivierung der Landwirtschaften vor. Aber das Tempo der Erfüllung hat alle Erwartungen übertroffen. Nach den Angaben des Kollektivzentrums waren in den Kollektivwirtschaften der Landwirtschaft zusammengefaßt:

	Zahl der kollektivierten Wirtschaften in 1000	In Prozenten der Gesamtwirtschaften
1. Oktober 1927	286	1,1
1. Oktober 1928	505	2,3
1. Oktober 1929	2 131	8,1
1. Oktober 1930	5 565	22,2
10. Juli 1931	14 420	58,5

Das bedeutet, daß bereits in der Mitte des laufenden Jahres mehr als die Hälfte aller Bauernwirtschaften in Kollektivwirtschaften zusammengeschlossen waren. Dazu kommen noch die Staatsgüter, die mit einem Umfang von neun Millionen Hektar etwa acht Prozent der gesamten Aussaatfläche umfassen, so daß der sozialistische Sektor in der Landwirtschaft vollständig überwiegend ist. Aber diese organische Form mag für viele Beobachter der Sowjetunion nicht ausschlaggebend sein. Die antisowjetistische Propaganda hat ständig argumentiert, daß die Kollektivbewegung eine erzwungene sei. Angenommen, sie wäre es. Was können diese Antibolschewisten aber gegen die gesteigerten Erträge in den Kollektivwirtschaften, gegen die Kredithilfe der Landwirtschaft, was zu der großen Hilfe der Maschinen-Traktoren-Stationen sagen? Was vor allem, daß der Traktorenpark jetzt täglich mit über 200 neuen ausgezeichneten Traktoren versorgt wird, und in nächster Zeit mit einer noch größeren Masse Traktoren durch die neuen Fabriken versorgt werden kann. Diese einfache Ueberlegung zeigt, daß die Agitation der Antibolschewisten auf sehr schwachen Füßen steht.

Die ökonomische Grundlage der revolutionären Gewalt, das Unterpfand ihrer Lebensfähigkeit und ihres Erfolges ist, daß das Proletariat einen höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit im Vergleich zum Kapitalismus darstellt und verwirklicht . . . Darin liegt die Kraftquelle und die Bürgschaft für den unvermeidlichen vollen Sieg des Kommunismus.“ (Lenin.)

Durch die aktive Hilfe der Industrie ist es gelungen, die Aussaatfläche von Jahr zu Jahr zu steigern. Während die Sowjetunion noch vor einigen Jahren ein ausgesprochenes Agrarland war, ist es heute ein industrielles Agrarland, wo der typische Gegensatz zwischen Stadt und Land immer mehr verschwindet.

Das Ziel des ersten Fünfjahrplans ist, die Fundamente des Sozialismus zu gestalten. Das heißt, den breiten Bauern- und Arbeitermassen und dem ganzen Land eine solche allseitige industrielle und kulturelle Entwicklung zu bringen, daß alle Vorteile dieser schnellen Entwicklung allen zugute kommen.

Die Gebiete der Sowjetunion bergen in sich so viele Naturschätze, deren Ausbeutung und Entfaltung das Land auf eine nie gesehene Entwicklungshöhe bringen kann und vor allem geeignet ist, die Sowjetunion von der kapitalistischen Umgebung unabhängig zu machen. Man ist jetzt nach den Erfolgen des ersten Fünfjahrplans an die Erforschung und Planung dieser weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten gegangen.

II.

Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Fünfjahrplan, der eine besondere Steigerung der wirtschaftlichen Kräfte in der europäischen Sowjetunion vorsieht, wird der zweite Fünfjahrplan, der 1933 zu beginnen hat, den Ausbau des asiatischen Teils der Sowjetunion zur wichtigsten Grundlage haben. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen: Galt schon das alte europäische Rußland als rückständig, so um so mehr der asiatische Teil. Asien interessierte höchstens die ausländischen und russischen Imperialisten als Investierungsbasis, die aber immerhin noch mit einem großen Risiko verbunden war. Die Sowjetunion geht dagegen nur von den sozialistischen Prinzipien aus, die eine industrielle Entwicklung und damit eine höhere kulturelle Stufe notwendig machen.

Daher nimmt innerhalb des Plansystems für den zweiten Fünfjahrplan (1933 bis 1937) die neue Industriebasis in Ural-Kusbass-Karaganda den größten Raum ein. Die Arbeiten sind zum überwiegenden Teil bis jetzt Forschungsarbeiten, d. h. Arbeiten zur Erforschung der Bodenschätze, der besten Industrialisierungsmöglichkeiten und vor allem kulturelle Forschungen, wie Siedlung, Städtebau usw. Die Gebiete des Ural, der Baschkiren, ganz Sibirien, das mittlere Wolgagebiet und Kasakstan umfassen nach den Untersuchungen der sowjetunionistischen Professoren Joffe und Lebedew ungefähr 11,894 Millionen Quadratkilometer Territorium. Das sind 55,71 Prozent des gesamten Umfanges der Sowjetunion. Auf diesem Gebiete wohnen 34,560 Millionen Menschen (Angaben nach der Zählung vom 1. Oktober 1928), das sind nur 22,84 Prozent der Bevölkerung. Das bereits investierte Kapital betrug in diesen Gebieten am 1. Oktober 1929 587,8 Millionen Rubel (nach der Wertbasis von 1927), das sind nur 8,3 Prozent des gesamten investierten Kapitals vor dem Beginn des ersten Fünfjahrplans.

Diese Ziffern zeigen, wie gering der asiatische Teil der Sowjetunion industrialisiert ist und welche ungeheuren Flächen noch ungenutzt vorhanden sind. Die beiden Genossen geben noch eine Uebersicht der Heizstoffreserven im europäischen und asiatischen Teil der Sowjetunion, die noch deutlicher die Entwicklungsmöglichkeiten im asiatischen Teil zeigen:

Art	Heizstoffreserven der Sowjetunion in Milliarden Tonnen					
	Europäischer Teil		Asiatischer Teil		Zusammen	
	absolut	in Prozenten	absolut	in Prozenten	absolut	
Holz	3,0	28,6	7,5	71,4	10,5	
Torf	20,0	40,0	30,0	60,0	50,0	
Steinkohlen	70,0	13,2	461,0	86,8	531,0	
Naphtha	5,8	82,8	1,2	17,2	7,0	
zusammen:	98,8	16,6	499,7	83,4	598,5	

Außer Naphtha zeigen die Heizstoffreserven in Asien ein vollständiges Übergewicht. Dabei muß noch folgendes berücksichtigt werden: Die Forschungsarbeiten im asiatischen Teil sind noch nicht vollständig abgeschlossen. In den letzten Monaten kamen immer mehr Mitteilungen von den einzelnen Forschungskommissionen, daß sie wichtige und neue Entdeckungen gemacht haben. Ja, es kann sogar behauptet werden, daß weitere neue bisher unbekannte Reserven ganz neue Perspektiven der Entwicklung in Asien möglich machen können. Es ergibt sich ferner aus dem bereits Mitgeteilten, daß diese Reserven im asiatischen Teil nur ganz schwach angegriffen sind.

Nach derselben Quelle sind auch in Asien die größten Wasserenergien vorhanden. Ungefähr 62 875 000 Pferdekkräfte an Wasserenergien im Osten und 28 669 000 im Westen. Das bedeutet, daß 68,6 Prozent der Wasserkräfte im Osten vorhanden sind.

Die bisherigen Ergebnisse in der Erforschung und Nutzbarmachung der Naturschätze haben zur Projektierung großer Kombinate geführt, wo die Verarbeitung der Erze, die Gewinnung der Kohle und die Ausnutzung der Energien am rentabelsten und einfachsten sich gestaltet. Das größte Kombinat dieser Art wird das Ural-Kusbass-Karahanda-Kombinat sein, welches im Umfang und in seiner Verarbeitungsbasis das größte der Welt sein wird. Die Realität dieses Unternehmens ist durch den durchgeführten Rohbau gegeben, dessen verschiedene Teile bereits arbeiten.

Im Ural ist die große Verarbeitungsbasis geplant, während in Kusbass und Karahanda die Energiequelle sein wird. Um alle Teile des Kombinats rentabel zu gestalten, und vor allem eine Ausnutzung der Transportmittel zu ermöglichen, wird auf beiden Seiten des Kombinats eine Verarbeitungsbasis errichtet. Die ungeheuren Transporte werden auf keiner Seite leer laufen. Dazu kommt noch die große Erz- und Kohlenbasis von Karahanda, wo nicht nur Eisenerze vorhanden sind, sondern auch ausgedehnte Kupferlager, die in kürzester Zeit ausgebeutet werden sollen.

Damit sind aber die Probleme und Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans nur angedeutet. Die vollständige Elektrifizierung wird durch den Ausbau der neuen Industriegebiete in Asien in unmittelbare Nähe gerückt. Die Städtefragen werden akut. Es gilt, diese neuen Industriegebiete nach den vollkommensten Grundsätzen von vornherein planmäßig zu projektieren. Kulturelle Fragen des Sowjetaufbaues müssen gelöst werden, und vor allem im Westen der Sowjetunion gibt es noch genügend Möglichkeiten des vollständigen sozialistischen Ausbaues.

Alle diese großen industriellen Bauten zeigen den Willen des Sowjetproletariats, planmäßig und systematisch den Sozialismus durchzuführen. Es ist keine Industrialisierung um ihrer selbst willen, sondern die bewußte, planmäßige und sozialistische zum Zwecke der Steigerung des kulturellen Aufstieges des Sowjetproletariats. Durch den zweiten Fünfjahrplan sollen alle technischen und kulturellen Errungenschaften der breiten Masse der Sowjetunion sichergestellt werden.

Die bisherigen Erfolge der Sowjetunion haben die Realität des ersten Fünfjahrplans gezeigt. Die intensiven Forschungs- und Planungsarbeiten unter Beteiligung der Arbeiter- und Bauernmassen und auch der früher oft passiven alten Wissenschaftler zeigen die Realität des zweiten Fünfjahrplans.

„Entweder untergehen oder die vorgeschrittenen Länder einholen und sie in wirtschaftlicher Hinsicht überholen. Untergehen oder mit Volldampf vorwärtstreben. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.“ (Lenin.)

Die Marx'sche Werttheorie

Von Dr. Hans Günther, Fortsetzung.

Wir wiederholen noch einmal die an derselben Stelle in der vorigen Nummer ergangene Aufforderung zur kritischen Stellungnahme zu dieser Arbeit. Das bisher Eingelaufene werden wir dann zusammen mit den weiteren Einsendungen in einer der nächsten Nummern auswerten.
Die Red.

III.

Es ist eine von uns bereits angedeutete Eigentümlichkeit der Marx'schen politischen Oekonomie, daß sie in den Mittelpunkt der Betrachtung stets die Gesellschaft, das Ganze, in seiner Einheit, aber auch in allen seinen „Widersprüchen“ stellt. (Vgl. das Zitat unter I.) Sie ordnet daher alle individuellen wirtschaftlichen Handlungen stets in das Ganze ein, betrachtet sie als Teile dieses Ganzen, d. h. in ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit. Betrachten wir die verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten, die in einer Gesellschaft überhaupt möglich sind — Produktion, Verteilung der produzierten Güter an die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft („Distribution“) und Konsumtion — als Ganzes, so ist es eine Binsenwahrheit, daß die Gesellschaft weder mehr verteilen noch konsumieren kann, als sie mit ihrer gesamten gesellschaftlichen Arbeitskraft unter Ausnützung der ihr zur Verfügung stehenden Naturschätze produziert hat. Produktion, Konsumtion und Distribution müssen daher, sowie man die Dinge gesellschaftlich betrachtet, eine Einheit bilden.

Betrachten wir nun eine warenproduzierende Gesellschaft in dieser ihrer Gesamtheit! Gibt es eine Möglichkeit, das Verhältnis des „Gesamtproduktes“ oder, wie wir auch sagen könnten, des gesamten hergestellten Gebrauchswert-Quantums zu der gesamten aufgewandten Arbeit festzulegen oder auszudrücken?

In Abschnitt I haben wir ein ganz ähnliches Verhältnis behandelt (K:A), das uns als ein Ausdruck der technischen Entwicklung insofern galt, als das Maß der zur Herstellung eines Produktquantums benötigten Arbeit ja stets ein Anzeiger der „Produktivität“ der Arbeit ist. Aber konnten wir denn nicht dieses Verhältnis K:A nur auf die konkrete, nützliche Arbeit beziehen? Natürlich: — nur auf diese! Wir können ja auch tatsächlich einen Produktivitäts-Fortschritt nur beim Vergleich von solchen Arbeiten konstatieren, die von gleicher konkreter Natur sind, zur Herstellung derselben Gebrauchswerte verwandt wurden. Offenbar können wir also das Verhältnis K:A nicht für die Gesamtarbeit einer Gesellschaft ausdrücken, da diese doch aus einer Fülle konkreter und also unvergleichbarer Arbeiten besteht.

Erinnern wir uns jedoch daran, daß jede Arbeit zugleich auch allgemeinschematische ist, so wird es uns klar sein, daß wir die gesamten konkreten Arbeiten der einzelnen Gesellschaftsproduzenten trotz ihrer enormen Mannigfaltigkeit doch zu einer Einheit, zu einer „Gesamtarbeit“ zusammenfassen können, wenn wir nur von ihren besonderen, nützlichen Zwecken abstrahieren und sie als Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft schlechthin betrachten.

Dieser gesamten gesellschaftlich-abstrakten Arbeit steht nun das gesamte, mit dieser Arbeit hergestellte Gebrauchswert-Quantum gegenüber. Wir können

also dieses „Gesamtprodukt“ in der abstrakten Gesamtarbeit ausdrücken. Diesen Ausdruck wollen wir den — Wert nennen.

Ein mitdenkender Leser könnte vielleicht einwenden, diese Namensgebung sei ja ganz willkürlich. Richtig, das ist sie auch — vorläufig noch! Es wird Sache unserer späteren Beweisführung sein, sie zu rechtfertigen; zuvor müssen wir jedoch noch unsere Charakteristik dieses geheimnisvollen „Wertes“ um einige Einzelheiten bereichern.

Was drücken wir eigentlich aus, wenn wir sagen, daß das gesellschaftliche Gesamtprodukt einen „Wert“ von X Stunden gesellschaftlicher Arbeit hat?

1. Daß dieses Warenquantum aus gesellschaftlich-nützlichen Produkten, aus gesellschaftlichen Gebrauchswerten besteht.

2. Daß alle diese Produkte von lauter Privatpersonen auf private Rechnung, also als „Waren“ produziert sind. (Denn es handelt sich ja um eine „warenproduzierende“ Gesellschaft! In einer nicht-warenproduzierenden Gesellschaft wäre diese ganze komplizierte „Umrechnung“ gar nicht notwendig, weil hier alle Arbeiten unmittelbar gesellschaftliche sind!)

3. Daß mithin alle diese Arbeiten, obwohl private, dennoch gleichzeitig gesellschaftliche sind und also zu einer Einheit zusammengezogen werden können. Dadurch werden alle diese privaten Arbeiten untereinander in Beziehung gesetzt, also auch die Produzenten, die diese Arbeiten verrichtet haben. Der „Wert“ ist also ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis.

4. Soweit uns der „Wert“ das Quantum der zur Herstellung des Gesamtproduktes benötigten Arbeit angibt, läßt er einen Rückschluß auf die Produktivität der in der „Gesamtarbeit“ zusammengefaßten konkreten Arbeiten zu, drückt er einen ganz bestimmten Stand der Entwicklung der „materiellen Produktivkräfte“ aus.

Sagen wir also von einem Gebrauchswertquantum, sein Wert sei geringer geworden, oder, seine Wertgröße sei gesunken, so bedeutet dies, daß weniger gesellschaftliche Arbeit zu seiner Herstellung nötig gewesen ist, was, betrachten wir die konkrete Arbeit, nichts anderes als eine Erhöhung der Produktivität bedeuten kann.

Wir können gleich noch einen Schritt weitergehen, indem wir die bisherige Charakteristik des „Wertes“ durch folgende drei Punkte ergänzen:

a) Was wir oben von dem Gesamtprodukt sagten, muß auch für jeden einzelnen Gebrauchswert gelten. Auch zur Herstellung eines einzelnen Gebrauchswertes (sagen wir: Schuhe) ist ein ganz bestimmter Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit verwandt worden. Folglich können wir sagen, daß dieser Gebrauchswert (Schuhe) x Stunden gesellschaftlich-(abstrakter) Arbeit „wert“ ist.

Aber vielleicht haben manche Schuster länger, manche kürzer an der Herstellung von Schuhen gearbeitet, als es dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht? Nun gut! So werden wir ihre unter- oder überdurchschnittliche Arbeit auf gesellschaftliche Durchschnittsarbeit umrechnen und die Arbeitszeit des schlechten Schusters nur mit einem Bruchteil, die des besseren Schusters dagegen mit einem Vielfachen der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit in Ansatz bringen.

Zusammenfassend: Auch unter „Wert“ einer einzelnen Ware soll nichts anderes verstanden werden als ein (durch den jeweiligen Stand der Produktivkräfte) bestimmtes Quantum durchschnittlich gesellschaftlich-abstrakter Arbeit, ein Quantum, das einen (in seiner Größe wiederum durch den Stand der Produktivkräfte bestimmten) Teil der Gesamtarbeit ausmacht,

b) In noch viel höherem Grade, als es beim „Gesamtwert“ der Fall war, drückt der Wert der Einzelware ein gesellschaftliches Verhältnis aus. Der Gesamtwert war mehr oder weniger eine bloße Summe. Der Wert der Einzelware drückt keineswegs nur eine bloße „absolute“ Ziffer (x Stunden Arbeit) aus, sondern — da diese x Stunden nur ein Teil der Gesamtarbeit! — das Verhältnis dieses Teiles zur Gesamtheit, damit also den gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang des Produzenten gerade dieser einzelnen Ware zu allen anderen. An diesen Tatbestand hat Marx gedacht, wenn er den Wert ein „gesellschaftliches Verhältnis, vermittelt durch eine Sache“ genannt hat. — Wie allerdings dieser Wert einer Einzelware in einer anarchischen Gesellschaft praktisch festgestellt werden kann und tatsächlich festgestellt wird, das ist eine andere Sache, über die im nächsten Abschnitt zu reden sein wird.

c) Indem wir das gesamte Gebrauchswert-Quantum, das eine Gesellschaft produziert hat, der gesellschaftlich-notwendigen, abstrakten Gesamtarbeit quasi zuordnen, indem wir von diesem Gesamtprodukt oder einem Teile sagen, es hätte zu seiner Herstellung die gesellschaftliche Gesamtarbeit oder einen Teil davon erfordert, es sei daher so und so viel Stunden Arbeit „wert“, machen wir zugleich auch diese Gebrauchswerte selbst vergleichbar. Als Gebrauchswerte sind alle diese Produkte so wenig vergleichbar, wie es die zu ihrer Herstellung benötigten konkreten Arbeiten sind. Als Produkte der allgemein-menschlichen Arbeit dagegen, als gegenständliche Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit sind sie es. Daß sie Produkte dieser gleichen gesellschaftlich-abstrakten Arbeit, eine „bloße Gallerie unterschiedsloser menschlicher Arbeit“ sind — dies ist ihr einziges Gemeinsame, durch das sie ihre gemeinsame Herkunft aus dem „Ganzen“, ihre gemeinsame gesellschaftliche Abstammung verraten.

IV.

Daß eine Ware einen bestimmten Teil der gesamten gesellschaftlichen Arbeit darstellt und damit zugleich den gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang ihres Produzenten zu allen anderen ausdrückt, auch daß wir diesen Ausdruck den „Wert“ genannt haben — alles schön und gut! Aber: in der „einfachen Warenproduktion“ und erst recht in der kapitalistischen Produktionsweise spielt sich das halbe Leben auf dem Markte ab! Dort, wo getauscht wird, wo es Tausch-Werte und Preise gibt, werden die Beziehungen zwischen den Produzenten vermittelt! Wer, zum Teufel, sagt uns denn, daß dieses komplizierte Produktionsverhältnis, das wir „Wert“ nannten, auf das ganze Marktgetriebe, auf die dort zustande kommenden realen Tauschwerte und Preise überhaupt irgendeinen, geschweige denn einen bestimmenden Einfluß habe?! Und gerade darauf käme es doch an?!

Gerade darauf kommt es an! Gerade das ist zu beweisen! Ehe wir nun diesen Beweis antreten, noch ein kurzes Wort über die Perspektiven! Was wäre mit einem solchen geglückten Beweise erreicht? Nun: wenn festgestellt würde, daß der „Wert“ tatsächlich die Austauschbeziehungen einer warenproduzierenden oder kapitalistischen

... denn der Kommunismus beginnt dort, wo die aufopferungsvolle, jede schwere Mühe überwindende Sorge der einfachen Arbeiter um die Steigerung der Arbeitsleistung zutage tritt.“ L e n i n.

Gesellschaft bis in alle Einzelheiten reguliert und beherrscht, wäre nicht nur unsere Namensgebung gerechtfertigt, wäre nicht nur dargetan, daß die Produktionsverhältnisse die Austauschverhältnisse regulieren, sondern es wäre auch bewiesen — da der „Wert“, wie wir sahen, ein Anzeiger des jeweiligen Standes der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte ist —, daß die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit durch die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte bestimmt werden.

Was ist „Tauschwert“? Unter der Voraussetzung eines Naturaltausches, an der wir vorläufig festhalten wollen, ist Tauschwert das Verhältnis, in dem sich eine bestimmte Ware gegen eine andere tauscht (x Ware A tauscht sich gegen y Ware B, oder: x Ware A ist y Ware B „wert“). Ehe wir diesem Tauschwert zu Leibe rücken, wollen wir noch vorausschicken, daß es uns vorläufig auf das quantitative Verhältnis, in dem diese beiden Tauschwaren zueinander stehen, nicht ankommen soll; wir werden auch später sehen, daß die Proportion, in der sich eine Ware gegen eine andere tauscht, ziemlich nebensächlich ist. Vorläufig wollen wir also nur untersuchen, was dieses Verhältnis: x Ware A tauscht sich gegen y Ware B, ein Verhältnis, das Marx die „einfache Wertform“ genannt hat, qualitativ bedeutet.

Einer der wichtigsten Begriffe der materialistischen Geschichtsauffassung ist der des „Widerspruches“, der einer bestimmten Produktionsweise zugrunde liegt; zu Beginn eines jeden Wirtschaftssystems treffen wir solche „Widersprüche“ vielleicht nur „latent“, ohne erhebliche sichtbare Äußerungen an, bis sie sich dann mehr und mehr vertiefen und verschärfen, „ausreifen“ und schließlich das ganze System sprengen. Solche Widersprüche weist auch die kapitalistische Produktionsweise auf. Wir wollen hier nur zwei der grundlegenden nennen. Wir wiesen bereits oben darauf hin, daß die Produktionsweise des kapitalistischen Systems mehr und mehr „vergesellschaftet“ wird: die Produktionsmittel, die der Kapitalismus erzeugt, können nur noch von großen Massen von Arbeitern bedient werden, sie werden in immer höherem Grade gesellschaftlicher Natur. Trotzdem bleibt aber die Aneignung der Produkte eine private, gehören die Erzeugnisse dieser mehr und mehr vergesellschafteten Produktion nur einigen Wenigen. Es kommt hinzu, daß trotz ihres fortschreitend gesellschaftlichen Charakters die kapitalistische Produktionsweise planlos, anarchisch ist und bleibt, ja, je länger sie besteht, um so anarchischer wird. Es sind diese beiden „Widersprüche“: die „Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung“ einerseits und der „Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft“ (Engels), die dem ganzen kapitalistischen System das Gepräge geben; sie müssen sich also auch beim Tauschwert und bereits bei der „einfachen Wertform“ zeigen.

Bei unseren früheren Ausführungen (Abschnitt II) sind diese Widersprüche auch schon zum Teil deutlich geworden. Wenn wir darauf hinwiesen, daß die Arbeit des Warenproduzenten, obwohl mehr

und mehr gesellschaftlicher Natur, dennoch unmittelbar nicht als gesellschaftliche, sondern als private erscheint, so beweist gerade dies den eben erwähnten „Widerspruch“ zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung. Ebenso haben wir diesen Widerspruch nur auf andere Art ausgedrückt, wenn wir feststellten, daß der gesellschaftliche Arbeitszusammenhang beim Tausch nicht unmittelbar, sondern nur „vermittelt“, in „verkehrter“ Form („Warenfetischismus“) zum Ausdruck kommt. Nachdem wir nun durch unsere Namensgebung den „Wert“ zu einem Anzeiger dieses gesellschaftlichen Arbeitszusammenhanges gemacht haben, drücken wir wiederum die obigen grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus nur auf andere Weise aus, wenn wir nun auch vom „Wert“ feststellen, daß er beim Tausch nur „vermittelt“, indirekt, aber nicht unmittelbar in Erscheinung treten kann.

In der Tat: wie sollte es möglich sein, von einer einzelnen Ware festzustellen, den wievielten Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit sie vergegenständlicht, wo doch die ganze Produktion planlos, unabhängig voneinander erfolgt? Niemand weiß das! Der einzelne Produzent weiß vielleicht, wieviel individuelle Arbeit er zur Herstellung seiner Ware aufgewandt hat. Aber auch er kann nicht wissen, den wievielten Teil der gesellschaftlichen Arbeit diese seine eigne Privatarbeit ausmacht. Es steht also, wie Marx einmal gesagt hat, der Ware „nicht an der Stirn geschrieben“, welchen Wert sie hat, das heißt, wieviel gesellschaftlich-abstrakte Arbeit sie verkörpert. Daß sie von gesellschaftlicher Herkunft, daß sie ein Wertding ist, muß erst noch — realisiert werden, muß gleichsam noch praktisch, „warenmäßig“ bescheinigt werden.

Da also, um zusammenzufassen, die Ware ihren Wert nicht unmittelbar ausdrücken kann, da aber, wie wir früher sahen, der Arbeitszusammenhang sich dort, wo die Produzenten in Beziehung treten, auf dem Markt, doch irgendwie äußern muß, was also bleibt der einzelnen Ware anderes übrig als ihre gesellschaftliche Herkunft — indirekt zu beweisen?! Der „Wert“ (als Ausdruck des Verhältnisses einer einzelnen Arbeit zur gesamten) muß also — da dieses Verhältnis der Einzelarbeit zur gesamten unmittelbar nicht bekannt ist! — als Beziehung erscheinen — auch nicht etwa zwischen einer Einzelarbeit zu einer anderen individuellen Arbeit, die ja auch nicht bekannt ist! — sondern als Beziehung eines einzelnen Produktes zu einem anderen. Indem sich die eine Ware auf eine andere bezieht, sich gegen sie austauscht, muß sie ihren eigenen Wert ausdrücken. Dies der Grund, weshalb Marx die Tauschform: x Ware A ist y Ware B wert, als die „einfache Wertform“ und den Tauschwert als die „Erscheinungsform“ des Wertes bezeichnet hat.

Sehen wir nun näher zu! Der Wert soll sich also quasi sichtbar, nach außen hin in der Tauschgleichung: x Ware A gegen y Ware B ausdrücken, wenn anders diese Tauschgleichung ihren Namen einer „Erscheinungsform“ des Wertes zu Recht verdienen soll. Aber wo und wie kann sich der bei der einzelnen Ware nicht zu fassende Wert in

dieser „einfachen Wertform“ einen Ausdruck verschaffen? Nun: Indem der Besitzer der Ware A im Tausch für seine Ware ein bestimmtes Quantum der Ware B erhält, wird ihm von der „Gesellschaft“ gleichsam „bestätigt“, daß die in seiner Ware A verkörperte individuelle und konkrete Arbeit als ein bestimmter Teil der gesellschaftlich-abstrakten Gesamtarbeit anerkannt worden ist. Die einfache Wertform legitimiert den Besitzer der Ware A vor der ganzen Gesellschaft für seine verausgabte Arbeit.

So „legitimiert“ also die „Wertform“ eine individuelle Arbeitsleistung, indem sie diese als gesellschaftliche anerkennt, das heißt, drückt sie wirklich ein Produktionsverhältnis aus. Zur Zeit der Form A vermittelt der Tausch noch nicht irgendwie wesentlich die Distribution.

Ist es aber die Ware B, die diese „Legitimation“ der Ware A und der zu deren Herstellung notwendigen Arbeit „im gesellschaftlichen Auftrag“ besorgt, so kann diese Ware B zwar die ordnungsmäßige gesellschaftliche Abstammung der Ware A, deren Wert also, bescheinigen und damit zur „Erscheinungsform“ von Wert, nämlich des Wertes der Ware A, werden, sie kann diese Funktion aber nicht in ihrer Eigenschaft als „Wert“, sondern nur als Gebrauchswert erfüllen!

Überlegen wir: Der Produzent der Ware A gibt seine Ware, die keinen Gebrauchswert für ihn hat, weg und erhält dafür die Ware B, die einen Gebrauchswert für ihn hat. Also: Nur indem die Ware B als Gebrauchswert, in ihrer handgreiflichen „Naturalform“, in ihrer ganzen körperlichen Gegenständlichkeit beim Tausch an den Produzenten A übergeht, legitimiert sie den Wert der Ware A, wird zur Erscheinungsform von Wert. Gebrauchswert wird, wie es Marx ausgedrückt hat, zur Erscheinungsform seines Gegenteils, von Wert, konkrete Arbeit zur Erscheinungsform von abstrakter, und individuelle Arbeit zur Erscheinungsform von gesellschaftlicher: — „Widersprüche“ der warenproduzierenden kapitalistischen Gesellschaft!

Die vorstehenden Gedankengänge über die „einfache Wertform“ sind die schwierigsten der ganzen Werttheorie — der Leser wird es gemerkt haben. Schon Marx hat gesagt:

„Das Geheimnis aller Wertform steckt in dieser einfachen Wertform. Ihre Analyse bietet daher die eigentliche Schwierigkeit.“ (I., S. 15.)

Deshalb wollen wir abschließend den Sinn dieser schwierigen „einfachen Wertform“ nochmals in einem einzigen zwar langen, aber präzisen Satz wie folgt definieren:

Daß die individuelle Arbeit, die der Produzent der Ware A zu deren Herstellung aufgewandt hat, zugleich ein bestimmter Teil der gesellschaftlich-abstrakten Gesamtarbeit ist, daß also der Produzent der Ware A in einem ganz bestimmten gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang zu allen anderen Produzenten

steht, und daß deshalb der Produzent der Ware A nunmehr auch an der Verteilung der gesamten Gebrauchswertmasse im entsprechenden Verhältnis partizipieren darf, daß also auf die Ware A ein entsprechender Teil dieser gesellschaftlichen Gebrauchswertmasse zu entfallen hat, diesen Tatbestand drückt die einfache Wertform kompliziert genug so aus, daß der Ware A im Tausch in der Ware B ein anteiliges Quantum der gesamten Gebrauchswertmasse in Form des Produktes einer anderen, individuellen Arbeit gegenübertritt und sich mit ihr als „gleichwertig“ austauscht.

Dies der Sinn der einfachen Wertform!

Hat man diese schwierigste Stelle der Werttheorie, diese Lehre von der „einfachen Wertform“, verstanden, so wird man ohne weiteres einsehen, weshalb Marx von dieser Form wie überhaupt von der Form der Ware als der „Zellenform“ der warenproduzierenden Gesellschaft behaupten konnte, daß in ihr schon alle Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft eingeschlossen seien. Indem wir feststellten, daß der „in der Ware eingehüllte innere Gegensatz von Gebrauchswert und Wert“ in der einfachen Wertform „durch einen äußeren Gegensatz dargestellt wird“ (Marx), daß Gebrauchswerte zu Erscheinungsformen ihrer Gegensätze, von Tauschwerten, konkrete Arbeiten zu Erscheinungsformen von abstrakten, und private individuelle Arbeiten zur Erscheinungsform von Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form werden, haben wir in diesen scharfen Gegenüberstellungen nichts anderes ausgesprochen als den Widerspruch zwischen „gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung“, zwischen „der Organisation der Arbeit in der Fabrik und der Anarchie in der ganzen Gesellschaft“.

Wie sich nun aus der einfachen Wertform die sogenannte „entfaltete“ Wertform, wo sich der Wert einer Ware in beliebig vielen anderen Waren ausdrückt, aus dieser wieder die sogenannte „allgemeine“ Wertform entwickelt, wo viele Waren ihre Werte nur in einer einzigen anderen Ware darstellen, und wie aus dieser Form schließlich die „Geldform“ entsteht und der Tauschwert zum „Preis“ wird — das alles fällt außerhalb des engeren Rahmens der Werttheorie und kann daher an dieser Stelle nicht mehr besprochen werden.

3 Neuerscheinungen der Bücherei der Marxistischen Arbeiterschule Mitte Dezember erscheinen:

Nr. 4/5: Marxismus und „Marxismus“.

Nr. 6: So leben Proletarier.

Nr. 7: Zwischen dem ersten und zweiten Fünfjahrplan.

Die Entwicklung der industriellen Reservearmee

W. Winkler

Hervorgehoben durch zwei Sätze aus dem Artikel über die Krise in Nr. 1 des „Marxist“, die eine nicht korrekte Darstellung der Entwicklung der industriellen Reservearmee der Vorkriegszeit enthalten, entspann sich eine Diskussion über einige weitverbreitete irrige Auffassungen. Da es sich um eine Frage von allgemeinem Interesse handelt, halten wir diese grundsätzliche Darstellung für besonders begrüßenswert. Die Redaktion,

I.

Infolge der großen Ausdehnung der industriellen Reservearmee während der allgemeinen Krise und speziell während der jetzigen akuten Krise des Kapitalismus sind über die Reservearmee in der Vorkriegszeit weitgehende falsche Ansichten vorhanden. Allgemein wird zugegeben, daß es in der Vorkriegszeit eine Reservearmee gegeben hat. Aber ihre Bedeutung wird infolge des großen Drucks der heutigen Arbeitslosenmasse nicht richtig erkannt.

An den verschiedensten Stellen des „Kapital“ hat Marx auf die zunehmende Bedeutung der industriellen Reservearmee hingewiesen. Er hat sie aus den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Akkumulation abgeleitet, indem er betonte:

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Ueberbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“

Es gab also in der Vorkriegszeit eine industrielle Reservearmee, die sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion ebenfalls entwickeln mußte. Zu gleicher Zeit betonte Marx die große Bedeutung dieser Reservearmee für die Verelendung des Proletariats.

Von bürgerlicher und reformistischer Seite ist bereits in der Vorkriegszeit die Marxsche Analyse verworfen worden. Das Gesetz, welches Marx oben formulierte, habe nach diesen Ansichten seine Gültigkeit verloren. So behauptete Herkner in seiner „Arbeiterfrage“, Marx und Engels haben bei ihren Untersuchungen die schlimmen Jahre ab 1848 bis 1865 in England verallgemeinert. Fr. Oppenheimer dagegen verbot das Marxsche Gesetz der industriellen Reservearmee, indem er diese aus der zunehmenden Stadtwanderung der Landarbeiter ableitete, diese nicht auf ihre kapitalistischen Ursachen zurückführte, sondern nur organisatorische Ursachen annahm. Diehl leugnete die Berechtigung des Gesetzes ganz allgemein, indem er behauptete, daß die Reservearmee in „guten“ Zeiten aufgesogen oder kompensiert werden kann.

Den letzten Argumenten folgte der ganze Revisionismus in allen seinen Schattierungen, besonders in Deutschland unter E. Bernsteins Führung. In neuerer Zeit werden die Argumente der Kompensation der Reservearmee besonders von F. Sternberg in seinem „Imperialismus“ vertreten. Andere

Abweichungen, auch im strengen marxistischen Lager, sprechen von teilweiser Aufsaugung, resp. vom Facharbeitermangel in der Vorkriegszeit usw. Dabei kommt allen diesen Argumenten eins zugute, daß das statistische und empirische Material über die Arbeitslosigkeit in der Vorkriegszeit äußerst gering ist.

Übersichtliches Material auf eine längere Periode besitzen wir in den Ausweisen der englischen Gewerkschaften. In diesen Ausweisen zeigt sich der höchste Beschäftigungsgrad im Jahre 1872 mit über 99 Prozent der Mitglieder, im Aufschwungsjahr 1882 mit 98 Prozent, 1889 mit 97,5 Prozent, 1900 mit 97 Prozent und 1906 mit 96 Prozent. Das sind die Aufschwungsjahre und dementsprechend Jahre mit einer geringen Arbeitslosigkeit. Dabei bilden die Gewerkschaftsmitglieder nur den gehobenen Teil der Arbeiterklasse. Die ungelernten Arbeitskräfte werden von den Gewerkschaften nur sehr schwach erfaßt. Das größte Kontingent der Arbeitslosen bilden gerade in der Vorkriegszeit diese Elemente.

Nun könnte der Einwand erhoben werden, daß in diesen Arbeitslosenziffern sich nur die Saisonschwankungen widerspiegeln. Aber das würde an der Tendenz der Entwicklung nichts ändern. Richtig betonte schon Marx, daß die Reservearmee dem Kapital für seine verschiedenen Bedürfnisse notwendig ist. Ausschlaggebend in dem englischen Material ist, daß trotz der günstigen Zifferngestaltung die Reservearmee von jeder Hochkonjunktur zur anderen zunimmt.

In Deutschland finden wir seit dem Jahre 1896 Zahlenmaterial über die Bewegung der Arbeitslosen, resp. über die der Arbeitsuchenden. Nach den Angaben im „Deutschen Oekonomist“ (mitgeteilt bei G. Reimann in „Weltkrise des Kapitalismus“, S. 37) kamen auf

100 offene Stellen an Arbeitsuchenden in Deutschland:

1896	138,9	1905	120	1924	345
1897	124,9	1906	111	1925	254
1898	119	1907	115	1926	621
1900	122,6	1909	154	1928	365
1901	106	1910	131	1929	520
1902	177	1911	128	1930	1102
1903	149	1921	121	Dez. 1930	1966
1904	133				

Das sind Durchschnittszahlen, die immerhin zeigen, daß eine Arbeitslosigkeit in der Vorkriegszeit vorhanden war. Wir sehen keine Kompensation dieser Arbeitslosenarmee. In den einzelnen Monaten selbst ist aus den Arbeitslosenziffern der berichtenden Gewerkschaften seit Mitte 1906 eine anhaltende und sich steigende Arbeitslosenarmee festzustellen. Folgende Aufstellung darüber:

Arbeitslosenziffern in den Gewerkschaften in der Vorkriegszeit

Am Monatsende	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	—	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2	4,7
Februar	—	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9	3,7
März	—	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3	2,8
April	—	1,4	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3	2,8
Mai	—	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5	2,8
Juni	1,2	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7	2,5
Juli	0,8	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9	2,9
August	0,7	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8	—
September	1,0	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7	—
Oktober	1,1	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7	2,8	—
November	1,1	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1	—
Dezember	1,6	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	4,8	—

Die Periode von Oktober 1907 bis Mitte 1909 sind Krisenmonate, wie auch gegen Ende 1913 sich deutlich wieder die Zeichen einer heranannahenden Krise bemerkbar machen. Aber selbst in den Monaten der ausgesprochenen Hochkonjunktur, wie wir sie in der Vorkriegszeit in den Jahren vor der Krise von 1907/08 und in den Jahren 1910, 1911 und 1912 zu verzeichnen haben, ist eine Arbeitslosigkeit vorhanden, die im Vergleich der beiden Abschnitte sogar zunimmt.

Für die Wirkung der industriellen Reservearmee auf die gesamten Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft ist das Bestehen der Reservearmee ausschlaggebend. Der Arbeitslohn wird durch die industrielle Reservearmee gedrückt und der Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft verstärkt. Das sind zu gleicher Zeit Tendenzen der absoluten Verelendung des Proletariats.

Aber selbst von bürgerlicher Seite ist in der Vorkriegszeit betont worden:

„Auch die verfügbaren Arbeitskräfte werden zu keiner Zeit, auch nicht auf dem Höhepunkt der Aufschwungsperiode, völlig in den Dienst der Produktion gestellt; ein mehr oder minder großes Kontingent der Arbeitslosen gehört zur ständigen Erscheinung des Wirtschaftslebens.“

(M. Bouniatian, „Wirtschaftskrisen und Ueberkapitalisation“, München 1908, S. 145/46.)

Wenn in einzelnen Industriezweigen in der Vorkriegszeit von einem Arbeitermangel gesprochen wurde, so darf dieser keinesfalls verallgemeinert werden, wie auch das Emporsteigen einzelner Arbeitergruppen nicht die allgemeine Entwicklung der Arbeiterschaft charakterisiert. Seit dem Uebergang zum Imperialismus wird die Arbeitslosigkeit immer größer, wächst rapid in allen Gruppen. Der Facharbeitermangel verschwindet vollständig.

In einzelnen Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist des öfteren aus dem marxistischen Lager als Unterschied in der Arbeitslosigkeit der Vor- und Nachkriegszeit betont worden, daß die Nichtkompensationsmöglichkeit in der Nachkriegszeit gerade ein Symptom der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist. Dieser Standpunkt erweist sich als falsch. Bereits in der Vorkriegszeit — und ganz sicher statistisch beweisbar in der Periode des Imperialismus — ist die industrielle Reservearmee nicht verschwunden und konnte nicht mehr kompensiert werden, da die Proletarisierung der breiten Schichten durch die imperialistische Expansion und durch die gesteigerte Produktivität so groß geworden ist.

Für die allgemeine Krise und ihre industrielle Reservearmee ist vor allem der Dauerzustand der Arbeitslosigkeit ausschlaggebend. Durch die ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte und der Unmöglichkeit, die Verwertungsbasis für mehrwertheftendes Kapital zu steigern, durch den beschleunigten Fall der Profitrate, mit der vollständigen Marktschrumpfung während der zyklischen Krisen in dieser allgemeinen Krise des Kapitalismus, besteht immer weniger Möglichkeit, auch nur einen größeren Teil dieser jetzt stark angewachsenen industriellen Reservearmee in den Produktionsprozeß aufzunehmen.

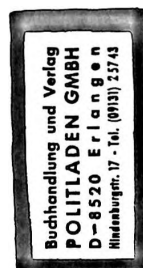
Das sind vor allem die Unterschiede in der Bewertung der industriellen Reservearmee der Vorkriegszeit und der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Es kann sich dabei nicht nur um ein rein theoretisches Interesse handeln, sondern in der täglichen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit müssen diese Erkenntnisse angewendet werden. Die ganzen Fragen der Gewerkschaftstaktik, der Kampf gegen die sozialdemokratischen Anschauungen über den kommenden Aufstieg des Kapitalismus sind von der Beurteilung der industriellen Reservearmee in der Vorkriegszeit und in der jetzigen Periode des Kapitalismus abhängig.

(Fortsetzung folgt.)

BISHER ERSCHENEN
bucharin, theorie
des historiat 11,00
david, bankrott des
reformismus 8,50
marxistische
arbeiter-schulung -
kursus: geschich-
te der internatio-
nalen arbeit-
bewegung 5,00
kursus: "politische
ökonomie" 7,80
UNTER DEM BANNER
DES MARXISMUS
einzelband 25,00
gesamtwerk 170,00
tjadan, KPO 12,00
dreschier, SAPD 11,-
ihlau, die roten
kämpfer 7,00
lindner, aufbau des
sozialismus oder ka-
pitalistische re-
stauration? 4,00
materialien zur po-
litischen ökonomie
des ausbildungssektors 11,50
IM SEPTEMBER 71
max beer, allgemei-
ne geschichte des
sozialismus und der
sozialen kämpfe
ca. 600 s. ca. 13,00

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

POLITLADEN-REPRINT NR. 2
ERSCHENEN 1920 - 1922.
3.850 SEITEN IN 6 BÄN-
DEN.
DIE REPRINTEN SIND
EINZEL ERHÄLTICH UND
ERSCHENEN EINZELN MIT
CA. 4 WOCHEN ABSTAND!
KARTONTIERT, KLEBEINBINDUNG
ANFANG APRIL ALS ERSTER
BAND: RK 3 (JANUAR/JU-
NI 1921) 620 SEITEN
DIN A 5 ca. 21,00 DM
AUSFÜHRLICHER PROSPEKT
WIRD KOSTENLOS VERSANDT



Buchhandlung und Verlag
POLITLADEN GMBH
D-8520 Erlangen
Hildegartstr. 17 - Tel. (0918) 13743

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hermann Duncker, Berlin-Karlshorst. — Manuskripte, Anfragen und Bestellungen sind an das zentrale Schulbüro der Marxistischen Arbeiterbewegung, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 20 (Tel. Bergm. 7159) zu richten — Druck: City-Druckerei, Berlin. Für den Verlag verantwortlich: Dr. H. Duncker.

alle titel erhältlich in den linken buchläden oder direkt und portofrei durch uns!

Die 25 Punkte Hitlers

Von K. A. Wittfogel.

Warum überhaupt ein Programm.

Die Verunglimpfung des kritischen Denkens, die sich der „antirationale“ Faschismus angelegen sein läßt, hat zu einer Darstellung der Sachlage geführt, nach der der Faschismus die edlen, reinen, absoluten Gefühlsmenschen um sich scharf, während die Front des Marxismus angeblich aus gefühllosen Gehirnmenschen („Intelligenzbestien“) besteht. Diese Darstellung ist grundfalsch. Die Gefühle der Faschisten sind ebensosehr an bestimmte Vorstellungen gebunden, wie die Gedanken des Kommunisten von entsprechenden Gefühlen begleitet sind.

Ein Unterschied freilich besteht: Er liegt in der Art der Vorstellungen, die der Faschismus und die der Marxismus enthält. Die marxistische Vorstellungswelt, die eine wirklich gedankliche Erfassung der komplizierten ökonomisch-sozialen Verhältnisse der Gegenwart leistet, ist nur mittels strenger, kritisch-revolutionärer Gedankenarbeit zu gewinnen. Der Marxist muß, um mit Hegel zu sprechen, „die Anstrengung des Begriffs auf sich nehmen“. Die Gefühle eines revolutionären Klassenkämpfers mögen so reich und leidenschaftlich sein wie immer, diese Gefühle entwickeln sich in Wechselwirkung mit einem reichen, kühnen und tiefen wissenschaftlichen Weltbilde.

Anders im Faschismus. Hier wird die gesellschaftliche Welt nicht neu, tief und schöpferisch untersucht und in ihren Bewegungsgesetzen bestimmt. Alte, primitive, gegenrevolutionäre Gedanken sind es, die der „antirationale“ Faschismus in einer neuartigen Aufmachung den Massen vorsetzt. Der Faschismus appelliert keineswegs an das Gefühl schlechthin. Er appelliert — mittels seines Programms — lediglich an jene veralteten, rückständigen Vorstellungen und Gefühle, die eine reaktionäre Schule und Kirche in den Köpfen der Masse großbetriebmäßig pflanzt und entwickelt. Das Programm des Faschismus ist demgemäß eine wichtige Waffe seines Arsenal. Diese Waffe soll wirken, zugleich aber soll sie dem Zugriff durch eine klare kritische Prüfung entzogen bleiben.

Letzteres mit allem Grund. Denn die Gedanken des faschistischen Programms haben das Licht wissenschaftlicher Kontrolle zu scheuen. Um so dringlicher wird es für den Marxismus-Leninismus, diese Kontrolle zu vollziehen. In den Widersprüchen des faschistischen Programms kommen die unvereinbaren Gegensätze der Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten zum Ausdruck, die der Faschismus angeblich zu einer „Volksgemeinschaft“ vereinigen will. Zum Ausdruck kommt dort, welche Klasseninteressen der Faschismus wirklich schützt und vertritt.

Das „ursprüngliche“ Programm¹

Dies ursprüngliche Programm der NSDAP. wurde im Februar 1920 öffentlich bekannt gegeben. Es besteht aus 25 Punkten, deren wichtigste in zwischen sämtlich wesentliche Änderungen erfahren haben. Im Mai 1926 wurden die 25 Punkte für „unabänderlich“ erklärt. Die NSDAP. verwendet sie in der Tat auch heute noch neben den Abänderungen in ihrer Agitation. Aus mehreren Gründen muß man, will man die Ideologie des deutschen Faschismus verstehen, sich mit den 25 Punkten Hitlers von 1920 vertraut machen. Erstens erkennt man nur dann ganz klar Richtung und Klassensinn der später erfolgten Revision des Programms. Zweitens aber benötigt man das Wissen vom Wesen der 25 Punkte, um eine Legende zerstören zu können, die innerhalb und außerhalb der NSDAP. bis heute spukt: die Legende, zufolge der die NSDAP. anfangs eine revolutionäre Partei mit einem revolutionären Programm gewesen ist. Diese Legende wird entweder ohne Beweis kolportiert, so bei dem Liberalen Scheunemann, der sie offenbar den parteioffiziellen Darstellungen der NSDAP. einfach nachspricht. Oder aber es wird, wie bei dem Straßer-Mann Milltenberg, der Versuch einer Begründung unternommen.

Warum war die NSDAP. einst revolutionär? Antwort: Auf Grund des Punktes 13, der die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe forderte. „Das trennte“, meint Milltenberg, „von allen Bürgerparteien der Nachkriegszeit. Der Antisemitismus und die völkische Erneuerung wurden schließlich auch bei den Deutschnationalen . . . gepflegt. Diesen Satz Nr. 13 aber schluckte keiner. Er, zusammenge bunden mit der völkischen Idee, verhieß ein neues Zeitalter, drohte der deutschen Bürgerlichkeit den Tod. Hier brachen alle Brücken.“² Milltenberg spekuliert auf das kurze Gedächtnis seiner Leser. Der Punkt 13 des 1919 schon festgelegten und Anfang 1920 formulierten Hitlerprogramms. brach allerdings „alle Brücken“, aber nur alle Brücken zur revolutionären sozialistischen Bewegung. Dagegen trennte dieser Punkt die NSDAP. so wenig von den Bürgerparteien der Nachkriegszeit, daß er vielmehr eine durchaus deutliche Brücke zu ihnen bildete. Eingeschüchert durch die revolutionären Kraftäußerungen des deutschen Proletariats 1918—1919, erklärten sich nämlich alle bürgerlichen Parteien für eine Verstaatlichung der dafür „geeigneten“, der im sozialen Interesse sozialisierungsfähigen Betriebe. Dies tat die Deutschnationale Volkspartei („Wo im sozialen Interesse die Ueberführung der Privatwirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform . . . geboten ist, treten wir dafür ein . . .“)³. Dies tat die Deutsche Volkspartei (Zustimmung zur Verstaatlichung „dazu geeigneter Betriebszweige“ unter zwei Bedingungen, 1. höherer Ertrag, 2. bessere Arbeitsbedingungen). Dies tat vor allem die Demokratische Partei, die die Sozialisierung „dort für berechtigt (erklärte), wo eine Wegräumung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendig ist oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steigerung der Produktion erzielt werden kann“⁴). Demgemäß hielten die Demokraten für „geboten“, nicht nur „die möglichst baldige gemeinwirtschaftliche Verwertung der natürlichen Monopole“, sondern außerdem auch „die Uebernahme von Betrieben, die für die Wirtschaft des

gesamten Volkes besonders wichtig sind“. Ja, auch damit gaben die Demokraten sich in jenen Tagen noch nicht zufrieden. „Betriebe, die künftig (!) zur Vergesellschaftung heranreifen, müssen ihr zugeführt werden“.

Man sieht: zwar war Hitlers Tonart rauher; sachlich aber gingen damals die Demokraten viel weiter. Hitlers Punkt 13 ist ein schwacher Abklatsch der Verstaatlichungsforderungen der demokratischen „Judenpartei“. Auch sonst folgt Hitler ohne Erröten den Spuren der bürgerlichen Parteien.

Wer der verstaatlichende Staat sein soll, das lassen die 25 Punkte ebenso wie die anderen bürgerlichen Programme dort, wo sie von der Verstaatlichung sprechen, im Dunkeln. Aus den übrigen Forderungen geht aber hier wie dort deutlich hervor, daß es sich um einen kapitalistischen Staat handelt.

Unsere erste Stichprobe, angestellt an einem Punkte, den der frühere Nationalsozialist Milltenberg (Blank) als das revolutionäre Kernstück der 25 Punkte bezeichnet, hat ergeben, daß jedenfalls dieser Punkt keineswegs jenen Sinn besitzt, den die NSDAP.-Legende ihm beimißt. Weit entfernt, die damaligen bürgerlichen Programme durch seine Radikalität zu überbieten, erweist dieser Punkt sich vielmehr als eine umfrisierte Nachahmung des entsprechenden Programmpunktes der Demokratischen Partei. Eine systematische Durchmusterung der 25 Punkte zeigt, daß das, was wir soeben für den 13. Punkt ermittelten, allgemeines Kennzeichen des ersten Programms Hitlers ist.

Ein Programm der sozialen Demagogie.

Einen beträchtlichen Platz nehmen im Rahmen der 25 Punkte Wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen ein. Die Partei Hitlers legt nach außen großes Gewicht auf diese Seite ihrer Bestrebungen. Schon im Parteinamen wird das durch die Bestandteile „sozialistisch“ und „Arbeiter“-Partei kraß hervorgehoben. Warum ein solcher Parteiname? Warum solche Forderungen?

Hitler selbst hat hierüber höchst aufschlußreiche Mitteilungen gemacht. Er erzählt, im Frühsommer 1919 habe man in kleinem Kreise „die Bildung einer neuen Partei erörtert. Die Grundgedanken, die uns dabei vorschwebten, waren dieselben, die dann später in der ‚Deutschen Arbeiterpartei‘ zur Verwirklichung kamen“. „Der Name der neuzugründenden Bewegung mußte von Anfang an die Möglichkeit bieten, an die breite Masse heranzukommen; denn ohne diese Eigenschaft schien die ganze Arbeit zwecklos und überflüssig. So kamen wir auf den Namen ‚Sozialrevolutionäre‘ Partei; dies deshalb, weil ja die sozialen (!!!) Anschauungen der neuen Gründung tatsächlich eine Revolution bedeuteten“. (Mein Kampf. S. 227.) Als entscheidenden Gesichtspunkt gibt Hitler selbst denjenigen des „Herankommens an die Massen“ an. Die sachliche Begründung folgt der taktischen. Sie ist an diese äußerlich angeklebt.

Eine Haltung, die nicht von sachlichen, sondern von taktischen Zielsetzungen ausgeht, so daß die sachlichen Gedanken sich nach der Taktik richten, nennt man Demagogie. Im Zeichen der Sozialdemagogie entstanden die ersten Vorschläge für den Namen der späteren NSDAP. Bedeutsam ist nun hierbei, daß man das Programm, das nach Hitlers eigener Aussage dasjenige der späteren Partei war, damals noch nicht als sozialistisch zu bezeichnen wagte, sondern lediglich als „sozial“ („sozial“ nannten sich nach dem November 1918 alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD.).

¹) Weigand von Milltenberg, Adolf Hitler, Wilhelm III. Berlin 1931. S. 33

²) F. Salomon. Die neuen Parteiprogramme. 2. Aufl. Leipzig-Berlin 1919 Seite 90.

³) Ebendort. S. 81.

⁴) Ebendort. S. 67.

Augenscheinlich versprach man sich dann aber von dem zuerst ins Auge gefaßten Namen nicht die gewünschte demagogische Schlagkraft. Daher wurde die „Deutsche Arbeiterpartei“, in die Hitler im Frühsommer 1919 eintrat, Anfang 1920 nicht „Sozialrevolutionäre Partei“, sondern „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ genannt, ohne daß, nach Hitlers eigenem Zeugnis, das „soziale“ Programm eine Aenderung erfahren hätte. Name und Äußeres der jungen Partei waren gleich zweckbestimmt. Man benutze — und benutzt — die rote Farbe für Plakate und für die Fahne, nicht weil man sich „rot“ fühlte, sondern „um dadurch die linke Seite zu reizen, zur Empörung zu bringen und sie zu verleiten, in unsere Versammlungen zu kommen“ (Mein Kampf. S. 542). Man bediente sich — und bedient sich heute noch — nach außen hin der Anrede „Parteigenosse“, nicht, weil man gegenseitig eine genossenhaft kameradschaftliche Einstellung hatte — das „Herr Hitler“ kommt viel natürlicher heraus, als das notabene wenig gebräuchliche „Pg.“ Hitler — man wollte mit dem „Pg.“ nur das „marxistische Gespenst“ vorläuschen, um so die Massen zu verwirren und anzulocken. Man gab sich den Namen „sozialistisch“, obgleich man den Sozialismus als Todfeind bekämpfte und bekämpft, und indem der Führer der Bewegung diese selbst lediglich als eine „soziale“ charakterisiert. Man stellt sich endlich als „Arbeiter“-Partei vor, obgleich man dem eigenen Programm gemäß, gegen einen „einseitigen“ Klassenstandpunkt Front macht, und indem man sich genau bewußt ist, daß mit dem, was man will, das „nationale Bürgertum wohl einverstanden ist, nicht aber die Masse der „international eingestellten Volksgenossen“, d. h. die Arbeiter. Mit gröbster und prinzipienloser Demagogie wurden alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Ein marxistisches Mimikrisollte erreicht werden, um die zum Sozialismus drängenden Massen einzufangen. So wurden und werden noch in offiziellen Stempeln, z. B. von Sektionsleitungen, Hammer und Sichel (!) geführt. Infolge der „roten“, „revolutionären“ Aufmachung „schien das marxistische Gespenst für viele unserer Gegner erwiesen. Wie oft haben wir uns geschüttelt vor Lachen über diese einfälligen, bürgerlichen Angsthasen, angesichts des geistvollen Rätselratens über unsere Herkunft, unsere Absichten und unser Ziel“ (Mein Kampf. S. 542).

Offener, als Hitler es mit diesen Worten tut, kann man schwerlich die eigenen demagogischen Pläne aufdecken. Man muß sich die hier zum Ausdruck gelangende Linie im Gedächtnis halten, wenn man die einzelnen „sozialen“ Punkte des ersten Hitler-Programms untersucht.

Sie bestehen aus Forderungen durchaus leeren, abstrakten Charakters, die zwischen konkrete Forderungen eingeschaltet sind, mittels deren jene allgemeinen Ziele offenbar verwirklicht werden sollen. Die abstrakten Forderungen klingen, gerade in ihrer völligen Ungreifbarkeit, für den Nichturteilsfähigen so, als könne damit vielleicht etwas sehr Radikales gemeint sein. Allein, auch diese Allgemeinheiten lehnen sich faktisch an ähnlich gemeinte Äußerungen anderer bürgerlicher Parteien sowie an die Weimarer Verfassung an (der Ton freilich ist bei Hitler lauter, gröber; er allein läßt die an sich leeren und nichtssagenden Forderungen nach „etwas“ aussehen). Die konkreten Forderungen selbst sind keineswegs, wie Hitler seine Leser und Hörer glauben machen möchte, „revolutionär“, sondern es sind Ladenhüter aus früheren bürgerlichen Reformprogrammen oder Anleihen aus dem Arsenal der seit 1918 entstandenen bürgerlichen Parteien Deutschlands. Wir zeigen das an einigen der wichtigsten Punkte.

Punkt 10. „Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein,

geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.“ Dieser Punkt ist die etwas aufgeweitete Umstilisierung des Artikels 163 der Weimarer Verfassung. Dort heißt es: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“. Gemeinsam ist beiden Formulierungen der liberale Grundgedanke, daß eine private Tätigkeit des einzelnen dem Wohle des Ganzen diene. Die Krise des Liberalismus zeigt sich dabei in der Befehlsform. Während die klassischen Liberalen noch enthusiastisch glauben, daß die private Wirtschaft des einzelnen bestimmt die allgemeine Harmonie aller herbeiführe, ist in dem Befehl der Spätliberalen das indirekte Eingeständnis enthalten, daß die Harmonie keineswegs selbstverständlich aus den privatkapitalistischen Wirtschaftsakten der „einzelnen“ hervorstübe, sondern daß man diese dem einzelnen ausdrücklich als Aufgabe stellen muß. Natürlich ist das zugleich, ja vor allem demagogisch gemeint: Die Pflicht zu einem fiktiven Gemeinschaftsgedanken soll der spätkapitalistischen Privatwirtschaft auferlegt werden. Allein, es ist doch sehr bezeichnend, daß der Liberalismus, heute zur Demagogie greifen muß, da er der harmonischen Allgemeinwirkung dessen, was Hitler das „Spiel der freien Kräfte“ nennt, selbst nicht mehr traut. In Hitlers Punkt wird der Liberalismus des Gedankens, der in der Weimarer Verfassung durch den Hinweis auf die persönliche Freiheit offen proklamiert wird, zunächst noch einigermaßen getarnt. Der ganze Punkt 10 ist gleichwohl typisch liberal gedacht. Später hat Hitler seinen anfangs getarnten Wirtschaftsliberalismus in Gestalt der Verherrlichung des freien Kräftespiels ganz ausdrücklich kundgetan. Man bedenke hierbei, daß die NSDAP. vorgibt, eine antiliberale Partei zu sein und den Liberalismus des „Marxismus“ zu bekämpfen. Und man ersieht daraus die politische Tragweite des Punktes 10 sowie die ganze Demagogie des Hitlerschen Antiliberalismus!

Punkt 11 fordert „Abschaffung des arbeits- und mühe-losen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft.“ Feder hat diesen 11. Punkt als „das Herzstück des Nationalsozialismus“ bezeichnet, so daß er uns ganz besonders interessieren muß. Der Punkt 11 ist mit seinem Vorgänger nicht gedanklich verbunden. Das auf äußerlichen Effekt, nicht auf Entwicklung eines sachlich in sich geschlossenen Gedankenganges ausgehende „Programm der NSDAP. setzt seine einzelnen Forderungen notgedrungen mechanisch nebeneinander. Was keine innere Einheit bildet, läßt sich nicht sachlich auseinander ableiten. Wir haben also wohl oder übel die einzelnen Fetzen als Fetzen zu nehmen und zu prüfen.

Punkt 11 enthält zwei Sätze. Der zweite soll augenscheinlich die Form der Verwirklichung des ersten Satzes darstellen. Das arbeits- und mühe-lose Einkommen ist abzuschaffen durch „Brechung der Zinsknechtschaft“. Gemeint ist der Leihzins, wie wir aus späteren Erklärungen erfahren. In diesen zwei

„Wie im 16. Jahrhundert gibt es in dieser bewegten Zeit auf dem Gebiet der öffentlichen Interessen bloße Theoretiker nur noch auf seiten der Reaktion, und eben deswegen sind diese Herren auch nicht einmal wirkliche Theoretiker, sondern simple Apologeten dieser Reaktion.“
(Engels Vorwort zum 3. Band, XIV.)

kurzen Sätzen sind eine Reihe ökonomisch-sozialer Behauptungen enthalten, deren politische Bedeutung sehr groß ist. Nur das Leihkapital schafft, wenn man dem Verfasser der 25 Punkte glauben darf, ein arbeitsloses Einkommen. Erarbeitet und nicht „abzuschaffen“ ist hingegen das Einkommen aus Handels- und Industriekapital. Kämpft demgemäß gegen das „schlechte“ Leihkapital! Hände weg aber vom „guten“, vom Industrie- und Handelskapital! Der Klassenkampf der Arbeiter im Betrieb gegen den Unternehmer trifft nicht den wirklichen Feind. Dieser sitzt jenseits der Betriebe, in Bank und Börse. Dort muß man ihn aufsuchen und bekämpfen. Das ist die Ökonomie und Politik, die sich hinter den wenigen Worten des Punktes 11 verbirgt. In den Erklärungen zum Programm der NSDAP. wird dem „Herzstück“-Punkt ausdrücklich ein solcher Sinn zugesprochen.

Unsere Betrachtung des Punktes 11 muß mehrere Fragen beantworten.

Die Vorfrage zuerst: Ist der Punkt 11 originell und ist er revolutionär? Der Punkt stammt, wie Hitler erzählt, von G. Feder. Und Feder behauptet voller Stolz von seiner Schöpfung, sie sei es, die der NSDAP. ihre „Sonderstellung“, „unter allen Parteien und Verbänden“ zuweise (Programm. S. 19). Nach demselben Manne ist die Brechung der Zins knechtschaft „die stählerne Achse, um die sich alles dreht“; „sie bedeutet somit die Lösung der sozialen Frage“ (S. 20). Beide Behauptungen sind ebenso kühn wie irrig.

Der Kampf gegen das, was Feder die „Allmacht des Leihkapitals“ nennt, entbehrt jeder Originalität. Marx hat sich in seinen Schriften mit der Parole und ihren Vertretern ausführlich beschäftigt. Die Forderung: Herabsetzung oder Aufhebung des Leihzinses wurde zu Beginn des industriellen Kapitalismus von dessen groß- und kleinbürgerlichen Vorkämpfern und Freunden vertreten. Es war damals eine fortschrittliche Parole. Hinter ihr verbarg sich „der Kampf der aufkommenden industriellen Bourgeoisie gegen den altmodischen Wucher“. Als dann die industrielle Bourgeoisie das moderne Kreditssystem aufgebaut hatte, verlor für sie das Zinsproblem sein fundamentales Interesse. Dieses Interesse erhielt sich dagegen, ja wuchs an im Maße der ökonomischen Bedrängtheit, in den Reihen des kleinen Kapitalisten und des kleinbürgerlichen Produzenten. Der Zinsbrechungswunsch war jetzt nicht mehr vorwärtstreibend, sondern konservativ. Proudhon, der gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts von der Beseitigung des Zinses die Herstellung der sozialen Harmonie erwartete, zeigte sich trotz allen radikalen Geschreis als ein kleinbürgerlich-konservativer Phantast. Marx erklärt hierzu: „Das zinstragende Kapital als die Hauptform des Kapitals betrachten, aber eine besondere Anwendung des Kreditwesens, angebliche Abschaffung des Zinses, zur Basis der Gesellschaftsgestaltung machen wollen, ist eine durchaus spießbürgerliche Phantasie“¹⁾. In diesem konservativ phantastischen Sinne hat nun neuerdings der Kleinbürger Sylvio Gesell mit seiner „Freiland-Freigeld-Bewegung“ die Gedanken Proudhons wieder aufgenommen. Feder behauptet die Eigenart seiner Idee. Der Nationalsozialist Reupke gibt die Verwandtschaft der Forderung Feders mit Proudhon zu, „der schon 1840 die gleichen Ziele ... verfolgte“²⁾. Ob Feder Proudhon gekannt hat, wissen wir nicht.

¹⁾ K. Marx, Theorien über den Mehrwert. III. 4. Aufl. Stuttgart 1921. S. 540.

²⁾ K. Marx, Brief über Proudhon aus dem Jahre 1865. Abgedruckt in: Das Elend der Philosophie. 7. Aufl. Stuttgart 1919. S. XXXII.

³⁾ H. Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft. Berlin 1931. Seite 30.

Zweifelloos bekannt aber war ihm Sylvio Gesells Kampf gegen die Zins knechtschaft. Feders „Herzstück“-Forderung ist also so wenig originell, daß sie sowohl vor ihm mit ganz spezifischer wirtschaftspolitischer Tendenz vertreten wurde, und daß, als Feder seine große Entdeckung machte, diese bereits von Gesell neu „entdeckt“ und von Gesells Anhängern in zahlreichen Gruppen und mit einer ziemlich verbreiteten Propagandaliteratur der Mitwelt verkündet wurde. Im Programm Feder-Hitlers erhielt aber diese „Entdeckung“ einen neuen politischen Sinn. Dazu bestimmt, die arbeitenden Massen vom Kampf gegen die Kernformen der Ausbeutung abzurängen, diente die einst fortschrittliche, dann konservative Formel nunmehr einem kraß reaktionären Ziel. Die 1919/20 gärende proletarische Revolution sollte verwirrt, entwaflnet, zerschlagen werden. Es ist als Instrument der Konterrevolution, das die alte Forderung der Culpeper, Child, Patterson, Locke, Proudhon ihre letzte Auferstehung feiert.

Soviel zur Klärung der Vorfrage. Die zentrale Bedeutung, die die NSDAP. dem Punkt 11 beilegt, zwang uns, ihr einen gewissen Raum zu geben. Die Hauptfrage lautet: Wie verhält es sich mit der Richtigkeit der Zinsbrechungsparole?

Das heutige „Bank- und Börsenkapital“ ist, das sieht auch Feder, nicht mehr das alltümliche Wucherkapital. Daher hören wir in den Schriften der NSDAP. die moderne Formel: Kampf gegen das Finanzkapital (zumeist mit dem präzisierenden bzw. einschränkenden Zusatz: das jüdische Finanzkapital). Die Judenfrage besprechen wir später. Woher aber stammt die Parole vom Finanzkapital? Es ist dies ein Begriff, der von Marx vorbereitet und von der marxistischen Ökonomie ausgearbeitet worden ist. Marx weist hin auf „die ungeheure Macht eines Instituts wie die Bank von England auf Handel und Industrie, obgleich deren wirkliche Bewegung ganz außerhalb ihres Bereiches bleibt ...“ Es ist damit allerdings die Form einer allgemeinen Buchführung und Verteidigung der Produktionsmittel gegeben, aber auch nur die Form. Hier beschreibt Marx den Zusammenhang zwischen dem Bankkapital einerseits, und dem Industrie- und Handelskapital seiner Zeit andererseits. (Das erstere stellt in Form des Kredits „den industriellen und kommerziellen Kapitalisten alles disponible und selbst potentielle ... Kapital der Gesellschaft zur Verfügung“¹⁾). Mit der Konzentration der Produktion und dem Monopol — dies ein wesentlicher Gedanke in der Analyse Lenins²⁾ — wächst nun das Bankkapital mit dem Industrie- und Handelskapital aufs engste zusammen. Es entsteht das „Finanzkapital“, worauf Hilferding das neue Verhältnis genannt hat. Der Einfluß der Banken auf Gründung und Führung der industriellen und kommerziellen Unternehmungen, zur Zeit Marxens erst im Keim vorhanden, tritt jetzt als Wesenszug, der eine neue Phase des Kapitalismus bezeichnet, klar hervor.

Diese von der marxistischen Sozialökonomie ermittelten Erkenntnisse haben die NSDAP. „Theoretiker“ in äußerlichster Weise „übernommen“. Die grundlegende Entstellung besteht darin, daß das Bankkapital in einen mechanischen Gegensatz zum Industriekapital gesetzt wird. Alle Werte werden im industriellen und agrarischen Arbeitsprozeß geschaffen. Richtig! Dadurch aber wird der industrielle Kapitalist noch nicht zum „Schaffenden“. Er erhält seinen Profit nicht als Arbeitender, sondern als Eigentümer

¹⁾ Marx, Das Kapital, III, 2. 4. Aufl. Hamburg 1919. S. 146.

²⁾ Vgl. N. Lenin, Der Imperialismus. Hamburg 1921. S. 44.

monopolistischer Produktionsmittel.¹⁾ Durch eine demagogische Verdrehung des marxistischen Gedankens, daß nur die Produktion Werte schafft, wird der industrielle Kapitalist zum „guten“ Kapitalisten gestempelt, der vom bösen, vom Bankkapitalisten, um den Lohn „seiner“ Arbeit fast ganz oder jedenfalls größtenteils geprellt wird. Hören wir, wie die Sache in den von Dr. Goebbels geleiteten Schulungsabenden der Berliner NSDAP dargestellt wurde: „In der kapitalistischen Wirtschaft wird der volkswirtschaftliche Gewinn nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kräfte verteilt. Weil das Finanzkapital übermächtig ist, rafft es den Löwenanteil an sich. Den schwächeren Kapitalsarten läßt es kaum etwas (1), der wirtschaftlich ohnmächtigen Arbeitskraft gar nichts vom Wirtschaftsgewinn zukommen.“ („Angriff“ vom 9. 1. 31.) Ähnlich, nur verschwommener, spricht Feder selbst, wenn er sagt, der gesamte gewerbliche Mittelstand müsse „im Grunde heute fast nur für die Verzinsung seiner Bankkredite arbeiten“, und wenn er weiter erklärt, alle „schaffende Arbeit“ befände sich heute in Zinsknechtschaft; das Geld sei der „Herr der Arbeit“ geworden, „und zwar deren brutalster Tyrann“. (Programm, S. 19 und 20.)

Dies alles wird kühn behauptet, nicht aber bewiesen. Es läßt sich auch nicht beweisen. Aus der vom Marxismus genau beschriebenen Vormachtstellung des modernen Finanzkapitals folgt keineswegs, daß nun die Banken alles, und daß die Industrie an Profit nichts, oder „kaum etwas“ einsteckt. Die Undurchsichtigkeit des Kapitalismus macht freilich alle Zahlenangaben schwierig. Immerhin besitzen wir doch gewisse Angaben, die eine grobe aber für unsere Zwecke völlig genügende Schätzung der Profitverteilung gestatten. Vergleichbar sind die Banken und Industrieunternehmen, soweit sie zur Vorlegung öffentlicher Bilanzen verpflichtet sind, d. h. sofern sie die Form von Aktiengesellschaften haben. Nach diesen Bilanzen — die selbstverständlich durchaus unexakt sind, aber doch unexakt für beide Kapitalkategorien — betrug der Reingewinn im Jahre 1927/28

in der Industrie insgesamt	1056 Mill. RM. = 7,2% des Eigenkapitals,
bei den Banken	184 Mill. RM. = 9,0% des Eigenkapitals. ²⁾

Die Profitrate der Banken liegt höher, als diejenige der Industrie. Es kommt darin jene besondere Möglichkeit, Monopolgewinne einzuheimsen, zum Ausdruck, von der Lenin spricht. Völliger Unsinn aber wäre es, zu sagen, daß die Industriekapitalisten nur eine Art gehobenes Proletariat darstellen,

denen vom Gesamtprofit „kaum etwas“ bliebe. Die Profitrate der großen Industrieunternehmen lag in unserem Falle um 1,8 Prozent unter der Profitrate des Bankkapitals. Der absolute Gewinn aber betrug 5,6 mal soviel. Selbst wenn nun ein großer Teil der Bankeinnahmen aus Industrieaktien stammt, wird damit doch noch in keiner Weise jene Verteilung hergestellt, von der die Deklamatoren der NSDAP. reden, wohlweislich ohne auch nur den Versuch eines konkreten Beleges.

Diese unsere Feststellungen machen wir nicht aus „Liebe“ zum Bankkapital. Die Banken sind die ersten Unternehmungen, deren unentgeltliche Enteignung die proletarische Revolution vornimmt. Wir machen sie, um eine Legende zu zerstören, mittels deren die NSDAP. die Arbeiter und Angestellten vom Klassenkampf gegen das Industrie- und das Handelskapital abhalten will.

Man denke sich das Leihkapital beseitigt oder jedenfalls in „dienende Stellung“ gezwungen. Was dann? Dann bleibt offenbar jener Löwenanteil, der bisher an die Leihkapitalisten ging, in den Händen des Industrie- und Handelskapitals. Die Ausbeutung hört nicht auf, nur der Nutznießer verändert sich. In diesem Sinne bemerkte schon Marx: „Es ist klar, daß eine andere Verteilung des Profits zwischen verschiedenen Sorten Kapitalisten, also Heraussetzen des industriellen Profits durch Herabsetzen des Zinsfußes und umgekehrt, das Wesen der kapitalistischen Produktion in keiner Weise berührt.“ (Mehrwerttheorien, III, S. 540.) Bezeichnenderweise haben zwar einzelne Nationalsozialisten diesen Mechanismus, der ja eigentlich gar nicht zu übersehen ist, als existent zugegeben. So schrieb Klages: „Wird die finanzielle Krebsgeschwulst weggeschnitten, so tritt die Unterschicht allein an deren Stelle. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer bleibt nach wie vor unter dem Faustrecht, und der Arbeitskraft wird auch weiterhin kein Anteil an dem Wirtschaftsgewinn gewährt. Grundsätzlich ist damit an dem kapitalistischen System nicht das geringste geändert...“³⁾ Klages erkennt also selbst, daß der Punkt 11, wenn man ihn wirklich durchführte (woran heute in der NSDAP. keiner der maßgebenden Führer mehr denkt), durchaus nicht jene „Lösung der sozialen Frage“ herbeiführen würde, die nach den Worten der Feder-Hitler von ihr zu erwarten sein soll.

Der Punkt 11 ist inzwischen in mannigfaltiger Weise von Hitler und anderen NSDAP.-Führern abgeschwächt und widerrufen worden. Weshalb? Nicht etwa wegen der Bedenken, die in einer lichten Stunde Klages äußerte. Nicht etwa, weil der § 11 sich als allzu wenig radikal erwies. Umgekehrt: Weil die großbürgerlichen Hintermänner der Bewegung ihn als zu „radikal“ empfanden. Er wurde, wie das bei allen Punkten des Hitler-Programms geschah, von rechts her revidiert.

Bank- und Industriekapital bilden im modernen Kapitalismus jene finanzkapitalistische Einheit, die dem System heute allein seine Schlagkraft verleiht. Das moderne Kreditsystem zerschlagen, hieße Industrie- und Handelskapital auf ein längst überwundenes Niveau zurückwerfen. „Das gewaltsame Herabsetzen des Zinsfußes ist eine Form, die das industrielle Kapital selbst noch den Methoden einer früheren Produktionsweise entlehnt und die es als nutzlos und zweckwidrig fortwirft, sobald es erstarkt und sein

¹⁾ Sofern der Kapitalist selbst in seinem Unternehmen mitarbeitet, ist in seinem Einkommen auch Arbeitslohn enthalten. Doch nur als Bruchteil. Der Direktor einer Arbeitergenossenschaft erhält, wie Marx bemerkt, ein Gehalt, das ihm die Reproduktion seiner Arbeitsqualifikation ermöglicht. Soviel bekommt heute in der Sowjetunion der Rote Direktor. Alles, was darüber hinaus in die Tasche des Kapitalisten fließt, bezieht er in seiner Eigenschaft als Eigentümer der Unternehmung, wird ihm nicht als Arbeitsentgelt gegeben, sondern für seine Tätigkeit als Sachwalter des Kapitals. Marx leugnet keineswegs, daß auch ein Direktor, oder ein im Betrieb tätiger Kapitalist an der Produktion teilnehme — von den Angestellten ganz zu schweigen, die durchaus als Proletariat zu gelten haben — aber Marx trennt diese Funktion des Direktors und des Kapitalisten strengstens von derjenigen des Kapitaleigentümers und des Kapitalfachverwalters.

²⁾ Deutsche Wirtschaftskunde. Bearbeitet vom Statistischen Reichsamt. 21.—40. Tausend. Berlin 1930, S. 124.

³⁾ Nationalsozialistische Briefe. Jg. V, S. 28 ff. Von uns gesperrt.

Terrain erobert hat." (Marx.)¹⁾ In diesem Sinne sind die Warnungen zu verstehen, die ein markanter Vertreter des Finanzkapitals, der Direktor der Deutschen Bank, v. Stauß, an die Adresse seines Freundes und Tischgastes Hitler richtete. Stauß prophezeite „eine verhängnisvolle Verschärfung“ der sogenannten Vertrauenskrise des deutschen Kapitalismus, „wenn in Anträgen politischer Parteien das Privateigentum und sonstige private Rechte (1) bedroht werden und wenn diese Beunruhigung durch undurchdachte gesetzgeberische Vorschläge verstärkt wird, welche an die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft (1) rühren und damit an die Grundpfeiler der Wohlfahrt des Landes und seiner produktiven Stände“. Hier ist die unlösliche Verbundenheit zwischen Bank- und Industriekapital von einem Fachmann, der zugleich enger Freund der NSDAP.-Bewegung ist, aufs nachdrücklichste betont. Folgt zugleich mit der Warnung der Hinweis auf den praktisch (kapitalistisch praktisch!) unsinnigen Charakter der Paradegeboten Hitlers gegen „die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft“: „Möge nicht vergessen werden, daß verstärkter politischer Einfluß auch verstärkte Verantwortung für alles Unheil in sich schließt, welches schon allein dadurch entstehen kann, daß solche Anträge vielleicht da und dort im Inland oder Ausland ernst genommen werden, (1) obwohl kaum ein einsichtiger Mensch ihre Verwirklichung für möglich hält.“

Ein Angehöriger der NSDAP., Reupke, gibt diese Bemerkungen des führenden deutschen Finanzkapitalisten Stauß wieder, nicht, um sie entrüstet zurückzuweisen — man bedenke: es ist in diesen Bemerkungen immerhin davon die Rede, daß Hitlers Anti-Leihkapital Geschrei nicht ernst zu nehmen ist! — sondern um alleruntertänigst seine Zustimmung zu den Worten des Herrn von der Deutschen Bank zu erklären. Reupke teilt beschwichtigend mit, daß ja die antikapitalistische Parole der NSDAP. bereits „in eine antimaterialistische veredelt worden“ sei und daß die von Stauß kritisierten Auffassungen „nicht zuletzt durch das persönliche Verdienst Hitlers“ inzwischen eine derart „geläuterte Form“ angenommen hätten, daß Stauß Einwände vielleicht schon als erledigt angesehen werden dürften.²⁾

So wenig die Wegschneidung der „finanziellen Krebsgeschwulst“ durch die Zinsbrecher der NSDAP. die kapitalistische Ausbeutung tatsächlich antasten würde, so pedantisch dringt also das deutsche Finanzkapital schon heute darauf, daß Hitler und die Seinen den Ernst ihrer kümmerlichen Wegschneidungspläne offen zu Protokoll geben sollen. Das Drängen des Finanzkapitals ist erfüllt worden. Was die „linke“ Kritik am § 11 nicht vermochte, das gelang der Kritik des Finanzkapitals ohne weiteres: die Liquidierung des § 11 wurde von Hitler und seinen Gefolgsleuten eingeleitet.

Zusammenfassend sagen wir über das „Herzstück“, die „stählerne Achse“ des Programms der NSDAP.:

Der Punkt 11 (Brechung der Zinsknechtschaft) ist weder neu noch heute in irgend einer Weise revolutionär. Die Forderung würde, falls verwirklicht, die kapitalistische Ausbeutung nicht beseitigen, sondern nur den Profit anders zwischen den verschiedenen Gruppen von Kapitalisten verteilen. Sozialismus? Marx hat für die frühen Vertreter der Zinsabschaffungsparole den durchaus bürgerlichen Charakter eines solchen „Sozialismus“ festgestellt: „Der gegen

das zinstragende Kapital als die „Grundform“ des Kapitals gerichtete Sozialismus ist . . . nicht nur selbst bis über die Ohren in dem bürgerlichen Horizont befangen. Sowie seine Polemik nicht ein mißverständlicher, in dunklem Drange gegen das Kapital selbst gerichteter Angriff und Kritik ist — wob., aber das Kapital identifiziert wird mit einer abgeleiteten Form desselben — ist jener Sozialismus durchaus nichts als ein sozialistisch verkleidet Drängen nach Entwicklung des bürgerlichen-Kredits . . .“ (Mehrwerttheorien, III, S. 540 ff. Sperrung von uns.) Die Forderung ist also eine durch und durch bürgerliche. Schlimmer, mochte die Forderung im 17. Jahrhundert einen fortschrittlichen, mochte sie bei Proudhon einen phantastisch konservativen Charakter tragen; heute, wo die Massen unter Führung des revolutionären Proletariats um den Sturz des Kapitalismus kämpfen, dient diese Forderung, wie Hitler in seinem Buche „Mein Kampf“ offen zugibt,¹⁾ dem Schutze des „nationalen Kapitals“, von dem der revolutionäre Angriff abgelenkt werden soll. Heute ist die alte Formel eine bewußt eingesetzte Waffe der Gegenrevolution. Am Werte dieses Prunkstückes der NSDAP.-Ökonomie läßt sich Qualität und politische Zielrichtung der übrigen „Punkte“ des ursprünglichen Programms ermessen.

Schlußfrage: Ist die von uns soeben referierte Ausbeutungstheorie der NSDAP. die einzige Anschauung über das Ausbeutungsproblem? Keineswegs. Die Lehre Feders plakatiert als „den“ Ausbeuter das „Leihkapital“. Daneben hören wir, auch bei Feder selbst, von dem Profit sprechen, dem Schwerindustrie und Kleingewerbe nachstrebe. (Programm S. 13.) Klages und gelegentlich auch Goebbels betonen, daß die Ausbeutung am Arbeiter durch „die Inhaber der Produktionsmittel“ vor sich gehe. (Goebbels im „Angriff“ vom 22. 4. 31.) Die Ausdrucksweise ist bewußt unpräzise. Nicht das kleine Arbeitseigentum ermöglicht Ausbeutung, sondern nur die großen Produktionsmittel, die es gestalten, fremde Arbeitskraft gegen Lohn zu verwenden. Immerhin liegt hier, höchst verschwommen, die Andeutung einer zweiten Ausbeutungsauffassung vor, die offenbar eine Karikatur der Marxschen Theorie darstellt. Eine dritte Auffassung vertritt Rosenberg, indem er sagt, erhöhte Einnahmen des Industriellen „bei zunehmender Leistung“ (wessen?) seien „nur die sittlich gerechtfertigte Folge wert-

¹⁾ Ehe Hitler Herrn Feder kannte, hatte er „die nationale Bedeutung des Kapitals“ schlechthin bejaht. Feders Vorträge gaben ihm den Wink, wie man das „reine“, das „nationale“ Kapital verteidigen und doch den Massen in Gestalt des „Börsen- und Leihkapitals“ einen Lockköder hinwerfen könne. „Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen.“ (Mein Kampf, S. 288, 292 ff.) Das heißt: Hitler war nicht einmal zu Anfang in jenem Sinne Sozialist, von dem Marx bezüglich der Zinsgegner spricht, daß ihn „ein mißverständlicher, in dunklem Drange gegen das Kapital selbst geleiteter Angriff“ in der Wahl seiner Forderung geleitet hätte. Umgekehrt. Hitler geht anstatt von der grundsätzlichen Kritik am Kapital von seiner „nationalen Bedeutung“ aus. Sein Punkt 11 war also — auch subjektiv — kein unklarer Vorstoß gegen den Kapitalismus. Der Punkt 11 entstand vielmehr auf dem Boden einer unbedingten Bereitschaft, das Kapital zu verteidigen. Durch seinen von Feder hergenommenen Programmpunkt 11 spaltete Hitler nur aus dem Gesamtkapital einen Teil los, den er — scheinbar — den Massen zum Fraße hinwirft. Nicht um damit das Gesamtkapital zu treffen, sondern um dieses zu retten!

¹⁾ Marx, Theorien über den Mehrwert, III, S. 542.

²⁾ Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, S. 30 und 34.

schaftender Tätigkeit“¹⁾ Die Formulierung ist auch bei Rosenberg bewußt vieldeutig. Doch steckt hinter seinen Worten ganz augenscheinlich jene Meinung, die in der Oekonomie als die Lehre vom Unternehmerlohn bekannt — und sogar von der kapitalistischen Oekonomie wissenschaftlich fallen gelassen worden ist.

Es hieße der NSDAP, zu viel Ehre antun, wollte man versuchen, in dem mechanischen Nebeneinander ihrer verschiedenen Ausbeutungs- oder Nichtausbeutungslehren ein System zu ermitteln. Die NSDAP-Programmerkklärungen bzw. „Theorien“ entstammen nicht dem Bestreben, wirkliche Erkenntnisse zu finden und zu verbreiten, sondern lediglich dem Willen, auf die verschiedenen sozialen Schichten Einfluß zu gewinnen. Von diesem Punkt aus enthüllen sich alle scheinbaren Mysterien in den widerspruchsvollen „Erklärungen“ der NSDAP-Agitatoren. Was die drei verschiedenen Stellungnahmen zur Frage der Ausbeutung anbelangt, so sind sie offensichtlich auf drei verschiedene Klassen zugeschnitten:

1. **Rosenberg:** Die wachsenden Profite des Industriekapitalisten sind „sittlich gerechtfertigt“. Diese mit Verlaub zu sagen „Theorie“ bringt klar kapitalistische Interessen zum Ausdruck.
2. **Feder, Leitsätze der Berliner Schulungsabende:** Ausbeutung ist im wesentlichen Ausbeutung durch das „Leihkapital“. Appell an klein bürgerliche Wünsche, in der Formulierung der Schulungsabende mit Verbeugung vor dem armen, fast ganz ausgeplünderten Industriekapital.
3. **Goebbels-Klagges:** Das Industriekapital (Klagges), die „Inhaber der Produktionsmittel“ beuten aus. Hier wird, in verschämter Übernahme marxistischer Gedanken, eine proletarische Note angeschlagen.

Als letzte und jüngste Richtung muß dann noch folgendes angeschlossen werden:

4. **Reupke:** Grundvoraussetzung für jede nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist, „daß die legitimen Ansprüche des Kapitals — genauer gesagt der einzelnen Kapitaleigner — auf Sicherstellung und angemessenen Nutzen (!!!) nicht angegriffen werden dürfen, sondern im Gegenteil zu schützen sind“. (Nationalsozialismus und Wirtschaft, S. 52.)

Das alles steht in Schrifttum und Agitation nebeneinander, ohne daß der Versuch gemacht würde, die darin enthaltenen fundamentalen Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen und zu bereinigen. Die Agitatoren verwenden die jeweils ihrer Hörerschaft angemessene „Theorie“; die Anhänger ihrerseits können sich aussuchen, was ihnen gefällt. Der plump demagogische Charakter dieser „programmatischen“ Äußerungen liegt auf der Hand.

¹⁾ A. Rosenberg: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. 150. Tausend. München 1930. S. 32.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

„Die deutschen Arbeiter haben . . . sich den theoretischen Sinn bewahrt, der den sogenannten „Gebildeten“ Deutschlands so gänzlich abhanden gekommen ist. Zum ersten Male, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin — nach der theoretischen, der politischen und der praktischen ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — im Einklang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkheit der deutschen Bewegung.“

(Engels — „Der deutsche Bauernkrieg“.)

Agrarprogramm und Agrarpolitik der Nationalsozialisten

Von Paul Massing

I. Die Methode

Es ist eine saure Arbeit, sich mit dem Programm oder richtiger mit den jeweiligen Programmen der NSDAP, auseinanderzusetzen. Sie schillern in allen politischen Regenbogenfarben, und der Fels ihrer „unabänderlichen“ Glaubenssätze hat sich unter der formenden Hand des Finanzkapitals in weiches Machs verwandelt. Feder, Rosenberg, Wagner, Klagges — von den kleineren Geistern ganz zu schweigen — haben so großherzige und einander desavouierende Deutungen des 25-Punkte-Programms gegeben, daß jedermann auf seine Kosten kommen muß.

Das Ziel der Volksgemeinschaft auf der Basis einer ungehemmten Ausbeutung macht eine solche Taktik zur absoluten Notwendigkeit. Alle Interpretationen des völkischen Talmuds sind gut, wenn sie sich für die Irreführung der unterdrückten Massen eignen, wenn sie dem Proletariat, dem Kleinbauern, dem städtischen Mittelstand ihre wirklichen Klasseninteressen verklären. Die Brauchbarkeit zur Demagogie ist der Prüfstein für den Wahrheitsgehalt der Theorien, die jetzt das wissenschaftliche Fundament zur faschistischen Ausbeuterherrschaft zu liefern haben.

Für ein solches Zwecksystem kann es nichts Gefährlicheres geben, als Festlegungen, als eine klare und unmißverständliche Sprache bei den Punkten des Programms, die von Sozialismus handeln. Ueber die Brechung der Zinsknechtschaft, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Verstaatlichung der Großbetriebe ist bereits eine massenhafte amtliche, halbamtliche und private Verdunkelungsliteratur geschrieben worden. In einer Situation, in der die Klassenkräfte sich dauernd verschieben, der politische Kampf sich zuspitzt und die wahren Aufgaben der Hitlerbewegung notgedrungen immer ungeschminkter zutage treten, heißt für ihr ehernes Programm „elastisch sein“ alles. Radikale Töne, die bei der Gewinnung der ruinierten Mittelschichten angebracht waren, sind mit Rücksicht auf das zartnervige Inlands- und Auslandskapital abgebaut, Äußerungen gutgläubiger Fanatiker, die bei den Bank- und Industrieherrn kompromittieren konnten, „richtiggestellt“ worden. Wo die revolutionäre Phraseologie schriftlich niedergelegt und daher schwerer zu dementieren ist, rückt die Leitung von ihr als nicht parteiamtlicher Äußerung ab. Verlage, die ausschließlich nationalsozialistische Literatur herausbringen, werden bei Bedarf als nicht offiziell und die in ihren Publikationen vertretenen Meinungen daher als unverbindliche Privatauffassungen erklärt. Wohin man faßt, zerfließen die grundsätzlichen Thesen ebenso wie ihre Kommentare zu einer schleimigen Gallerte.

In der Agrarfrage ist dieser Verflüchtigungsprozeß besonders deutlich zu beobachten. Seit der adlige und bürgerliche Großgrundbesitz in Hitler seinen idealen Preisfechter erkannt hat, seit das mit dem Finanzkapital verwachsene Agrarkapital sich offen und eindeutig zu ihm bekennt (in jüngster Zeit z. B. Massenwahl von NSDAP. Kandidaten in die Landwirtschaftskammern, gemeinsame Listen von Landbund und Nazis, Aufnahme des nationalsozialistischen Abgeordneten Willkens in die Leitung des Land-

bundes), seitdem mußte auch der alte Programmartikel 17, der die grundsätzliche Linie der faschistischen Agrarpolitik festlegen sollte, immer kuriosere Auslegungen erfahren, bis er heute so durchlöchert dasteht, daß er weder beim Landbund noch bei den christlichen Frauenvereinen mehr Aergernis erregen kann.

II.

Die Geschichte eines unabänderlichen Programmpunktes

In seiner ursprünglichen Fassung lautete der Punkt 17:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

Man muß sich erinnern, daß dieses Programm der NSDAP. aus dem Jahre 1920 stammt, aus einer Zeit, wo die unmittelbaren politischen Nachwirkungen der russischen Revolution in allen Randstaaten zu einer Agrarreform zwangen, wo die Kriegsversprechungen auf Land und Wohnstätten bei den heimgekehrten Dorfproleten und Kleinbauernsöhnen noch nicht vergessen waren. Die Formulierung des Punktes 17 ist gewiß alles andere als klar, sein erster Satz kann jedes Damaschkesche Siedlungsprogramm zieren; aber da ist außerdem auch die Rede von entschädigungsloser Enteignung, und was kann „Verhinderung jeder Bodenspekulation“ anders bedeuten als das Verbot von Bodenkauf und -verkauf, wie soll man „Abschaffung des Bodenzinses“ anders verstehen als Aufhebung der aus dem Privateigentum am Boden entspringenden Grundrente durch die Aufhebung des kapitalistischen Grundeigentums selber?

In dieser Fassung bildete der Punkt 17 lange Zeit ein Hindernis für die Annäherung zwischen der Grünen Front, insbesondere dem Landbund, und der NSDAP. „Aus Kreisen gewisser Agrargruppen (1) wird verleumderisch die eigentumsfeindliche Einstellung des Nationalsozialismus behauptet, um Zuström zur neuen Volksbewegung zurückzuhalten“, klagt Rosenberg in seinem Programmkommentar.¹⁾ Im Jahre 1928 war die kapitalistische Konsolidierung der Hitlerbewegung schon zu weit fortgeschritten, als daß sich die Partei bei den Reichstagswahlen den Beschuldigungen bolschewistischer Eigentumsfeindlichkeit noch weiter hätte aussetzen können. Der oberste Führer griff deshalb selbst ein und veröffentlichte eine Erklärung folgenden Inhalts:

„Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften.“

13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.

Das nennt man einen gründlichen Kommentar. Er kommentiert den Punkt 17 in Grund und Boden. Aus der unentgeltlichen Bodenenteignung

¹⁾ Alfred Rosenberg: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Das Programm der Bewegung, erweitert durch das Agrarprogramm.

für gemeinnützige Zwecke und der Abschaffung des Bodenzinses ist — die gesetzliche Möglichkeit geworden, unrechtmäßig erworbenen Boden — wenn nötig — in erster Linie bei jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften zu enteignen!

Der Kommentar überschlägt sich geradezu an Dienstbeflissenheit. Er kommentiert zuviel: nicht einmal jeder „unrechtmäßig“ erworbene oder „nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltete“ Bodenbesitz wird enteignet — nur, wenn nötig. Die adligen Bauernleger vom vorigen Jahrhundert können beruhigt sein, die feudalen und kapitalistischen Jagdliebhaber ihren Passionen ungehindert weiter nachgehen. Grundstücksspekulationsgesellschaften christlicher Firma mögen ihr ehrsam Gewerbe in Frieden betreiben und Ausländer ihr Kapital in deutschem Grundbesitz investieren, wird doch dem Ausländer par excellence, dem Juden, ein Eingriff in seinen Besitz nur angedroht, wenn seine Grundstücksspekulation, in Gesellschaftsform betrieben, es nötig macht.

Was bleibt demnach? Ein frommer Spruch, den wir aus einer zur Zeit wenig gefragten Artikelsammlung, zu kennen glauben. Eigentum verpflichtet, heißt es dort. Dasselbst ist auch über Eigentum und Gemeinwohl nachzulesen.

III.

Der Koran und das nationalsozialistische Agrarprogramm

Der Satz, daß Eigentum verpflichte und daß das erbliche Eigentumsrecht am Boden an die Verpflichtung geknüpft sei, „den Boden auch zum Wohle des Gesamtvolkes zu nutzen“, wie es im Agrarprogramm Hitlers von 1930 heißt, erhält im Faschismus jedoch endlich einen realen Inhalt.

Alfred Kurella berichtet in seinem Buch „Mussolini ohne Maske“, wie der italienische Faschismus mit buchstäblich der gleichen Begründung die Araber der nordafrikanischen Kolonie Tripolis enteignet und ihr Land den faschistischen Generalen, Parteifunktionären, Pfaffen und Kapitalisten übergeben hat:

„Die guten Katholiken und Verbündeten des Papstes (d. h. die Faschisten, P. M.) entdeckten den Koran. In ihm fanden sie eine Sure, die besagt, daß Eigentum nicht nur Recht, sondern Pflicht ist, und daß derjenige, der das ihm von Allah geschenkte Land nicht so bearbeitet, wie es sich gehört, es herzugeben hat. Ueber dieses: ‚Wie es sich gehört‘, gibt es aber verschiedene Meinungen. Die Italiener haben in ihrem Land große Fabriken, in denen Pumpen, Beton, Lastautos, Regenanlagen und Düngemittel hergestellt werden. Sie haben landwirtschaftliche Institute, in denen mit großem Geldaufwand alle möglichen Methoden des Kampfes gegen die Dürre studiert werden. Sie haben Großbanken, die sich nichts sehnlicher wünschen, als diese Segnungen der Kultur zu kreditieren. Und so können

„Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterium muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endet.“

(Bebel, Resolution zu Antisemitismus und Sozialdemokratie, auf dem Kölner Parteitag 1893.)

sie den Beduinen mit Recht sagen: Ihr bearbeitet das Land nicht so, wie es sich gehört! Damit verliert ihr das Recht auf seinen Besitz. Wenn ihr statt Pumpen nur Ziehbrunnen, statt Beton nur Lehm und statt Traktoren nur Büffel habt — um so schlimmer für euch!

So geht das Land in Tripolis im Namen des Korans an die neuen italienischen Herren über. Rund eine Million Morgen haben sich die italienischen Herren auf diese Weise ganz gesetzlich angeeignet.⁴⁾

Die faschistische Kolonialpolitik wird, wie man sieht, unter demselben Rechtssatz durchgeführt, der der Agrarpolitik der NSDAP. als Richtschnur dient. Ob er aus dem alten deutschen Recht, aus dem Koran, dem Talmud oder der Weimarer Verfassung stammt, ist völlig unwesentlich für seine Auslegung im Zeitalter des Monopolkapitals. Ja, das italienische Beispiel der kolonialen Bodenreform enthüllt mit zynischer Brutalität den Klasseninhalt jeder faschistischen Agrarpolitik. Die nationalen Bedürfnisse, denen sich die deutsche Bodenreform im Dritten Reich anzupassen hat, werden von den Banken, der Industrie und dem Großgrundbesitz bestimmt. Eine Agrikultur mit Anwendung von „Pumpen, Beton, Lastautos, Regenanlagen und Düngemitteln“ die in Nordafrika die italienische Landwirtschaft von der arabischen unterscheidet, ist das Sinnbild des kapitalistischen großen Ackerbaues gegenüber der rückständigen Kleinbauernwirtschaft schlechthin. In Tripolis entsprachen die elenden Betriebe der Senussi nicht den Bedürfnissen des italienischen Industrie- und Bankkapitals, der Stamm versündigte sich daher am göttlichen Gebot und mußte gezüchtigt werden. „Boden, der . . . nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird . . . enteignen.“ Der Sinn dieses Hitlerschen Salzes ist nun klar. Er wurde uns durch das italienische Vorbild des deutschen Faschismus erläutert. Im Dritten Reich werden die nationalen Bedürfnisse des deutschen und französischen Finanzkapitals nicht weniger scharf darüber wachen, daß der bäuerliche Zwerge- und Kleinbetrieb seine ihm aus dem deutschen Gemeinrecht erwachsenen Pflichten gegenüber dem Volkswohl erfüllt.

IV.

Das Agrarprogramm der NSDAP. — ein Ableger des Agrarprogramms der SPD

Der allerauthentischste Kommentar zum Punkt 17 hat inzwischen wieder eine neue Deutung und Konkretisierung erhalten. Mit Mühe nur vermögen die unabänderlichen Programme dem Zuge der Zeit zu folgen. März 1930 wurde von der NSDAP. ein spezielles Agrarprogramm veröffentlicht, in dem die letzten Reste ehemaliger antikapitalistischer Gesinnung, die verschämtesten Hinweise auf eine revolutionäre Lösung der Bodenfrage spurlos verschwunden sind.

Hier hat die Hitlersche Schaumschlägerei ihre Vollendung gefunden. Die bürgerlichen Agrarreformen in Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Lettland, Polen usw. sind radikale Revolutionen gewesen im Vergleich mit der Bodenreform, die in diesem Programm angestrebt wird. Wir glauben keine bessere Charakterisierung von ihm geben zu können, als wenn wir seine Forderungen denen des Kieler Agrarprogramms der SPD. vom Jahre 1927 gegenüberstellen:

⁴⁾ Alfred Kurella, Mussolini ohne Maske, Universum-Bücherei, 1931, S. 210/211

SPD.-Programm

Bodenreform

Wir fordern die Beseitigung des auf Raub und Rechtsbruch zurückgehenden Herreneigentums, das weite fruchtbare Strecken des deutschen Bodens mit Beschlag belegt hat.

Wir fordern weiter, daß die landwirtschaftlichen Großbesitzungen, welche eine nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessende optimale, das heißt volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten — für den deutschen Osten etwa 750 Hektar — den überschießenden Teil an die öffentliche Hand (Reich, Länder) gegen eine Entschädigung abzutreten haben, welche nach dem Steuerwert des Grundstücks zu berechnen ist.

Bei der Verwertung der dem Reich . . . zufallenden Ländereien sind in erster Linie die Bedürfnisse der Siedlung in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen.

Besitzern, die sich hartnäckig weigern, ihren Boden richtig zu bestellen, kulturfähige Oedländereien zu kultivieren oder forstfähige Oedländereien aufzuforsten, soll die Bewirtschaftung des Betriebes zeitweise oder dauernd entzogen werden. Auch ist in solchen Fällen die Enteignung auf Grundlage des Steuerwertes ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zulässig.

Produktionspolitik

Öffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Insbesondere sind die öffentlich-rechtlichen Kontrollbefugnisse bei der Preisfestsetzung des Kunstdüngers auszugestalten und energisch zur weitestgehenden Verbilligung dieses wichtigen Produktionsmittels einzusetzen. Der Handelsverkehr mit Saatgut, Kunstdünger und Kraftfuttermitteln ist durch Gesetz zu regeln und durch öffentliche Organe zu überwachen, um die Landwirte vor betrügerischen Machenschaften zu schützen, solange die Genossenschaften diese Aufgabe noch nicht voll übernehmen können . . .

NSDAP.-Programm

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

Der Staat hat das Recht der Enteignung gegen angemessene Entschädigung von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft.

Der Staat hat das Recht der Enteignung gegen angemessene Entschädigung von Land, das — nach Urteil des zuständigen Berufsstandsgerichtes — durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient.

Die berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft haben die Aufgabe, die Gesteungskosten für die Landwirte zu vermindern und die Erzeugung zu steigern. (Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Zuchtvieh zu günstigen Bedingungen, Meliorationen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose landwirtschaftliche Beratung und chemische Bodenuntersuchung usw.).

Bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die berufsständischen Organisationen durch den Staat weitgehend zu unterstützen. Insbesondere muß das Eingreifen des Staates eine wesentliche Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der elektrischen Kraft erzwingen.

Kreditpolitik

Schaffung günstiger Kreditbedingungen für Kleinpächter und Bauern, Förderung der ländlichen Kreditgenossenschaften, Ueberführung der privaten landwirtschaftlichen Kreditinstitute in die Genossenschaftsform oder in das Eigentum von Reich, Staat oder Gemeinden, Verbindung der Kreditgewährung mit der Betriebsberatung.

Notwendige Betriebskredite zu günstigen Bedingungen erhält die Landwirtschaft durch ihre staatlich anerkannten berufsständischen Genossenschaften oder durch den Staat.

Steuerpolitik

Die Grundsteuer ist in eine einheitliche Grundwertsteuer für die gesamte Landwirtschaft zu verwandeln. . . Der Grundwert ist nach dem normalen Reinertrag festzusetzen, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag.

Für die Nutzung des deutschen Bodens hat der Besitzer eine nach Umfang und Beschaffenheit des Besitzes bemessene Abgabe an den Staat zu leisten. Durch diese Bodenertragssteuer wird eine weitere staatliche Besteuerung des landwirtschaftlichen Bodens und Betriebes hinfällig.

So läßt sich weiter fast Punkt für Punkt die Uebereinstimmung zwischen dem sozial- und nationalfaschistischen Agrarprogramm aufzeigen. Der Jargon ist verschieden, der Inhalt derselbe. Die Seelenverwandtschaft der beiden „sozialistischen“ Parteien äußert sich auch in ihrer Stellung zur Betriebsgröße.

Die SPD-Führer haben im Kieler Agrarprogramm ihren Verrat an der proletarischen Revolution mit der Theorie der besonderen Entwicklungsgesetze der Landwirtschaft begründet. Wenn, wie sie behaupten, der bäuerliche Betrieb im Kapitalismus nicht ruiniert wird, wenn er sich vielmehr als überlegener Betriebstypus auf Kosten des Großgrundbesitzes entwickelt und ihm die kapitalistische Zukunft gehört, so ist damit gesagt, daß die werktätige Bauernschaft nicht nur kein Interesse am Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft haben kann, sondern als erbittertester Gegner der proletarischen Revolution geschlossen gegenübersteht. Ebenso muß eine sozialistische Planwirtschaft scheitern, da die Millionen bäuerlicher Produzenten nicht in den Plan einbezogen werden können. Die Leninsche Lehre von dem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft vor und nach der Revolution ist also falsch.

Die SPD-Theoretiker wissen natürlich sehr gut, daß eine Verdrängung der landwirtschaftlichen Großbetriebe im Kapitalismus eine reaktionäre Utopie ist. Damit sie nicht in die fatale Situation kommen, eine Agrarpolitik gegen den Großbetrieb und den Großgrundbesitz führen zu müssen, erkennen sie dem Großbetrieb die gleiche „Lebensberechtigung“ zu.

„Keineswegs sollen natürlich alle bestehenden Großbetriebe restlos aufgeteilt werden. Wir werden für alle Zeit eine erhebliche Anzahl von Großbetrieben nötig haben, da technische Fortschritte in der Landwirtschaft am ehesten in Großbetrieben ausprobiert werden können.“¹⁾

In ihrer praktischen Politik hat denn auch die SPD. keine Gelegenheit vorbegehen lassen, sich bei den Junkern anzubiedern. Aktionen für Zoll-

¹⁾ „Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm“ von Krüger und Baade, S. 42.

wucher, Subventionen, Roggenstützung, Kredite und Steuererlasse für den Großgrundbesitz sahen die SPD. Reichstagsfraktion immer in vorderster Front. Die Ruhmestat der Vernichtung von hunderttausenden Tonnen Brotgetreide in der Zeit des Massenhungers wird unauslöschlich mit dem Namen des Sozialdemokraten Baade verbunden bleiben.

Die gleiche Sowohl-als-auch-Haltung nimmt das Naziprogramm zur Frage des Groß- und Kleinbetriebes ein.

„Bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kann es keine schematische Regelung geben. Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus vor allem wichtig. Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen notwendigen Aufgaben und ist in gesundem Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.“ (Programm der NSDAP. von 1930.)

Das heißt, es bleibt alles beim alten.

V.

Siedlungspolitik

Die von der SPD und NSDAP. nach denselben Prinzipien betriebene Siedlungspolitik ist die beste Illustration, wie in der kapitalistischen „Volksgemeinschaft“ der Klassenwiderspruch zwischen Kleinbauer und Großgrundbesitzer gelöst wird. Die betreffenden Programmpunkte lauten folgendermaßen:

SPD.

Auch außerhalb der Enteignung des Großgrundbesitzes ist die Siedlung . . . unter Schaffung lebensfähiger Betriebssgrößen überall mit Nachdruck zu fördern, wo die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität gegeben sind.

Bei der Verwertung des enteigneten Bodens und bei der sonstigen Siedlung sind die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechts, des Rentengutes und der Reichshelmstätte anzuwenden, um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern.

Die Siedlung ist besonders in den Gebieten des überwiegenden Großgrundbesitzes durchzuführen.

NSDAP.

Eine planmäßige — nach großen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende — Besiedlung verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates.

Das Land soll den Siedlern als Erblehen zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.

Vor allem wichtig ist die Grenz-siedlung im Osten.

In Ostelbien geht augenblicklich der umgekehrte Prozeß des Bauernlegens vor sich: die Güterschlächtere! Durch die schwere Agrarkrise sind die Bodenpreise in den Gebieten des Großgrundbesitzes scharf gefallen. Ein großer Teil der Junker ist bankrott. Private Käufer von Gütern gibt es nicht mehr. Da tritt die Siedlungsgesellschaft als rettender Engel auf. Wer ist die Siedlungsgesellschaft?

Man kaufe den Mantel einer GmbH. Er ist für ein paar Hundert Mark zu haben. Im Notfall wird eine neue Gesellschaft gegründet mit dem gesetzlichen Mindestkapital von 20 000 Mark, wovon nur 25 Prozent einzuzahlen sind. Mit 5000 Mark kann also begonnen werden. Man suche sich einen Rechtsanwalt mit guten Verbindungen. Es ist nur eine Frage seiner Geschick-

lichkeit, wieviel der Gesellschaft der Titel der Gemeinnützigkeit kostet. Eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft erhält Staatskredite. Damit kauft man einem überschuldeten Junker einige Vorwerke ab. Er ist glücklich, sie loszuwerden. Auf dem freien Gütermarkt hätte er nicht die Hälfte des Preises pro Hektar bekommen. Jetzt wird das Land parzelliert, Häuschen gebaut, es entstehen Neusiedlungen für „freie Bauern“ in Größe von 30 bis 50 Morgen, Anliegersiedlungen und vor allem Landarbeitersiedlungen mit 1 bis 2 Hektar Boden. Das Land wird zum dreifachen Preis den Siedlern abgegeben. Der Siedler ist bankrott, ehe sein Fuß die Schwelle seines „Eigentums“ überschritten hat. Seine kärglichen Ersparnisse sind in die Taschen des Junkers und der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft geflossen. So entstehen die Jungbrunnen völkischer Erneuerung.

Die mitunter wörtliche Übereinstimmung in den agrarprogramatischen Forderungen der SPD. und NSDAP. brauchen wir uns nicht so einfach zu erklären, als ob die Nazis bei Baade und Krüger abgeschrieben hätten. In der aktuellen Agrarpolitik verfolgen beide Parteien das gemeinsame Ziel, die kapitalistische deutsche Landwirtschaft zu retten, in ähnlicher Einmütigkeit.

Es ist ihre gleiche Rolle im Klassenkampf, die ihnen die gleichen Formulierungen in den Mund legt, es ist die Gemeinsamkeit ihrer objektiven Aufgabe: ein Bollwerk zu sein gegen die proletarische Revolution, die sie auch in der Agrarpolitik zusammengeführt hat. Die Erhaltung des Kapitalismus — das ist das oberste Gesetz für Hitler und für Wels.

Ueber die Wirtschaftstheorien des deutschen Faschismus

Von Willi Bögen

Der Nationalsozialismus will spezifisch deutsch sein und muß in Ermangelung der Grundlagen die Theorien vom italienischen Faschismus beziehen.

Das spezifisch Deutsche im Nationalsozialismus ist in der Wirtschaftstheorie der deutsche Raum und im wirtschaftlichen Aufbau des faschistischen Staates der Ständegedanke. Das ist die grundlegende Ideologie, die weit entfernt ist von einer Wirtschaftstheorie. Denn diese Momente sind allen mehr oder minder nicht direkt faschistischen Parteien eigen. Der Ständeaufbau findet bereits heute in den „Ausbeitergemeinschaften“ der Gewerkschaften, im Reichswirtschaftsrat usw. seinen besten Ausdruck. Daran könnte oder brauchte kein faschistischer Staat etwas ändern. Die Energie in der faschistischen Sprache oder der Terror in der richtigen Sprache, sind nur ein Symptom, kein wirtschaftstheoretisches Argument.

Der Nationalsozialismus in Deutschland hat aus guten Gründen bereits das öfteren abgelehnt, ein wirtschaftstheoretisches Programm aufzustellen. So sagte noch Frick in seiner Kasseler Rede vom 22. Januar 1931:

„Gott sei Dank, daß wir kein Wirtschaftsprogramm haben. Wir wollen deutsche Politik machen und lehnen den krassen Materialismus, der in der Frage nach dem Wirtschaftsprogramm liegt, rundweg ab.“

Diese Ausflucht aus der Wirklichkeit ist aber typisch für alle theoretischen Grundfragen des Nationalsozialismus in Deutschland. Trotzdem hat der Nationalsozialismus sich praktisch und theoretisch mit dem krassen Materialismus befassen müssen.

Theoretisch erscheint noch eine Schwierigkeit im Faschismus: Er kommt zum Ausdruck nicht allein in den Programmforderungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (NSDAP.), sondern in der bereits erwähnten allgemeinen Zersetzung des Bürgertums, wie auch in den vielen Versuchen, einen Ausweg aus der spezifisch deutschen Wirtschaftskrise zu finden. Dabei können die Theorien von R. N. Coudenhove Kalergi, speziell in seinem Buche „Los vom Materialismus“ erwähnt werden. Auch hier der typische Versuch, die materielle kapitalistische Wirtschaft zu idealisieren, ihre Schwächen, ihre Krise zu ignorieren und sie dem wildgewordenen Kleinbürgertum mündgerecht zu machen. Dazu gehören auch die Versuche von O. Spann, die Wirtschaftsideo-logie der Kriegszeit zu popularisieren. Die Grundlage des Hindenburgprogramms der Kriegszeit, die Arbeitsgemeinschaften, die Rationalisierung der wichtigsten Bedarfsgegenstände, der Burgfrieden, das „Ich kenne keine Parteien mehr“, alle diese Dinge finden in den wirtschaftstheoretischen Versuchen der Nationalsozialisten ihren mehr oder minder starken Niederschlag. Dazu kommen die früheren aus dem bürgerlichen Lager stammenden Versuche, die Wirtschaftsvorgänge zu mystifizieren, den Wirtschaftsablauf als eine Notwendigkeit hinzustellen, der nur den über-natürlichen Kräften unterworfen ist. So finden die alten Kamellen von St. Jevons über den Einfluß des Kosmos auf den Wirtschaftsablauf in einem sehr „beachteten“ Aufsatz über „Konjunktur und kosmischer Rhythmus“ in der Berliner Zeitschrift „Welt Wirtschaft“ (1931, Heft 1) ihren Niederschlag. Nach dem vom Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Alfred Rosenberg, unternommenen Versuch, den „Mythos des 20. Jahrhunderts“ fest-zustellen und grundlegend faschistisch zu idealisieren, erscheint dieser meta-physische Fatalismus als der typische Ausdruck der Unbeholfenheit des unter-gehenden Kleinbürgertums.

Raffendes und schaffendes Kapital

Da der Faschismus bisher eine grundlegende Formulierung seines Wirtschaftsprogramms unterlassen hat und augenscheinlich mit Absicht unter-läßt, muß gerade der Marxismus die Wirtschaftstheorien des National-sozialismus beleuchten. Gewiß hat der Nationalsozialismus verschiedene wirtschaftliche Forderungen, aber sie sind nicht grundlegend. So sagt G. Feder in dem „Programm der NSDAP. in seinen weltanschaulichen Grundgedanken“:

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.“

Aber zu gleicher Zeit muß der Theoretiker den Klassenunterschied, der durch den Besitz an Produktionsmitteln und den produzierenden besitzlosen Arbeiter entsteht, aufzeigen. Dabei kommt die ganze nationalsozialistische Demagogie zum Vorschein. Sie müssen den Gegensatz verschieben, müssen kleinbürgerlich die Verhältnisse verdrehen, um dem Großkapital nicht zu schaden. Sie konstruieren den Gegensatz zwischen schaffendem und raffendem Kapital. Das raffende Kapital ist das Zins- und Leihkapital, während das schaffende Kapital die „selbständigen“ Unternehmer, die Großunternehmer, die Monopolkapitalisten repräsentieren. So sagt in einer gewissen Emphase Gottfried Feder:

„In Zinsknechtschaft befindet sich der Arbeiter, der in den Fabriken und Werkstätten Werte erzeugt für kargen Lohn, während der Aktionär — ohne Mühe und Arbeit — Zinsen, Tantiemen und Dividenden bezieht.“

Die Beseitigung dieser Aktionäre ist das Ziel der Nationalsozialisten, während das Privateigentum — auch an Produktionsmitteln — sogar unter staatlichen Schutz gestellt wird. Die Aktion der Enteignung des Aktienkapitals wird aufgehoben, wenn der Aktionär Kapitalist im schaffenden Sinne geworden ist, wenn er statt der Dividenden, Tantiemen usw., den „Arbeitslohn“ evtl. auch höheren, als seine Dividenden ausmachen, bezieht.

Diese ganze mystische unrealistische Einstellung des Nationalsozialismus ist vollkommen bewußt zur Vertuschung der Klassengegensätze geschaffen worden, die bei einer scharfen Grundlegung im Nationalsozialismus auftreten würden.

In der Praxis haben die Nationalsozialisten ständig die Interessen der Großaktionäre vertreten. Alle Subventionen an Großkapitalisten, auch der bankrotten Bankinstitute, die doch nur das raffende Kapital und den Zinswucher vertreten, haben sie bewilligt. Dagegen haben sie in reaktionärer Weise alle Arbeiterforderungen in den Parlamenten niedergestimmt.

Allgemein muß unter dem raffenden Kapital des Nationalsozialismus jenes Kapital verstanden werden, das in Marxscher Beziehung nicht unmittelbar mehrwerthekend ist. Also das Handels- und Kaufmannskapital und vor allem jene Form des modernen Finanzkapitals, welches nicht in die Mehrwertproduktion eingegangen ist, sondern wartet, verwertet zu werden. Marxistisch liegen die Dinge vollständig klar, aber in der nationalsozialistischen Theorie bestehen die größten Unklarheiten.

„Seine (des Kaufmannskapitals W. W.) Existenz und Entwicklung zu einer gewissen Höhe ist selbst historische Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, 1. als Vorbedingung der Konzentration von Geldvermögen und 2. weil die kapitalistische Produktionsweise Produktion für den Handel voraussetzt, Absatz im großen und nicht an den einzelnen Kunden.“ („Kapital“ 3 Bd., I, S. 311.)

Aber damit wird eine Legende der Nationalsozialisten zerstört. Selbst von den bürgerlichen Ökonomen, wie Sombart, eine Kapazität, die bei den Berliner nationalsozialistischen Studenten in den Diskussionen als Gegner von Marx immer erwähnt wurde, ist die Entwicklung des Kaufmannskapitals als die Vorbedingung für die kapitalistische Produktionsweise oft genug erwähnt worden. Auch Oppenheimer, der durch seine Bodenreformgedanken, durch seinen Kampf gegen das Wucherkapital, gegen die Bodenspekulation u. a. sehr viel Ähnliches mit den nationalsozialistischen Theorien hat, betont immer wieder, daß der Kapitalismus geboren wurde durch Mord, Raub, Plünderung usw. Für Oppenheimer ist der Kapitalismus sogar eine außerökonomische Störung. („Die soziale Frage und der Sozialismus“, 1913, These VI.) Diese These ist natürlich vollkommen falsch, weil gerade der Unterschied zwischen dem durch Raub und Mord akkumulierten und dem durch die Mehrwertproduktion akkumulierten Kapital nicht vorhanden ist. Weder in historischer, noch in ökonomischer Beziehung. Bleiben wir beim Kaufmannskapital, das eben nur eine Form des „raffenden“ Kapitals darstellen könnte, so ist mit Marx zu sagen:

„Innerhalb der kapitalistischen Produktion wird das Kaufmannskapital von seiner früheren selbständigen Existenz herabgesetzt zu seinem besonderen Moment der Kapitalanlage überhaupt!“ (ebenda, S. 311.)

Und daraus folgt, daß es für den Kapitalismus vollständig gleichgültig ist, ob es in der Form des „raffenden“ oder „schaffenden“ Kapitals existiert,

kurzum die Entwicklung des Kapitalismus verwischt beide vollkommen unrichtigen Begriffe und etabliert sich als kapitalistische Produktionsweise, die Mehrwert schafft in der Verwertung der Arbeitskraft. Von dieser Verwertung hängt die kapitalistische Produktionsweise mit ihren verschiedenen Kapitalverwertungen ab. Für das Kapital wird es daher gleichgültig, ob es als Leih-, Börsen-, Handels- oder industrielles Kapital existiert, ob es Kanonen, Kochtöpfe oder sonst was produziert. Entscheidend ist die Mehrwertrate als Ausdruck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Aufhebung der Ausbeutung kann daher nur durch die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Besitz an Produktionsmitteln in den Händen des Kapitals und dem Nichtbesitz in den Händen der eigentlichen Produzenten vorschgehen.

Abschaffung des Zinses

Die Nationalsozialisten wollen den Zins aufheben und damit die Zinsknechtschaft beseitigen. Sie machen den großen Fehler, daß sie den Zins als eine außerökonomische Funktion betrachten. Sie schweben wie bei allen ihren sonstigen theoretischen Erwägungen in einem luftleeren Raum. Wie die ehemaligen Anarchisten philosophieren sie über die Abschaffung des Geldes. Aber die Anarchisten waren klügere Leute als unsere Nationalsozialisten. Diese wollen die Funktion des Geldes nur ersetzen. Sie wollen das Geld beibehalten, aber mit einer anderen Deckung. Sie wollen nicht das Gold, sondern eine andere Fiktion. Sie wollen Darlehenskassenscheine, oder die Roggenmark, als Deckungsunterlagen für die Zirkulation des — Geldes. Dabei wird die Funktion des Geldes in der kapitalistischen Wirtschaft vollkommen verkannt. Geld ist noch nicht Kapital, sondern wird es erst in der Anwendung, in der Funktion als mehrwerthekend, als Kapital im industriellen und kapitalistischen Produktionsprozeß.

Je nach der augenblicklichen Konjunktur haben die Nationalsozialisten die Frage des Zinses und des Ersatzgeldes in den Vordergrund gestellt. In der jetzigen akuten Kreditkrise mit den vielen kleinen und mittleren Bankpleiten steht die Frage der Reichskassenscheine im Vordergrund. In der Periode der vielen Bauernpfändungen, der konjunkturell gesteigerten Agrarkrise haben sie die Roggenmark propagiert. Eine vollständige Klarheit über die Währungsfrage haben sie nicht gebracht. Sie haben die Vernichtung der Währung, die Inflation gefordert, aber die Angst vor der eigenen Courage hat sie den Gedanken nicht weiter verfolgen lassen.

Aber in einem besteht vollständige Klarheit: sie fordern die Abschaffung des Wucherzinses. Nicht konkret, sondern propagandistisch. Denn von den Theoretikern des Nationalsozialismus ist diese Frage nicht in ihrer Realität untersucht worden. Sie wollen die Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaft und haben nie gefragt, ob der Zins nicht eine ebensolche kapitalistische Funktion erfüllt und erfüllen muß wie das gesamte Kapital. Der Zins ist nicht nur — um in der Terminologie des Faschismus zu bleiben — eine Folge des „raffenden“ Kapitals, sondern sowohl historisch wie ökonomisch eine der entscheidenden Ursachen der Akkumulation des Kapitals. Mit Recht haben einige Vertreter der bürgerlichen Ökonomie darauf hingewiesen, daß der Zins entscheidend ist für die anhaltende Steigerung der kapitalistischen Produktion. Heute gibt es eine ganze bürgerliche Schule, die den Konjunkturaufbau von der Flüssigkeit des Kapitals und von der Zinshöhe abhängig macht.

Verneinen die Nationalsozialisten die Bedeutung des Zinses, so befindet sich auch die bürgerliche Schule in einem großen Irrtum, indem sie die Rolle

des Zinses überschätzt. Der Zins ist nicht die Ursache oder das Hauptübel der kapitalistischen Produktion, sondern der in dieser produzierte Profit in den Händen der Kapitalisten. Vom Profit ist die Höhe des Zinses abhängig. Steigt die Produktion und der Profit, steigt der Zinssatz ebenfalls — wie er umgekehrt fällt. Ist das flüssige Kapital ganz in die Produktion und Wirtschaft investiert, tritt eine Kapitalknappheit ein — meistens im Höhepunkt der Konjunktur —, dann steigt der Zinssatz sehr schnell. Der Zinssatz ist somit ein gewisser Gradmesser der Kapitalanspannung. Die Verwertungsbasis des Kapitals ist aber nicht durch den Zinssatz bestimmt, sondern durch die Profitrate. Von der Profitmasse stellt daher nur der Zins einen Teil dar, und zwar entsprechend der Anspannung des investierten fremden Kapitals.

Wollen die Nationalsozialisten nicht allen Zins abschaffen, sondern nur den Wucherzins, wie es ihrem ganzen halben Programm entsprechen könnte, so vergessen sie, daß der Wucherzins eben nur eine Begleiterscheinung des Wucherprofits ist, den sie angreifen wollen.

Die Autarkie

Der Nationalsozialismus ist spezifisch deutsch, als Faschismus ist er international und verbrüdet sich mit sämtlichen reaktionären Ländern. Dies hat auch Mussolini scharf hervorgehoben, indem er sagte:

„Der Satz, daß der Faschismus kein Ausfuhrartikel sei, bedarf der Korrektur, denn der Faschismus als Idee und Doktrin der Leistung ist universell. Italienisch in seinen Einrichtungen, universell dem Geiste nach. Man kann also an ein faschistisches Europa denken, das seine Einrichtungen auf der Doktrin und der Praxis des Faschismus aufbaut.“

Das spezifisch Deutsche des Nationalsozialismus ist aber seine Beschränkung auf einen Raum, der nicht identisch sei mit dem jetzigen Deutschland, sondern infolge des „großdeutschen“ Gedankens nach dem Osten seine weitere Ausdehnung findet.

Dieses Programm wird in den bäuerlichen Kreisen des Nationalsozialismus besonders propagiert, während in den industriellen Bezirken die Forderung nach Kolonien in den Vordergrund gestellt wird.

Warum? Weil in den ländlichen Bezirken die Unkenntnis vorhanden ist, daß das heutige Deutschland mit seinen Industrien sich nicht selbst genügen kann, vom Ausland die Rohstoffe beziehen muß und seine Industriewaren exportieren muß, weil vor allem verschwiegen wird, daß Deutschlands Landwirtschaft nicht ausreichend ist. Der Ausweg im Osten ist auch deswegen kein Ausweg, weil in Polen die Agrarkrise herrscht. Erst in der Sowjetunion existiert eine Landwirtschaft, wo die Agrarkrise halt machen muß. Dahin richtet sich die ganze Aufmerksamkeit des nationalsozialistischen Vorstoßes.

Wir haben heute die kapitalistische Weltwirtschaft und Infolgedessen auch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise. Die Forderung der Autarkie ist eine überwundene Anschauung einer vergangenen Wirtschaftsepoche und war besonders ausgeprägt unter dem Merkantilssystem. Die heutigen Monopole entwickeln sich zu internationalen Verbindungen. Ihr Streben geht dahin, auf dem Inlandsmarkte die Preise hochzuhalten, um billig exportieren zu können. Wenn in Anknüpfung an diese Erscheinungen von der heutigen Wirtschaft als von einer autarkischen gesprochen wird, so entspräche diese wegen des Exports nicht den nationalistischen Theorien. Außerdem ist in der kapitalistischen Wirtschaft mehr denn je der Export um so notwendiger,

da die Weltwirtschaftskrise fortschreitet. Das verstärkte Dumping ist keine Erscheinung der Autarkie, sondern — wie das Wort auch modern geworden ist in den letzten Jahren — der Weltwirtschaftskrise.

Bei der Höhe der industriellen Entwicklung Deutschlands ist die Forderung der Autarkie eine Unmöglichkeit. Dagegen ist die Erlangung von Kolonien eine Forderung, die durchaus den imperialistischen Tendenzen im Nationalsozialismus entspricht.

Die Ständewirtschaft

In Ermangelung der eigenen Ideen hat der Nationalsozialismus die Ständeorganisation als die Organisation des Dritten Reiches ausschließlich vom italienischen Faschismus übernommen. Die Voraussetzung ist die alte bürgerliche Anschauung, daß alle Beteiligten am Wirtschaftsprozeß — außer Juden, aber alle Kapitalisten und Arbeiter — nicht nur Beteiligte, sondern auch Schaffende sind. Der Kapitalist arbeitet nach dieser alten Mär unter Umständen mehr als ein Arbeiter und hat deswegen auch mehr als ein Arbeiter zu beanspruchen.

Aber alle diese Anschauungen gehen an der Tatsache vorbei, daß der Kapitalist allein über das Produkt und dementsprechend auch über den Profit verfügt und daß die Akkumulation nicht nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern nach den rein kapitalistischen des Kapitalisten oder des Monopols vonstatten geht.

An diesem Verhältnis will der Nationalsozialismus auch nichts ändern, vielmehr die kapitalistischen Verhältnisse erhalten. Darum die Ständewirtschaft nach dem italienischen Muster. Organisiert und zusammengeschlossen wird nur die Unternehmerklasse, während die Arbeiterklasse entsprechend der kapitalistischen Praxis nicht als eigentlicher Produzent, sondern als auszubeutende Klasse oder Stand betrachtet wird.

Die Erhaltung dieser Ausbeutung, die Befestigung der kapitalistischen Produktion, die Errichtung der Diktatur gegen die Arbeiter, das ist das Ziel des Nationalsozialismus, wobei die theoretische Unklarheit gerade ein Mittel ist, die Arbeitermassen für die dunklen Ziele einzufangen.

„Mit der Revolution von 1848 ging auch dem gebildeten Deutschland jener große theoretische Sinn verloren — der Sinn für die rein wissenschaftliche Forschung, gleichviel ob das erreichte Resultat praktisch verwertbar war oder nicht, polizeiwidrig war oder nicht — und nur bei der Arbeiterklasse besteht der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort. Hier ist er nicht auszurotten; hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben, im Gegenteil, je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter. Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“

(Engels „Ludwig Feuerbach“, Seite 46/69.)

Was ist die Binnenmark?

Von Jürgen Kuczynski

Die Nationalsozialisten fordern die Einführung der Binnenmark und erklären, mit dieser Binnenmark eine Inflation machen zu wollen, was aber nichts schade, da ja hinter der Binnenmark die deutsche Arbeit stünde.

Das ist in kurzen Worten der Grundzug der nationalsozialistischen Geldtheorie. Und zugleich ist dies das Programm der Schwerindustrie. Die klassenmäßige Bindung des Programms ist also klar. Es handelt sich um einen neuen kapitalistischen „Ausweg“.

Was steckt dahinter? Was antwortet man darauf?

Zunächst: Warum soll eine Binnenmark eingeführt werden?

Es soll eine Reichsmark wie heute geben, und eine Binnenmark, die nicht im Ausland, sondern nur in Deutschland gilt. Die Reichsmark soll dazu benutzt werden, um Auslandsschulden zu bezahlen. Sie ist wertheständig und gesichert. Sie gelangt nur in die Hände der Kapitalisten. Sie ist Kapitalistengeld.

Die Binnenmark wird hauptsächlich zur Bezahlung der Löhne und Gehälter verwandt werden. Wie die Reichsmark eine Kapitalistenmark ist, so ist die Binnenmark eine Proletenmark.

Während aber die Kapitalistenmark eine Art von Goldmark ist, ist die Proletenmark, die Binnenmark, eine Papiermark, die entwertet werden soll.

Die Nationalsozialisten wollen also die Inflation. Aber sie und die hinter ihnen stehenden schwerindustriellen Kreise wollen eine andere Art von Inflation als wir vor 10 Jahren hatten, eine viel grausamere, viel gemeinere Art von Inflation. Eine Inflation, die für die Kapitalisten nicht die mindesten Nachteile hat, und zugleich eine Inflation, der auch das Ausland, der internationale Kapitalismus ohne große Bedenken zustimmen wird.

Sie wollen eine Inflation, die sich ausschließlich auf das Proletariat, auf die Massen der Werktätigen beschränkt. Durch die Binnenmark wird die Inflation und ihre Wirkung auf das Proletariat und den kleinen Mittelstand beschränkt. Die Großkapitalisten haben ja ihre wertbeständige Reichsmark.

Wir brauchen hier nicht näher zu schildern, wie eine solche Inflation allergrößte Ausbeutung, eine noch stärkere Senkung der Lebenshaltung als wir sie heute schon haben, für die werktätigen Massen mit sich bringt.

Aber die Nationalsozialisten sagen, eine Inflation macht nichts, denn hinter der Binnenmark steht ja die Arbeit des deutschen Volkes.

Das ist natürlich ein Unsinn. Entweder herrscht Inflation, dann steigen die Preise und die Lebenshaltung sinkt. Oder es herrscht keine Inflation, das umlaufende Papiergeld wird zwar vermehrt, aber die Preise steigen nicht, denn auch die umlaufende Warenmasse vermehrt sich.

Aber kann sich plötzlich die umlaufende Warenmasse vermehren? Wie wollen die Nationalsozialisten plötzlich den Weg aus der Krise finden?

Durch Arbeitsdienstpflicht, sagen sie

Nehmen wir an, von morgen ab würden plötzlich alle Arbeitslosen zur Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden. Die Betriebe arbeiten wieder voll. Es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr. Eine Unmasse von Waren werden hergestellt.

Was soll mit diesen Waren geschehen? Wir haben heute schon eine Unmasse von Waren, die nicht abgesetzt werden können. Keiner kann sie kaufen. Nach wenigen Tagen werden die Arbeiter wieder arbeitslos sein, und viele Millionen mehr. Aus der Zwangsarbeit würde Zwangsarbeitslosigkeit

werden. Nicht einen Schritt näher wären wir zur Lösung der Krise gekommen. Hinter der Zwangsarbeit verbirgt sich der militärische Drill, Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion und Streikbrechergarden zu Kommißlöhnen, — das ist alles, was uns die Durchführung dieses Vorschlages bringen würde.

Warum wird es aber unter dem Sozialismus anders sein? Unter dem Sozialismus werden plötzlich Millionen von Arbeitslosen wieder arbeiten. Die Maschinen werden wieder laufen. Und gewaltige Warenmassen werden produziert werden.

Warum werden sich die Waren nicht auf riesigen Lagern häufen? Sehr einfach deswegen, weil wir das Privateigentum abschaffen werden. Dann werden keine Privatkapitalisten mehr da sein, die den Arbeitern Kullilöhne in entwertetem Gelde zahlen, so daß die Arbeiter keine Waren kaufen können, sondern die Arbeiter werden die Herren der Fabriken sein, und was sie produzieren, gehört ihnen, und nicht, wie unter den Nazis, dem privatkapitalistischen Unternehmer.

Der kulturelle Aufbau in der Sowjetunion

1. Liquidierung des Analphabetentums

Der Fünfjahrplan in der Sowjetunion hat nicht nur das Ziel, die Sowjetunion zu industrialisieren, wie es von bürgerlicher Seite übermäßig betont wird, sondern vor allem den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen, der Arbeiterschaft einen außerordentlich hohen Lebensstandard zu geben und damit das kulturelle und gesellschaftliche Niveau zu heben und sozialistisch umzugestalten.

Der Zarismus war das rückständigste Herrschaftssystem. Bildung und Aufklärung für die breiten Massen waren nicht nur verpönt, sondern wurden bekämpft. Dagegen wurde der Aberglaube in jeder Form gefördert. Kein Wunder, wenn die Führerschaft des Proletariats in der Revolution die größte Aufmerksamkeit auf die Förderung des Schulwesens, der Aufklärung und der Wissenschaften legte. Statistiken über die Zahl der Analphabeten im alten Rußland waren selten und ihre Vergleichbarkeit mangelhaft. Folgende Uebersicht zeigt unter den Baumwollarbeitern die Prozentzahl der Analphabeten in verschiedenen Jahren und Gebieten:

	Jahre	Männer	Frauen	zusammen
Moskauer Bezirk	1879—1885	56,9	94,1	70,6
Europäisches Rußland . .	1897	46,1	79,8	62,6
Sowjetunion	1918	23,5	63,0	48,5
Lenninger, Moskauer und Iwanowsker Bezirke . .	1929	6,3	28,1	20,2

Während der Zarismus in den Jahren 1879 bis 1918 das Analphabetentum um etwa 21,1 Prozent verringerte, hat die Sowjetunion in den ersten elf schweren Jahren eine Verringerung um 59,3 Prozent zu verzeichnen. So war es gelungen, unter den Metallarbeitern 1929 das Analphabetentum vollständig zu liquidieren und unter der gesamten männlichen Arbeiterbevölkerung stark einzudämmen. Dabei ist noch charakteristisch, daß 1929 nur unter den älteren Arbeitern das Analphabetentum vorhanden war. Folgende Uebersicht

zeigt die Altersgliederung des Analphabetentums in der Baumwollindustrie im Jahre 1929:

	Analphabeten im Frühjahr 1929 nach Alter und Geschlecht			
	bis 22 Jahre	23—29 Jahre	30—39 Jahre	über 40 Jahre
	(in Prozenten)			
Frauen	4,9	10,9	24,3	45,8
Männer	2,1	7,1	20,4	43,7

Die Ziffern zeigen, daß das Analphabetentum im Jahre 1929 nur bei den alten Arbeitern ausgeprägt, dagegen bei der Jugend im Verschwinden war. Zu gleicher Zeit zeigt die größere Masse der Analphabeten unter den Frauen, die Unterdrückung der Frauen im alten Rußland. Dazu muß noch bemerkt werden, daß nach dem alten russisch-orthodoxen Kodex (Kirche und Staat) die Frauen keine „Seele“ besaßen und damit auf vielen bürgerlichen Gebieten kein Recht besaßen.

Die Sowjetregierung hat die Verhältnisse grundlegend geändert. Sie hat nicht nur das Analphabetentum und die Unwissenheit grundlegend bekämpft, sondern vor allem auch die Basis geschaffen, auf der eine Bekämpfung überhaupt möglich ist. Sie hat Schulen geschaffen auch für die alte Generation, hat den Eifer gefördert und alle Möglichkeiten für jeden Arbeiter zur Weiterbildung geschaffen.

Die Sowjetunion konnte so schnell die geistigen Verhältnisse und die Struktur der großen Bevölkerung ändern, weil die ökonomischen Verhältnisse selbst geändert wurden, weil der Arbeiter an die Spitze der Gesellschaft sich stellte, kurzum, weil die Revolution in der Sowjetunion eine sozialistische ist.

Während im Jahre 1914 etwa 7,2 Millionen Kinder die Elementarschule und nur 0,6 Millionen die Mittelschule besuchten, stieg die Zahl der Grundschüler von 10,4 Millionen im Jahre 1929 auf 17 Millionen Grundschüler im Jahre 1931. Dazu kommen jetzt 2 Millionen Mittelschüler, so daß sich die Zahl der Grundschüler mehr als verdoppelt und die der Mittelschüler vervierfacht hat.

Außerdem bestehen die Erwachsenen-Grundschulen, die für die Schwachgrammatiker jederzeit eine Weiterbildung ermöglichen. Um sich ein Bild der Entwicklung der Grund- und Mittelschulen in der Sowjetunion für die Jugend zu geben, seien folgende Ziffern angeführt:

	Zahl der lernenden Kinder (in Tausenden)				
	1914	1928	1929	1930	1931
Kindergarten	—	128,4	173,2	318,2	620,7
Kinderspielflächen unter Aufsicht	—	328,6	581,2	1 753,5	4 222,8
Schulen für Anfänger (1.—4. Lehrstufe)	7235,9	10 375,9	10 452,5	11 775,5	17 342,3
Schulen für Fortgeschrittene (5.—9. Lehrstufe)	564,6	1 436,0	1 444,9	1 599,2	1 980,2

Besonders in den entfernten Gebieten, in den Gebieten mit eigener Sprache, hat die Sowjetregierung das Schulwesen ausgebaut. Sie hat im Gegensatz zu der Politik der Unterdrückung durch die Zarenregierung die Selbständigkeit der verschiedenen Sprachengebiete gefördert, hat Schulen und Universitäten errichtet und alle Möglichkeiten der eigenen Schulregie geschaffen.

II. Der sozialistische Aufstieg

Das Ziel der Sowjetunion, den Sozialismus aufzurichten, kann nur durch Entfaltung aller regsamen Kräfte in der Arbeiter- und Bauernschaft durchgeführt werden. Die Erfüllung des Fünfjahrplans erfordert viele neue Kräfte in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik. Nach einem Beschluß im vergangenen Jahre, die Polytechnisierung der Schulen durchzuführen, sind in den Schulen und Hochschulen die Verbindungen mit den Betrieben aufgenommen worden.

Die Sowjetunion braucht Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit wurde 1930 liquidiert. Das Tempo des Anstiegens der Arbeiterschaft in der Sowjetunion wird durch folgende Ziffern charakterisiert:

	Zahl der industriellen Arbeiter und Angestellten. (in Tausenden)		
	1929	1930	1931
Industrie	3761	4636	5159
Bauwesen	923	1598	2010
Transport und Verkehr	1422	1668	1870
Versorgung	704	848	938
Kredit	114	122	122
Verwaltung	2490	2609	2766
Diverse Wirtschaftszweige	103	109	114
Tagelohnempfänger	475	428	364
Insgesamt mit landwirtschaftlichen Arbeitern	12 394	14 587	16 300

Diese gewaltige Steigerung der Arbeiterzahl in der Sowjetunion geht parallel mit einem gewaltigen Ausbau aller Produktions- und Wirtschaftszweige, die eine immer größere Zahl von qualifizierten Arbeitern fordern.

Könnte in der ersten Periode des sozialistischen Aufbaues die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, so brachten die folgenden Jahre schon einen Arbeitermangel, der sich besonders in den qualifizierten Berufen bemerkbar machte. Die Folge war, daß die Sowjetunion schnellstens an die Spezialisierung und Qualifizierung der Arbeitskräfte herangehen mußte. In Abend- und Betriebsschulen wurden die Kader geschaffen. Aber eine endgültige Lösung der Frage ist noch nicht erreicht. Im Gegenteil, die Frage ist aus einer Frage der Qualifizierung zu einer der Hochqualifizierung geworden. An Stelle der Schulung trat die systematische Ausbildung zu Spezialisten.

Diese Ausbildung wurde, besonders für die jüngeren Arbeiter, an den Hochschulen und Universitäten durchgeführt, wo der Uebergang von der Betriebsarbeit durch die Arbeiterfakultäten ermöglicht wurde. In den letzten Jahren zeigt sich auf dem Gebiete der höheren Schulung eine große Steigerung. Folgende Übersicht zeigt die Entwicklung:

	Zahl der Studierenden an den technischen Instituten. (in Tausenden)			
	1928	1929	1930	1931
Hochschüler	191,5	218,2	291,4	358,2
Mittelschüler	183,1	316,3	578,7	609,8
Betriebsschulen	153,3	163,3	568,9	1197,8
Arbeiterfakultäten	56,6	68,2	247,5	331,7

Der Fünfjahrplan ist auf dem Gebiete der Heranbildung proletarischer Kader bereits erfüllt, und nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem ist das

geistige Niveau außerordentlich gesteigert worden. Wenn in der bürgerlichen Literatur gegen die Sowjetschulung und Ausbildung gekämpft wird, wenn argumentiert wird, daß die Ausbildung einseitig sei, so ist diese Argumentation eben bürgerlich und falsch. Sie geht davon aus, daß die Schüler und Studenten vorerst mit dem bürgerlichen, das heißt kapitalistischen Bewußtsein erfüllt werden müßten, ehe sie sich spezialisieren. In der Sowjetunion wird dagegen das marxistisch-leninistische Wissen zu einer Voraussetzung, die auf den Hochschulen nur vertieft zu werden braucht. Die Hochschule ist eine Spezialschulung, natürlich marxistisch-leninistisch, die alles auf größtmögliche Spezialisierung einstellt.

Die Sowjetunion braucht für die nächste Zukunft vor allem viele und tüchtige Spezialisten für den Produktionsprozeß. Die alten technischen und wissenschaftlichen Kader sind zum größten Teil gewonnen worden, aber ihr Umfang ist zu schwach. Im Jahre 1917 gab es im alten Rußland 4200 Wissenschaftler, gegenwärtig sind es ungefähr 21 000. Ihre Zahl erhöht sich andauernd. Die jungen wissenschaftlichen Kräfte haben dabei den alten noch voraus, daß ihre Ziele und Kenntnisse ganz in der Richtung des sozialistischen Aufbaues liegen, daß sie vollständig zuverlässig sind, daß sie marxistisch-leninistisch in Theorie und Praxis sind. Sie sind Spezialisten, aber mit der Grundidee des Marxismus-Leninismus, die universalistischer ist als die ganze bürgerliche Wissenschaft. Aus diesen Gründen fällt auch das Gestammel der bürgerlichen Beobachter über die Einseitigkeit der jungen Fachkräfte in der Sowjetunion vollständig zusammen.

III. Kulturelle Perspektiven

Welche neuen Aufgaben sich der sowjetistischen Wissenschaft gestellt haben, welche neuen Aufgaben noch gelöst werden müssen, ergibt sich aus dem grandiosen schnellen Tempo des Aufbaues. Schon die Erwähnung der neuen Industriezentren, die Frage der Erforschung der Rohstoffe und Mineralien für Botanik und Geologie, der Bau ganz neuer Städte in den Industriegebieten für die Architekten und Ingenieure, die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen für die Oekonomie, sowie die Gesamtplanung des Wirtschaftslebens in dem neuen Zweig der Sowjetwissenschaft: in der Planwissenschaft, für die bereits neue Institute errichtet sind, in der Frage der realen Reproduktion der Arbeitskräfte für die Psychotechnik und Medizin, die Fragen der Ernährung usw. Im Mittelpunkt aller Wissenschaft steht die Technik, die in den folgenden Jahren die größte Steigerung erfahren wird.

Wenn in der Sowjetunion alle Wissenschaften zusammenarbeiten müssen, wie es aus den wenigen Beispielen ohne weiteres zu ersehen ist, dann kann es keine andere Basis geben als die des Marxismus-Leninismus. Die Fortschritte in der Erkenntnis auf allen Gebieten der Wissenschaften sind groß und haben das gesamte gesellschaftliche Leben der Sowjetunion außerordentlich befruchtet.

Während in den bürgerlichen Staaten die Wissenschaften in der größten Anarchie existieren, ohne bewußte Verbindung miteinander, vielfach gegeneinander arbeiten, die Spezialisierung auf die Spitze getrieben ist, besteht praktisch und theoretisch in der Sowjetunion die Zusammenarbeit aller Disziplinen. Daher auch die großen Erfolge der Sowjetwissenschaften, daher auch in der letzten Zeit die vielen internationalen Kongresse in der Sowjetunion, die trotz des inneren Widerstrebens der bürgerlichen Wissenschaftler dort abgehalten werden und eine Anerkennung der Sowjetwissenschaften bedeuten.

Aber die Sowjetwissenschaften stehen nicht isoliert von den breiten Massen, sondern mitten im gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Die Hochschulen sind öffentlich und jeder Arbeiter kann die Hochschulen aufsuchen. Die Arbeit der Studenten ist keine einseitige, sondern eine gesellschaftliche. Die Betriebe sind die Dirigenten für die Studenten, sie stellen die Studenten für die Arbeiterfakultäten. Dabei leisten alle Wissenschaftler noch Aufklärungsarbeit in den breiten Massen, für die entfernten Gebiete. Alle wichtigen Fragen werden nicht isoliert in den Hochschulen, abgeschlossen für einen kleinen Kreis, sondern in der großen Masse erörtert, wobei die Tageszeitungen einen breiten Raum für alle wissenschaftlichen Diskussionen offenlassen.

Je mehr der sozialistische Aufbau vollendet wird, je mehr sich der Lebensstandard der breiten Massen erhöht, je mehr muß der kulturelle Aufstieg der breiten Massen der Sowjetunion gefördert werden. Diese Perspektiven zeigen sich heute schon in dem Abstand zwischen dem Vorher und Jetzt, zwischen dem kapitalistischen Niedergang und dem sozialistischen Aufstieg der Sowjetunion.

Sozialistische Methoden in den Sprachkursen der Masch!

Je größer die Marxistische Arbeiterschule wird, um so mehr Wissensgebiete neben der eigentlich marxistischen Schulung wird sie berücksichtigen müssen. Dafür bietet die Berliner Masch ein gutes Beispiel. Im ersten Trimester des Lehrjahres 1930/31 wurden bereits 173 Kurse veranstaltet, wobei die zahlreichen Parallelkurse nicht gezählt werden. Das Vorlesungsverzeichnis bringt Kurse fast aller Wissensgebiete. Eine hervorragende Stellung nehmen dabei die Sprachkurse ein, in erster Linie die russischen, aber auch die englischen.

Wichtig ist, daß wir den Sprachunterricht nicht einfach an die übrigen marxistischen Kurse ankleben und einfach nach den alten oder „neuen“ Schulmethoden unterrichten. Von den zahlreichen üblichen Sprachlehrmethoden entspricht nach unserer Ansicht nur die Berlitzsche einigermaßen unserer Forderung: Mit dem geringsten Zeit- und Kraftaufwand den größten praktischen Erfolg zu erzielen.

Aber auch sie hat eine Reihe von Mängeln, die ihre kritiklose Uebernahme für unsere Schulen verhindern. Berlitz stellt von Anfang an die fremde Sprache in den Mittelpunkt des Unterrichts, so wie sie der „normale“, unpolitisch-kleinbürgerliche Engländer usw. gebraucht, die sinnlose Grammatik-paukereien, das Vokabellernen und die Uebersetzungen fallen fort. Nicht das Verständnis von Shakespeare oder Macaulay, sondern die Kenntnis der Alltagssprache wird angestrebt. Das ist gut und anerkennenswert. Die Mängel sind folgende: Der Lehrstoff ist alltäglich-banal. Essen, Trinken, Reisen stehen im Mittelpunkt der Lektionen. Es ist das Leben des reichen Bourgeois, das hier widergespiegelt wird: wie „man“ reist und speist, was „man“ im Luxushotel und auf dem Deck des Ozeandampfers oder in der guten Gesellschaft sagt, das wird gelehrt. Hier zeigt sich die Unzulänglichkeit aller bürgerlichen Sprachmethoden. Die Arbeit der Proleten im Betrieb und in der proletarischen Organisation, die brennenden wirtschaftlichen und politischen Fragen bleiben unberücksichtigt. Dabei ist es doch klar, daß der Kampf um Lohn und Brot und die vielseitige proletarische Kulturarbeit für unsere werktätigen Schüler mit zum Leben gehören, ja daß das Leben unserer englischen und russischen Freunde erst recht verständlich wird,

wenn diese Fragen behandelt werden. Mister Berlitz bringt keine Gespräche auf der Stempelstelle, keine Diskussionen auf den Straßen der Slums. Er wird sich hüten (und er könnte es auch nicht, denn er braucht nicht zu stempeln).

Wir stellen also das Leben des Werktätigen an der Drehbank und hinter dem Schreibtisch in den Mittelpunkt unseres Unterrichts. In den Kursen der Fortgeschrittenen werden Zeitungen gelesen und einfache Diskussionen geführt. Als Grundlage nehmen wir in der Berliner Masch ein auf dem Vervielfältigungsapparat hergestelltes Lehrbuch, dessen Lektionen folgendermaßen eingeteilt sind:

1. Text (Artikel, Diskussion, Brief).
2. Losungen (z. B. „Defend the Soviet Union“).
3. Wörterverzeichnis (mit Aussprachebezeichnung).
4. „Object Lessons“, d. i. ein kurzer Text über die alltäglichen Gegenstände und Handlungen, die im Haupttext behandelt werden (z. B. Haupttext: Die Textilfabrik Object lesson: Kleidung, nähen, anziehen,
5. Grammatische Erläuterungen.
6. Übungen und Aufgaben (keine Uebersetzungen!).

Die fremde Sprache wird überwiegend, aber nicht ausschließlich gebraucht. Es hat sich gezeigt, daß ein Bedürfnis nach kurzer, grammatischer Belehrung besteht. Eine kurze klare grammatische Regel gibt Sicherheit. Nur darf man die Grammatik nicht überschätzen und übertreiben. Die Erfolge, die mit dieser Methode bisher erzielt wurden, sind gut. Von den Fortgeschrittenen stehen mehrere in persönlicher und brieflicher Beziehung zu englischen Freunden. Die Organisation des Briefwechsels und des Zeitungsaustausches sind wichtige Aufgaben des Kursusleiters.

Die außerordentlich starke Beteiligung an dem englischen Anfängerkursus der Berliner Masch machte Anfang November eine Teilung in zwei Parallelkurse notwendig. Sofort wurde ein Wettbewerb zwischen diesen beiden Kursen organisiert.

Folgendes Ziel wurde aufgestellt:

Bis Weihnachten sind

1. 200 Wörter zu lernen (natürlich im Zusammenhang, nicht auswendig!).
2. Zwei selbständige Hausarbeiten von jedem Schüler (mit Anleitung des Lehrers) anzufertigen.
3. Zwei Sonntagsausflüge mit Englisch als Verkehrssprache zu organisieren.
4. Am Schluß des Quartals kollektiv einen Brief nach England zu schreiben.

In beiden Kursen wurden nach kurzer Diskussion Vertrauensleute gewählt, die die Durchführung des Plans überwachen sollen. Zurückbleibende sollen ins Schlepptau genommen werden. Später werden wir die Aufgaben mehr konkretisieren.

Die Begeisterung und die Aktivität bei den Schülern sind sehr groß. Schüler und Lehrer arbeiten an einer gemeinsamen Aufgabe; keiner für sich allein. Jeder ist für jeden verantwortlich, und so wird hier an einer scheinbar abseits liegenden Aufgabe Solidaritäts- und Kollektivgefühl angeregt. Wir organisieren den proletarischen Sprachunterricht mit neuen sozialistischen Methoden.

Otto Mücke.

Verantwortlicher Redakteur: Martin Finkewitz, Berlin O. — Manuskripte, Anfragen und Bestellungen sind an das zentrale Schulbüro der Marxistischen Arbeiterschule, Berlin NO 27, Schicklerstraße 6 (Tel. Kupfergraben E 2 2030) zu richten. Druck: City-Druckerei AG, Berlin C 25. — Für den Verlag verantwortlich: Martin Finkewitz, Berlin O.

IN ALLEN LINKEN
BUCHHANDLUNGEN

KARL LIEBKNECHT VERLAG KG

D-8520 Erlangen

Werner-v.-Siemensstr. 8

Telefon: 09131/24 85 0



**KARL LIEBKNECHT
VERLAG**

DER 2. KONGRESS DER KOMMUNISTI- SCHEN INTERNA- TIONALE-PROTO- KOLL

800 Seiten 21.-DM (Endpreis)

R. Schüller

**WIRTSCHAFTLI-
CHE LAGE UND
WIRTSCHAFTLI-
CHER KAMPF DER
ARBEITERJUGEND**

180 Seiten 5,90 DM (Endpreis)

DER MARXIST

Blätter der Marxistischen Arbeiterschule / II. Jahrg. Heft 2 / Februar 1932

Der Krieg in China und die imperialistischen Gegensätze im stillen Ozean

Willi Winkler

Der Vorstoß Japans in die Mandschurei und nach Schanghai hat die imperialistischen Gegensätze im Fernen Osten, in China und im Stillen Ozean wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Der Krieg gegen die Mandschurei und gegen China ist im Gange. Die bis vor kurzem bewahrte Passivität der großen interessierten Staaten, England, Frankreich und vor allem der Vereinigten Staaten gegen die japanischen Kriegsunternehmungen ist vorüber. Die scharfen Gegensätze, um die anfangs unter der Oberfläche gekämpft wurde, liegen jetzt klar zutage und verlangen eine offene Entscheidung.

Zwei Fragenkomplexe bewegen das imperialistische Problem und die Gegensätze zwischen Japan auf der einen und den anderen imperialistischen Staaten, vor allem den Vereinigten Staaten, auf der anderen Seite: das ist die Frage der Aufteilung Chinas und die Frage der Beherrschung des Stillen Ozeans.

Die chinesische Frage.

China ist ein Kolonialland, welches nicht von einem imperialistischem Land beherrscht wird, sondern durch ein raffiniertes System der gesamten imperialistischen Staaten. Dieses System besteht in der

Exterritorialität und Konsulargerichtsbarkeit, wodurch die ausländischen Kapitalisten machen und tun können, was sie wollen. Sie unterstehen keiner chinesischen Gerichtsbarkeit, während die Chinesen vor diesen ausländischen Gerichten niemals ihr Recht erlangen können. Der Ausländer in China, das sind im überwiegenden Maße die Händler und Kapitalisten, haben dadurch die vollkommene Macht, sie sind personell und juristisch für die Chinesen unantastbar. Dieses System wird noch durch die

Konzessionen und Settlements verstärkt. Ganze Bezirke, Städte und Stadtteile gehören den ausländischen Mächten. Diese Gebiete sind unantastbar und scharf von dem Chinesenviertel abgeteilt. Die Abgrenzung durch Stacheldraht und Schutzmauern ist ein beliebtes Mittel, sowohl den Gegensatz zu demonstrieren, wie auch sich vor der Empörung der ausgeplünderten Werktätigenmassen zu schützen. In diesen Konzessionsgebieten ist natürlich Polizei und Militär in den Händen der ausländischen Imperialisten. So bilden die Konzessionen Stützpunkte der Imperialisten, von denen aus sie jederzeit bereit sind, die Expansion in das innere chinesische Reich durchzuführen. Darüber hinaus besitzen die imperialistischen Staaten ihre

Einflusssphären, die die wirtschaftliche Aufteilung Chinas unter den imperialistischen Mächten anzeigen. Wie Japan in der Mandschurei durch die „Südmandschurische Eisenbahn A. G.“ fast sämtliche anderen

Unternehmen im Norden kontrolliert, so ist der Süden von den Engländern, Franzosen beherrscht. Die Vereinigten Staaten sind hauptsächlich in Mittelchina und im Innern Chinas „vertreten“. Diese Einflußsphären sind das eigentliche Kampfbild des Imperialismus. Während bisher die Vereinigten Staaten von Amerika die Zusammenfassung Chinas, die Demokratie und Republik China befürworteten, wollten die anderen imperialistischen Staaten die Aufteilung Chinas, entsprechend den Einflußsphären, also die vollständige wirtschaftliche und politische Kolonisierung. Der Gegensatz wurde oft von der Tagespolitik verwischt, überbrückt, aber im Grunde war das Ziel die vollständige Unterjochung Chinas unter die imperialistischen Mächte. Dabei spielte die Frage der Vorherrschaft Japans, Englands oder der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Praktisch hat die Kolonisierung Chinas mit der „Zollautonomie“ begonnen. Durch einseitige, zugunsten der Imperialisten, durchgeführten Zoll- und Tarifbegünstigungen wurde die ausländische Kapital- und Wareneinfuhr forciert und das Aufkommen der einheimischen chinesischen Industrie gehindert. Dazu kommen noch die Binnenzölle, die Produktionssteuern, die den inländischen Kapitalisten, die chinesischen Industriellen, treffen, von denen aber das ausländische Kapital ganz befreit ist. Zu gleicher Zeit wurde dadurch noch mehr das Handwerk und das Hausgewerbe vernichtet und der kapitalistische Markt erweitert. Aber dieser kapitalistische Markt war kein freier Markt, auf der Grundlage der freien Konkurrenz, sondern nur ein kapitalistischer Kolonialmarkt, der die ausländischen Waren begünstigte.

Durch diese Maßnahmen der imperialistischen Mächte wurde China ein ausgesprochenes Eroberungsgebiet. Ungeheure Kapitalmassen strömten nach China, um die wirtschaftliche Erschließung vorzubereiten. Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die geringen Lebensansprüche des chinesischen Volkes, die es ermöglichten, hier die billigste Arbeitskraft zu schaffen, die überhaupt der kapitalistischen Ausbeutung zur Verfügung steht. So entfaltete sich sehr schnell eine ausländische Industrie, es entstand ein Markt, der für den Warenexport von großer Bedeutung war.

Die revolutionären Ereignisse in China waren von dem Bestreben getragen, sich vom Auslande unabhängig zu machen, die imperialistische Unterdrückung, die hier die aggressivste Form trug, zu beseitigen. Der Verrat Tschang Kai-scheks hat der chinesisch-nationalen Bewegung ein Ende bereitet, aber zugleich jene wichtigen Gebiete im Süden geschaffen, wo heute die Rote Armee und die Sowjets ihre Herrschaft ausdehnen.

Die chinesische Bourgeoisie kapituliert vor den imperialistischen Mächten und entfesselte den Kampf gegen die Sowjetunion. Die Generalsclique hat den Sieg im Norden davongetragen und den „Kampf“ gegen die Imperialisten abgebrochen. Dagegen hat im Süden die chinesische Sowjetmacht sich zu einem bedeutenden Faktor in der inneren und äußeren Politik Chinas entwickelt, hat sich gefestigt und dem weißen Terror und der Weißen Armee siegreichen Widerstand geleistet. Dieser Kampf geht weiter und kann nur eine Entscheidung zugunsten der Sowjetgebiete bringen, weil die Sympathie und der Kampfwille der Arbeiter und Bauern sich für die Sowjetmacht entschieden hat, und der Faktor, den keine Weiße Armee einkalkulieren kann — die revolutionäre Agitation — in diesem Kampfe entscheidend ist.

Im imperialistischen Lager vollzieht sich eine Verschärfung der Gegensätze. Die Weltwirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen, der Schrumpfung der Märkte, den fallenden Preisen hat die Expansionsbestrebungen aller

imperialistischen Großmächte verschärft. Die Außenhandelsziffern fallen rapid.

Japan, welches etwas später in die Weltwirtschaftskrise einbezogen wurde, hat ebenfalls einen starken Rückgang des Außenhandels zu verzeichnen. Folgende Uebersicht charakterisiert die Krisentendenzen:

Außenhandel Japans in Millionen Yen

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1928	2193,6	1911,7	—281,9
1929	2216,2	2103,7	—112,5
1930	1542,0	1434,6	—107,4
1931	965,7	889,2	—76,5

(1931 nur neun Monate.)

Auffallend dabei ist, daß trotz der scheinbaren Konjunktur bis zum Jahre 1929 der Einfuhrüberschuß anhaltend abnimmt. Den stärksten Rückgang zeigt die Ausfuhr. Diese Tendenzen sind von Bedeutung, da der Kapitalexport ebenfalls sinkt. Nun rechnen alle kapitalistischen Länder mit der Möglichkeit des verstärkten Exports, wobei noch die Erinnerung aus der Vorkriegszeit mitwirkt. War es in der Vorkriegszeit des öfteren möglich, die Krisen durch verstärkten Waren- und Kapitalexport zu beseitigen, wobei der Kapitalexport den Warenexport finanzierte, so ist dieses Verfahren in der jetzigen Krise des Kapitalismus durch vielerlei Faktoren gehemmt und unmöglich gemacht worden.

Nach den Berechnungen des „Economist of Japan“ (vom 1. Januar 1932) gestaltete sich Japans gesamte Kapitalbilanz mit dem Auslande (ohne Außenhandel) folgendermaßen:

1928	1929	1930
	(in 1000 Yen)	
+186 267	+89 830	—14 903

Während in den vorhergehenden Jahren (außer Außenhandel) noch ein Kapitalüberschuß vorhanden war, zeigt sich bereits im ersten Krisenjahr ein Minus von 14,9 Millionen Yen. Dieses Minus ist vor allem auf die Zurückziehung des ausländischen Kapitals aus Japan zurückzuführen. Die Statistik weist nach, daß allein im Jahre 1930 578 Millionen Yen aus Japan zurückgezogen wurden. 1931 sind die Zurückziehungen durch die Kapitalflucht verstärkt worden.

Darin spiegeln sich zu gleicher Zeit die Gegensätze der imperialistischen Staaten wider. Die Vereinigten Staaten haben nach Japan ungeheure Kapitalien und Anleihen gegeben. Unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise werden diese zurückgezogen.

Zu gleicher Zeit sind die imperialistischen Staaten bemüht, sichere und profitbringende Anlagesphären zu finden. Eine Möglichkeit würde sich in China bieten, wäre nicht auch dort die Krise vorhanden, die jeden Profit vernichtet.

Für Japan ist die Mandschurei mit den großen Kapitalmassen von allergrößter Bedeutung. Wirtschaftlich ist die Mandschurei von Japan erobert; die anderen Mächte sind nur ganz gering beteiligt. Darum gilt es für Japan, die Mandschurei auch militärisch und politisch zu besitzen. Der große Einfluß auf dem chinesischen Markte muß gesichert werden, wobei die

Mandschurei eine wichtige Schlüsselposition ist. Die Mandschurei bedeutet die Verbindung mit der Mongolei, mit Sibirien und mit Nordchina.

Damit kommt Japan vollständig in Widerspruch mit den anderen Mächten, besonders mit den Vereinigten Staaten. Ein Rückblick auf die Mächtepolitik im Fernen Osten und im Stillen Ozean zeigt, daß die Vereinigten Staaten bisher immer an der Erhaltung des Gleichgewichts in diesen Gebieten interessiert waren, daß ihnen deshalb der status quo (bisheriger Stand) am wichtigsten erschien. Einige Ausnahmen in dieser Einstellung sind dabei von geringerer Bedeutung. In allen imperialistischen Konflikten im Osten hat Amerika gegen Japan Stellung genommen. Nicht aus purer Bolschewistenfreundlichkeit hat Amerika seinerzeit die Zurückziehung der japanischen und tschechoslowakischen Truppen im Fernen Osten und Sibirien gefordert, sondern weil unter der damaligen Situation eine Stärkung Japans in Sibirien ein Übergewicht Japans im Stillen Ozean bedeutet hätte. Die Washingtoner Neunmächte Konferenz im Jahre 1922 hat dann auch unter dem Druck der Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit Chinas (natürlich unter den bereits gekennzeichneten imperialistischen „Ausnahmen“) festgelegt. Der jetzige Vorstoß Japans in Mandschurei und die Hafenstädte Chinas vernichtet dieses Abkommen und trifft vor allen Dingen die Vereinigten Staaten.

Der Ferne Osten

Aber nicht nur gegen China richtet sich der imperialistische Vorstoß Japans, sondern vor allem gegen die Sowjetunion. Der sozialistische Aufbau, die Begeisterung der sibirischen Arbeitermassen für die Sowjetunion, der Einfluß auf die Nachbarvölker, die unter der imperialistischen Knote ausgebeutet werden, hat ansteckend gewirkt. Gerade diese Tendenzen haben in den Vereinigten Staaten zu einer vorübergehenden Billigung des japanischen Vorgehens geführt. So schrieb die „New York Evening Post“ am 21. November 1931:

„Mit Japan als Schutzposten in der Mandschurei können die westlichen Länder, die Vereinigten Staaten inbegriffen, sich ruhiger und zufriedener fühlen, da jetzt der Ausbreitung der Lehren Lenins unter den Ostvölkern Einhalt geboten wird. Weshalb sollte man nicht die Tatsache feststellen, daß Japan nicht allein aus den Schlachten im Fernen Osten, sondern auch hier als Sieger hervorgeht. Dies, weil die Westmächte heimlich wünschen, Japan möge sich auf dem asiatischen Festlande festsetzen und dort einen neuen Sektor des Schutzringes gegen die Sowjetunion aufrichten.“

Diese Gedanken stammten nicht nur aus Amerika, sondern waren von dem Pariser Korrespondenten mitgeteilt, als Zeichen der westeuropäischen Sympathie mit dem japanischen Mandschureiunternehmen.

Wirtschaftlich ist der Einfluß der Sowjetunion im Fernen Osten gewachsen. Der Außenhandel zeigt eine aufsteigende Linie. Folgende Ziffern charakterisieren die Entwicklung:

Außenhandel der Sowjetunion in Millionen Rubel

	Einfuhr	
aus	1927/28	1928/29
Japan	5,4	7,3
Westchina (Sintsjan)	13,5	13,8
Mongolei	12,1	13,4
China	31,8	20,8
Indien	—	24,8

	Ausfuhr	
nach	1927/28	1928/29
Japan	16,3	14,1
Westchina (Sintsjan)	10,6	16,0
Mongolei	7,7	9,9
China	13,8	10,9
Indien	—	5,7

Besonders den Außenhandel mit der Mongolei konnte die Sowjetunion vergrößern. Diese Entwicklung hat natürlich auch Bedeutung für die politische Gestaltung. Dazu kommt noch die wirtschaftliche Verknüpfung durch die Nordmandschurische Eisenbahn, die durch einen Freundschaftsvertrag mit der chinesischen Regierung gemeinsam verwaltet wird.

Diese Tendenzen und Entwicklung stehen mit der japanischen Einstellung im vollkommenen Widerspruch. Der japanische Imperialismus will sich ausdehnen, um die Wirtschaftskrise zu beseitigen, er muß gegen die Sowjetunion aggressiv werden, um ihren Einfluß zu vernichten.

Auf der anderen Seite aber werden die übrigen imperialistischen Länder stehen, die ein Zustandwerden Japans verhindern.

Der Stille Ozean

In dem Konflikt der imperialistischen Mächte spielt die Frage der Hegemonie im Stillen Ozean eine große Rolle. Dehnt sich Japan in der Mandschurei und in China aus, erhält es einen natürlichen Vorsprung auch im Stillen Ozean. Und hier sind die Interessensphären der großen imperialistischen Staaten. Neben ihren politisch wirtschaftlichen Interessensphären in China besitzen die Amerikaner die Philippinen und weiter ostlich die Japaner die Karolinen. Dazu kommen die englischen Kolonien in Australien und Neu-Guinea; ferner die indischen Kolonien von England, Holland und Frankreich. Jede Erweiterung der Machtsphäre eines imperialistischen Landes stößt auf den Widerstand der anderen imperialistischen Länder. Da die gesamten Gebiete bis auf China aufgeteilt sind, liegt der Konfliktstoff in China.

Notwendigerweise verschärft die Weltwirtschaftskrise die aggressiven Tendenzen. Der Niedergang des Außenhandels zwingt zur verschärften Konkurrenz auf dem geschrumpften Markt. Diese Konkurrenz ist in dem jetzigen Stadium der Krise keine „friedliche“, sondern die imperialistische Konkurrenz, die bewaffnete Konkurrenz um den Markt überhaup.

Dazu kommt, daß für den amerikanischen Kapitalismus die Rohstofffrage besonders akut ist. Die vielen Versuche Amerikas, eine eigene Kautschukbasis zu besitzen, um für die Automobilindustrie den notwendigen Gummi zu besitzen, sind fehlgeschlagen. Die einzige Möglichkeit nach dem jetzigen Kolonialstande, auf den Philippinen, ist zu schwach und produktionstechnisch noch unrentabel. Dagegen gibt es weite Gebiete im Stillen Ozean, die alle Wünsche der Amerikaner befriedigen könnten, aber sie sind in ausländischem Besitz, und dieses Monopol gegen die Vereinigten Staaten ist von England im sogenannten „Stevensonplan“ bis 1926 ausgenützt worden. Die damalige künstliche Kautschukverknappung hat Amerika teuer zu fühlen bekommen.

Ebenso verhält es sich mit dem Rohöl. Außer den Philippinen besitzt Amerika keine Handelsstützpunkte im Stillen Ozean. Der Absatz ist aufgeteilt und im Verhältnis zur großen amerikanischen Rohölproduktion im Stillen Ozean zu gering.

Die geringen Flottenstützpunkte sind bei der dauernden Kollisionsgefahr im Stillen Ozean für Amerika ebenfalls nicht ausreichend.

All dies verstärkt den Willen Amerikas, sich im Stillen Ozean eine breitere Basis nach China hin zu schaffen, und erklärt auch das Interesse der Vereinigten Staaten an der Erhaltung des gegenwärtigen Standes aller Expansionsbestrebungen der anderen imperialistischen Mächte gegenüber. Die Hauptfrage ist die Frage des imperialistischen Vorsprungs bei der weiteren Expansion.

Darum ist der Vorstoß Japans der Auftakt weiterer Spannungen, die durch das vollständige Versagen des Völkerbundes, der sich schützend vor Japan stellte und alle Maßnahmen Japans akzeptierte, mit imperialistischer Gewalt ausgetragen werden müssen. Der Krieg in China und der Mandschurei ist ein Produkt der Weltwirtschaftskrise.

Er leitet eine neue Phase dieser Krise ein.

Die Wirtschaftskrise in Japan

S. Gotow.

I. In der Industrie

Die Lage der japanischen Industrie wird durch die Tatsache charakterisiert, daß die Rohstoffbasis in den Kolonien, dagegen die Verarbeitungsbasis in dem Mutterlande liegt. Folgende Uebersicht zeigt die Verarbeitungs- und Rohstoffbasis in den einzelnen Teilen des japanischen Imperialismus:

	Produktion im Jahre 1927			
	Roheisen	Stahl	Eisenerz	Kohlen
	in Tonnen			
Japanische Inseln	56 000 ¹	50 000 ¹	—	33 531 000
Korea	129 000	—	484 000	700 578
Formosa	—	—	—	1 857 000
Kwantung	—	—	591 000	8 754 000
Sachalin	—	—	—	2539 000

Korea ist schon sehr lange im Besitz des japanischen Imperialismus und deswegen auch von um so größerer Bedeutung. Es ist das Land, welches eine sehr weitgehende eigene Rohstoff- und Verarbeitungsbasis besitzt. Dagegen überwiegt in den anderen Kolonien entweder die Verarbeitungs- oder Rohstoffbasis.

Der Kriseneinbruch hat sich besonders in der Schwerindustrie bemerkbar gemacht. Folgende Uebersicht zeigt die Entwicklung in der Aufschwungsperiode und in der jetzigen Krise:

Im Monats-durchschnitt	Rohseide-	Baumwolle-	Kohlen	Roheisen	Stahl
	Koli	garu			
		1000 B		Tonnen	
	(Index 1921 bis 1925 = 100)				
1921/25 ¹	48 761	100	178,8	100	76 752
1926	65 914	135	217,3	122	92 738
1927	75 223	154	210,9	118	105 776
1928	77 080	158	204,3	114	126 948
1929	87 175	179	232,3	130	126 236
1930	85 082	178	210,4	118	128 014
1931 ²	84 761	174	—	—	179

¹ Nur aus japanischem Erz.

² 1928.

³ Durchschnitt für das Jahr 1925.

⁴ Bis Oktober 1931.

Aber diese Produktionsziffern geben nur einen Ausschnitt aus dem allgemeinen Niedergang der Industrie bis zum Jahre 1930. War 1930 der Niedergang der Produktion noch gering, so ist er im letzten Jahr 1931 noch verstärkt worden. Nach den letzten statistischen Ausweisen betrug die Kohlenproduktion nur 2 073 000 Tonnen im September 1931 gegenüber der Höchstproduktion von 2 663 000 Tonnen im Durchschnitt des Jahres 1929. Das sind immerhin 25 Prozent weniger. Die Roheisenproduktion sank vom durchschnittlich höchsten Stand im Jahre 1930 von 138 014 Tonnen auf 122 805 Tonnen im Juli 1931. Die Stahlindustrie zeigt einen Rückgang von rund 25 Prozent, und zwar von 154 614 Tonnen Stahlproduktion im Durchschnitt 1929 auf 123 184 Tonnen im Juli 1931.

Dabei muß noch betont werden, daß bis in die Monate des vergangenen Jahres auf Vorrat gearbeitet wurde. Mit dem allgemeinen Sinken des Exports fiel auch der innere Konsum, so daß die Vorräte schnell anstiegen. Die Tendenzen der regelrechten Produktionseinschränkung durch Stilllegungen von Anlagen und Werken machen sich bereits mit aller Deutlichkeit bemerkbar. So zeigt die industrielle Krise in Japan eine anhaltende Verstärkung.

II. Die Agrarkrise

Die schnelle Entwicklung des Kapitalismus in Japan hat die breite Bauernmasse außerordentlich schnell zersetzt. Der Großgrundbesitz ist ausgeprägt und das Pachtsystem hat den freien Bauern immer mehr verdrängt. Dazu kommt die internationale Agrarkrise, die den landwirtschaftlichen Betrieb in den kleineren und mittleren Formen kaputtgemacht hat. Die Preise für alle Agrarprodukte sinken. Die landwirtschaftliche Rohstoffproduktion, die Seidenproduktion sinkt, die in vielen Kleinbetrieben durchgeführt wird. Die Ausbeutung durch den Großgrundbesitzer, durch das Finanzkapital wird verstärkt. Der Absatz der Produkte nimmt ab. Der Verkauf wird durch die anhaltende Steuerschraube erschwert. Während der Gesamtindex für den Großhandel von Oktober 1929 von 169 auf 96 im Oktober 1931 zurückgegangen ist, zeigt sich in der landwirtschaftlichen Preisgestaltung ein Rückgang um glatt 50 Prozent innerhalb eines Jahres. Es ist klar, daß unter diesen Verhältnissen die Lage des landwirtschaftlichen Arbeiters, Pächters und Kleinbauern am meisten zu leiden hat.

III. Lage der Industriearbeiterschaft

Die Lage der Industriearbeiterschaft wird durch die Ueberreste der feudalistischen Gesellschaft gekennzeichnet. Besonders in den beherrschten Gebieten mit der ausgedehnten Rohstoffproduktion zeigen sich Verhältnisse, die mit der hohen industriell-kapitalistischen Entwicklung Japans in schärfsten Kontrast stehen. Der Kuli ist kein freier Proletarier. Aber der imperialistische Charakter des japanischen Kapitalismus wird erst durch diese Methode in das rechte Licht gerückt. In keinem Lande sind die Unterschiede zwischen der Arbeiteraristokratie und dem kolonialen Halbsklaven so stark ausgeprägt wie in Japan. Eine Festlegung des Arbeitstages existiert in Japan nicht, wie auch der Arbeitslohn entsprechend dem feudalen Standpunkt der Kapitalisten geregelt werden soll. Die Arbeiterschaft hat sich

In starken Kämpfen gegen dieses System aufgelehnt und durch einzelne Streikaktionen große Positionen erringen können. Aber die allgemeine Lage des Arbeiters hat sich unter dem Einfluß der akuten Krise wiederum verschlechtert.

Selbst nach der offiziellen Statistik, die in keiner Weise den wirklichen Verhältnissen Rechnung trägt, zeigt sich im letzten Jahr folgende Entwicklung der Tariflöhne und des Beschäftigungsgrades:

	1930		1931		
	Okt.	Dez.	März	Juni	August
	(Index 1926 = 100)				
Tariflöhne	94,7	93,7	92,4	91,2	91,0
Beschäftigte	77,9	75,6	74,6	74,3	74,1

In Wirklichkeit sind die Löhne und die Beschäftigtenzahl viel stärker gesunken. Dagegen zeigen trotz des allgemeinen Preisfalls die Kosten der Lebenshaltung keine wesentliche Abwärtsbewegung. Nach denselben amtlichen Angaben zeigte der Kleinhandelspreisindex im letzten Jahr einen Rückgang von 147 (1914 = 100) auf 130 bis Oktober 1931. Die Zölle und Steuern verteuern die Lebenshaltung für den Arbeiter, während Lohnsenkung und Betriebschließung das Niveau der Arbeiter stark herabdrücken. In Japan werden nach Mitteilungen bereits 2 Millionen Arbeitslose gezählt. Die Streikbewegungen nehmen zu und gewinnen an Elan. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die schärfste Unterdrückung gegen jede irgendwie als revolutionär verdächtige Handlungsweise ausgeübt wird. Der Terror unterscheidet sich in nichts von dem westeuropäischen Faschismus.

IV. Außenhandel und Kapitalexport

Die Krise des japanischen Imperialismus wird durch das starke Sinken des Außenhandels am besten charakterisiert. Der ungeheure Preissturz in den wichtigsten Rohstoffen und der fehlende Absatz haben die Krise in Japan besonders verstärkt. Dazu kommt die Schutzpolitik, die die Preise im Lande weniger fallen läßt. Folgende Uebersicht zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren:

	Großhandelspreise (1903—1914 = 100)		Kleinhandels- preis	
	Gesamt- index	Index für Produktions- mittel	Index für Konsummittel	1914 = 100
1927	179	166	192	189
1928	174	169	178	184
Oktober 1929	169	159	179	180
Oktober 1930	111	103	118	147
Oktober 1931	96	90	103	130

Die Preise für Produktionsmittel fallen schneller als für Konsummittel. Der allgemeine Preisfall hat besonders den Export stark betroffen. Wichtig ist für Japan der Außenhandel mit seinen Kolonien und Einflußsphären. Mit den beiden wichtigsten Gebieten, mit Korea und Formosa, zeigt sich folgender Rückgang:

Außenhandel 1930 bis 1931 (Januar bis August)

	Korea (Tschosen)		Einfuhr	
	Ausfuhr		In 1000 Yen	
	1931	1930	1931	1930
Aus und nach Japan	165 787	164 271	136 476	182 975
Aus und nach anderen Ländern	8 108	16 278	39 500	69 884
insgesamt:	173 895	180 549	175 976	252 859
Ueberschuß:	—	—	2 082	72 310

	Formosa (Taiwan)		Einfuhr	
	1931	1930	1931	1930
Aus und nach Japan	160 699	191 853	74 169	79 737
Aus und nach anderen Ländern	13 960	14 345	19 750	32 065
insgesamt:	174 659	206 198	93 919	111 802
Ueberschuß:	80 740	94 396	—	—

Diese Gebiete sind für Japan die Rohstoffquellen. Während 1931 die Ausfuhr aus Korea nach Japan noch gesteigert werden konnte, wenn auch gering, so zeigt der starke Rückgang der japanischen Einfuhr den Grad der Krise. Japan ist nicht mehr fähig, nach seinen Kolonien die Fertigwarenausfuhr aufrechtzuerhalten. Von ebenso großer Bedeutung für Japan ist der chinesische Markt. Diese Bedeutung wird noch größer, wenn man die Zukunft Chinas und die Konkurrenz mit den anderen Ländern berücksichtigt.

Außenhandel Japans mit China (in 1000 Yen)

	(Januar bis Oktober) 1931 1930		(Januar bis Oktober) 1931 1930	
	Ausfuhr		Einfuhr	
Mandschurei	10 560	32 809	32 314	41 111
Nordhafen	48 065	66 388	39 314	43 167
Zentralhafen	84 478	115 031	42 617	45 245
Südhafen	3 644	5 151	7 217	9 332
Kwantung Provinz	54 997	71 770	77 795	107 420
Hongkong	34 674	45 548	366	470
Gesamt:	236 418	339 697	200 225	246 745
Ueberschuß:	36 193	92 952	—	—

In jeder dieser einzelnen Provinzen Chinas zeigt sich ein starker Rückgang, besonders der Ausfuhr. Im Jahre 1929 betrug der Gesamtwarenxport nach China (inklusive Kwantung und Mandschurei) 471 139 000 Yen und ist auf 236 418 000 Yen in neuen Monaten, um mindesten 40 Prozent, gefallen. Dabei hat Japan in den letzten Jahrzehnten eine außerordentliche Position auf dem chinesischen Markt erringen können.

Nach China (Anteil an der Einfuhr in Prozenten)

	England	USA.	Japan	übrige
	Anteil an der Einfuhr in Prozenten			
1870	37,0	0,57	1,95	60,48
1880	26,9	1,47	4,30	67,33
1890	19,0	2,87	5,75	72,37
1900	20,5	7,50	12,60	59,40
1910	14,8	5,20	16,10	63,90
1923	13,0	16,70	22,90	47,40

Während der Anteil der Länder, außer Japan, schwankt, hat Japan einen stets wachsenden Anteil. Der Anteil Englands sinkt fast in demselben Maße. In der Nachkriegszeit sind die Vereinigten Staaten ein großer Konkurrent geworden. Diese Ziffern charakterisieren den Kampf um die Aufteilung Chinas. Hierbei spielt der Kampf um die Vorherrschaft der wichtigsten Gebiete eine große Rolle.

Aber damit ist die Rolle Japans in China keineswegs genügend beachtet. Japan beherrscht nicht nur den Warenmarkt in steigendem Maße, sondern ist selbst sehr stark in der Industrie Chinas tätig. Der jährliche Kapital-export ist vor der Krise im dauernden Ansteigen begriffen. Dabei kommen die imperialistischen Länder in Widerstreit mit den ursprünglichen Wirtschaftsformen, die halb feudalistisch sind, und vor allem mit der durch den Sieg der Konterrevolution unter Tschang-Kai-Schek schnell emporgestiegenen eigenen Bourgeoisie. Die Kohlenindustrie Chinas zeigt in folgender Kapitalverteilung das Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte. 1927 betrugen die Kapitalinvestitionen in dem chinesischen Kohlenbergbau:

Chinesisches Kapital	50 000 000 Dollar = 50 Prozent,
Japanisches Kapital	27 500 000 Dollar = 27,8 Prozent,
Englisches Kapital	22 000 000 Dollar = 22 Prozent,
Deutsches Kapital	250 000 Dollar = 0,2 Prozent.

Diese starke Investiertätigkeit hat Parallelen in allen anderen Wirtschaftszweigen und ist in den letzten Jahren besonders in der Mandchurei durchgeführt worden. Bis zum Januar 1930 hatte Japan 1 468 705 831 Yen in der Mandchurei investiert. Dazu kommt der Warenexport, der eine Verstärkung des Einflusses brachte. Die Entwicklung des japanischen Imperialismus ist mit seiner Machtpolitik in der Mandchurei und Mongolei eng verknüpft.

V. Der imperialistische Vorstoß in die Mandchurei und in China

Ist kein Akt des Selbstschutzes aus einem unerwarteten Zwischenfall, sondern ganz real machtpolitisch und wirtschaftlich imperialistisch bedingt. Die japanische imperialistische Struktur verlangt notwendig diesen Vorstoß. Die große Rohstoffbasis in der Mandchurei ist wichtig im Falle eines Krieges. In der Mandchurei liegen alle für Japan wichtigen Rohstoffe. Ihre Produktion wurde bis zur Wirtschaftskrise gesteigert:

Produktion von	1927	1928	1929	1930
Eisenerz in Tonnen	959 011	710 286	985 671	889 421
Kohlen in 1000 Tonnen	8 960	9 477	9 924	—

Der Einbruch in die Rohisenproduktion im Jahre 1928 ist auf die Nachwirkung der Krise vom Jahre 1927 zurückzuführen. Abgesehen von diesem Einbruch ist die Produktion auf allen anderen Gebieten gesteigert worden. Dazu kommt die Nahrungsmittelproduktion in der Mandchurei. Im Jahre 1930 wurden gewonnen:

Hirse	Weizen	Reis	Sojabohnen
in Tonnen			
28 079 430	10 269 920	3 412 470	42 687 260

Also auch in der landwirtschaftlichen Produktion ist die Mandchurei von großer Wichtigkeit für Japan.

Ausschlaggebend aber für die Besetzung der Mandchurei ist die militärische Position, die sich Japan durch die Besetzung erringt. Militär-

strategisch ist die Mandchurei der wichtigste Vorposten gegen die Sowjetunion. Korea ist durch den bolschewistischen Einfluß unmittelbar bedroht. Aber zugleich beherrscht Japan mit der Mandchurei die wichtigste Bahnlinien nach dem Westen und dem Süden, die Transsibirischen und mandschurischen Bahnen. Sie haben Eingang nach Sibirien, wo ungeheure Reichtümer für den japanischen Imperialismus zu erschließen wären, und garantieren die Herrschaft über das nördliche China — strategisch und wirtschaftlich.

Durch den letzten Punkt kommen die Interessen Japans mit den anderen Mächten vollständig in Kollision. England und Amerika als größere Beteiligte an der Ausbeutung Chinas sehen den militärischen und wirtschaftlichen Einfluß Japans wachsen. Sie wollen beteiligt sein, verlangen die Aufteilung Chinas und treten in Gegenaktion zu dem selbstherrlichen Vorgehen Japans.

Andererseits ist Japan zu einer beschleunigten Aktion gezwungen, um den Kriseneinbruch abzuschwächen. Wenigstens glaubten die japanischen Imperialisten, daß eine vollständige Beherrschung der Mandchurei eine Belebung des Wirtschaftslebens bringen kann.

Die Krise des japanischen Imperialismus und der Krieg in China

W. Bogen

Der japanische Kapitalismus trug schon bei seiner Geburt ausgesprochen imperialistische Tendenzen. Die enge Rohstoffbasis Japans, der schnelle Aufstieg der japanischen Industrie und vor allem die günstige Flotten- und Handelsbasis im Stillen Ozean haben die imperialistischen Tendenzen Japans gefördert.

Die Expansion Japans ist eigentlich nie zum Abschluß gekommen. Im Gegenteil, Japan machte Anstrengungen, sich in den Besitz der großen Gebiete Chinas zu setzen. Dabei haben die schweren Krisen der Nachkriegszeit Japan wohl einen vorübergehenden Abbruch gebracht, aber den Aufstieg des japanischen Imperialismus nicht aufgehalten.

Japan hat heute einen Umfang von 387 862 Quadratkilometer. Dagegen sind die Kolonien und Einflußsphären bedeutend größer. Im eigentlichen Japan wohnen 59 736 704 Menschen, fast ebenso viele wie im Deutschland der Vorkriegszeit. Aber die Bedeutung der japanischen Kolonialländer wird erst bekannt, wenn die Einwohnerzahl in den Kolonien berücksichtigt wird. Diese betrug:

Korea	19,5 Millionen Einwohner
Formosa	4,0 " "
Kwantung	0,7 " "
Sachalin	
Mandchurei	34,0 " "
58,4 Millionen Einwohner.	

Dazu kommen noch die bedeutenden Einflußsphären in China, die nicht direkt als japanische Kolonien bezeichnet werden können, weil der Kampf um die Aufteilung Chinas noch nicht abgeschlossen ist.

Der Bankkrach von 1927 und die Besetzung der Provinz Schantung stehen in einer Linie. Damals gelang es der japanischen Intervention, dank

der Hilfe der verräterischen Kuomintang Regierung, die drohende Industriekrise zu verschieben. Die Diktatur Tschang Kai scheks bedeutete die bürgerliche und kapitalistische „Stabilisierung“, die Möglichkeit, China auf Kosten seiner arbeitenden Klassen auszubeuten. Der ungeheure Kapitalexport Japans ermöglichte den kurzen kapitalistischen Aufschwung. China wurde ein neuer Markt.

Die jetzige Weltwirtschaftskrise hat Japan sehr schnell ergriffen, und wieder denkt Japan daran, die Krise durch eine Ausweitung des Marktes, durch die Besetzung der Mandschurei und Mittelchinas für sich zu beseitigen. Aber der Versuch muß fehlschlagen. Heute wirken die verschiedenen Krisenfaktoren zusammen. Die Krise ist vollständig international, natürlich ohne die Sozialistische Sowjetunion. Es herrscht die internationale Agrar- und Rohstoffkrise, dann die Krise durch die ungeheure Produktionskapazität und den veränderten und vollständig geschrumpften Märkten, so daß alle zyklischen Bewegungen des Kapitalismus nur ganz gering sein können.

Für Japan kann die Mandschurei kein Markt werden, weil in der jetzigen Krise jede weitere Industrialisierung der Mandschurei die Produktionskapazität mehr erweitert als den kapitalistischen Markt. Darum muß dieser Versuch, die Krise zu beseitigen, fehlschlagen. Aber das Ziel Japans ist, die Mandschurei fest zu besetzen, jeden anderen Einfluß zu beseitigen, vor allem den wachsenden Einfluß der Sowjetregierung auf die mandschurischen Arbeiter, und darüber hinaus, eine geeignete Angriffsbasis gegen die Sowjetunion herzustellen.

Der wirtschaftliche Beherrschung der Mandschurei durch das japanische Kapital ist endgültig die politische Herrschaft des japanischen Imperialismus gefolgt. Die Mandschurei ist eins der wichtigsten Gebiete. Infolge seiner Größe von 1 206 272 Quadratkilometer und dem bereits okkupierten Gebiet von Kwantung mit 3584 Quadratkilometer und der stark zunehmenden Bevölkerung, die jetzt auf 34 074 980 Einwohnern in der Mandschurei und auf 939 114 in der Provinz Kwantung angeschwollen ist, haben diese Gebiete für den japanischen Imperialismus eine außerordentliche Bedeutung.

Dazu kommen die großen Erz- und Kohlenvorkommen mit 27 111 243 000 Tonnen Vorrat, die von den Japanern ausgebeutet werden. Für die Kohlenindustrie ist wichtig, daß ein großer Teil im Tagbergbau gewonnen wird. Folgende Ziffern zeigen die Entwicklung des Kohlenbergbaues:

Kohlenbergbau			
Jahresproduktion in 1000 Tonnen			
1926	8139	davon im Tagbergwerk	6563
1927	8900	" " "	7096
1928	9477	" " "	7036
1929	9924	" " "	7314

Diese Steigerung der Kohlenindustrie hängt zusammen mit dem konjunkturellen Aufschwung Japans bis zum Jahre 1929. Bereits um die Jahreswende 1929/30 setzt sich die Weltwirtschaftskrise mit aller Gewalt durch.

In der Eisenindustrie der Mandschurei sehen wir ähnliche Bewegungen. In der Eisenerzförderung zeigt sich das Bestreben der Japaner, die Rohstoffbasis nach Korea zu verlegen. Aus diesem Grunde sehen wir eine Abnahme der Roheisenförderung. Die gesamten Erzvorräte in der Mandschurei werden auf 697 830 000 Tonnen beziffert, ein außerordentlich großer Vorrat.

Die Abnahme der Eisenerzförderung im Jahre 1930 ist ein Symptom der großen Krise in der Mandschurei, die unter dem Einfluß des japanischen Imperialismus verstärkt wurde. Der in der Nachkriegszeit ungeheuer gesteigerten Produktionskapazität fehlt der Markt, wobei die japanische Industrie in den eigenen Produktionsgebieten die Produktion besonders zu fördern versuchte. Dagegen zeigt die Verarbeitung von Eisen eine anhaltende Steigerung während der ganzen Periode des konjunkturellen Aufschwungs. Die jährliche Produktion von Roheisen in Japan betrug:

Roheisenproduktion in Tonnen	
1926	216 054
1927	233 954
1928	283 667
1929	294 158
1930	373 493

Der Bankenkrach im Jahre 1927 in Japan hat sich auch in der Mandschurei bemerkbar gemacht. Zwar ist nicht von einem eigentlichen Kriseneinbruch zu sprechen, aber das Tempo der Konjunktur wurde doch wesentlich unterbrochen. Besonders in der verarbeitenden Industrie zeigt sich im folgenden Jahre 1928 ein teilweiser Niedergang, der im Jahre 1929 von dem konjunkturellen Höhepunkt beseitigt wurde. Folgende Übersicht charakterisiert die Entwicklung der Gesamtindustrie:

Industrie in der Mandschurei				
Ende	Zahl der Fabriken	Gesamtarbeitstage in · 1000		
		Japaner	Chinesen	insgesamt
1926	655	1779	9 550	11 329
1927	747	1507	10 486	11 993
1928	748	1455	10 513	11 969
1929	789	1515	12 019	13 571

Bedeutend umfangreicher und tiefer ist der Einbruch in die Wirtschaft der Mandschurei in den Jahren 1930/31 und auch heute. Am klarsten kommt dies in den Abrechnungen der „Südmandschurischen Eisenbahn A.G.“ zum Ausdruck. Diese Gesellschaft wurde 1907 gegründet und ist nicht nur eine Eisenbahngesellschaft, sondern eine Holdinggesellschaft, die auch die Hafenanlagen, die Bergwerke, Eisen- und Hüttenwerke in der Mandschurei kontrolliert. Außerdem vereinigt die Südmandschurische Eisenbahn AG. sämtliche Hotels und Gaststätten und kontrolliert damit das gesamte wichtigste Leben der Mandschurei. Diese „Mandschurische Eisenbahn A. G.“ ist ein „Zweiggeschäft“ der größten japanischen Konzerne. Ihr Präsident muß von der japanischen Regierung ernannt werden, weil die politische Bedeutung der kapitalistischen Unternehmen überwiegt. Die Mandschurische Eisenbahn A. G. ist das imperialistische Instrument der Japaner besonders durch die Verstärkung der militärischen und politischen Faktoren.

Folgende Übersicht charakterisiert die Entwicklung der „Südmandschurischen Eisenbahn A.G.“ (inkl. Berg- und Hüttenwerke, Hotels usw.).

	Einnahmen	Ausgaben in 1000 Yen	Ueberschuß
1907	12 543	10 529	2 018
1910	24 777	21 069	3 708
1916	43 789	35 709	8 080
1920	174 738	147 346	27 391
1925	201 598	166 733	34 865
1928	240 427	197 874	42 552
1929	240 998	195 492	45 505
1930	188 104	166 430	21 673

(„Tschugai-schogyo-schimpo“ nach der Sonderausgabe
„Die mandschurische Frage“, November 1931.)

Dieser katastrophale Niedergang des Eisenbahnwesens im Jahre 1930 um über ein Drittel ist auf die Wirkung der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Eine große Rolle dabei spielt der Fall der Silberwährung in China; der Silberpreis fiel so stark, daß es für die chinesische Bourgeoisie unmöglich war, den Goldpreis der Eisenbahn zu bezahlen. So wurden allgemein die chinesischen Bahnen oder die chinesische Schifffahrt benutzt, bei denen in Silber gezahlt werden konnte. Außerdem war in dieser Sachlage der nationale Boykott für die chinesische Bourgeoisie eine billige Phrase.

In der Mandschurei hat sich der japanische Imperialismus von allen imperialistischen Mächten am stärksten festgesetzt. Die außerjapanische Konkurrenz ist in der Mandschurei gering. Die Kapitalinvestitionen in den großen und wichtigsten Wirtschaftszweigen sind enorm. Ungefähr zwei Milliarden Yen japanisches Kapital sind in der Mandschurei investiert.

Folgende Uebersicht charakterisiert die japanischen Kapitalinvestitionen nach dem Stande vom Januar 1930:

	Kapitalinvestitionen in Yen
Eisenbahnen	142 329 771
Bergbau	99 785 887
Elektrizität und Gas	37 064 558
Verarbeitende Industrie	105 620 005
Transport	679 984 228
Finanzierungen	97 634 210
Handel	117 752 987
Banken	108 704 616
Versicherungen	325 000
Forsten und Agrarwirtschaft	34 900 822
Verschiedene Zweige	67 913 147
Insgesamt	1 480 065 831

(„Tschugai-schogyo-schimpo“ nach der Sonderausgabe
„Die mandschurische Frage“, November 1931.)

Dazu kommen noch die kulturellen Investitionen, die allein ein Kapital von 320 000 000 Yen ausmachen. Diese hohe Summe wird aber nicht zur Hebung des gesellschaftlichen Niveaus benutzt — das würde die Beseitigung

der Kulturarbeit dienen — sondern hauptsächlich für die Entfaltung der japanischen Kolonialpolitik.

Die Wirtschaftskrise in Japan, in seinen Kolonien, die große Rivalität auf dem chinesischen Markte unter den imperialistischen Staaten, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten hat den imperialistischen Vorstoß Japans beschleunigt. Außerdem ist die japanische Krise durch die Finanzkrise verschärft worden. Die Goldabflüsse durch die Zurückziehung der amerikanischen Banken, die Kapitalflucht der japanischen Konzerne haben den Goldstandard folgendermaßen verringert (1000 Yen):

Juni 1914	22. XI. 1931	21. XI. 1931	31. XII. 1930
221 320	880 130	668 272	491 044

Dazu kommt der sinkende Außenhandel Japans, der sich mit der Mandschurei folgendermaßen abschwächte:

Ausfuhr			Einfuhr		
Januar bis Oktober in 1000 Yen					
1931	1930	Abnahme in Proz.	1931	1930	Abnahme in Proz.
10 560	32 809	71,4	32 314	41 111	21,7

Die gesamte Verschärfung der Krise läßt den imperialistischen Vorstoß als Ausweg für Japan erscheinen.

Japan greift von zwei Seiten China an: in der Mandschurei und in Mittelchina in Schanghai und Nanking. Dadurch werden die Interessen der anderen imperialistischen Staaten getroffen. Die offene und kriegerische Austragung des Konfliktes ist eingetreten. Der Krieg in China hat begonnen und wird die Aufteilung Chinas als Kolonialland zur Folge haben.

Welches Interesse sollte der deutsche, der französische, der englische oder der amerikanische Arbeiter an der Verteidigung „seiner“ kapitalistischen „Vaterlandes“ haben? Was soll er an diesem „Vaterland“ verteidigen? Seine Lohnsklaverei? Seine Dauererwerbslosigkeit? Den Hunger, das Elend, den ganzen Jammer seiner sklavischen Existenz? Oder den Hochmut, das Wohlleben und die bornierte Arroganz der herrschenden Klasse?

Der Arbeiter der kapitalistischen Länder hat in einem imperialistischen Kriege auf der Seite „seiner“ Bourgeoisie nichts zu verteidigen als die eigene Sklaverei. Der Arbeiter des kapitalistischen Landes kann sich und seine Klasse nur verteidigen im Kampfe gegen „seine“ Bourgeoisie. Das ist der gewaltige Unterschied zwischen der Frontstellung des Arbeiters im kapitalistischen Lande und derjenigen des Arbeiters der UdSSR.

Die Arbeiter des kapitalistischen Deutschland und aller kapitalistischen Länder sehen — eben wegen der kapitalistischen Sklaverei ihres Landes — ihr einziges bis jetzt bestehendes Vaterland in der Sowjetunion. (Remmele, „Die Sowjetunion“, S. 169.)

Der Marxist und die Wahlen

„In der demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkteren Beamtenkorruption, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse. Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechts. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie der Mehrzahl nach die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel, sein. In dem Maße aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maße konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann es und wird es nie sein im heutigen Staat: aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie, sowohl die Kapitalisten, woran sie sind.“ (Engels, Ursprung der Familie, S. 181/2.)

„Das Proletariat muß dafür sorgen, daß überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu bestreiten ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z. B., dadurch spalte man die Demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen diesen Phrasen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll. Die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein solches unabhängiges Auftreten machen muß, sind unendlich wichtiger als der Nachteil, den die Gegenwart einiger Reaktionäre in der Vertretung erzeugen könnte.“ (Marx, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten vom März 1850.)

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll — das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.“ (Lenin, Bd. 21, S. 505.)

„Weil für die Bourgeoisie die ökonomische Herrschaft alles ist, die Form der politischen Herrschaft ist für sie von zweitrangiger Bedeutung. Die Bourgeoisie kann unter der Republik herrschen, und selbst mit größerer Sicherheit, weil in einer Republik keine Aenderung in der Zusammensetzung der Regierung oder in der Zusammensetzung der herrschenden Partigruppierungen sie berührt.“ (Lenin, Bd. 21, S. 267.)

Produzieren die Angestellten Mehrwert? Werden die Angestellten ausgebeutet? Gehören Angestellte zum Proletariat?

E. A., Festung Lauerhof.

Wir stellen hiermit die Frage der Klassen in Deutschland und die Klassenzugehörigkeit einzelner Schichten zur Diskussion. Wir bitten um Zusendung weiterer Diskussionsbeiträge. Die Redaktion behält sich eine abschließende Stellungnahme vor.

I. Die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft

Die kapitalistische Gesellschaft ist in Klassen gespalten, außer und zwischen denen es eine Reihe Uebergänge aus der einen in die andere gibt.

Klasse ist eine Kategorie der Produktionsverhältnisse, d. h. der gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen zueinander in der Produktion. Diese treten zutage in dem Verhältnis der Menschen zu den Produktionsmitteln, in der Verteilung der Produktionsmittel. So schreibt Lenin von der „kommunistischen Gesellschaft, wo es keine Klassen mehr gibt, d. h. wo es keinen Unterschied mehr gibt zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln.“ (Gesamtausgabe, Bd. 21, S. 544.)

Dieses Verhältnis ist das entscheidende gesellschaftliche Moment der Produktion. Denn: „Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. Aber die einen und die andern sind dies nur der Möglichkeit nach im Zustand ihrer Trennung von einander. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur.“ (Kapital, Bd. II, S. 11.)

Die drei Hauptklassen im Kapitalismus sind Proletariat, Bourgeoisie und Kleinbürgertum.

Der kapitalistischen Produktionsweise liegt als entscheidendes Produktionsverhältnis „die Trennung des freien Arbeiters von seinen Produktionsmitteln“ zugrunde.

„Der Tatbestand, der dem Akt (Kauf der Arbeitskraft) zugrunde liegt, ist die . . . Verteilung der Elemente der Produktion selbst, von denen die gegenständlichen Faktoren auf der einen Seite konzentriert sind, die Arbeitskraft davon isoliert auf der andern.“ (Kapital, Bd. II, S. 9.)

„Das Klassenverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter ist . . . Kauf und Verkauf, Geldverhältnis, aber ein Kauf und Verkauf, wo der Käufer als Kapitalist und der Verkäufer als Lohnarbeiter vorausgesetzt wird, und dies Verhältnis ist damit gegeben, daß die Bedingungen zur Verwirklichung der Arbeitskraft, — Lebensmittel und Produktionsmittel — getrennt sind als fremdes Eigentum von dem Besitzer der Arbeitskraft. (Kapital, Bd. II, S. 7.)

Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse sind also die beiden spezifisch der kapitalistischen Produktionsweise angehörigen Klassen.

Die Kapitalistenklasse (einschließlich der heute wesentlich

kapitalistisch produzierenden Grundbesitzer) besitzt die entscheidenden gesellschaftlichen Produktionsmittel und lebt vom Mehrwert, der Ausbeutung der Klasse der Lohnarbeiter.

Das Proletariat, von Marx in seinen ökonomischen Werken meist als die „Klasse der Lohnarbeiter“ bezeichnet, besitzt keine Produktionsmittel und lebt vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, vom Arbeitslohn.

Die Klassen der Kapitalisten und Arbeiter entfallen (als Elemente der kapitalistischen Produktionsweise) mit der kapitalistischen Entwicklung ihre besonderen Eigentümlichkeiten immer stärker, klarer und ausschließlicher.

„Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommensquelle Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.“ (Kapital, Bd. III, S. 421.)

Das Kleinbürgertum oder der Mittelstand ist eine Klasse, die auf vorkapitalistischen Produktionsmethoden und Eigentumsverhältnissen beruht. Es besitzt, auf der Grundlage des Kleinbetriebs, seine eigenen, auf private Arbeit berechneten beschränkten Produktionsmittel, arbeitet selbst mit ihnen und lebt vom Ertrag der eigenen Arbeit, meist in der Form des Verkaufs der Produkte, zum Teil auch noch in der Form der Eigenproduktion.

Mit der kapitalistischen Entwicklung verliert das Kleinbürgertum mehr und mehr an Selbständigkeit, wird aufgerieben zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Trotz seiner zahlenmäßigen Stärke verliert es immer mehr an Bedeutung in der Produktion und wird zu einem bloßen Anhängsel und Reservoir der kapitalistischen Produktion.

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.“ (Komm. Manifest, S. 34.)

„Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“ (Ebenda.)

„Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprechet ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorhing? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.“ (Komm. Manifest, S. 38.)

„Während die Bourgeoisie die Bauernschaft und alle kleinbürgerlichen Schichten zersplittert und zerstäubt, schließt sie das Proletariat zusammen, einigt und organisiert es.“ (Lenin, Gesamtausgabe, S. 241.)

„Diesen staatlichen Apparat (der Großbanken) können wir übernehmen und mit einem Schlag, mit einem Befehl, in Gang setzen, denn die tatsächliche Arbeit der Buchführung, der Kontrolle, der Registrierung aller Ein- und Ausgänge, führen hier Angestellte durch, deren Mehrheit in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen lebt.“ (Lenin, Gesamtausgabe, Bd. 21, S. 331.)

Während Marx in seinen ökonomischen Schriften sich im allgemeinen nur mit den beiden spezifisch kapitalistischen Klassen beschäftigt, finden wir in seinen politischen Schriften und vor allem auch in den Werken von Lenin sehr ausgeprägt die Betonung der Spaltung der Gesellschaft in diesen drei Klassen. „Die grundlegende Teilung jedes kapitalistischen Landes . . . in drei fundamentale Hauptkräfte: Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat.“ (Lenin, Gesamtausgabe, Bd. 21, S. 67.) Lenin spricht von dem „Kleinbürgertum“ auch als von den „Kleinbesitzern“. (S. 95.) Als solcher „befindet er sich in einer solchen ökonomischen Lage, daß er nicht umhin kann, sich zu betrügen, es zieht ihn unwillkürlich und unvermeidlich bald zur Bourgeoisie, bald zum Proletariat“. (S. 65.)

II. Die Klassenzugehörigkeit der Angestellten

Zu welcher der beiden vom Kapital unterdrückten und ausgebeuteten Klassen gehören die Angestellten? Sind sie Mitglieder der Arbeiterklasse oder Kleinbürger?

Es gibt verschiedene Gruppen von Angestellten, die eine sehr unterschiedliche Rolle im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß spielen, an sehr verschiedenen Stellen in ihm stehen. Es gibt die direkt produktiv tätigen Angestellten, die Chemiker, Techniker, Ingenieure, Laboranten usw., usw. In ihnen konzentriert sich die „Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz“. (Kapital, Bd. I, S. 326.) Die Trennung ihrer Arbeit von der direkt manuellen Arbeit ändert natürlich nichts an ihrem Charakter, produktive Arbeit zu sein (vorausgesetzt natürlich, daß sie tatsächlich eine derartige Arbeit leisten und nicht nur den entsprechenden Titel innehaben.)

Eine andere Gruppe der Angestellten sind die Arbeitsaufseher, die Meister im Betrieb, die Bürovorsteher, Abteilungsleiter usw. Jede „Kooperation auf großer Stufenleiter“, die „Anwendung gemeinsamer Arbeitsmittel“ bedarf der gesellschaftlichen Regelung des Arbeitsprozesses. In der kapitalistischen Wirtschaft, in der der Arbeitsprozeß gleichzeitig kapitalistischer Verwertungsprozeß, nimmt diese Regelung des Arbeitsprozesses despotische Formen an: In der Herrschaft des Kapitalisten.

Aber „wie der Kapitalist zunächst entbunden wird von der Handarbeit . . . so tritt er jetzt die Funktion unmittelbarer und fortwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern. Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen Funktion.“ (Kapital, Bd. I, S. 269.)

Und in der großen Industrie ist die „kasernenmäßige Disziplin, die sich zum vollständigen Fabrikregime ausbildet, und die Arbeit der Oberaufsicht, also zugleich die Teilung der Arbeiter in Handarbeiter und Arbeitsaufseher, in gemeine Industriesoldaten und Industrieunteroffiziere, völlig entwickelt.“ (Kapital, Bd. I, S. 389.)

Die dritte entscheidende und weitaus größte Gruppe der Angestellten ist das Millionenheer der kaufmännischen Angestellten, deren Arbeit nicht eine Funktion des Produktionsprozesses, sondern des Zirkulationsprozesses ist, des Kaufs und Verkaufs der Waren. Sie bilden das große Heer der Angestellten

des industriellen Kapitalisten, in der Kalkulation, im Lohnbüro, in der Einkaufs- und Verkaufsabteilung. Und die gesamten Angestellten des besonderen Kaufmanns- und Bankkapitals gehören ebenfalls hierher, zu den „kommerziellen Lohnarbeitern“. (Kapital, Bd. III, 1, S. 276.)

Allen diesen Angestellten ist gemeinsam, daß sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, sie leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, vom Arbeitslohn, ihre Arbeitsmaterialien treten ihnen als Kapital gegenüber. Sie sind ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaft selbst, ein Glied der weitestgehenden Arbeitsteilung der kapitalistischen Großindustrie. Mit der Entwicklung des Kapitalismus vermehren sie sich rasch und werden immer massenhafter zusammengeballt. All das sind Kennzeichen proletarischer Klassenzugehörigkeit. Die Kleinbürger dagegen besitzen eigene Produktionsmittel, werden in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung immer mehr zurückgedrängt durch die kapitalistische Konkurrenz, arbeiten zersplittert als gegenseitige Konkurrenten auf dem Warenmarkt. Es ist also ganz offensichtlich, daß die Angestellten zur Klasse der Lohnarbeiter, zum Proletariat gehören.

„Es fragt sich jetzt: Wie verhält es sich mit den kommerziellen Lohnarbeitern, die der kaufmännische Kapitalist, hier der Warenhändler, beschäftigt?“

Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns, nicht von dem als Revenue verausgabten Geld, ... zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschossenen Kapitals. Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist, wie bei allen anderen Lohnarbeitern, durch die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 278.)

Dasselbe gilt für die kaufmännischen Angestellten im industriellen Betrieb und für die nichtkaufmännischen Angestellten.

Produzieren die Angestellten Mehrwert?

Abgesehen von der oben zuerst genannten Gruppe produzieren die Angestellten keinen Mehrwert. Ebenso sind eine Anzahl „Arbeiter“ mit nichtproduktiven Arbeiten beschäftigt. Es ist klar, daß die Arbeit der Arbeitsaufsicht und alle Arbeit, die in der Zirkulationssphäre des Kapitals liegt, keinen Wert schafft. Letztere ist nur Arbeit zum Zwecke der Formwandlung des Wertes.

Es könnte nun der Versuch gemacht werden, aus einigen Stellen bei Marx zu folgern, daß nur die Arbeiter, die selbst direkt Mehrwert für das Kapital schaffen, zur proletarischen Klasse gehören. Es heißt bei Marx:

„Unter ‚Proletariat‘ ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der ‚Kapital‘ produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des ‚Monsieurs Kapital‘ ... überflüssig ist.“ (Kapital, Bd. I, S. 578, Anm.)

Und im „Kommunistischen Manifest“:

„... das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt.“ (S. 30.)

Um die Frage ganz rein behandeln zu können, betrachten wir die Rolle der Angestellten im reinen Handelsunternehmen.

„Das allgemeine Gesetz ist, daß alle Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser letzteren keinen Wert einzusetzen. Das in diesen Kosten ausgelegte Kapital (eingeschlossen die von ihm kommandierte Arbeit) gehören zu den *faux frais* der kapitalistischen Produktion.“ (Kapital, Bd. II, S. 120.)

„Da der Kaufmann als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert, so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen.“ (Kapital, Bd. III, S. 277.)

Es ist also offensichtlich, daß diese Gruppen der Angestellten keinen Mehrwert schaffen.

Trotzdem ist ihre Arbeit Kapitalverwertung!

Obwohl die Arbeit der Angestellten des Handelskapitalisten keinen Mehrwert schafft, verwertet sie sein Kapital, und macht es damit überhaupt erst zu Kapital.

„Was Schwierigkeiten macht in bezug auf die merkantilen Lohnarbeiter, ist keineswegs, zu erklären, wie sie direkt für ihren Beschäftigten Profit produzieren, obgleich sie nicht direkt Mehrwert produzieren.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 277.)

Das Kaufmannskapital zieht durch seine (im kapitalistischen Reproduktionsprozeß notwendige) Arbeit der Realisierung der Werte, der Ausübung der Funktionen des Zirkulationsprozesses, einen Teil des unter dem Kommando des industriellen Kapitals produzierten Mehrwerts an sich. (Auf der Grundlage der Bildung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofite.)

„Das Verhältnis des Kaufmannskapitals zum Mehrwert ist ein anderes als das des industriellen Kapitals. Das letztere produziert den Mehrwert durch direkte Aneignung unbezahlter fremder Arbeit. Das erstere eignet sich einen Teil dieses Mehrwerts an, indem es diesen Teil vom industriellen Kapital auf sich übertragen läßt.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 277.) Diese Uebertragung geschieht auf diese Weise, daß „das merkanthale Kapital dem produktiven Kapital die unbezahlte Arbeit, die in der Ware steckt, nicht ganz zahlt, dagegen beim Verkauf der Waren diesen noch in den Waren steckenden und von ihm unbezahlten Teil sich zahlen läßt.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 277.)

„Es ist nur durch seine Funktion der Realisierung der Werte, daß das Handelskapital im Reproduktionsprozeß als Kapital fungiert und daher, als fungierendes Kapital, aus dem vom Gesamtkapital erzeugten Mehrwert zieht.“ (Ebenda.)

Wie der industrielle Kapitalist die Funktion der Wertproduktion dem Lohnarbeiter überträgt, so der Handelskapitalist die Funktionen der Wertrealisation. Wie für den industriellen Kapitalisten die Quelle des Mehrwerts die unbezahlte Arbeit seiner Lohnarbeiter ist, ihre Ausbeutung, und er durch diese erst zum Kapitalisten überhaupt wird, so ist für den Handelskapitalisten die unbezahlte Arbeit seiner kommerziellen Lohnarbeiter, ihre Ausbeutung, das Mittel, eine möglichst große Masse des Mehrwerts an sich zu ziehen, für sich als Profit zu realisieren.

Der kaufmännische Angestellte leistet Mehrarbeit wie jeder andere Lohnarbeiter.

„Wir wollen annehmen, er (der Agent zum Kaufen und Verkaufen) sei bloßer Lohnarbeiter, meinetwegen besser bezahlter. Welches immer seine

Zahlung, als Lohnarbeiter arbeitet er einen Teil seiner Zeit umsonst. Er erhält vielleicht täglich das Wertprodukt von acht Arbeitsstunden, und fungiert während zehn. Die zwei Stunden Mehrarbeit, die er verrichtet, produzieren ebensowenig Wert, wie seine acht Stunden notwendige Arbeit, obgleich vermittelt dieser letzteren ein Teil des gesellschaftlichen Produkts auf ihn übertragen wird. Die Gesellschaft zahlt diese zwei Stunden Mehrarbeit nicht, obgleich sie von dem Individuum, daß sie verrichtet, vorausgibt werden.“ (Kapital, Bd. II, S. 102 und 103.)

Ist der Unternehmer, bei dem dieser kaufmännische Angestellte arbeitet, industrieller Kapitalist, so bedeutet die Mehrarbeit des Angestellten eine „Verminderung der Zirkulationskosten seines Kapitals, die einen Abzug von seiner Einnahme bilden. Für ihn ist es ein positiver Gewinn, weil sich die negative Schranke der Verwertung seines Kapitals enger zieht.“ (Kapital, Bd. II, S. 103.)

Wie schafft nun dem Handelskapitalisten die unbezahlte Arbeit des Angestellten Profit? Welches die Quelle seines Profits, haben wir oben schon gesehen. Aber:

„Die Masse seines Profits hängt ab für den einzelnen Kaufmann von der Masse Kapital, die er in diesem Prozeß, im Kaufen und Verkaufen, anwenden kann, und er kann um so mehr davon anwenden, je größer die unbezahlte Arbeit seiner Kommis. Die Funktion, selbst, kraft deren sein Geld Kapital ist, läßt der kaufmännische Kapitalist größtenteils durch seine Arbeiter verrichten. Die unbezahlte Arbeit dieser Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schafft, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe; sie ist also für es Quelle des Profits. Das kaufmännische Geschäft könnte sonst nie auf großer Stufenleiter, nie kapitalistisch betrieben werden.“

Wie die unbezahlte Arbeit des Arbeiters dem produktiven Kapital direkt Mehrwert, schafft die unbezahlte Arbeit der kommerziellen Lohnarbeiter dem Handelskapital einen Anteil an jenem Mehrwert.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 278.)

Damit ist der Einwurf, von dem ausgegangen wurde, daß nämlich die Angestellten nicht zur proletarischen Klasse gehören, weil sie keinen Mehrwert produzieren, erledigt. In den von Marx zitierten Stellen handelt es sich nicht um die Produktion von Mehrwert, sondern um die Produktion und Vermehrung von Kapital. Marx selbst hat die Frage so beantwortet, daß ohne die Arbeit, die unbezahlte Arbeit der Handelsangestellten, das in der Zirkulationssphäre angelegte Geld nicht zum Kapital werden könnte, und nur durch sie Profit bringt.

Also auch unter diesem Gesichtspunkt ist es unzweifelhaft, daß die Angestellten zur Klasse der Lohnarbeiter, zum Proletariat gehören.

Die „gehobene Lage“ der Angestellten.

Ein weiterer Einwand gegen die Zugehörigkeit der Angestellten zum Proletariat ist, daß ihre teilweise bessere soziale Lage sie dem Proletariat, dem Arbeiter entgegenstellt. Auch dieses Argument ist vollkommen abwegig. Früher hatte es wenigstens noch eine gewisse praktische Berechtigung. Die Angestellten, für die eine lange Ausbildung notwendig war (auf Grund einer gering entwickelten Arbeitsteilung im Büro usw.), rekrutierten sich und konnten sich rekrutieren fast ausschließlich aus dem besser gestellten Mittelstand, ja sogar

aus Abkömmlingen der mittleren Bourgeoisie. Auch war ihnen noch leichter der Weg offen zu einer späteren Selbständigkeit, die bessere Bezahlung ermöglichte Rücklagen, die geringere Konzentration des Kapitals ermöglichte, zumindest in einer Reihe Produktionsgebiete, auch mit kleinerem Anfangskapital ein Unternehmen zu eröffnen.

Das alles ist längst vorbei. Der in jedem dieser Punkte erschöpfenden Antwort von Marx zu diesem Punkte ist nichts hinzuzufügen. Marx schrieb hierzu schon 1965:

„Der kommerzielle Arbeiter produziert nicht direkt Mehrwert. Aber der Preis seiner Arbeit ist durch den Wert seiner Arbeitskraft, also deren Produktionskosten, bestimmt, während die Ausübung dieser Arbeitskraft, als eine Anspannung, Kraftäußerung und Abnutzung, wie bei jedem anderen Lohnarbeiter, keineswegs durch den Wert seiner Arbeitskraft begrenzt ist. Sein Lohn steht daher in keinem notwendigen Verhältnis zu der Masse des Profits, die er dem Kapitalisten realisieren hilft. Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft, soweit er, zum Teil unbezahlte, Arbeit verrichtet. Der eigentliche kommerzielle Arbeiter gehört zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht. Indes hat der Lohn die Tendenz zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise. Teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors; daher nur einseitige Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zu produzieren ist, und die Kosten dieser Produktion dem Kapitalisten zum Teil nichts kosten, sondern das Geschick des Arbeiters sich durch die Funktion selbst entwickelt, und um so rascher, je einseitiger es mit der Teilung der Arbeit wird. Zweitens, weil die Vorbildung, Handels- und Sprachkenntnisse usw. mit dem Fortschritt der Wissenschaft und Volksbildung immer rascher, leichter, allgemeiner, wohlfeiler reproduziert werden, je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Lehrmethoden usw. aufs Praktische richtet. Die Verallgemeinerung des Volksunterrichts erlaubt, diese Sorte aus Klassen zu rekrutieren, die früher davon ausgeschlossen, an schlechtere Lebensweise gewöhnt waren. Dazu vermehrt sie den Zugang und damit die Konkurrenz. Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt.“ (Kapital, Bd. III, S. 285.)

Friedrich Engels fügt in einer Fußnote zu den Ausführungen von Marx hinzu (Oktober 1894):

„Wie diese 1895 geschriebene Prognose der Schicksale des kommerziellen Proletariats sich seitdem bewährt hat, davon können die Hunderte deutscher Kommis ein Liedchen singen, die in allen kommerziellen Operationen und in drei bis vier Sprachen bewandert, in der Londoner City vergebens ihre Dienste um 25 Schilling die Woche anbieten — weit unter dem Lohn eines geschickten Maschinenschlossers.“ (Kapital, Bd. III, 1, S. 285.)

Diese von Marx geschilderte Entwicklung ist seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in ungeheurem Tempo weitergegangen. Auch in ihrer sozialen Lage sind die Angestellten immer mehr den andern Schichten des Prole-

farlats gleichgeworden. Daß die Unternehmer durch Aufrechterhaltung anderer Entlohnungsformen usw. den Angestellten eine besondere Stellung einzuräumen scheinen, entspricht nur ihrer gesamten Tendenz, durch unterschiedliche Behandlung die einzelnen Arbeitergruppen voneinander zu scheiden und in Gegensatz zueinander zu bringen. In solchen reinen Angestelltenbetrieben wie den Warenhäusern finden wir jedoch schon mehr und mehr den Angestellten mit wöchentlicher Lohnzahlung und täglicher Kündigung. — Daß die Angestellten selbst sich oft ihrer Klassenzugehörigkeit nicht bewußt sind, — für das, was der Mensch ist, ist doch nicht ausschlaggebend, was er über sich denkt, sondern seine tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse!

Die Angestellten sind ein Teil der proletarischen Klasse. Zu ihrer Gewinnung für die rote Einheitsfront müssen wir unter ihnen proletarische Klassenkampfpolitik treiben, und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit erziehen.

Schafft der kaufmännische Angestellte Mehrwert?

W. Innerhalb der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist festzustellen, daß die Angestelltenschicht stark gewachsen ist, ja, in einzelnen Konjunkturperioden schneller gewachsen ist als die industrielle Arbeiterschaft, besonders in der ersten Nachkriegszeit, unter dem Einfluß der Spekulation, des Kreditwesens, der Inflationen usw.

Marx unterscheidet im dritten Band seines „Kapitals“ den Produktionsprozeß vom Zirkulationsprozeß. Aber diese Unterscheidung ist keine Trennung, Marx sagt¹⁾:

„Es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet, hervorgehen.“

Es kommt also darauf an, die Stellung des kaufmännischen Angestellten in diesem Bewegungsprozeß des Kapitals festzustellen. Ist er in der Produktionsphäre tätig, dann schafft er Mehrwert, ist ein Teil der Arbeiterschaft, ganz gleich, ob er Angestellter oder Arbeiter heißt. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Fragestellung nach der Mehrwertproduktion kann nur aus der Perspektive der Zirkulationsphäre Interesse finden.

Die vulgäre Oekonomie findet, daß nur der kaufmännische Angestellte, vielmehr der Verkäufer oder der Kapitalist selbst durch die Realisierung des Warenwertes, durch die Verwandlung der Waren in Geld, Profite bringt oder schafft. Diese Ansicht ist vollständig irrig. Es ist die Ansicht, die Marx mit dem „gewöhnlichen Bewußtsein des Produktionsagenten“ karikiert.

Bleiben wir, der Konsequenz halber, bei dem kaufmännischen Angestellten, der in der Zirkulation tätig ist. Dabei muß von vornherein festgestellt werden, daß sich seine Entlohnung in keiner Weise von der des kaufmännischen Angestellten in der Produktionsphäre unterscheidet. Er ist ebenso Angestellter oder Arbeiter, wie jeder andere. Ja, er gehört solange zur Arbeiterschaft, wie sein Verhältnis in der kapitalistischen Pro-

duktionsweise nicht die Stellung oder den Ersatz des Kapitalisten personifiziert. Die große Masse der kaufmännischen Angestellten sind aber ganz einfache Agenten in diesem Zirkulationsprozeß, ohne jede administrative Vollmachten. Die Rationalisierung des gesamten Bürowesens hat dazu noch ihre soziale Stellung als „Agenten“ der Produktion und Zirkulation stark vermindert.

Dazu kommt die vergrößerte Sphäre der Zirkulation, das Bank- und Börsenwesen usw. in der Periode des parasitären Kapitalismus. Zeitweilig (während der amerikanischen „Hochkonjunktur“ bis 1929) war die spekulative Seite der kapitalistischen Wirtschaft bedeutend größer als die industrielle, also die Produktion von Mehrwert. Darum auch ein zeitweiliges Steigen der Angestelltenschichten. Dadurch ändert sich aber nicht im geringsten die soziale Stellung der Angestelltenschicht in diesem kapitalistisch „notwendigen“ Wirtschaftszweig.

Grundlegend sagt Marx²⁾:

„Die Zirkulation ist ebenso notwendig bei der Warenproduktion wie die Produktion selbst, also die Zirkulationsagenten sind ebenso nötig wie die Produktionsagenten. Der Reproduktionsprozeß schließt beide Funktionen des Kapitals ein, also auch die Notwendigkeit der Vertretung dieser Funktionen, sei es durch den Kapitalisten selbst, sei es durch Lohnarbeiter, Agenten desselben. Dies ist aber ebensowenig ein Grund, die Zirkulationsagenten mit dem Produktionsagenten zu verwechseln, als es ein Grund ist, die Funktionen von Warenkapital und Geldkapital mit denen von produktivem Kapital zu verwechseln. Die Zirkulationsagenten müssen bezahlt werden durch die Produktionsagenten. Wenn aber Kapitalisten, die untereinander kaufen und verkaufen, durch diesen Akt weder Produkte noch Wert schaffen, so ändert sich das nicht, wenn der Umfang ihres Geschäfts sie befähigt und nötigt, diese Funktion auf andere abzuwälzen. In manchen Geschäften werden Einkäufer und Verkäufer durch Tantieme am Profit bezahlt. Die Phrase, daß sie durch die Konsumenten bezahlt werden, hilft nichts. Die Konsumenten können nur zahlen, soweit sie sich selbst als Agenten der Produktion ein Äquivalent in Waren produzieren oder sich solches von den Produktionsagenten aneignen, sei es auf Rechtsmittel hin (als deren Associés usw.), sei es durch persönliche Dienste.“

Der Angestellte und auch der Arbeiter in der Zirkulationsphäre produziert unmittelbar keinen Mehrwert, aber das schließt nicht ein, daß er deswegen nicht, wie Marx richtig sagt, „Lohnarbeiter“, Agent wie jeder andere bleibt.

Marx hat des weiteren immer wieder darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse insgesamt ausgebeutet wird, daß die Differenzierungen durch Lohn oder „Vorrechte“ oder man kann hinzufügen, durch monatlichen „Lohn“ (Gehälter) nicht die Ausbeutung verwischt.

Gerade das massenhafte Anschwellen der Angestelltenschicht und ihre steigende Arbeitslosigkeit, ihre spezielle industrielle Reservearmee haben den kaufmännischen Angestellten in einen gewöhnlichen industriellen Arbeiter verwandelt, haben ihn zum Proletariat gemacht, ganz gleich, ob er in der Zirkulation oder in der Produktion „tätig“ ist.

Ausgeschlossen von der ganzen Fragestellung wird der „Angestelltenaristokrat“, der auf Kosten der unteren Angestellten bezahlt wird.

¹⁾ Marx, „Kapital“, Bd. 3, I. Teil (Hamburg, 1921, 5. Aufl.), S. 1.

²⁾ Ebenda, II. Bd., S. 98.

Die Entwicklung der industriellen Reservearmee

W. W.

(Fortsetzung)

II. Nachkriegszeit

Die bürgerliche Theorie, daß die industrielle Reservearmee kompensiert werden kann, ist in der Nachkriegszeit in den verschiedensten Arten trotz der offensichtlichen Steigerung der Arbeitslosenziffern bei den einzelnen Konjunkturaufschwüngen wiederholt worden. Während die bürgerlichen Ökonomen selbst dabei zurückhaltend sind, ist ihre alte Theorie der Kompensation durch die Sozialdemokratie und durch die reformistischen Gewerkschaften wiederbelebt worden.

Könnte in der Vorkriegszeit noch aus Unklarheit über die Verhältnisse und Unübersichtlichkeit der Wirtschaftslage von einem „Facharbeitermangel“ gesprochen werden, so ist in der Nachkriegszeit eine solche Argumentation eine offensichtliche Irreführung, dabei ein Selbstbetrug, wie er kaum schlimmer vollzogen werden kann. Folgende Uebersicht zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit:

Monats- durchschnitt	Deutschland*)	Großbritannien	Norwegen	Schweden	Kanada
1913	—	2,1	2,0	4,4	—
1920	3,8	2,4	2,3	5,4	—
1921	2,8	15,3	17,7	26,2	12,6
1922	1,5	16,4	17,1	23,0	7,1
1923	9,6	11,5	10,7	12,5	4,9
1924	13,5	8,1	8,5	10,1	7,2
1925	6,7	10,5	13,2	11,1	7,0
1926	—	12,6	—	—	—
1927	9,8	9,7	25,4	12,0	4,9
1928	9,7	10,8	19,2	10,6	4,5
1929	14,6	10,6	15,4	10,2	5,7
1930	24,4	11,9	—	11,8	11,0
1931	—	—	—	—	—

Zeigen diese mangelhaften Ziffern schon eine große Arbeitslosigkeit, selbst in den Jahren des scheinbaren Aufstieges, so sind die Krisenjahre 1924/25 Jahre mit ausgesprochener großer Arbeitslosigkeit.

In keinem Zeitabschnitt dieser Perioden ist die Arbeitslosigkeit in einem Berufs- oder Industriezweig verschwunden; es gibt einfach keine Anzeichen irgendwelcher Kompensation. Selbst in den Vereinigten Staaten bestand während der Jahre der „Hochkonjunktur“ eine Arbeitslosigkeit, die trotz der Einwanderungsverbote, trotz aller Lohbudelei der Sozialdemokraten verbunden war. Im Gegenteil muß festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit viel stärker ausgeprägt ist als in der Vorkriegszeit.

*) Ohne Kurzarbeiter.

Diese Tendenz wird allgemein anerkannt, nur die Sozialdemokraten machen eine Ausnahmestellung. So sagt Brauntal in seinem Buche „Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze“:

„Allgemeine Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung, ein allgemeines Ueberangebot an Arbeitskräften tritt nur in der eigentlichen Krise auf und hält nur, wenn auch oft abgeschwächt, noch in der Depression an, d. h. nur in Konjunkturphasen von schwankender Dauer.“ (S. 52)

Diese jeder empirischen Tatsache widersprechende Behauptung wird aber erst in das rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß der „Marxist“ Brauntal die Marx'sche Theorie der industriellen Reservearmee ganz aufgibt, um seine neue Theorie verteidigen zu können. So sagt er:

„Theoretisch steht die Vorstellung von der Notwendigkeit der industriellen Reservearmee auf schwachen Füßen. Es ist nämlich theoretisch unmöglich, ihre gesetzmäßige Notwendigkeit nachzuweisen.“ (S. 52)

Trotzdem Marx sein Gesetz in der ersten Periode des Kapitalismus aufgestellt hat, hat es sich in der ganzen Entwicklung aufs allerbeste gezeigt, wie die industrielle Reservearmee wirkt und besonders in der Nachkriegszeit ist die Arbeitslosigkeit — und damit die industrielle Reservearmee — derartig gewachsen, daß ihre Wirkungen — Druck auf den Arbeitslohn, Druck auf die gesamte Arbeiterbewegung — als rein ökonomische Tatsachen deutlich zu spüren waren. Marx sagt schon:

„Im großen und ganzen sind die Bewegungen des Arbeitslohnes bestimmt . . . durch das wechselnde Verhältnis, worin die Arbeiterklasse in aktive Armee und Reservearmee fällt.“ (Kapital I, Kap. 23.)

Die bürgerliche Theorie der Kompensation der Arbeitslosenmasse erfährt ihre Wiederauferstehung durch die Sozialdemokratie in einer für solche Theorien viel ungünstigeren Zeit, in der Nachkriegszeit. Brauntal geht trotzdem noch einen Schritt weiter, indem er ganz im Sinne der Vorkriegs-ökonomie der bürgerlichen Schule betont, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften sogar steigt, also ein Arbeitermangel eintreten muß. So sagt er:

„Nun läßt sich empirisch feststellen, daß mit dem Angebot von Arbeitskräften auch die Nachfrage nach ihnen im großen und ganzen gleichmäßig gewachsen ist.“ (S. 53)

Das ist ganz die gleiche bürgerliche und jeder empirischen Tatsache widersprechende Theorie, daß die die Arbeiter verdrängende Maschine zu gleicher Zeit mehr Arbeiter anfordert. Bekanntlich hat Marx diese bereits vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts in seiner Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ widerlegt.*) Dabei muß immer wieder betont werden, daß diese sozialdemokratischen Theorien in der Nachkriegszeit, in der Periode der verschärften Rationalisierung aufgestellt wurden. Es könnten viele Beispiele angeführt werden, wo die neuen Maschinen in immer größerem Maße Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen haben.

Bereits während der Rationalisierungsperiode, in den Jahren ab 1924/25, war im bürgerlichen Lager die Ansicht verbreitet, daß die Neuinvestitionen, die mit einer Rationalisierung teilweise verbunden waren, die Produktionskapazitäten zu stark steigern würde.

Die Produktionskapazitäten sind angesichts der gegebenen Verwertungsbedingungen entschieden zu groß, selbst unter den Umständen, daß ein Konjunkturaufschwung wieder zustande käme. Sie sind vor allem

*) Siehe „Lohnarbeit und Kapital“, Seite 42 ff. und 58 ff.

deswegen zu groß, weil die Marktschrumpfung sich stärker bemerkbar macht. Auf der anderen Seite ist die Verwertungsbasis für Kapital mit der erhöhten Produktionskapazität, mit dem Schwinden geeigneter Kapital-exportsphären immer geringer geworden. Das sind die Wirkungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die durch die internationale Agrarkrise noch verstärkt wird, die auch die ungeheure Verstärkung der industriellen Reservearmee in der Nachkriegszeit zustande brachten.

Dabei taucht die Frage auf, kann diese allgemeine Krise des Kapitalismus — die von der jetzigen zyklischen Weltwirtschaftskrise zu unterscheiden ist, trotzdem beide zusammen erst die große Wirkung auf die Entwicklung des Kapitalismus ausmachen — beseitigt werden? Das internationale Kapital versucht krampfhaft, durch ungeheure Kapitalvernichtung die Krise zu überwinden. In England hat das offizielle „Baumwollkomitee“ Mitte Dezember 1931 die Vernichtung von rund 10 Millionen Spindeln und 100 000 Webstühlen vorgeschlagen, einfach weil sie zuviel vorhanden sind. Diese Vernichtung soll 2,5 Millionen Pfund Sterling kosten, die immer noch billiger sind als die überhohe Produktionskapazität in der kapitalistischen Textilindustrie. Erwähnt seien noch die Baumwoll-, Kaffeevernichtungen, die Einstellung der Baumwollsaat, die Vernichtung von Getreide, die Restriktionen von Tee, Kautschuk usw. Dabei kommen immer häufiger die Meldungen, daß die großen Erfindungen und technischen Neuerungen weniger angewandt werden. Künstlicher Gummi wird nicht hergestellt, weil es Rohgummi zuviel gibt. Die Kohleverflüssigung, ein durchaus großer Fortschritt für eine sozialistische Planwirtschaft, kann im Kapitalismus nicht angewandt werden. In der Textilindustrie wird der schiffchenlose Webstuhl nicht eingeführt, weil die Produktion noch mehr gesteigert würde. Alle diese Kapitalvernichtungen und technischen Stagnationen sind der beste Ausdruck der Krise des Kapitalismus, aus der kein vorübergehender Konjunkturaufschwung eine Lösung bringt. Ein allgemeiner Aufschwung des Kapitalismus kann nicht eintreten, weil die Widersprüche bereits zu groß sind.

Dazu kommt noch die Entwicklung der Sowjetunion außerhalb der kapitalistischen Welt, die Unmöglichkeit, den Sowjetmarkt zu beeinflussen, vor allem den Kapitalexport in die Sowjetunion zu leiten.

Durch alle diese Faktoren wird auch die Entwicklung der industriellen Reservearmee bestimmt. Sie muß wachsen, solange die allgemeine Krise des Kapitalismus sich entwickelt.

Die jetzige Weltwirtschaftskrise hat eine Verstärkung der Arbeitslosenziffern gebracht, die keinen Vergleich aushält mit der Vorkriegszeit. Trotzdem ist von sozialdemokratischer Seite behauptet worden, und zwar von Naphthali, daß die gegenwärtige Krise nur eine Krise im Zyklus des Kapitalismus sei, die im Jahre 1930 noch nicht tiefer gewesen sei als die üblichen Krisen. Heute wird diese Anschauung von allen Untersuchungen bürgerlicher und sozialdemokratischer Theoretiker verneint. Die Krise ist keine übliche Krise mehr, sondern wenigstens stärker als alle bisherigen Krisen des Kapitalismus. Heute ist eine Arbeitslosigkeit vorhanden, die größer ist als jemals, die wachsen wird und nicht mehr überwunden, höchstens vorübergehend abgeschwächt werden kann.

Daraus ergeben sich für die Arbeiterschaft Konsequenzen, die um so mehr gezogen werden müssen, je mehr die Verfallserscheinungen des Kapitalismus fortschreiten.

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage.

Zuschrift eines Maschhörers an die Redaktion der Wandzeitung der Berliner Schule.

Im Vordergrund der politischen Diskussion der Massen steht zurzeit die Reichspräsidentenwahl. Die Wahl wird aller Voraussicht nach als großzügige Propaganda für den faschistischen Volksgemeinschaftsschwindel durchgeführt. Hindenburg, von allen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, unterstützt, ist der Favorit des deutschen Finanzkapitals, der Kandidat der Reichen, der Kandidat der Tribute und Reparationen, dem wir den Kandidaten der Armen, den Kandidaten der sozialen und nationalen Befreiung gegenüberstellen den Genossen *Ernst Thälmann*.

Wir brauchen viele Hunderttausende aktiver Wahlhelfer, um die Bewegung der roten Wahlhelfer zu schaffen, mit der wir alle Arbeiter, die ehrlich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, gegen die faschistische Volksgemeinschaft unter dem Feldmarschall Hindenburg für die rote Einheitsfront mobilisieren.

Die Volksgemeinschaft, die sich hier bei der Wahl des Reichspräsidenten zeigt, ist dieselbe Gemeinschaft, in der täglich die im Arbeiterverrat geübten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit den Kapitalisten zusammen den Lohn abbauen, Unterstützungen kürzen, die Steuern und Preise erhöhen. Gegen diese Volksgemeinschaft müssen die Werktätigen kämpfen im Wahlkampf, im Betrieb, auf der Stempelstelle, auf der Straße.

Der wirksamste Kampf gegen die „Volks“-Gemeinschaft ist auch heute wie immer der Streikampf.

Der Streik gegen die faschistische Lohnabbaugemeinschaft ist unser bester Wahlhelfer.

Bücherschau

Hermann Remmele: Die Sowjetunion

Das erste grundlegende Werk über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, das in die Hand jedes klassenbewußten Arbeiters, jedes Marxisten gehört.

Der Metallarbeiter *Hermann Remmele* beweist an Hand eines konkreten Tatsachenmaterials den unüberwindlichen Siegeszug des Sozialismus. Das Buch ist so allgemein verständlich geschrieben, daß es ein jeder lesen kann und in einer Sprache, die an die des Kommunistischen Manifestes anklängt. „Die Bourgeoisie produziert ihren Totengräber nicht im Trott des handwerkmäßigen Betriebes, sondern im Tempo der Rationalisierung am fließenden Band.“ (S. 23.)

Das Werk ruht auf der unerschütterlichen Grundlage des unverfälschten Marxismus-Leninismus. Es wird nicht nur der grandiose Aufbau des

Sozialismus dargestellt, sondern als Gegensatz der Untergang des kapitalistischen Systems.

„Zwei Weltsysteme stehen einander unversöhnlich, mit einander unvereinbar, unüberbrückbar gegenüber. Zwei Wege, zwei Entwicklungsprozesse bewegen sich im diametralen Gegensatz zueinander, ein Gegensatz, wie ihn die Dialektik der Geschichte nicht schärfer erfinden konnte.“

Es wird aber auch das „Rätsel“ enthüllt, warum der sozialistische Aufbau inmitten des Zusammenbruches der gesamten kapitalistischen Welt, unberührt von der Weltwirtschaftskrise, seinen Siegeszug immer stürmischer fortsetzt: Es ist die Diktatur des Proletariats, die den Aufbau des Sozialismus ermöglicht.

Mit Recht nimmt das Kapitel über die Lage der Arbeiterklasse den größten Raum, fast die Hälfte des ersten Bandes ein.

„In der Sowjetunion ist die kapitalistische Lohnsklaverei restlos liquidiert und das sozialistische Lohnsystem gibt der Arbeiterklasse die Möglichkeit zur grenzenlosen Hebung ihres materiellen und kulturellen Lebensstandards, zur sicheren Entwicklung ganz neuer Lebensformen, zur endlichen Liquidierung aller Daseinsqualen, wie sie der überwundenen Klassengesellschaft der Vergangenheit angehörten.“ (S. 221.)

Das, was Lenin in der Geburtsstunde der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion verkündete, ist Wahrheit geworden: „Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen. Die Menschheit streift die Formen der Sklaverei endgültig ab und geht zum erstenmal und für immer zu wahrer Freiheit über!“

Zu unseren Diskussionsartikeln

Einige Bemerkungen zum Artikel „Die Marxsche Werttheorie“ von Hans Günther im „Marxist“ Nr. 2.

Zur Vorbemerkung:

Es ist kein Zufall, daß sich die Lehrer der politischen Ökonomie doch zumindest in den Grundlagen an den Weg und Aufbau der Marxschen Analyse halten. Dies geschieht doch nicht nur darum, weil dieser Aufbau ein einmal als Vorbild vorhanden, sondern weil der logische ist, indem er von den einfachen Kategorien zu immer zusammengefügteren komplizierteren Erscheinungen geht und damit klar die Grundlagen und den Bau der heutigen Gesellschaft aufdeckt. — Jeder grundsätzlich andere Weg wird, wenn es sich nicht einfach um ein Vorherbehandeln einiger anderer Fragen handelt, meines Erachtens Schiffbruch erleiden.

Zum Kursusinhalte selbst:

1. Die Darstellung für den Leser oder Kurssteilnehmer wird nicht dadurch interessanter, daß sie vom Allgemeingültigen ausgeht und sich erst langsam zu den gegenwärtigen Wirtschaftsformen durcharbeitet, sondern im Gegenteil dadurch abstrakter und weniger interessierend.

2. Durch diesen Aufbau bekommt die Darstellung aber auch theoretische Mängel. Nachdem die konkrete Arbeit als unabhängig von der besonderen Form der gesellschaftlichen Produktion dargestellt ist, wird hieran die Darstellung der abstrakten Arbeit angeschlossen. Das erweckt den Eindruck, als ob diese die andere Seite jeder menschlichen Arbeit sei (dieser Eindruck wird übrigens aus der Art der Darstellung noch verstärkt). Das ist falsch, sie ist nur in der Warenwirtschaft vorhanden, setzt diese voraus, darum muß die Ware vor der abstrakten Arbeit behandelt werden.

Es ist auch noch aus einem anderen Grunde, methodisch und pädagogisch, falsch, so vorzugehen wie hier; der Schüler wird die Frage nach der abstrakten Arbeit überhaupt nur verstehen und selber versuchen, sie zu klären (und das heißt, sich dafür interessieren), wenn von dem Warenaustausch, den praktischen „Beziehungen der Waren zueinander“, wie wir sie kennt, ausgegangen wird. Anders bleibt die abstrakte Arbeit für ihn eine „Definition“, ohne realen Inhalt und gesellschaftliche Bedeutung. Wenn von der Ware aus-

gegangen wird und aus ihr die Frage nach der abstrakten Arbeit entwickelt wird, wird der Schüler auch viel leichter darauf kommen, daß die abstrakte Arbeit eben nur eine Erscheinung der Warenwirtschaft ist.

3. Den Warenfetischismus erklären wollen, diesen Anschein des Verhaltens der Waren zueinander, ohne Klarheit über den Inhalt dieser Erscheinung, ohne vorherige Behandlung von Ware und Wert, ist nicht glücklich und begrifflich notwendigerweise leer.

Eine Einzelbemerkung, zu Seite 16, Heft 2, dritter Absatz: „Gabe es eine Möglichkeit... usw.“ Die gebrauchte Formel ist inhaltlich nicht richtig. Sie erweckt den Anschein, als ob die Menge der von der Menschheit zur Produktion ihres Lebensbedarfs aufgewandten Arbeit mit ihrem technischen Fortschritt absolut sinkt. Das ist aber in dieser Allgemeinheit doch nicht richtig. Es wäre richtig, wenn der Kreis der Arbeitenden stabil (siehe aber Frauen- und Kinderarbeit), die Intensität der Arbeit immer gleich und die Gesamtsumme „ihrer Gebrauchswerte“ (Seite 16, Zeile 13 von oben) gleich bliebe.

Eva Pfingst.

Diskussion zum Artikel über die Marxsche Werttheorie.

Ich bin unbedingt der Meinung des Genossen Günther, daß die Darstellung immer noch zu schwer ist. Was die verständlichere Ausdrucksweise anbetrifft, so läßt sich wohl noch manches tun, allerdings, das muß ebenfalls gesagt werden, bis zu einer bestimmten Grenze. Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich beim Marxismus um eine Wissenschaft handelt. Hierzu führt aber keine breite, bequeme Heerstraße. Allerdings hat der Proletariat beim Studium des Marxismus gewisse Vorteile gegenüber anderen Volksschichten aufzuweisen, weil er durch seine Stellung im Produktionsprozeß stark mit der Wirklichkeit verknüpft ist. Der Grund, warum ich mich in keiner Weise befeindigen kann mit der Darstellung der Marxschen ökonomischen Lehren, in einer anderen Reihenfolge als im „Kapital“ gegeben, ist einfach der, daß durch die wunderbare, geschlossene und vor allem logische Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise zerstört werden würde. Wollte man für den Anfang von ihr abgucken, so müßte man sie später doch wieder rekonstruieren. Das bedeutet aber einen Umweg. Umwege sind aber niemals ökonomisch. Als Schüler der „Masch“ habe ich auch nie eine Schwierigkeit in der bisher üblichen Reihenfolge gefunden. Die Schwierigkeiten lagen neben einer komplizierten Ausdrucksweise vornehmlich noch in einer allzu abstrakten Behandlung des Stoffes. Man begann meist pliff-poff mit der Ware, ohne vorher aufzuzeigen, in welcher Weise sich die politische Ökonomie in den Gesamtrahmen des Marxismus einfügt.

Der Ansicht des Genossen Günther, daß für ein erfolgreiches Studium der Werttheorie eine elementare Kenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung unerlässlich ist, ist durchaus beizupflichten, nur gehe ich noch weiter, indem ich die Ansicht verrete, daß unbedingt zu Anfang eines Kurses über politische Ökonomie die Beziehung zwischen politischer Ökonomie und der Philosophie des Marxismus aufgezeigt werden muß, ganz gleich, ob schon vorher die Schüler einen Kursus über den dialektischen Materialismus mitgemacht haben oder nicht. Man kann in dieser Beziehung nie zuviel tun, da es sich hier um das grundlegende marxistische Wissen handelt, alles andere wird dann später viel, viel leichter. Bei der Behandlung der materialistischen Geschichtsauffassung wird man zweckmäßig Marx' berühmte Formulierung im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ zugrunde legen. Es bietet sich hierbei schon ausreichend Gelegenheit, Begriffe wie Produktion, Konsum, Arbeit, Produktionskräfte, Produktionsverhältnis usw. zu klären.

Es ist überhaupt wichtig, auf die Marxsche Terminologie kurz einzugehen und den Unterschied zwischen ihr und der bürgerlichen (Apologetik) aufzuzeigen.

Unbedingt richtig ist auch die Forderung einer gewissen geschichtlichen Kenntnis. Zum mindesten sind die verschiedenen Wirtschaftsformen zu skizzieren, etwas eingehender die Entwicklung von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion zu schildern. Das Ganze gibt dann eine gute Vorschulung, gewissermaßen eine ökonomische Propädeutik, und erst jetzt kann man unter den verhältnismäßig günstigsten Voraussetzungen an die Zergliederung der Ware herangehen. Jupp Schmidt, Köln.

Der Genosse I. S. betont einleitend, daß auch ihm alles darauf ankam, eine leichtfaßliche Darstellung für die Einführungskurse zu bekommen. Zum Schluß aber fordert er, daß philosophische Fragen vor den ökonomischen behandelt werden sollen und empfiehlt als Grundlage das außerordentlich schwierige Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ und die Klärung einer ziemlich komplizierten Terminologie. Schließlich sollen die Genossen auch noch geschichtliche Kenntnisse in einen ökonomischen Einführungskursus mitbringen. Uns scheint, daß dies dem Anfang des Artikels widerspricht, außerdem hat bekanntlich Marx den Versuch gemacht, seine Ökonomie für Anfänger und leicht faßlich darzustellen, ohne philosophische oder geschichtliche Voraussetzungen zu geben. Siehe „Lohn, Preis, Profit“ und „Lohnarbeit und Kapital“.

Die Redaktion.

Der Genosse K. Burmester, Lübeck, schreibt uns, daß ihm der Göntherische Artikel als viel zu schwer erscheint, und daß damit verglichen auch die schwierigen Schriften von Marx leichter verständlich sind.

Der Versuch des Genossen Günther, die Werttheorie zu popularisieren, muß, scheint mir, als fehlgeschlagen angesehen werden. Die Ausführungen bringen in dieser Art eine

Verflachung. Dagegen müssen wir ansetzen. Im „Kapital“ sind von Marx im ersten Kapitel vier Absätze für die einfache Werttheorie gebracht worden.

1. Die zwei Faktoren der Ware: Gebrauchswert und Wert.
2. Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit.
3. Die Wertform oder der Tauschwert.
4. Das Ganze der einfachen Wertform.

In diesen vier Absätzen bringt Marx die einfache Werttheorie so ausführlich, klar verständlich, daß eine Popularisierung nur ein Erweitern dieser Ausführungen bedeuten kann. Jeder Leser des „Kapital“ wird zugeben müssen, daß Marx seine Aufgabe glänzend gelöst hat.

Was hat Günther getan? Zuerst stellte er fest, daß alle bis heute angestellten Versuche einer Popularisierung sich eng an das „Kapital“ gehalten, genau dieselbe Reihenfolge eingehalten und sich zuviel Zitate angeeignet hätten. Er wollte einen neuen Weg einschlagen. Er hat nichts weiter tun können als sich ebenfalls an Marx halten, seine Zitate wählen und Marx's Überlegenheit anerkennen müssen.

Es ist an und für sich schon unmöglich, die Werttheorie populär zu gestalten, indem man sie auf die Hälfte zusammenstreicht. Aber jetzt dazu noch versuchen, die ganze Sache mit eigenen Worten ebenfalls auf die Hälfte zu reduzieren, ist nicht gut möglich. Hinzu kommt, daß Günther in seinen Ausführungen nur ungefähr zu 40 Prozent die einfache Werttheorie behandelt hat, mit dem übrigen Text recht viele Dinge berührt, die nichts mit ihr zu tun haben beim Lösen der gestellten Aufgabe.

Weiterhin setzt Günther gewisse Kenntnisse voraus. Mit den von ihm angeführten Kenntnissen kann man sich auch an Marx's Werttheorie heranmachen. Günthers Ausführungen kann man sich so einigermaßen zusammenreimen, wenn man die von Marx beherrscht. Mir ging es jedenfalls so. Eine Popularisierung der Werttheorie ist nach meiner Ansicht nur möglich, indem man sie Satz für Satz weitgehend erklärt und auslegt. Und dann gilt noch immer der Satz, der besagt: „Ein Satz von Marx ist wichtiger, als zehn Sätze über ihn.“

O. Nütke, Zehlendorf.

Der Versuch von Günther erscheint mir nach mehreren Seiten hin nicht glücklich und auch abweichend von Marx zu sein.

Um gleich das letztere vorwegzunehmen, wird nach meiner Ansicht der Begriff Distribution nur verwirrend wirken, ebenso die Umschreibung des Begriffes „Wert“. Wirft man die Frage auf, weshalb Marx selbst nicht in seiner Theorie über die einfache Wertform den Begriff „Verteilung“ brachte, so genügt nicht die Erklärung, daß er dieser keine besondere Bedeutung beilegte. Das würde gegen alle Regeln verstoßen, die sein ganzes Werk kennzeichnet. Die Umschreibung des Begriffes „Wert“, wie sie Günther vornimmt, setzt m. E. voraus, daß man die marxistische Werttheorie schon kennt und begriffen hat. Welchen theoretischen Begriff will der Verfasser für die „Gesamtsumme des Wertes“ einsetzen, um zu beweisen, daß der Nenner K:A gesunken ist? Etwa die gleiche Summe Gebrauchsgüter, die vorher produziert würden? Dies ist unmöglich, denn mit der fortschreitenden Technik schreitet auch die Summe der Gebrauchsgegenstände. Diese Relativbeziehungen sind auch nicht der wichtigste Punkt der politischen Ökonomie. Der größte Widerspruch, um den es sich handelt für den Arbeiter, ist der, der der Mehrwerttheorie zugrunde liegt. Und gerade diese ist es, die durch Günthers Versuch verdunkelt wurde. Um dem Arbeiter die Mehrwerttheorie begreiflich zu machen, muß ihm die Basis der Warenpreise begreiflich gemacht werden, die auf und nur auf der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit beruht. Und dies Stück der Werttheorie ist im allgemeinen nicht das Schwerste der Werttheorie, wenigstens für Arbeiter nicht.

Ernst Seidel, Barmen.

Marxist-Wettbewerb!

Marx st-Abonnenten! Marxist-Leser!

werbt für eure Zeitschrift, betetigt euch am Wettbewerb vom 1. Februar bis 1. März.

Wer in dieser Zeit die meisten Abonnenten für ein Jahresabonnement wirbt, erhält wertvolle Schulungsbücher im Gesamtwert von 25 Mark. Werber wendet euch an das Zentrale Schulbüro und beschafft euch Werbematerial.

Verantwortlicher Redakteur: B. Rewald, Berlin N. — Manuskripte Anfragen und Bestellungen sind an das zentrale Schulbüro der Marxistischen Arbeiterschule, Berlin O 27, Schicklerstraße 6 (Tel. Kupfergraben E 2 2659) zu richten. — Druck: City-Druckerei AG, Berlin C 25. — Für den Verlag verantwortlich: B. Rewald, Berlin N.

Probleme des Klassenkampfes

Nachfolgezeitschrift der bisherigen „Sozialistische Politik“

„DIE ERSTE NUMMER
ERSCHEINT ANFANG
OKTOBER 71. BEREITS
ERSCHIENEN:
SONDERHEFT 1
4,- DM 100 S.“

„IN JEDER LINKEN
BUCHHANDLUNG!
ODER DIREKT VON
VERLAG:
POLITIKER
852 ERLANGEN
HINDENBURGSTR. 17.“

Sonderheft Nr. 1

Inhalt:

1. Wolfgang Müller/Christel Nensüss:
Sozialstaatlusion und der Widerspruch
von Lohnarbeit + Kapital.
2. Helga Faßbinder:
Kapitalistische Stadtplanung und die
Illusion demokratischer Bürgerinitiative.
3. Erklärung der Mehrheitsfraktion
der Redaktionskonferenz der SOPO.

DER MARXIST

Blätter der I. marxistischen Arbeiterschule / II. Jahrg. Heft 3/4 März/April 1932

Nach dem ersten Wahlgang

Von Th. Neubauer (Berlin).

Die Enttäuschung im Lager der Nationalsozialisten über das Ergebnis des 13. März ist sehr groß. Man hatte doch wochenlang felsenfest geglaubt, daß man einer Wählerzahl von 15 Millionen sicher sei. Man hatte wirklich erwartet, daß Hitler mit großer Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt würde. Macht, was ihr wollt, Reichspräsident wird Adolf Hitler“, so hieß es auf den Plakaten der Naziversammlungen. Für die Nacht vom 13. zum 14. März standen die SA-Formationen bereit, nach Berlin zu marschieren, wenn Hitler gewählt sein sollte. Hitler selbst fühlte sich des Sieges so sicher, daß er in seinem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker am Vorabend des Wahltages bereits Erklärungen abgab, die das Ausland für den Fall seiner Wahl über die von ihm beabsichtigte Politik beruhigen sollten.

Um so größer war die Ernüchterung jetzt, wo der Wahlausfall gezeigt hat, daß die Nationalsozialisten knapp 11 Millionen Stimmen und gegenüber den letzten Landeswahlen in Hessen, Hamburg und Bremen sehr schwere Verluste erlitten haben, und wo es auch dem SA-Mann klar ist, daß Hitler auch im zweiten Wahlgang keine Aussicht hat, gewählt zu werden. Man muß sich ja vor Augen halten, daß die Wählerschaft Hitlers nicht aus politisch geschulten Kadern besteht, wie etwa die der Kommunisten, sondern aus zusammengelaufenen, von ungeheuerlichen Illusionen getriebenen und von unerfüllbaren Verheißungen gelockten Haufen Unzufriedener, bei denen sich so ein Rückschlag um so nachdrücklicher spürbar macht. Die Führer der Hitlerpartei, die ja wohl ihre Wählerschar kennen müssen, bemühen sich denn auch — Strassers Leitartikel im „Völkischen Beobachter“ vom 17. März ist ein Musterbeispiel dafür — ihre Anhängerschaft über die Tatsache der schweren Niederlage hinwegzutäuschen.

Während Hitler die Fortsetzung des Kampfes verkündet und seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang aufrechterhalten hat, haben die Deutschnationalen und Stahlhelmer auf die Weiterführung des Kampfes auf diesem Gebiet verzichtet und die Kandidatur Duesterberg fallen lassen. Am Tage nach der Wahl trat Hugenberg mit dem Vorschlag hervor, seine Gruppe sei bereit, sich auf die Wahl Hindenburgs zu einigen, wenn dafür die Neuwahl des Reichstages vorgenommen werde. Ein politisches Schachergeschäft, auf das sich der Brüningblock nicht einlassen konnte, wenn nicht Brüning seine bisherige Mehrheit im Reichstag selber zerschlagen wollte. Die Meldung eines bürgerlichen Blattes, daß Hugenberg neue Verhandlungen mit dem „Braunen Haus“ eingeleitet habe, zum

Zweck einer Verständigung über einen für den zweiten Wahlgang aufzustellenden Sammelkandidaten — genannt wurde der Admiral von Schröder — wird von der Hugenbergpresse kategorisch dementiert; sie ist auch wenig wahrscheinlich, da sich Hitler bereits am 14. März festgelegt hat und weiß, daß ihn die Duestenberg-Stimmen nicht retten werden. Wie sich Deutschnationale und Stahlhelm nun endgültig entscheiden werden, ist eine offene Frage. Das Wahrscheinliche ist, daß bei einem Verzicht ihres Kandidaten ein größerer Teil ihrer Stimmen auf Hindenburg und auf Hitler fallen wird. Interessant und wichtig an der Erklärung Hugenbergs bleibt jedoch, daß die Hindenburgfront jetzt schon von der Sozialdemokratie bis zum Stahlhelm reicht!

So zeigt sich jetzt schon, daß diese Wahlen um die Reichspräsidentschaft, anstatt den Faschismus zurückzuschlagen, wie die SPD. ihren Wählern glaubhaft machen wollte, die Faschisierung Deutschlands nur weiter gefördert haben. Wir haben dies vorausgesagt. Wir sehen, daß die treibenden Kräfte in dieser Entwicklung neben der Generalschique um Groener und Schleicher jene Gruppe von Finanzkapitalisten stellt, die sich wie Krupp, Duisberg, Frowein und Silverberg zwar für Hindenburg ausgesprochen haben, aber doch den Standpunkt vertreten, daß man die Hitlerpartei unbedingt in die Regierung einbeziehen solle.

Von der Sozialdemokratie, die gestern erst mit ihren Wählerstimmen den Hindenburg-Brüning zum Siege verholfen hat, verlangen die Herren um Brüning, Groener und Hindenburg weitere aufopfernde Dienste. So muß die Sozialdemokratie die Verantwortung übernehmen für die mit der Einführung der Kampfzolltarife verbundene weitere Verteuerung der Lebenshaltung der Massen. Sie wird in die größte Verlegenheit gebracht dadurch, daß jetzt die deutschen Unternehmerverbände einen neuen Lohnraubfeldzug vorhaben und überdies einen weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung um 1 Milliarde! So quittiert die deutsche Kapitalistenklasse den Arbeitermassen die Rechnung für den schamlosen Verrat der Hindenburg-, Sozialisten!

Man muß zugeben, daß die SPD. unter skrupelloser Ausnutzung der in den breiten Arbeitermassen bestehenden Befürchtungen vor einem nationalsozialistischen Regime es verstanden hat, die große Masse ihrer Wähler für Hindenburg ins Feld zu stellen. Der schamlose Letrug mit dem „kleineren Uebel“ hat noch einmal Triumphe gefeiert. Aber das „kleinere Uebel“ ist schon am Werke, den betrogenen Massen zur Erkenntnis zu verhelfen. Es hängt außerordentlich viel davon ab, daß es die kommunistische Partei versteht, an diesen Tagesfragen des Klassenkampfes anzuknüpfen und die Massen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsraub zu mobilisieren!

Ein Manöver zur Täuschung der Arbeitermassen ist auch die neue Aktion Severings gegen die Nationalsozialisten. Wußte vielleicht der sozialdemokratische Polizeiminister von Preußen nicht längst, daß Hitlers Sturmabteilungen bewaffnet sind? Hätten ihm das nicht die täglichen

Ueberfälle dieser Mordbanden seit Jahr und Tag zeigen können? Mußte Severing erst diese Haussuchungen abwarten, um zu erfahren, daß die SA. auf den Bürgerkrieg vorbereitet sind? — Severing will sich jetzt als der „starke Mann“ aufspielen, der den Faschismus „bekämpft“.

Millionen Arbeiter haben am 13. März Hindenburg gewählt, weil sie auf den sozialdemokratischen Schwindel hereinfielen, als ob die Hindenburg Brüning wirklich „ein Schutz gegen Hitler“ seien. Sie werden durch die Ereignisse belehrt werden, gewiß, aber nur wenn ihnen die gesteigerte Arbeit der revolutionären Arbeiter zur Erkenntnis verhilft, nur wenn die erhöhte Aktivität der roten Einheitsfront sie aus der Hindenburgfront der Kapitalisten und Sozialfaschisten heraus und in die Klassenfront des Proletariats hineinzieht.

Mit bolschewistischer Selbstkritik müssen wir unsere Arbeit im ersten Wahlgang einer ersten Prüfung unterziehen, um mit Abstellung der Mängel und Beseitigung der Schwächen den Kampf fortzusetzen: Klasse gegen Klasse!

Versuchen wir, die hauptsächlichsten der Schlußfolgerungen über den bürgerlichen Parlamentarismus und die proletarische Revolution in jedem beliebigen kapitalistischen Lande in aller Kürze darzulegen oder sie wenigstens anzudeuten.

Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen geneigt sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die Lösung der Aufgaben selbst kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern durch alle Formen des Klassenkampfes, bis hinauf zum Bürgerkrieg.

Die Beteiligung der Partei des revolutionären Proletariats an dem bürgerlichen Parlamentarismus ist notwendig zur Aufklärung der Massen, die durch Wahlen und den Kampf der Parteien im Parlament erzielt wird. Jedoch den Klassenkampf auf einen Kampf innerhalb des Parlaments beschränken oder einen derartigen Kampf als höchsten, entscheidenden, sich alle anderen Formen unterordnenden betrachten, hieße tatsächlich zur Bourgeoisie übergehen gegen das Proletariat.

Lenin (Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats. S. 22/23).

Kämpft

mit der KPD! Stimmt für den Klassenkandidaten

Ernst Thälmann

Hitlers außenpolitische Programmpunkte

Nationale Befreiung oder imperialistische Unterdrückungspolitik?

K. A. Wittfogel:

Die — „nationale“ — Außenpolitik ist, wenn wir Hitlers eigenen Worten Glauben schenken dürfen, das Ziel, dem seine gesamten innerpolitischen Maßnahmen dienen sollen. Dies ist jedoch durchaus unrichtig. Nicht eine absolute Außenpolitik bestimmt die innerpolitische Bewegungslinie eines Gesellschaftskomplexes. Umgekehrt: es ist die jeweilige ökonomisch-soziale, es ist die innerpolitische Struktur eines Landes, aus der — selbstverständlich in Wechselwirkung mit den jeweils bestehenden allgemeinen außenpolitischen Verhältnissen — die eigenen außenpolitischen Zielsetzungen mit Notwendigkeit hervorgehen.

Man versteht daher nur dann Hitlers außenpolitisches Programm richtig, wenn man den politischen Sinn seiner innerpolitischen Zielsetzungen wirklich begreift. Welches aber ist der klassenmäßige Sinn des innerpolitischen Teiles der 25 Punkte? Wir fassen unser diesbezügliches Urteil kurz zusammen:

1. **Werk tätige Bauern und Landarbeiter.** Punkt 17 des Hitlerprogramms machte 1919/20 den kleinen und mittleren Bauern sowie den Landarbeitern weniger Zugeständnisse, als das gleichzeitige Programm der Demokratischen Partei und als die Reichsverfassung.

2. **Industrieproletariat.**

a) **Verstaatlichung.** Hitlers Verstaatlichungsforderungen gingen (1919/20) weniger weit, als jene Forderungen, die von einem Teil der öffen kapitalistischen Partei damals erhoben wurden.

b) **Sozialversicherung.** Hitler wagte es, im Gegensatz zu allen öffen kapitalistischen Parteien, bereits 1919/20 die gesamte Sozialversicherung mit Ausnahme der Altersversicherung als Luft zu behandeln.

3. **Verfassung.** Punkt 25 des Hitlerprogramms verlangte zu einer Zeit, als sogar die Deutschnationalen vor der parlamentarischen Mode kapitulierten, eine Verfassung, die mittels berufsständischer Einrichtungen den Einfluß des Proletariats auch im Sinne der bürgerlichen Scheindemokratie brechen sollen.

Der politische Sinn dieser Programmpunkte ist unverkennbar: Angestrebt ist die Erhaltung einer kapitalistischen Klassengesellschaft, deren Schutz durch eine reaktionär-diktatorische Verfassung gewährleistet werden soll. Natürlich sind die von uns herausgearbeiteten reaktionär-kapitalistischen Forderungen in den 25 Punkten nicht demonstrativ nach außen sichtbar gemacht. Sie sind vielmehr in einem Gewebe sozialdemagogischer Zugeständnisse und „Forderungen“ (Mittelstandsschutz, Gewinnbeteiligung, Kampf gegen die Juden, gegen den Zins) kunstvoll verborgen.

Ganz das gleiche Bild bieten Hitlers außenpolitische Forderungen in ihrer ursprünglichen Fassung. Punkt 2 des Programms fordert bekanntlich „die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“. Würde die Verwirklichung dieses Punktes lediglich Deutschland in den alten Reichsgrenzen

wiederherstellen, so verlangt Punkt 1 eine erhebliche Ausweitung des deutschen Staatsgebietes. Die NSDAP. fordert in ihm „den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.“

Es sind dies zwei Forderungen, die einen ausgesprochen demokratischen und nationalen Charakter tragen. Sie klingen etwas überraschend angesichts der innerpolitischen Zielsetzungen Hitlers, deren faktischer Kern das Streben nach Wiederherstellung eines massiven, der Arbeiterschaft keine Zugeständnisse machenden Kapitalismus ist. Sofort entsteht daher die Frage: kann ein moderner kapitalistischer Großstaat, wie Hitler ihn will, im Zeitalter des Imperialismus außenpolitisch eine wirklich demokratische und nationale Politik führen? Ist ein solcher Staat imstande, ernsthaft und konsequent nationalrevolutionäre Ziele zu verfolgen?

Wenn eine Nation die geschichtlich entstandene dauernde Gemeinschaft der Sprache des Gebietes des Wirtschaftslebens, des Nationalcharakters, der Kultur ist,¹⁾ dann muß es als eine völlig unbezweifelbare historische Tatsache gelten, daß die Bildung nationaler Einheiten erst auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung stattfindet.

Lenin bezeichnet die nationale Eingung, die in sich schließt: das Erwachen der Massen zum Bewußtsein der eigenen Kultur (Muttersprache, Literatur) als „die notwendige Bedingung und Begleiterscheinung der vollen Entwicklung des Kapitalismus, des rastlosen Eindringens des Warenaustausches bis in die letzte Bauernfamilie.“²⁾ Sogar Hitlers Hofhistoriker Rosenberg muß zugeben, daß die deutsche Geschichte keineswegs mit Nationalpolitik und Nationalbewußtsein begonnen hat. Das Entstehen einer nationalen Bewegung in Deutschland datiert auch nach Rosenberg erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts.³⁾ Erst mit dem Wachstum des Kapitalismus wird in der Tat seitens der deutschen Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer die nationale Einheit Deutschlands als eine unabwiesbare Forderung vertreten.

Auf dieser geschichtlichen Stufe bildet die nationale Einheit, als ein Moment der Produktionsverhältnisse, einen höchst wesentlichen Hebel zur Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus. In der Phase der Entstehung der modernen Nationalstaaten tragen die nationalen Kriege einen fortschrittlichen, einen revolutionären Charakter. Nun ist inzwischen in den führenden kapitalistischen Ländern seit 1871 der Prozeß der Bildung von Nationalstaaten beendet.⁴⁾ Ökonomisch sind diese kapitalistischen Großmächte vom Kapitalismus der „freien“ Konkurrenz zum Kapitalismus des Monopols, des „Finanzkapitals“ übergegangen. Ihre Außenpolitik verfolgt nicht mehr nationale Zwecke im Sinne der alten fortschrittlichen nationalen Kriege. Imperialistische Expansion ist das Ziel, nach dem in dieser Epoche die Außenpolitik der kapitalistischen Großmächte zwangsläufig orientiert sein muß.⁵⁾

¹⁾ Dies ist die Begriffsbestimmung, die J. Stalin gibt. (Vgl. Heller, Der Untergang des Judentums, S. 202.)

²⁾ W. I. Lenin: Sämtliche Werke, XIX, S. 44.

³⁾ A. Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts, S. 84 und 509.

⁴⁾ Lenin: A. a. O., S. 243.

⁵⁾ Ebendort, S. 237 ff.

Bedeutet das, daß es im Zeitalter des Imperialismus nationale Kriege nicht mehr geben kann? Kerneswegs. Im Gegenteil. Die kapitalistische Weltaufteilung läßt das Problem national-revolutionärer Befreiungsbewegungen auf neuer Stufenleiter mit verdoppelter Heftigkeit entstehen. Nationale Bewegungen sind in der Phase des Imperialismus möglich und revolutionär:

1. In rückständigen Gebieten, wie das bis 1917 die Ukraine, Weißrußland usw. waren.

2. In den Halbkolonien und Kolonien, wo diese Bewegung von der allerhöchsten Wichtigkeit ist.

3. Sogar unter ganz bestimmten Bedingungen im Bereich der großen imperialistischen Mächte selbst.

Das letztere ist ein Grenzfall. Innerhalb dieses Komplexes ist die Entstehung eines wirklich nationalen Krieges „in hohem Grade unwahrscheinlich, weil die Klasse, die die Vorwärtsentwicklung vertritt, das Proletariat ist, das objektiv danach strebt, diesen Krieg (den letzten imperialistischen Krieg. W.) in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie zu verwandeln, ferner aber auch deshalb, weil die Kräfte beider Koalitionen sich nur unerheblich voneinander unterscheiden und das internationale Finanzkapital überall eine reaktionäre Bourgeoisie geschaffen hat. Aber man kann eine solche Verwandlung (des imperialistischen in einen nationalen Krieg. W.) nicht für unmöglich erklären: wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete; wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne z.B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges in den Sozialismus umzuschlagen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich“ (Lenin).⁹⁾

Von den drei Bedingungen, die Lenin nennt, ist die dritte erfüllt. Erfüllt ist auch die zweite. Lenin selbst hat in seiner Analyse der Nachkriegslage die nationale Versklavung großer Länder Europas festgestellt. Der Krieg und die ihm folgenden diktatorischen Verträge zwangen Deutschland, Oesterreich usw. solche Bedingungen auf, daß diese Länder „in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch

⁹⁾ Ebendort, S. 217. Die Hervorhebungen stammen von Lenin.

Unser Kampf gegen den Hitlerfaschismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir es verstehen, den Nazis die nationale Maske herunterzureißen, ihre platte und verlogene Demagogie zu entlarven und demgegenüber unsere wirkliche Freiheitspolitik für die Millionen Unterdrückten in Deutschland aufzurollen.

Weiter die größtmögliche Steigerung unserer ideologischen Massenaufarbeitung der nationalsozialistischen Anhängerschaft, um sie vom Hitlerfaschismus loszureißen, um sie in unsere Front hineinzubringen, um sie für den Klassenkampf zurückzugewinnen.

(Aus der Rede des revolutionären Präsidenschaftskandidaten Thälmann: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD.“ S. 46 und 50.)

den Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat“.)

Die Tatsache der Versklavung Deutschlands besteht also zweifellos. Es fragt sich nur, ob auch die dritte von Lenin genannte Bedingung, die Ohnmacht des Proletariats, gegeben ist, so daß es der Bourgeoisie gelingen könnte, die proletarischen Massen für ein kapitalistisches Deutschland in eine nationale Massenbewegung hineinzureißen. Dies ist nicht der Fall. Die NSDAP. selbst ist sich darüber klar. Sie sieht sich gezwungen, ihren Bestrebungen das Mäntelchen eines verlogenen Schein-„Sozialismus“ umzuhängen, weil die klassenbewußten Massen des deutschen Proletariats nicht daran denken, ihre Haut noch einmal für die einheimische Kapitalistenklasse zu Markte zu tragen. Zugleich zeigt es sich, daß die deutsche Bourgeoisie auf Grund der Notwendigkeiten des eigenen hochentwickelten Kapitalismus eine national-bürgerliche Bewegung nur als den Ausgangspunkt für neue imperialistische Eroberungen betrachtet. Sämtliche bürgerlichen Parteien verbanden bereits 1919 mit dem Wunsch nach nationaler Befreiung das Verlangen nach Kolonien. Kolonien forderten die Deutschnationalen und die Volkspartei. Kolonien forderten das Zentrum und die Demokraten.¹⁰⁾ Den Neuerwerb von Kolonien sieht vor — in den Artikeln 6 und 80 — die Weimarer Verfassung, für deren politisches Gesicht die Sozialdemokratie führend verantwortlich ist.

Genau im selben Sinne fordert nun auch Punkt 3 des Hitlerprogramms „Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedelung unseres Bevölkerungs-Überschusses.“ Diese imperialistische Forderung der NSDAP. ist die notwendige Konsequenz ihres innerpolitischen Programms. Den kapitalistischen Forderungen des innerpolitischen Teils der 25 Punkte entsprechen in durchaus organischer Weise die imperialistischen Forderungen des außenpolitischen Teils.

Zu beachten ist hierbei freilich dies. Wie Hitler 1919/20 innerpolitisch seine sozial-reaktionären Absichten noch mittels einer ganzen Apparatur demagogischer Scheinforderungen umkleidete, so ist auch außenpolitisch die imperialistische Pille anfangs von den demokratisch-nationalen Forderungen der Punkte 1 und 2 süß umzuckert. Inzwischen hat sich mit dem innerpolitischen auch der außenpolitische Schleier, der 1919/20 die Ziele der NSDAP. überdeckte, bereits ziemlich weitgehend gelüftet. Von einer Aufhebung der Bestimmungen von Versailles, so daß die alten Grenzen dort, wo es sich um rein deutsche Gebiete handelt, wiederhergestellt würden, spricht Hitler nicht mehr. Er erklärt eine dahinzielende Forderung vielmehr neuerdings als einen „politischen Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen (!) erscheinen lassen“.¹¹⁾ Noch viel weniger wird der Traum von einem alle Deutschen vereinigendem Groß-Deutschland aufrechterhalten. Hitlers immer offener demonstrierte Uninteressiertheit an Südtirol, am Elsaß, am Anschluß Oesterreichs bedeuten die brutale Liquidierung des Programms der nationalen Befreiung, wie es einst in den Punkten 1 und 2 des alten Programms ausgedrückt war. Uebrig bleibt lediglich der Wille zu kriegerischer

¹⁰⁾ Lenin: Rede über die Weltlage, gehalten auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1920. Protokoll. Hamburg 1921. S. 20.

¹¹⁾ F. Salomon: Die neuen Parteiprogramme, S. 50 und 65.

¹²⁾ Hitler: Mein Kampf. S. 736.

Ausdehnung in die nichtdeutschen Gebiete Osteuropas (Sowjetunion!) und der Wunsch, Teilhaber der Weltpolitik Großbritanniens zu werden.¹⁰⁾

Während man also demographisch fortführt, von nationaler Befreiung zu plärren, hat man tatsächlich im Auftrage der kapitalistischen Bourgeoisie Deutschlands die alten nationalen Zielsetzungen verschämt gestrichen. Im Maße ihres Erstarkens geht die deutsche Bourgeoisie über die „sozialen“ wie auch über die „nationalen“ Versprechungen, die sie durch ihre Agenten machen ließ, kaltblütig zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung lautet: Faschistische Reaktion nach innen, imperialistische Expansion nach außen. Das ist das Ende des „Sozialismus“ und des „Nationalismus“ der „national“, „sozialistischen“, „Arbeiterpartei“. Die soziale wie die nationale Frage erweisen sich beide im Rahmen eines kapitalistischen Deutschlands als durchaus unlösbar.

¹⁰⁾ Ebendort, S. 153 und 741 ff. Vgl. ferner Rosenberg, a. a. O., S. 602

Entlarvt rechtzeitig die Betrugsmanöver der Hindenburg-Sozialdemokratie

Ein Hörer der Berliner Masch schreibt uns:

Die „Berliner Morgenpost“ wurde schon oftmals das Massenorgan der SPD. genannt und in der Tat verbreitet sie am wirksamsten fast alle Schwindelmanöver der Sozialfaschisten. Sie gehörte auch zu den Blättern, die vor einiger Zeit am eifrigsten den Preisabbauschwindel verbreitet haben und damit hauptsächlich geholfen haben, den Arbeitern den Lohnabbau schmackhaft zu machen und ihre Widerstandskraft zu brechen.

„Berliner Morgenpost“ vom 28. Februar 1932:

Der Anfang: „Er kam, sah, senkte . . .“

Denn „Viele Preissenkungen verschwinden in der Versenkung“.

Wahlspruch der Widerstrebenden: „Der brave Mann senkt bei sich selbst zuletzt“.

Optimismus: „Der Käufer denkt: Goerdeler senkt“.

Verbilligung des Unwesentlichen: „Ich senke was, was du nicht siehst“.

Jongleur-Kunststück: „Jetzt wird uns der Brotkorb höher gesenkt“.

Prophezeiung: „Bald läßt er auch den Mut senken“.

Das Ende: „Da geht er hin und senkt nicht mehr . . .“

Mit der Verhöhnung ihrer eigenen Parole von gestern verböhnen sie besonders die Werktätigen, die ihnen damals auf den Leim gegangen sind. Inzwischen hat die SPD. einen neuen Schwindel gefunden, mit dem sie die Arbeiter vom Kampf abhalten und die Maßnahmen der Bourgeoisie durchführen will — den Arbeitsbeschaffungsschwindel und den Schwindel vom Staatskapitalismus. Der Arbeitsbeschaffungsschwindel, der hauptsächlich durch den Krisenkongreß des ADGB. vorbereitet wird, soll das brutale Vorgehen der Brüningregierung gegen die Erwerbslosen tarnen. Er soll den Unterstützungsraub und die Arbeitsdienstpflicht als sozialistische Forderungen erscheinen lassen und so die Arbeiter vom Kampf gegen diese Verschlechterungen abhalten.

Nur wenn wir rechtzeitig diesen Manövern entgegenreten, können wir sie unwirksam machen. Jeder Marxist muß täglich den Manövern des Klassenfeindes die Theorie des proletarischen Klassenkampfes entgegenstellen.

Im letzten Jahr des Fünfjahrplans verschärfte Kriegsgelahr

Von Willi Winkler

Im dritten Jahr des Fünfjahrplans, im Jahre 1931, hat die Sowjetunion außerordentlich schnell und günstig den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau verstärkt. Das dritte Jahr hat die Erfüllung des Fünfjahrplans in unmittelbare Nähe gerückt und damit die reale Verwirklichung der Fundamente des Sozialismus beschleunigt. Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre des sozialistischen Aufstieges zeigt ein Tempo, welches von keinem kapitalistischen Lande in irgendeiner Hochkonjunktur erreicht worden ist. Auf der 17. Parteikonferenz hat Genosse Ordchonikidse folgende Ziffern aus der Sowjetwirtschaft vorgelegt, die das schnelle Entwicklungstempo in der Sowjetunion aufzeigen.

	Produktion 1925 und 1931		Steigerung
	1925	1931	
Steinkohle	17,6 Mill. Tonnen	56 Mill. Tonnen	mehr als 4 mal
Koks	1,62 „ „	6,75 „ „	4 mal
Naphtha	7,2 „ „	22,3 „ „	3 „
Eisen	1,5 „ „	4,9 „ „	3 „
Stahl	2,1 „ „	5,3 „ „	2,5 „
Walzeisen	1,6 „ „	4,0 „ „	2,5 „
Kupfer	12 000 Tonnen	48 800 „	4 „
Zement	872 000 „	3 344 000 „	4 „
Superphosphat	67 800 „	521 600 „	7,5 „
Gummischuhe	19 Mill. Paar	54 Mill. Paar	fast 3 mal
Maschinenbau	730 Mill. Rubel	5724 Mill. Rubel	fast 8 mal
Elektrotechnik	92,5 „ „	980 „ „	10 mal
Elektroenergie	2925 Mill. Klv.	10 600 Mill. Klv.	3 „
Traktoren	469 Stück	41 280 Stück	—
Automobile	80 „	20 511 „	—

„Iswestija“ vom 2. Februar 1932.

Dieses Tempo in der Entwicklung der Sowjetunion ist nur unter der sozialistischen Wirtschaftsform möglich. Auf allen Gebieten zeigen sich ebensolche Steigerungen, die damit das gesamte gesellschaftliche Leben auf eine höhere Stufe stellen.

Vor allem zeigt sich bei dem großen Niedergang der kapitalistischen Weltwirtschaft, daß die Sowjetunion einzelne Länder in ihrer Produktionshöhe bereits übertroffen hat. Die Sowjetunion erhält dadurch einen Vorsprung gegenüber der kapitalistischen Umgebung, der bereits in den kapitalistischen Ländern zu einer außerordentlich starken Rüstung gegen die Sowjetunion geführt hat.

Vor allem ist mit der Durchführung des Programms im dritten Jahr des Fünfjahrplans die Sicherheit gegeben, daß der gesamte Fünfjahrplan in vier Jahren durchgeführt wird. Darüber hinaus sind Pläne und Bauten in Angriff genommen worden, die erst im zweiten Fünfjahrplan vorgesehen waren. So wird jetzt schon fieberhaft an den Fundamenten von Ural-Kasbass gearbeitet.

Dieses große Kombinat im Osten der Sowjetunion hat eine ungeheure Bedeutung. Es bildet die Grundlage für die große Industrialisierung und vor allem für das sozialistische Fundament Sibiriens.

Daran schließen sich die Vorarbeiten für das noch östlicher gelegene Altai-Gebiet, wo die Voraussetzungen für eine ausgedehnte Erz- und Kohlenbasis gegeben sind. Auch an diesem Kombinat wird bereits gearbeitet.

Die Fertigstellung der sibirischen Kombinate wird zum Ablauf des zweiten Fünfjahrplans festgelegt. Die planmäßige Voraussetzung wird aber sicher überholt werden, da das eingeschlagene Tempo eine kürzere Fertigstellung ermöglicht.

Ausschlaggebend ist noch die große Agrarbasis im Osten mit ihren Baumwollkulturen im Südosien, im Karahandagebiet, in den nördlichen Gebieten mit der günstigen Viehzucht, die bereits größtenteils in landwirtschaftlichen Spezialwirtschaften zusammengefaßt ist.

Von grundlegender Bedeutung ist der beschleunigte Bau von Eisenbahnen, die das weite Gebiet der Sowjetunion eng zusammenschließen. Fertiggestellt ist die industrielle Verbindungsbahn zwischen Ural und Kusbass, die eine ebenso große Bedeutung hat, wie die Turkestan-Sibirische Eisenbahn.

Diese schon außerordentlich stark detaillierten Pläne des zweiten Fünfjahrplans haben in der kapitalistischen Welt große Bestürzung hervorgerufen. Die Realität des ersten Fünfjahrplans ist die unerschütterliche Grundlage der Realität des zweiten. Das ist einer der Gründe für die verstärkte Antisowjetkampagne der kapitalistischen Presse.

Es ist bekannt, daß der japanische Imperialismus sich bereits im russisch-japanischen Krieg in bezug auf Sibirien weitgehende Ziele gesteckt hat, die er später bei der japanischen Intervention 1919/1920 gegen die Sowjetunion zu verwirklichen dachte. Damals haben die roten Truppen die vereinigten Söldnerheere geschlagen. Heute hat der japanische Imperialismus China angegriffen, hat die Mandschurei okkupiert, hat die chinesisch-sowjetische Eisenbahn in der Nordmandschurei besetzt, zeitweilig stillgelegt, in der Hoffnung, die Sowjetunion damit zu einem Krieg zu provozieren.

Aber: Bereits in den wenigen Jahren des sozialistischen Aufbaus hat der Sowjetbauer in Sibirien große Positionen errungen, ist frei von allem Druck und durch die Kollektivierung in der Lage, sein Einkommen immer mehr zu verbessern.

„Angesichts dieser Tatsachen, daß wir uns nicht mehr vor dem, sondern schon im imperialistischen Krieg befinden, daß der japanische Imperialismus die Brandfackel bereits entzündet hat, und die Imperialisten offen bestrebt sind, den Frieden der Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau zu stören, müssen wir unser Banner des proletarischen Internationalismus und der aktiven revolutionären Solidarität kühner und entschlossener entfalten.

Niemals seit der Zeit des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion 1917—1920 ist die Stunde des Angriffskrieges des Imperialismus so nahe gerückt, wie in diesen vor uns stehenden Wochen und Monaten. Unsere große historische Lösung der Verteidigung der Sowjetunion durch die Millionenmassen des Weltproletariats kann schnell und überraschend von einer Agitations- zu einer Aktionslösung für die KPD. und die mit ihr verbundene revolutionäre Arbeiterschaft werden.

(Aus der Rede des revolutionären Präsidentschaftskandidaten Thälmann: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD.“ S. 12/13.)

Jenseits der Sowjetgrenzen herrscht dagegen eine koloniale Unterdrückung und damit eine Auflehnung gegen das System der imperialistischen Ausbeutung. Der Kampf der mandschurischen und mongolischen Bauern gegen den japanischen Imperialismus ist von der größten Sympathie für die Sowjetunion begleitet.

Und nicht nur zur weiteren Unterdrückung der kolonialen Völker macht Japan Krieg in China, sondern vor allen Dingen, um die Unterstützung der gegen Japan eingestellten Mächte für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Der Blick des japanischen Imperialismus richtet sich nach Nordsachalin, wo Erdöl vorhanden ist, nach Sibirien mit seinen außergewöhnlichen Naturschätzen.

Die Provokationen gegen die Sowjetunion müssen scheitern, aber der Krieg gegen die Sowjetunion ist nur vor dem Ausbau Sibiriens für die imperialistischen Länder günstig. Jedes Jahr später bedeutet um so größeren Widerstand der sibirischen Bauern und der kolonialen Völker, bedeutet die vollkommene Technik des zweiten Fünfjahrplans in Sibirien.

Der Krieg in China und die Stellung des Proletariats zum Kriege

Hans Otto

Meldungen aus Schanghai berichten, daß zwischen den Japanern und Tschangkaischek ein „vorläufiger“ Waffenstillstand abgeschlossen worden ist. Die Japaner haben sich bereit erklärt, alle Truppen aus Schanghai zurückzuziehen, wenn die chinesischen Truppen in ihren Stellungen bleiben. Der vorläufige Waffenstillstand soll das Vorspiel zu dem „endgültigen Friedensschluß“ zwischen dem japanischen Imperialismus und Tschangkaischek sein. Es ist klar, daß dieser Friedensschluß von Seiten der Japaner nur erfolgen soll, um die militärischen Kräfte in Schanghai freizubekommen und sie in der Mandschurei und gegen die Sowjetunion zu konzentrieren. Nichts ist mehr von den chinesischen Forderungen, Zurückziehung der japanischen Truppen aus der Mandschurei, übrig geblieben, ebenso wenig wie von der von Tschangkaischek mit großer Reklame angekündigten „Aktion“ gegen die Mandschurei. Durch diese Kapitulation vor dem japanischen Imperialismus hat Tschangkaischek einen neuen, ungeheuren Verrat am chinesischen Volk begangen.

Eine neue Wendung ist damit in der Lage im Osten eingetreten. Diese Wendung besteht in einer ungeheuren Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig mit dem Beginn der „Friedensverhandlungen“ hat die japanische Delegation in Genf den Entwurf eines „Sicherheitspaktes“ eingereicht, der die Abrüstungskonferenz ersucht, „die besondere Lage im „Fernen Osten“ in Betracht zu ziehen, da Japan zwei Nachbarn besitzt, die es unmöglich machen, seine Rüstungen einzuschränken“. Der eine dieser Nachbarn sei Rußland, „dessen politische, soziale und militärische Organisation sich von derjenigen aller anderen Staaten unterscheidet“. Der andere Nachbar wäre China, das nicht imstande wäre, „Ordnung im eigenen Lande zu schaffen“. Es ist klar, dieser „Sicherheitspakt“ bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als ein Militärbündnis aller imperialistischen Länder gegen die Sowjetunion.

Um was geht es eigentlich bei diesem neuen, ungeheuren Kriegsverbrechen des blutgerigen, japanischen Imperialismus? Einmal soll dieser Krieg dazu dienen, die weiten Gebiete Chinas sowohl als Rohstoffquellen, wie als Markt für den japanischen Kapitalismus zu erschließen.

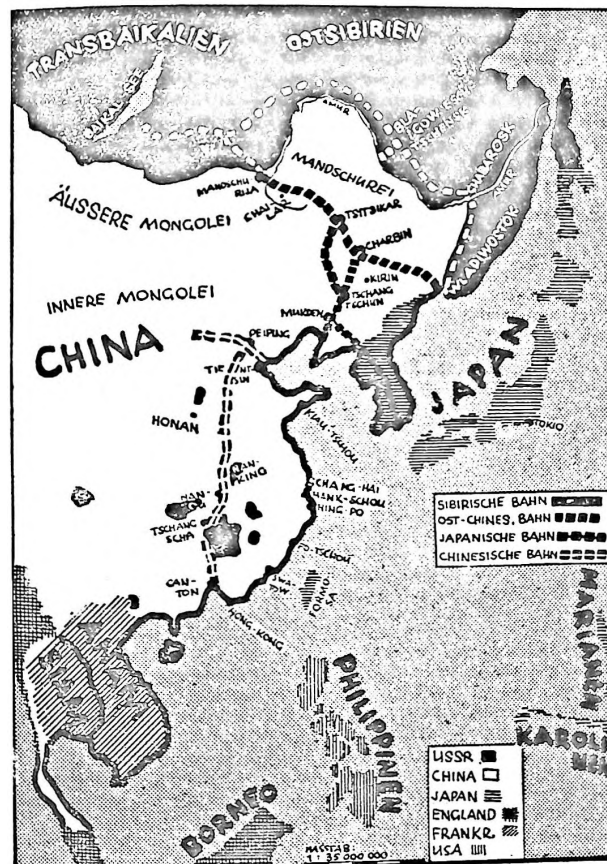
In dem noch viel zu wenig bekannten Memorandum des japanischen Premierministers Tanaka vom Jahre 1927 wird schon auf die Gefahr hingewiesen, die dem japanischen Kapitalismus droht, wenn das chinesische Volk, als bisher einziger Käufer japanischer Waren, sich vereinigt und seine eigene Industrie aufbaut. Tanaka sagt mit zynischer Offenheit, daß nur eine Politik von „Blut und Eisen“ diese Schwierigkeiten, die sich für den japanischen Imperialismus ergeben, beseitigen könnte. Gen. Thälmann wies schon in seiner Rede auf der Plenartagung des ZK. am 19. Februar darauf hin, daß man die Lage im Osten nur dann voll verstehen können, wenn die Kenntnis dieses verbrecherischen Dokuments unter den Millionenmassen der Werktätigen Deutschlands und der Welt verbreitet wird.

Wörtlich wird in diesem auf weite Sicht angelegten Plan ausgeführt: „Wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß die Chinesen unsere einzigen Käufer sind, so müssen wir den Tag fürchten, an dem sich China vereinigen wird und seine Industrie zu blühen beginnt. . . . Japan wird nicht imstande sein, um der Selbstverteidigung willen und zum Schutze anderer, die Schwierigkeiten in Ostasien zu beseitigen, wenn es nicht eine Politik von „Blut und Eisen“ durchführt. . . . Mandschurei und Mongolei — das ist das Belgien des Fernen Ostens. Im großen Weltkrieg ward Belgien das Schlachtfeld. In unseren Kriegen mit Rußland und Amerika werden wir die Mandschurei und die Mongolei allen Schrecken des Krieges aussetzen müssen.“

Klar und eindeutig werden hier die Pläne und Absichten des japanischen Imperialismus aufgezeigt. Aber noch viel konkreter, klarer entwickelt Tanaka die Politik des Krieges gegen die Sowjetunion. Hören wir weiter: „Wird die Sowjetrußland gehörige ostchinesische Bahn sich in diesem Gebiet entwickeln, so wird unsere Kontinentalpolitik dadurch beeinträchtigt, und dies wird in der nächsten Zeit unfehlbar zu einem Konflikt mit Sowjetrußland führen. . . . Das Problem unserer nationalen Entwicklung schließt augenscheinlich die Notwendigkeit ein, in der Mongolei unsere Waffen mit Rußland zu kreuzen, um uns der Reichtümer der Nordmandschurei zu bemächtigen. Wenn wir Japans Zukunft betrachten, so müssen wir die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Rußland in der Nordmandschurei zugeben. Wenn diese Bahn (Kirin—Hoinin und Tschantschun—Talai) gebaut ist, können wir Talai zum Ausgangspunkt eines Angriffs auf Sibirien nach drei Seiten hin machen. Und zwar über Taonan, über Antschan und über Tsitsikar. Die Reichtümer der Nordmandschurei werden dann in unseren Händen sein.“

Mit einer wünschenswerten Offenheit und nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit ist hier Zweck und Ziel dieses ganzen Kriegsverbrechens aufgedeckt. Dieser, damals von Tanaka entwickelte Plan ist heute zur realen Tatsache geworden und wird jetzt bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Profitgier und Annexionsgelüste und — der unbändige Haß aller Kapitalisten gegen die Sowjetunion, deren ununterbrochener Aufstieg den Verkaufsprozeß des Kapitalismus nur noch schärfer aufzeigt, das sind die Triebfedern dieses Krieges. — Die Besetzung der Mandschurei war der erste Auftakt zu diesem, sich letzten Endes gegen die Sowjetunion richtenden Angriff. Der strategische Plan der Japaner ist nicht nur darauf gerichtet, die Mandschurei finanziell und ökonomisch zu erobern, sondern auch militärisch, um die chinesische Sowjetrevolution niederzuschlagen. Die fortgesetzten Provokationen gegen die Sowjetunion, die Stellungnahme der gesamten bürgerlichen Presse zeigt, daß die Imperialisten der Welt trotz aller Gegensätze untereinander einig sind in der Unterstützung der

japanischen Räuber, daß sie sich einig sind in dem Bestreben, diesen Krieg weiter zu entwickeln in einen Interventionskrieg des gesamten internationalen Imperialismus gegen die Sowjetunion.



Daß Japan zum Schrittmacher dieser Interventionspolitik geworden ist, liegt an der Struktur und Entwicklung dieses jüngsten imperialistischen Landes. In keinem Lande der Welt hat die Entwicklung des Kapitalismus in einem so rasendem Tempo stattgefunden wie in Japan. Bei dieser äußerst raschen Entwicklung blieben jedoch noch starke Ueberreste des Feudalismus erhalten. Die

außerordentlich schnelle Entwicklung Japans zur imperialistischen Großmacht beruht hauptsächlich auf der kolonialen Ausbeutung fremder Länder und der durch den Feudalismus bedingten, verschärften Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung. Auch über Japan ist nun die große Krise hereingebrochen und Japan hat zum Krieg als letzten Ausweg aus der Krise gegriffen.

Eroberung neuer Absatzmärkte und Rohstoffquellen, Niederwerfung der Sowjetunion und des Sozialismus, das ist das Kardinalziel dieses Krieges. Demgemäß richtet sich der ganze Aufmarschplan der Japaner in erster Linie gegen die chinesischen Sowjetgebiete. Der geplante Angriff auf Nanking ist die erste Etappe auf dem Marsch gegen das zentrale Sowjetgebiet Chinas. Soll der Vormarsch im Süden, die Besetzung Schanghai und der Jangtse-Mündung in erster Linie der Niederschlagung der chinesischen Revolution dienen, so zeigt der Angriffsplan im Norden eine klare und eindeutige Richtung gegen die Sowjetunion. Die Besetzung Chabins bedeutet eine unmittelbare Bedrohung der Sowjetunion. Die daraus sich ergebende Perspektive wird auch von allen bürgerlichen Blättern ganz offen entwickelt. So schreibt das bekannte Zentrumsblatt „Der Deutsche“: „Der Angriff Japans auf Chabin ist ein Angriff auf Rußland. . . Hier kann ein neuer russisch japanischer Krieg entstehen. Dieser Krieg wird vielleicht Rußland aufgezungen werden, obwohl es keine Lust hat, ihn zu führen. . . Auf der anderen Seite würde ein russisch japanischer Krieg den Angelsachsen, also den Engländern und Amerika, nicht unerwünscht kommen. Rußland könnte in diesem Kampfe auf keine europäische Unterstützung, Japan aber auf die Sympathie Europas rechnen.“ Diese „Sympathie“ Europas zeigt sich schon heute in den fortgesetzten Waffen- und Munitionslieferungen an Japan und so macht sich diese „Sympathie“ nebenbei noch ganz gut bezahlt. Die Aktien der Rüstungsindustrie steigen dauernd. Die führenden Blätter der internationalen Profitthänen haben also allen Grund, diesen Krieg zu bejubeln.

In der ersten Reihe der erbittertesten Feinde der chinesischen Revolution und der Sowjetunion marschiert die II. Internationale. Die ganze Haltung der II. Internationale zur Kriegsfrage in China ist eine Neuauflage des Verrats vom August 1914. In einer Resolution der „linken“ SP. Japans heißt es wörtlich: „Der Internationalismus ist in der Gegenwart nicht zu verwirklichen. Die Mandchurei-Frage ist ein national-wirtschaftliches Problem und als solches nur im Rahmen des staatssozialistischen Systems zu lösen.“ In einer späteren Resolution geht man sogar noch weiter. Es heißt dort: „Die japanische Aktion in der Mandchurei ist eine Schicksalsfrage der Nation. Die Interessen, die Japan in der Mandchurei verteidigt, sind vollumfänglich zu rechtfertigen. . . Die marxistische Losung: Proletariat aller Länder, vereine dich! entbehrt in der gegebenen geschichtlichen Etappe jedes realen Inhalts.“ Diese Stellungnahme der sogen. „linken“ Sozialdemokratie Japans wird an Schamlosigkeit noch übertrumpft durch die Rechte. Die 3. These zum Krieg lautet bei diesen „Sozialisten“: „Die Partei erklärt, daß der marxistische Internationalismus ein objektiver Irrtum ist. . . Die Sozialdemokratische Partei unternimmt Schritte, um die nationale Haltung des echten Internationalismus klar aufzuzeigen.“ Der Unterschied zwischen der japanischen und der europäischen Sozialdemokratie besteht aber nur darin, daß die japanische Sozialdemokratie sich ehrlich zu der Politik bekennt, die alle anderen Sektionen der II. Internationale betreiben, aber mehr oder weniger zu verschleiern suchen. Genau wie 1914 ist die II. Internationale auch dieses Mal wieder bereit, Millionen Proleten in den Tod zu hetzen, um dem Kapitalismus einen Ausweg zu sichern. Angesichts dieser Tatsache, daß die Kapitalisten an einem Punkt angelangt sind, an dem es für sie keinen anderen Ausweg aus dem Untergang gibt, als den Krieg, kein anderes Kampf-

mittel gegen den Sozialismus als die Intervention gegen die Sowjetunion, ist es die Pflicht der revolutionären deutschen Arbeiterschaft, ihre internationale Solidarität, ihr Verbundensein mit dem russischen und chinesischen Proletariat unter Beweis zu stellen, indem sie die stärkste Aktivität entfaltet in ihrer revolutionären Propaganda und ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande. In immer breitere Massen müssen wir die Erkenntnis hineintragen, daß einzig und allein die KPD. in der Lage ist, diesen Kampf zu organisieren und zu führen. Nur die Kommunistische Partei ist es, die einen unversöhnlichen Kampf führt gegen alle imperialistischen Räuber und ihre sozialfaschistischen Schrittmacher.

Aber nur eine exakte Klarstellung und Konkretisierung unserer Aufgaben wird es uns ermöglichen, diesen Kampf erfolgreich zu führen. Die Stellung des Proletariats und der Kommunisten zum Kriege ist klar und eindeutig niedergelegt in den Thesen zum VI. Weltkongreß der Komintern.

Im § 3 der Kriegsthesen heißt es hier:

„Im Verein mit den Rüstungs- und Kriegsvorbereitungen, die auf dem Gebiete der Außenpolitik liegen, betreiben die Imperialisten die Verschärfung der Reaktion im Innern. Ohne ein „ruhiges Hinterland“ ist die Kriegsführung der Imperialisten unmöglich. . . . Dieser „Rückendeckung“ dienen Maßnahmen, wie Gewerkschaftsgesetze in England, Norwegen, das Schlichtungswesen in Deutschland. . . . Die Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistischen Parteien werden systematisch verschärft. . . .“

§ 5: Die Imperialisten können ihre Kriegspolitik nur dank der aktiven Mitarbeit der internationalen Sozialdemokratie durchführen. . . . Der Kurs der reformistischen Führer dient . . . der Stärkung der Bourgeoisie, der Schwächung der Kampfpositionen des Proletariats und damit der Vorbereitung solcher Bedingungen, die der Bourgeoisie die Führung neuer imperialistischer Kriege ermöglichen. Das Proletariat muß den Methoden der Sozialdemokraten . . . die größte Aufmerksamkeit zuwenden.“

Weiter wird dann gesagt:

§ 7: „Der Krieg ist untrennbar vom Kapitalismus. Daraus folgt, daß eine „Abschaffung“ nur möglich ist durch Abschaffung des Kapitalismus, d. h. den Sturz der bürgerlichen Ausbeuterklasse, durch die Diktatur des Proletariats. . . . Alle anderen Theorien und Vorschläge . . . sind nichts als Betrügereien zur Fortsetzung des Systems von Ausbeutung und Krieg.“

Hieraus ergibt sich klar und eindeutig die Stellung des Proletariats zum Kriege und die Taktik, die zu seiner Bekämpfung angewandt werden muß. Dieser Kampf der Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg unterscheidet sich grundsätzlich von dem „Kampf gegen den Krieg“ der Pazifisten. Der Kampf gegen den Krieg kann nur als ein unzulässiger Teil des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie betrachtet werden. Demgemäß müssen sich die Aktionen des Proletariats gegen den Krieg richten, gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande, eine Losung, die während eines imperialistischen Krieges konsequent durchgeführt werden muß mit dem Ziel der Niederlage der eigenen Bourgeoisie. Wie muß dieser Kampf nun geführt werden?

Wir haben gesehen, daß die Bourgeoisie nur dann Kriege führen kann, wenn sie ein ruhiges Hinterland als Rückendeckung hinter sich hat. Diese Rückendeckung müssen wir zerstören, um der Bourgeoisie so die Möglichkeit größerer Kriegsaktionen von vornherein zu nehmen. Wir stehen jetzt wieder unmittelbar vor einem neuen imperialistischen Weltkriege. Auslösung umfangreicher ökonomischer und politischer Massestreiks, Demonstrationen und anderer schärfere Kampfhandlungen der Arbeiterschaft sind die Mittel, die zur Be-

Kämpfung dieses Krieges jetzt angewandt werden müssen. Dazu ist aber notwendig ein noch schärferer Vorstoß in den Betrieben, ein verschärfter Kampf gegen die Sozialdemokratie als die aktivste Schrittmacherin des imperialistischen Krieges, die durch ihre „pazifistischen“ Schwindelmanöver das Proletariat ablenken will von einem aktiven Kampf gegen den Imperialismus, die nur einen Scheinkampf führt gegen den Krieg — losgelöst vom Klassenkampf.

Ferner muß man berücksichtigen, daß in den meisten Ländern die Bauernschaft die Hauptmasse der Armee darstellt. Der Antikriegsarbeit unter den Bauern muß daher die größte Beachtung zugewandt werden, immer mit dem Hinweis auf die konkreten Aufgaben, die aus einem solchen Kampf gegen den Krieg erwachsen. Aktionen gegen die Ausbeuter im eigenen Lande, das heißt in diesem Falle: Steuerstreiks, Verhinderung von Steuereintreibungen, Pfändungen und Exmissionen usw.

Es gilt weiter, den schon jetzt im Waffenrock steckenden Proleten und Bauern aufzuzeigen das wahre Gesicht des imperialistischen Krieges, ihnen zu zeigen, daß alle Phrasen von „Vaterlandsverteidigung“ und so fort nichts sind als Schwindelmanöver, die den wirklichen Sinn des Krieges verbergen sollen, der für die Bourgeoisie nichts weiter ist, als das letzte Mittel zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutersystems. Eine am 29. März aus Paris gekommene Meldung besagt, daß auf dem französischen Kreuzer „Primauguet“, der nach Ostasien bestimmt war, sich eine starke kommunistische Propaganda breit gemacht habe, so daß sich das französische Kriegsministerium gezwungen sah, über die Hälfte der Besatzung gegen „zuverlässige“ Kräfte auszutauschen. Hier zeigt es sich, welche Möglichkeiten sich uns bei intensiver Arbeit bieten.

Weiter so, und die Arbeit noch verstärkt und nicht nur in Frankreich, dann werden die revolutionären Helden vom „Primauguet“ bald nicht mehr allein dastehen. Auch in Heer, Marine und Polizei muß das Proletariat seine revolutionäre Propaganda hineintragen. Es muß den „Proleten im Waffenrock“ zeigen, daß sie von der Bourgeoisie dazu benutzt werden sollen, die Herrschaft des Kapitalismus aufrecht zu erhalten und im Interesse der Bourgeoisie Henkersknechte an ihren eigenen Klassengenossen zu werden.

Unermüdliche Kleinarbeit muß hier geleistet werden durch Diskussionen von Mund zu Mund. Durch Verbreitung unserer Zeitungen und Broschüren usw. können wir die Positionen des Proletariats innerhalb der Machtorgane des Staates auf einer breiteren Basis aufbauen.

Für unsere Massenarbeit bieten die jetzt wieder einsetzenden Wahlkämpfe eine günstige Gelegenheit, unsere Parolen in den breitesten Schichten zu propagieren. Gerade hier können wir zeigen, daß nur der Kampf der Kommunisten, der Kampf Klasse gegen Klasse ein wirksamer Kampf gegen den Krieg ist. Hier gilt es, mit revolutionärem Elan vorzustoßen in den Betrieben, Stempelstellen usw., um die Massen zu aktivieren zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, zum Schutze ihres sozialistischen Vaterlandes, gegen den Kapitalismus, für ein sozialistisches Rätedeutschland. Denn erst nach der endgültigen Vernichtung des Kapitalismus, erst nach Beseitigung der Klassen wird es möglich sein, alle Kriege für immer zu liquidieren.

Kämpft mit der KPD. gegen den imperialistischen Krieg!

Zur Klassengliederung der deutschen Bauernschaft

Von Paul Massing

Wir setzen mit folgendem Artikel unsere Diskussion über die Klassenzugehörigkeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten in Deutschland fort.

Einer der Kernpunkte der marxistisch-leninistischen Agrartheorie ist der Satz von der fortwährenden Differenzierung und dem schließlichen völligen Verfall der Bauernwirtschaften im Kapitalismus. Bodenrente, Steuer und Wucher müssen die breiten Massen der bäuerlichen Produzenten überall verelenden. Die Konkurrenz, die in der Landwirtschaft entgegen den Behauptungen der sozialfaschistischen Theoretiker ebenso wirksam ist wie in der Industrie, hat die Konzentration des Grundeigentums und des Agrarkapitals auf dem einen Pol, die Konzentration des Landproletariats und des ländlichen Halbproletariats in seinen vielfältigen Formen auf dem andern Pol zur Folge. Die großbäuerlichen als ausgesprochen kapitalistischen Betriebe und die großen Wirtschaften schneiden den klein- und mittelbäuerlichen den Lebensfaden ab.

Bei der Erforschung der landwirtschaftlichen Verhältnisse begnügen wir uns deshalb niemals damit, „die Landwirtschaft“ schlechthin, sagen wir nach technischen Gesichtspunkten, zu untersuchen, etwa die Zunahme ihrer motorischen Kräfte, die Art ihres Maschinensystems, das Maß der Anwendung industrieller Düngemittel im allgemeinen festzustellen, oder bei der Prüfung ihrer ökonomisch-sozialen Lage die Preissumme ihrer Marktprodukte, ihre Gesamtsteuerausbringung, die Zahl der Konkurse und Zwangsversteigerungen usw. zu registrieren, sondern wir fragen bei alledem: Welche Betriebsgröße wendet Maschinen und was für Maschinen an, welche kauft Kunstdünger, wer beliefert den Markt, wessen Land wird versteigert, wessen Vieh gepfändet, mit einem Wort: wir stellen die Frage der Lage und Entwicklung der Landwirtschaft immer und überall klassenmäßig.

Aus der fortschreitenden Differenzierung der Bauernschaft, die den Einzug des Kapitalismus in die Landwirtschaft mit der Sicherheit eines „Naturgesetzes“ begleitet, leitet der Marxismus-Leninismus seine Strategie in der Bauernfrage ab.

Die politischen Hauptaufgaben des revolutionären Proletariats gegenüber den einzelnen Produzentengruppen vor der Revolution sind kurz folgende:

Die Halbproletarier oder Parzellenbauern müssen bei richtiger Arbeit sichere Anhänger der Partei werden.

Die Kleinbauern können und müssen im großen ganzen auf der Seite der proletarischen Revolution stehen.

Die Mittelbauern sind infolge ihrer widerspruchsvollen ökonomischen Lage vor der Revolution nicht als Verbündete zu gewinnen. Sie

können und müssen durch den unversöhnlichen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, gegen den Großgrundbesitz und den Staat neutralisiert, d. h. an der aktiven Unterstützung der Konterrevolution verhindert werden.

Die Großbauern endlich, als „die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbare und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind“ (Thesen des II. Weltkongresses), werden vor wie nach der Machtergreifung mit offenen und versteckten Waffen gegen das Proletariat kämpfen und eine ihrem Verhalten entsprechende Behandlung finden. Grundsätzlich aber wird das siegreiche Proletariat diese Schicht doch anders behandeln, als den Großgrundbesitz, indem es z. B. ihren Bodenbesitz nicht sofort und allgemein enteignet. Die Liquidierung des Großbauerntums als Klasse wird erst im Zuge der späteren Kollektivierung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe erfolgen.

Unsere Stellung und unsere politischen Aufgaben gegenüber den einzelnen bäuerlichen Schichten sind klar und eindeutig. Von den Möglichkeiten, die der revolutionären Arbeiterklasse zur Erreichung dieser angedeuteten Ziele zur Verfügung stehen (Landzuteilung an die Zwerg-, Klein- und Mittelbauern durch Aufhebung der Pacht, Streichung der Hypothekenschulden und -zinsen, Steuerbefreiung und -herabsetzung, Zuteilung von Saatgut, Maschinen und Krediten usw.), soll hier nicht weiter gesprochen werden. Sie sind in den Agrarthesen des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale grundsätzlich niedergelegt.

Die Frage, die dem revolutionären Agitator und Propagandisten in der Praxis die meisten Schwierigkeiten macht, ist nun die, was denn ein Klein- oder Mittelbauer, ein Parzellen oder Großbauer ist, wo die Grenzen der einen und anderen Gruppe liegen, welche Merkmale sie voneinander unterscheiden. Wir sind in den Angaben über die Klassengliederung des Landes vorläufig noch auf die amtlichen Erhebungen der Bourgeoisie angewiesen, die unvollkommen und irreführend sind. Bis der proletarische Staat eine einwandfreie Betriebs- und Besitzstatistik durchführt, müssen wir auf sie zurückgreifen, aber es ist klar, daß wir ihre Prinzipien und Resultate nicht kritiklos übernehmen dürfen. Wir müssen versuchen, sie marxistisch auszuwerten.

Die Reichsstatistik teilt die landwirtschaftlichen Betriebe folgendermaßen ein:

Zwergbetriebe von	0,05 bis	2 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche		
Kleinbäuerliche Betriebe	2	„ 5 ha	„	„
Mittelbäuerliche Betriebe	5	„ 20 ha	„	„
Großbäuerliche Betriebe	20	„ 100 ha	„	„
Großbetriebe		über 100 ha	„	„

Ist diese Einteilung für uns brauchbar?

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Bodenfläche bzw. die landwirtschaftlich genutzte Fläche eines Betriebes zwar ein sehr wichtiges, aber doch nicht das ausschließliche und allein entscheidende Kennzeichen für die Zugehörigkeit seines Besitzers oder Pächters zu der einen oder anderen Klasse und Schicht darstellt. Die Beschaffenheit und Lage des Bodens, die Größe des Betriebskapitals, die Art der Produktion (Getreidebau, Milch-

wirtschaft, Gemüse- und Obstkulturen usw.), die Produktion für den Markt — das alles sind Faktoren, die bei der Klassifizierung der Bauernwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Sie haben der Bodengröße gegenüber den Nachteil, daß sie von außen schwerer und zum Teil gar nicht wahrnehmbar sind und statistisch nicht erfaßt werden, sind aber zur Bestimmung des gesellschaftlichen Charakters der Betriebe unentbehrlich, und gerade um diese Bestimmung handelt es sich.

Gibt es nicht ein zuverlässigeres und eindeutigeres Merkmal für die Klassengliederung der Landwirtschaft?

Wir wissen als Marxisten, daß die Landwirtschaft ein kapitalistischer Produktionszweig ist und immer mehr wird. Das entscheidende Merkmal der kapitalistischen Produktion ist aber die Lohnarbeit. Die Umwandlung der Landwirtschaft aus einer vorkapitalistischen zu einer kapitalistischen Produktion muß sich in zunehmender Anwendung fremder Arbeitskräfte in einer Reihe landwirtschaftlicher Betriebe ausdrücken. Ab einer bestimmten Anbaufläche, Viehhaltung, Maschinenanwendung usw. wird der Betrieb befähigt (und durch die Konkurrenz gezwungen), fremde Arbeitskräfte einzustellen, teilweise oder ganz kapitalistisch zu produzieren, auszubenten. Die Lohnarbeit ist somit nicht nur eins unter vielen andern Kennzeichen für einen bestimmten Betriebstypus, sie ist das Kriterium, in dem alle andern mitenthalten sind und repräsentiert den Kapitalismus in der Landwirtschaft überhaupt.

Wie hat Lenin die Bauernschaft gegliedert? Welcher unterscheidende Begriff liegt den Definitionen des Parzellen-, Klein-, Mittel- und Großbauern zugrunde, die er in seinem Thesenentwurf auf dem II. Weltkongreß gegeben hat? Dort werden

1. die Halbproletarier oder Parzellenbauern als die Gruppe der werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes bezeichnet, „die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen, teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Fleckchen Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familien notwendigen Lebensmittel abgibt.“
2. Als Kleinbauern werden angesehen „die Landwirte, die Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke sind, welche die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken und die keine fremde Arbeitskraft mieten.“
3. „Unter mittlerer Bauernschaft im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, d. h. Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke, die unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch noch einen kleinen Ueberschuß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren zu Kapital verwandelt werden kann; auch sind die Landwirte häufig in der Lage, fremde Arbeitskraft zu mieten.“
4. „Als Großbauernschaft sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel

mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind.“ (Hervorhebungen vom Verfasser)

Wir sehen hier mit aller Deutlichkeit, daß die Lohnarbeit, ihr Bestehen, ihr Fehlen, das Ausmaß, in dem sie existiert, als das entscheidende Charakteristikum der einzelnen bäuerlichen Betriebe und Schichten angesehen wird, und zwar in der Abgrenzung der Bauernschaft nach der Seite des Landproletariats wie nach der Seite des Großgrundeigentums. Vom Standpunkt der Lohnarbeit aus betrachtet, unterscheiden sich die landwirtschaftlichen Klassen und Schichten kurz zusammengefaßt so:

Der Landarbeiter lebt allein vom Verkauf seiner Arbeitskraft.

Der Parzellenbauer oder Halbproletarier ist zu zeitweiliger Lohnarbeit in der Industrie, dem landwirtschaftlichen Großbetrieb usw., gezwungen.

Der Kleinbauer kann sich und seine Familie auf seinem Betrieb als Eigentümer oder Pächter gerade durchschlagen, ohne selbst Lohnarbeiter sein zu müssen oder solche beschäftigen zu können.

Die Mittelbauern vermögen schon „hüßig“, aber nicht in ihrer Gesamtheit und nicht dauernd fremde Arbeitskräfte einzustellen und der Großbauer schließlich ist regelmäßiger Ausbeuter einiger Lohnarbeiter.

Es versteht sich, daß es sich bei einer solchen Gruppierung um ein Schema handelt, das in der Praxis lebendig gemacht werden muß. Aber es ist der einzig sichere Anhaltspunkt für die gesellschaftliche Beurteilung bestimmter Betriebstypen. Denn mit der kapitalistischen Entwicklung eines Landes, mit der Intensivierung seiner Landwirtschaft, mit der Ausbreitung von Spezialkulturen, dem Uebergang vom Getreidebau zur Veredelungswirtschaft, mit den technischen Fortschritten der Weltlandwirtschaft usw. verändern sich natürlich die Produktionsbedingungen, die Forderung nach Arbeitskräften wächst, so daß sich das Verhältnis von Betriebsgröße und Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter dauernd verändert. Ein Betrieb von 30 Hektar wird in einem kapitalistisch rückständigen Land mit extensiver Weidewirtschaft evtl. gar keine Lohnarbeiter, in einem Industriestaat aber, in der Nähe der Großstadt, bei intensiver Kultur und Stallwirtschaft vielleicht drei bis vier dauernde und noch einige Saisonarbeiter beschäftigen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend ist nun die praktische Aufgabe zu lösen, welche Betriebe denn in Deutschland den Leninschen Definitionen der Parzellen-, klein-, mittel- und großbäuerlichen Wirtschaft entsprechen. Da ist es von unschätzbarem Wert, daß Lenin in den Thesen selber das allgemeine Schema an der schwierigsten Figur im Dorfe, dem Mittelbauern, konkretisiert hat:

„Als Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von fünf bis zehn Hektar

(von mir gesperrt) Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt.“

Auch hier ist für Lenin eine bestimmte Menge vorhandener Lohnarbeit das Charakteristikum einer bäuerlichen Schicht! Und die Bedeutung der Lohnarbeit für die Klassengliederung der Landwirtschaft wird durch den darauffolgenden Satz noch unterstrichen:

„In Frankreich, wo Sonderkulturen (z. B. Weinbau) betrieben werden, die einen besonders großen Aufwand von Arbeitern erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfang fremde, gemietete Landarbeiter.“

Lenin und der II. Weltkongreß haben also die Betriebsgrößenklasse von fünf bis zehn Hektar in Deutschland (und Frankreich als Beispiele kapitalistisch entwickelter Länder) auf Grund ihrer teilweisen Verwendung fremder Arbeitskraft als mittelbäuerlich bezeichnet und damit die Einteilung der bürgerlichen Statistik, nach welcher die Größenklasse von fünf bis zwanzig Hektar zur mittelbäuerlichen gerechnet wird, abgelehnt. In unserer Literatur wurde in früheren Jahren diese marxistische Korrektur an der bürgerlichen Betriebsgliederung häufig übersehen und deren Einteilung unkritisch übernommen. Indessen war dieser Fehler mittlerweile ausgemerzt worden.

Um so unbegreiflicher ist es, wenn jetzt in einem der „Lehrbücher für den proletarischen Klassenkampf“ eine Klasseneinteilung gegeben wird, die selbst hinter die kapitalistische Klassengliederung der Landwirtschaft weit zurückfällt.

Im ersten Teil seines Buches „Proletarische Politik“ (Internationaler Arbeiterverlag, 1931) gibt Genosse Lenz eine Uebersicht über die Klassengliederung in Deutschland nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1925 und unter kritischer Verwendung eines Artikels von Gen. E. Kunik aus der „Internationale“ 1928 (S. 277 und 313). Dort bezeichnet und zählt er durchweg als mittelbäuerlich den Betrieb von fünf bis fünfzig Hektar (S. 80, 81, 83), als großbäuerlich erst den Betrieb von 50 Hektar an aufwärts! Die Tabellen auf Seite 80, 81 und 83 sind infolgedessen unrichtig, das Gewicht der mittelbäuerlichen Wirtschaft nach Zahl und Fläche viel zu hoch beziffert. In der Tabelle auf Seite 83 zum Beispiel wird den Mittelbauern in Deutschland 55,6 Prozent der Gesamtfläche zugeschrieben! Nach der bürgerlichen Klassifizierung (fünf bis zwanzig Hektar) sind es 35,8 Prozent, und auch diese Zahl ist durch die Einbeziehung einer bedeutenden Gruppe ausgesprochen großbäuerlicher Betriebe in der Kategorie von zehn bis zwanzig Hektar zu hoch!

Während Gen. L. die Grenzen des Mittelbauern nach oben viel zu weit zieht, begeht er bei der Charakterisierung dieser Schicht den umgekehrten Fehler. Mittelbauern sollen danach diejenigen Bauern sein, „deren Besitz gerade zur Fristung ihrer Existenz ausreicht, die hauptsächlich von der eigenen Arbeit und nur teilweise von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben.“ (S. 82).

Hier liegt offensichtlich eine Vermengung der Definitionen des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes vor, wie wir sie oben wiedergegeben haben. Der erste Nebensatz gilt für die Kleinbauernwirtschaft, der zweite für die mittelbäuerliche. Es soll schwer fallen, nachzuweisen, daß in Deutschland die Betriebe bis zu fünfzig Hektar nur gerade ihre Existenz fristen und hauptsächlich von der eigenen Arbeit leben. Ein Blick in die Statistik von 1925 zeigt, daß in den 174 100 Betrieben von zwanzig bis fünfzig Hektar nicht weniger als

12 000 Aufsichts- und Rechnungspersonal
425 000 Gesinde
76 000 ständige Tagelöhner und
162 000 nichtständige Arbeitskräfte beschäftigt wurden,

insgesamt 675 000 fremde Lohnarbeiter, durchschnittlich 3—4 pro Betrieb!

Es kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß diese Schicht ganz vorwiegend großbäuerlich ist, regelmäßiger Ausbeuter einiger Lohnarbeiter.

Die Lenzsche Charakterisierung der Kleinbauern läßt ebenfalls die notwendige Klarheit vermissen. „Die Kleinbauern einschließlich der Pächter, Häusler, Halbproletariat verschiedener Art, eine Bevölkerungsschicht von annähernd 2,5 Millionen Menschen, sind ihrer materiellen Existenz nach vielfach noch schlechter gestellt als die Industriearbeiterschaft.“ (S. 82.)

Nicht darum handelt es sich, wie diese Schicht materiell lebt, sondern, was das Spezifische ihrer Produktionsweise ist: das Fehlen der Lohnarbeit im aktiven und passiven Sinne!*) Deshalb geht es auch nicht an, sie mit Schichten zusammenzuwerfen, die eine wesentlich andere Stellung in der Produktion, ein anderes Verhältnis zu den Produktionsmitteln haben, wie z. B. die Pächter (schlechthin, als ob es keine großbäuerliche und großkapitalistische Pacht gäbe), Häusler und Halbproletariat verschiedener Art.

Mit diesen offensichtlichen Fehlern in der Klassengliederung des Landes sollte Gen. L. bei einer Neuauflage des Buches noch einen andern Mangel der Darstellung beseitigen. Bei der Behandlung der Frage der Kollektivierung in Deutschland schreibt er, daß die Kollektivierung schon heute positiv als einziger Ausweg aus der elenden Existenz der kleinbäuerlichen Massen dargestellt werden müsse.

„Auf Grund der positiven Erfolge der Kollektivierung in der Sowjetunion und der massenweisen Vernichtung der bäuerlichen Kleinbetriebe durch die Konkurrenz der agrarischen Großbetriebe in den kapitalistischen Ländern ist es nicht mehr schwierig (von

*) Bei der Klasseneinreihung z. B. der Angestellten macht es sich Gen. L. auch zu einfach, indem er bei 250 Mark Gehalt die Grenze zwischen den zum Proletariat und den zur Bourgeoisie bzw. Mittelstand gehörenden Angestellten zieht. Auch hier geht er von der materiellen Lage aus, anstatt von den Besonderheiten der Stellung dieser Schicht im Produktions- und Zirkulationsprozeß.

mir gesperrt), den Kleinbauer davon zu überzeugen, daß er ohne den Uebergang von der altväterlichen, primitiven Kleinproduktion zur modernen maschinellen Großproduktion aus seiner Not nicht herauskommen kann. Dieser Uebergang ist auf dem Boden des Kapitalismus und des Privateigentums nicht möglich.“ (S. 84.)

Eine solche Behandlung der Frage birgt große Gefahren für die praktische Arbeit der Parteigenossen auf dem Lande in sich. Gewiß dürfen wir, wie Genosse L. mit Recht schreibt, den Kleinbauern nicht die Perspektiven der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft verschweigen. Aber wir mobilisieren sie, wir gewinnen sie als Bundesgenossen nicht auf Grund dieser Perspektive, sondern durch den Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen, durch den rücksichtslosen Kampf gegen ihre Ausbeuter: kapitalistischer Staat, Finanzkapital, Wucher, Großgrundbesitz usw. Das siegreiche Proletariat und nur es allein hat die Möglichkeit, die Not der kleinbäuerlichen Massen sofort nach der Machtergreifung durch die oben angedeuteten Maßnahmen (Streichung der Hypothekenschulden und Pachtzinsen, Landzuteilung, Steuerbefreiung usw.) zu lindern. Die weitere Entwicklung zur genossenschaftlichen Großproduktion wird mit aktivster Hilfe durch den proletarischen Staat auf dem Wege der Freiwilligkeit durch Ueberzeugung und Beispiel vor sich gehen. Es wäre grundfalsch, wollten unsere Genossen schon heute die Kollektivierung zum Hauptargument ihrer Landpropaganda und -agitation machen.

Es bleibt zum Schluß noch eine Frage zu beantworten. Lenin stützte sich bei der Charakterisierung der mittelbäuerlichen Schicht in Deutschland auf die Angaben der Betriebszählung vom Jahre 1907. Mittlerweile sind 2½ Jahrzehnte verflossen, in welchen die deutsche Landwirtschaft zweifellos eine gewaltige kapitalistische Entwicklung durchgemacht hat. Ist da nicht der Gedanke naheliegend, daß infolgedessen die früheren Größenklassen in ihrem ökonomischen Charakter eine wesentliche Wandlung erfahren haben? Vielleicht entspricht jetzt die Betriebskategorie von 5 bis 20 Hektar tatsächlich in ihrer Gesamtheit dem Begriff, mit dem Lenin die mittelbäuerliche Lage kennzeichnete?

Die Ergebnisse der Zählung von 1925 weisen überzeugend nach, daß dem nicht so ist. Sie bestätigen aufs neue die Richtigkeit der Leninischen Auffassung, daß in Deutschland ein qualitativer Unterschied zwischen den Betrieben von 5 bis 10 Hektar und 10 bis 20 Hektar besteht. Die Ziffern über den Viehbestand, die Maschinenanwendung, und zusammenfassend die Angaben über die verwendeten fremden Arbeitskräfte in den beiden Gruppen, zeigen es.

von 100 Betrieben	verwendeten		Es entfielen im Durchschnitt auf je einen der	
			600 000 Betriebe von 5 bis 10 ha	360 000 Betriebe von 10 bis 20 ha
			30 %	6 %
" 100		Milchkühe als Spannvieh	0,9 %	5,7 %
" 100	"	Düngerstreumaschinen	1,9 %	7,3 %
" 100	"	Getreidemähmaschinen	3,9 %	16,1 %
" 100	"	Kartoffelerntemaschinen	5,5 %	18,4 %
" 100	"	Heu- u. Schwadenwender	33,1 %	46,5 %
" 100	"	Elektromotoren		

Von den 600 000 Betrieben in der Klasse 5 bis 10 Hektar gab es 183 000 mit Lohnarbeitern, von den rund 360 000 in der Klasse 10 bis 20 Hektar 224 000, d. h. 31 Prozent der ersten und 62 Prozent der zweiten Kategorie beschäftigten fremde Arbeitskräfte! Und dieselbe Proportion besteht zwischen den hauptberuflich geleiteten Betrieben von 5 bis 10 Hektar und 10 bis 20 Hektar. In der ersten Gruppe machten die Betriebe mit Lohnarbeit 33 Prozent, in der zweiten 65 Prozent aus.

Das sind die Durchschnittsziffern, sie verwischen die tatsächliche Differenzierung. Wir können mit aller Bestimmtheit annehmen, daß ein beträchtlicher Teil der Wirtschaften von 10 bis 20 Hektar bereits zu den großbäuerlichen gehört. Die Kategorie von 5 bis 10 Hektar entspricht auch heute noch Lenins Charakterisierung der Mittelbauernwirtschaft.

Zur Frage der Angestellten

In der letzten Nummer des „Marxisten“ brachten wir zu dieser Frage zwei Artikel, die die Tendenz hatten, zu beweisen, daß die Angestellten zum Proletariat gehören. Zu dieser Zeit war bereits die Diskussion in der revolutionären Arbeiterschaft im Gange, die gerade diesen falschen, einseitigen und für die Praxis der Gewinnung dieser Schichten nachteiligen Standpunkt angriff und korrigierte. Es wäre die Pflicht einer revolutionären marxistischen Zeitschrift gewesen, von vornherein in diesem Sinn die Diskussion zu fördern. Es muß selbstkritisch festgestellt werden, daß wir den Fehler begangen haben, den falschen Standpunkt zu befestigen.

„Es ergibt sich ganz deutlich, daß man die Angestellten nicht einfach zum Proletariat rechnen kann. Andererseits zeigt Marx aber auch, wie sich die Unterschiede hinsichtlich Schulung, Qualifikation der Arbeit der Angestellten und ihrer Sonderstellung im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung allmählich vermindern.“

„Eine Verbesserung unserer Arbeit unter den Angestellten kann nicht dadurch erzielt werden, daß wir plump und obendrein falsch erklären: die Angestellten sind auch Proletarier, sondern nur dadurch, daß wir eben die Besonderheiten dieser Schicht und zugleich ihre enge Verbundenheit mit dem Proletariat klar und präzise aufzeigen und daraus die richtigen entsprechenden Methoden für die Arbeit unter ihnen ableiten.“

Aus der Rede des revolutionären Präsidentschaftskandidaten Ernst Thälmann: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD.“

Zur Beurteilung dieser Frage der Besonderheiten der Stellung der Angestellten ist es notwendig, ihre geschichtliche Herausbildung zu betrachten. Die Angestellten erhielten verhältnismäßig spät eine dem Proletariat ähnliche Stellung im ökonomischen und sozialen Sinne. Erst auf einer hohen Stufe der Konzentration der Produktion und damit des industriellen Groß-

betriebes beginnen sie in der Art ihrer Arbeit und ihrer sozialen Lage wesentliche Züge des Proletariats anzunehmen. Erst in der Zeit des Imperialismus, der Herausbildung des Finanzkapitals und der Errichtung der Welt Herrschaft des Kapitalismus haben wir die Herausbildung dieses Millionenheeres der „Zirkulationsagenten“ als bloße an das Kapital gefesselte Lohnarbeiter.

1865 stellt Marx für die entwickeltsten kapitalistischen Länder, und zwar in der Hauptsache für England (das sich damals durch die Entwicklung eines starken Welthandels auszeichnete) fest, daß der „kommerzielle Arbeiter“ „zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern gehört, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht“ (Kapital, Bd. III.) Er zeigt aber schon den beginnenden Prozeß ihrer Proletarisierung auch in der sozialen Lebenslage, und Engels erklärt Ende des 19. Jahrhunderts diesen Prozeß schon für außerordentlich weit fortgeschritten.

Für Rußland, das später in die kapitalistische Entwicklung eintrat, rechnet Lenin 1899 (in „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“) noch die Mehrzahl der Angestellten in ihrer sozialen Lage zu den wohlhabenden Kleinbesitzern hinzu: „Wenn man das einheitliche Gesamtbild der Wirtschaft nicht zerstückeln will, so muß man zu den wohlhabenderen Kleinbesitzern auch einen erheblichen Teil des in Industrie und Handel beschäftigten Verwaltungspersonals, der Angestellten, der bürgerlichen Intelligenz, des Beamtenums usw. hinzurechnen.“ (S. 467.) Dagegen stellt Lenin 1917 fest, daß die „Mehrheit der Angestellten in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen lebt“. Gesamtausgabe, Bd. 21, S. 331.)

Inzwischen war auch in Rußland die Umwälzung in der Lage der Angestellten, die Marx und Engels für England am Ende des 19. Jahrhunderts feststellten, eingetreten. Für die Mehrzahl der kapitalistischen Länder, insbesondere für Deutschland wird sich dieser Prozeß ungefähr in der Zeit, die zwischen diesen beiden Extremen liegt, abgespielt haben, ohne allerdings abgeschlossen zu sein. Im allgemeinen wird erst die jetzt lebende

„Wir müssen uns daran gewöhnen, jeden Schritt unserer täglichen Praxis des revolutionären Klassenkampfes mit dem höchsten Maßstab revolutionärer Theorie zu messen.“

Der rote Arbeiterkandidat Ernst Thälmann in der Dezember-Nummer der „Internationale“.

Generation der Angestellten in ihrem Schicksal unlöslich mit dem Schicksal der Arbeiterklasse verbunden. Sie wurde noch nicht zwangsläufig, unabhängig von ihrem Willen, unentrinnbar in das proletarische Schicksal hineingeboren. Damit fehlt ihnen eine wichtige Voraussetzung der Klassenzugehörigkeit: Die feste Verankerung in dieser Klasse. Die Angestellten entstammen den verschiedensten Klassen und Schichten (mittlere und kleinere Bourgeoisie, Kleinbürgertum, bürgerliche Intelligenz, gehobene Arbeiterschichten) der Bevölkerung, und erst in den jüngeren Angestellten-Gruppen haben wir einen stärkeren proletarischen Ursprung.

Das ist aber wiederum entscheidend für die Ideologie der Angestellten. Erst die feste Verwurzelung in einer bestimmten sozialen Stellung, erst das Hineingeborenwerden in ein Klassenschema ist die Grundlage für das Entstehen eines klaren Klassenbewußtseins. Und das muß natürlich bei den Angestellten und ihrer Mehrzahl fehlen. Ihr Bewußtsein ist noch beherrscht vom kleinbürgerlichen und bürgerlichen Denken, was durch die heute noch bestehende engste Verbindung mit kleinbürgerlichen Kreisen laufend neu genährt wird.

Lenin zählt 1912 die Angestellten zu den „demokratischen Schichten“, nicht direkt zum Kleinbürgertum, sondern neben diesen. „Unter Gesellschaft“ sind in diesem Falle alle möglichen demokratischen Bevölkerungsschichten zu verstehen: Die Kleinbourgeoisie, die Bauern, die mit dem Arbeiterleben in Berührung kommenden Intellektuellen, die Angestellten usw.“ (s. Lenin, Ueber Gewerkschaftsfragen, S. 38).

In dieser kleinbürgerlichen Ideologie der Angestellten liegt auch die Ursache für den starken Nazi-Einfluß auf sie, denn die Nazis knüpfen in ihrer demagogischen Agitation an die kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile an.

Die Angestellten sind ferner nicht produktiv tätig im gesellschaftlichen Sinne (höchstens insoweit, als ihre Tätigkeit notwendige unproduktive Ausgaben verringert). Ihnen fehlt die Kraftquelle des in der großindustriellen Produktion tätigen Arbeiters, der durch seine Arbeit erlebt, daß er Träger der ganzen gesellschaftlichen Produktion ist. Hieraus entspringt der Arbeiterklasse ein Kraftbewußtsein, hier liegt die Basis für die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse, und nur sie, berufen und fähig ist, als Klasse eine neue Gesellschaft aufzubauen. Als Träger der Produktion kann die Arbeiterklasse als selbständige geschichtliche Kraft auftreten. Aber den Angestellten fehlt diese Kraftquelle. Sie müssen Anlehnung an andere Schichten, an eine der Hauptklassen der Gesellschaft suchen (und gleichen auch hierin dem Kleinbürgertum), an die Bourgeoisie oder die Industriearbeiterschaft. An welche Schicht sie sich anlehnen, hängt weitgehend von dem Kräfteverhältnis zwischen den kämpfenden Klassen ab. Je offener, kraftvoller, entschiedener der Kampf der Industriearbeiterschaft besonders in den Großbetrieben, desto leichter und stärker wird es möglich sein, in den Angestellten ihr Zugehörigkeitsgefühl zum Proletariat im Kampf gegen das Finanzkapital zu entwickeln.

So stellen sie eine der dem Kleinbürgertum entsprechenden besonderen rückständigen Schichten dar, die nur unter Führung der entscheidenden, kampfkraftigen Schichten der Industriearbeiterschaft zum Kampf mobilisiert werden können. In diesem Sinn formulieren die Beschlüsse des letzten Plenums des ZK. der KPD.:

„Die Klassenlinie der Partei ist zugleich eine Vorbedingung für die Gewinnung von Verbündeten und die Neutralisierung der übrigen Mittelschichten, für die richtige Anwendung der Losung Volksrevolution als eines Synonyms der proletarisch-sozialistischen Revolution. Je klarer, geschlossener und kühner das Proletariat unter Führung der KPD. für seine eigenen Klassenziele, für den Kampf um die eigenen Klassenforderungen und darüber hinaus mit dem Ziel der proletarischen Diktatur auftritt, desto eher wird es die übrigen neuliegenden Schichten um sich sammeln, ihre Schwankungen überwinden und zu ihrem Hegemon, das heißt, zur führenden Kraft der Volksrevolution werden.“

Die Gewinnung der ausgebeuteten Angestellten, unteren Beamten, armen Bauern, proletarisierten Intellektuellen und möglichst breiter Massen der verarmten Mittelständler usw. für den gemeinsamen Kampf unter proletarischer Hegemonie, ist vor allem im Kampfe gegen den Nationalsozialismus von großer Bedeutung. Sie muß in der Richtung erfolgen, daß diese Schichten ihren kleinbürgerlichen Standpunkt verlassen und den des Proletariats annehmen. Die erfolgreiche Arbeit unter den dem Proletariat am nächsten stehenden unteren Angestelltenschichten ist eine wichtige und unentbehrliche Waffe im Kampf gegen den Hitlerfaschismus.“

Hiernach ist es offensichtlich, daß der Artikel von E. A. in der letzten Nummer des „Marxisten“, der zu dem Schluß kommt, „Die Angestellten sind ein Teil der proletarischen Klasse“ in der ganzen Anlage und Tendenz völlig verfehlt war. Er entspricht nicht den Aufgaben, die eine marxistische Analyse der Klassenlage der Angestellten als Anleitung für die revolutionäre Agitation erfüllen muß. Er läuft diesen geradezu zuwider.



Lenin über den Krieg

(Aus verschiedenen Aufsätzen in „Ueber den Krieg“, Band I/II. Sammelbände des Verlages der Jugendinternationale.)

Die Stellung der Sozialisten zu Kriegen.

Die Sozialisten haben Kriege zwischen Völkern stets als Barbarei und Bestialität verurteilt. Jedoch

ist unsere Stellung zum Krieg eine prinzipiell andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Anhänger und Prediger des Friedens) und der Anarchisten. Von den ersten unterscheiden wir uns dadurch, daß wir den unvermeidlichen Zusammenhang zwischen den Kriegen und dem Klassenkampf innerhalb des Landes begreifen, daß wir die Unmöglichkeit verstehen, den Krieg abzuschaffen,

Wie lerne und unterrichte ich?

Ratschläge für Kursuslehrer

Von Hans Günther.

Wir beginnen zunächst mit einigen Ratschlägen, die ganz elementare Fragen des Unterrichts betreffen.

Der Lehrer kann die Schüler nur dann zur aktiven Mitarbeit während des Unterrichts heranziehen, wenn er sie genau kennt. Die erste Aufgabe des Kursuslehrers ist es daher, *sich über die Zusammensetzung der Teilnehmer zu informieren*. Wenn irgend möglich, soll dies vor Beginn des Kursus geschehen. Die MASCH z. B. gibt Fragebogen heraus, die jeder Teilnehmer auszufüllen hat.

ohne die Klassen abgeschafft und den Sozialismus errichtet zu haben, ferner dadurch, daß wir die Berechtigung, die Fortschrittlichkeit und die Notwendigkeit der Bürgerkriege anerkennen, d. h. der Kriege der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Grundherren, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns dadurch, daß wir eine geschichtliche (auf dem dialektischen Materialismus von Marx beruhende) Analyse jedes Kriegees im einzelnen für notwendig halten. In der Geschichte hat es mehrfach Kriege gegeben, die trotz aller Schrecken und aller Barbarei, trotz allen Elends und aller Qualen, die in jedem Kriege unabweisbar sind, fortschrittlich waren, d. h. die Entwicklung der Menschheit förderten, indem sie dazu beitrugen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z. B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft), die barbarischsten Despoten Europas (die türkische und russische) zu untergraben. Darum müssen die historischen Besonderheiten des Kriegees untersucht werden.

Der Krieg hat zweifellos eine sehr akute Krise hervorgerufen und das Elend der Massen unglaublich gesteigert. Der reaktionäre Charakter

dieses Kriegees, all das muß auf dem Boden der objektiv revolutionären Situation revolutionäre Stimmungen in den Massen auslösen. Unsere Pflicht ist es, dazu beizutragen, daß diese Stimmungen in den Massen bewußt werden, sie zu vertiefen und ihnen Form zu geben. Diese Aufgabe wird richtig zum Ausdruck gebracht einzig und allein durch die Lösung der Umwandlung des imperialistischen Kriegees in den Bürgerkrieg, und jeder konsequente Klassenkampf während des Kriegees, jede ernsthaft durchgeführte Taktik der „Massenaktionen“ führt unvermeidlich dazu.

Das Baseler Manifest beruft sich ausdrücklich auf das Beispiel der Pariser Kommune, d. h. auf ein Beispiel der Umwandlung des Kriegees der Regierungen in den Bürgerkrieg. Vor einem halben Jahrhundert war das Proletariat zu schwach, die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus waren noch nicht reif, ein Zusammenwirken und Ineinandergreifen der revolutionären Bewegungen aller kriegführenden Länder konnte es nicht geben. In dem halben Jahrhundert sind die Bedingungen, die die damalige Revolution schwächten, in Wegfall gekommen, und heute ist es für einen Sozialisten unverzeihlich, sich mit dem Verzicht auf eine Tätigkeit gerade im Sinne der Pariser Kommunalen abzufinden.

Diese Fragebogen lasse man sich vor Beginn der ersten Unterrichtsstunde geben und fertige sich danach ein Verzeichnis an, bei dem man sich hinter die Namen der Schüler einige kurze Angaben über Beruf, Vorstudien, politische Organisation usw. notiert. Beim Beginn des Unterrichts rufe man dann die Teilnehmer bei Namen auf, präge sich diese ein, bzw. merke sich, wo die einzelnen Schüler sitzen.

Ist es dem Kursuslehrer nicht möglich, derartige von den Schülern ausgefüllte Fragebogen vor Beginn des Unterrichts in die Hand zu bekommen, oder handelt es sich nur um einen einmaligen Kursusabend, für den das Anlegen eines Teilnehmerverzeichnisses zu umständlich wäre, so soll der Lehrer unter allen Umständen entsprechende Fragen zu Beginn des Kursus stellen. Also z. B.: „Wer hat schon einen Kursus mitgemacht?“, „Wer hat dieses oder jenes (für das Kursusthema in Frage kommende) Buch gelesen?“, „Wer ist politisch organisiert?“ usw.

Erst nach diesen Vorbereitungen soll der eigentliche Unterricht beginnen. Das oberste Prinzip heißt jetzt: *die Teilnehmer zur Mitarbeit heranziehen, den Unterricht in seminaristischer Form durchführen*. Dieses Prinzip hat sich in den letzten Jahren ziemlich allgemein eingebürgert. Trotzdem finden sich auch jetzt noch viele Genossen, die der Forderung der seminaristischen Methode dadurch gerecht zu werden glauben, daß sie ihren Unterricht in Vortrag und Diskussion, abwechselnd, zerlegen. Sie werden z. B. in einem Kursus über Staatstheorie zunächst einen 10 Minuten-Vortrag über den Marxschen Staatsbegriff halten, an den sich eine Diskussion anschließt, dann wieder Vortrag, sagen wir über den absolutistischen Staat, worauf neue Diskussion, und so fort. Ich halte auch diese Methode für ungeeignet. Hier wird der Schüler zum bloßen Zuhörer degradiert. Und vor allem: er bekommt fertige Kost vorgesetzt.

Referat und Unterricht sind wesensverschieden. Etwas überspitzt formuliert: das, was die Güte eines Referates — als Referat — ausmacht, macht es für den Unterricht ungeeignet. Zum Beispiel ist ein Vortrag um so besser, je vollständiger er das Thema abhandelt. Dagegen würde ein erschöpfendes Unterrichtsreferat die anschließende Diskussion ihres Stoffes berauben, sie zu einem leeren und banalen Tratsch herabdrücken. Unweigerlich würde nach einem solchen Referat die jedem Genossen bekannte Situation eintreten, bei der der Kursuslehrer an die schweigenden Schüler appellieren muß: „Hat noch jemand eine Frage?“ ... „Na, irgendeine Frage werdet ihr doch haben?“ ... „Nein?“ ... „Nichts?“ ... „Schon schlecht!“

Oder: Ein Referat muß — selbstverständlich — theoretisch richtig und politisch einwandfrei sein. Im Unterricht dagegen wird durch eine vorgebrachte falsche Meinung, etwa durch die falsche Antwort eines Schülers, das Mit- und Nachdenken der Teilnehmer zehnmal mehr angeregt und befruchtet als durch die gewählte und richtigste Formulierung des Referenten.

Ich plädiere also dafür, die Schüler von der ersten Unterrichtsminute an ununterbrochen mitarbeiten, besser gesagt, sie alles selbst erarbeiten zu lassen. Der Lehrer soll die Fäden der Schülerunterhaltungen in der Hand behalten, soll bei Fehlern korrigierend eingreifen, Abschweifungen in der Diskussion abbremsen, schließlich die erarbeiteten Resultate noch einmal klar zusammenfassen, — aber er soll den Schülern keine fertige und vorgekaute Kost eintrichtern.

Vielleicht wird mancher „erfahrene“ Kursuslehrer einwenden, diese Methode sei nicht überall anwendbar. Wenn man z. B. über Geschichte der Arbeiterbewegung — sagen wir: über die Pariser Kommune — vor einer Schülerschar

unterrichte, die kaum das elementarste historische Tatsachenmaterial beherrscht, wie könne man da die Teilnehmer „alles selbstverarbeiten lassen“? Nun, ich behaupte: selbst in solchen Fällen ist die „Arbeitsmethode“ brauchbar. Natürlich wird der Lehrer hier etwas öfter eingreifen müssen. Wahrscheinlich wird er auch einen kleinen Umweg einschlagen haben. Er wird beispielsweise mit dem Deutsch-französischen Kriege beginnen, Fragen über Sedan, den Sturz Napoleons III., über Bismarck und Thiers stellen können, alles Dinge, über die die Teilnehmer bestimmt etwas auszusagen wissen. Auf diese Art haben die Schüler zunächst den weltpolitischen Hintergrund der Pariser Kommune selbst „erarbeitet“. Wenn die Teilnehmer nun gar nichts von den tatsächlichen Pariser Geschehnissen wissen, muß es ihnen natürlich vom Lehrer mitgeteilt werden. Aber auch hier immer wieder Fragen einflechten! Man kann durch geschickte Fragestellungen selbst solche Ereignisse von den Schülern erarbeiten lassen, die sie vorher überhaupt nicht gekannt haben. Man beschreibt z. B. möglichst präzise eine bestimmte Situation der Pariser Kommune und fragt: „Was glaubt ihr, daß die Pariser Arbeiter in dieser Situation nun wirklich getan haben?“, oder: „Was hättet ihr an ihrer Stelle gemacht?“. Und wenn es schließlich gar zur Beurteilung der Pariser Kommune kommt, wenn ihre Fehler und Schwächen aufgezeigt und die historischen Lehren für die Gegenwart gezogen werden sollen, so kann man getrost die Schüler wieder mit Volkstampf eingreifen lassen.

Um es in der Handhabung der seminaristischen Unterrichtsform (Arbeitsmethode) zu einer gewissen Meisterschaft zu bringen, muß man noch eine Reihe weiterer Einzelheiten beachten. Es wird sich z. B. sehr bald nach Beginn eines Kurses herausstellen, daß einige Genossen sehr viel und andere gar nicht mitdiskutieren. Es ist nicht immer gesagt, daß die redseligen Teilnehmer die gescheiterten und erfahreneren sind. Häufig ist es nur Schüchternheit oder sprachliche Ungewandtheit, welche die zurückhaltenderen Schüler am Reden hindert. Da wir in einem MASCH-Kursus keine „Spitzen“ züchten, sondern das allgemeine Niveau heben wollen, muß der Lehrer seine ganze Aufmerksamkeit gerade den Stillen widmen. Er soll m. E. nicht davor zurückscheuen, sich mit einer Frage direkt an sie zu wenden. Erfolgt nun nicht gleich eine Antwort, so fallen in aller Regel die schlagfertigeren Teilnehmer ein, trompeten ihrerseits die Antwort aus oder geben dem „Schwächeren“ gute Ratschläge; es passiert sogar, daß „vorgesagt“, also gemogelt wird. Allen solchen Störungsversuchen muß der Lehrer auf das schärfste entgegenreten. Er muß für unbedingte Ruhe sorgen, damit sich die stillen Genossen auch wirklich sammeln und finden können. Gibt ihnen so der Lehrer die Möglichkeit, ihre Scheu zu überwinden, so wird auch in der Regel der Erfolg nicht ausbleiben.

Je besser jemand die seminaristische Methode anzuwenden versteht, um so mehr Fragen wird er von den Teilnehmern zu gewärtigen haben. Hier ist es unbedingte Pflicht des Lehrers, ausnahmslos jede Frage zu beantworten. Aber er kann dies nicht bei jeder Frage in gleicher Weise, mit gleicher Ausführlichkeit tun. Nur solche Fragen, die streng zum Thema gehören, sollen gründlich und allseitig beantwortet werden. Anders bei Fragen, die außerhalb des eigentlichen Themas liegen. Der Lehrer darf sich durch sie keinesfalls von seinem Thema abbringen lassen. Er muß seine Disposition unter allen Umständen strikte durchhalten. Aber eine Antwort soll er selbst auf solche abseitigen Fragen geben. Dies kann ganz kurz so geschehen, daß dem Fragenden mitgeteilt wird, wo (z. B. in welchem anderen MASCH-Kursus) dieses Thema behandelt wird, oder in welchen Büchern er eine Auskunft finden kann; oftmals kann man die Frage auch nach dem Kursus beantworten. Im

übrigen sei man bei der Einhaltung der Disposition nicht gar zu kleinlich! Denn nur allzuhäufig läßt sich selbst eine „abschweifende“ Frage doch noch so beantworten, daß ein neuartiger und deshalb für alle Schüler lehrreicher Zusammenhang mit dem Thema hergestellt werden kann. Und eine Sache in möglichst vielen, in möglichst allen ihren Zusammenhängen darzustellen, ist ja bekanntlich eine der elementarsten Forderungen der marxistischen materialistischen Dialektik!

So sehr sich der Lehrer der referierenden Methode entöhnen soll, so sehr kann es zur Belebung des Unterrichts und zur Förderung der Selbständigkeit der Schüler beitragen, wenn man kurze Referate von den Teilnehmern selbst halten läßt (nach Möglichkeit am Anfang der Unterrichtsstunden). So kann man z. B. in einem Kursus über „Einführung in den Marxismus“ 5–10-Minuten-Referate über das Leben von Marx, Engels und Lenin halten lassen, oder in einem Kursus über „Faschismus“, bei dem man nur Italien und Deutschland selbst behandeln kann, kurze Ergänzungsvorträge über den Faschismus in Polen, Jugoslawien, usw.

Eine weitere wichtige Frage betrifft das Mitschreiben der Schüler. Auf keinen Fall darf man zulassen, daß die Genossen möglichst alles protokolllarig aufnotieren; das würde sie viel zu sehr ablenken und ihre aktive Anteilnahme am Unterricht verhindern. Man muß also darauf dringen, daß sich die Teilnehmer nur die wichtigsten Stichworte aufschreiben. Um ihnen das zu erleichtern, schreibt man am besten die Kursusdisposition sukzessive an die Tafel. Nötigenfalls kann man die Stichworte diktieren. Handelt es sich um einen fortlaufenden Kursus, so kann man für jeden Kursusabend einen Teilnehmer — jedesmal einen anderen! — mit der Anfertigung eines ausführlicheren Protokolls beauftragen. Der betreffende Schüler muß sein Protokoll zu Anfang der nächsten Stunde vorlesen, woran sich dann eine Massenkritik der Schüler anschließt. Mit diesem Verfahren habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Meist wurden die Protokolle gesammelt, nach Beendigung des Kurses vervielfältigt und den Teilnehmern ausgehändigt.

Eine weitere Forderung ist die des freien Sprechens. Schon ein frei gehaltenes Referat ist unendlich wirksamer als ein abgelesenes. Das gilt in erhöhtem Maße für den Vortrag eines Kursuslehrers, ganz abgesehen davon, daß bei Anwendung der seminaristischen Methode das Ablesen sowieso nicht möglich ist. Ich möchte aber sogar noch weitergehen und jedem Lehrer empfehlen, selbst auf den viel benutzten Zettel mit schriftlich niedgelegter Disposition oder kurzen Stichworten zu verzichten, also vollkommen frei zu reden. Man bedenke, was die „Arbeitsmethode“ für Anforderungen an den Lehrer stellt: er soll sich Namen einprägen, sich des Berufes und der Vorbildung der Schüler erinnern, auf die „schwächeren“ Genossen achten, auf jede gestellte Frage eingehen, Abschweifungen vom Thema verhindern, die Initiative und Selbständigkeit der Teilnehmer wecken, und noch vieles andere dazu, — wie soll er alles das bewältigen können, wenn er nicht vollkommen über der Sache steht, seinen Stoff restlos beherrscht und frei und unabhängig von Zetteln, Niederschriften und sonstigen Beihilfen „loslegen“ kann? Die Disposition muß im Kopfe sitzen. Daher erfordert die Vorbereitung des Kursuslehrers, nicht nur eine Disposition — als Rückgrat des ganzen Unterrichtes — sorgfältig auszuarbeiten und den zu behandelnden Stoff genau auf die zur Verfügung stehende Zeit aufzuteilen, sondern sich die ausgearbeitete Disposition vor allem einzuhämmern. Auf sprachliche Formulierungen, Einzelheiten und bestimmte Redewendungen kommt es dabei absolut nicht an. Jede solche auswendig gelernte Formulierung wird totsicher über den Haufen geworfen, sowie

die Schüler zu fragen und zu diskutieren anfangen, — und das sollen sie ja gerade. Dagegen das düre Gerippe, die groben, starken Linien, kurz, die Disposition, — sie muß wie eingemauert im Gehirn sitzen! Nur mit einem solchen „Rückgrat“ versehen, wird der Lehrer nicht Sklave, sondern Herr des Stoffes sein.

Für die Ausarbeitung von Dispositionen sei aber noch zum Schluß auf zweierlei beachtenswerte Gesichtspunkte kurz hingewiesen.

Man breche vor allem mit dem Prinzip der „Vollständigkeit um jeden Preis!“ Als Kursuslehrer wird man häufig in die Lage kommen, ein und dasselbe Thema bald in kürzerer, bald in längerer Zeit behandeln zu müssen. Es ist klar, daß man dann zwei ganz verschiedene Dispositionen auszuarbeiten hat. Grundfalsch wäre es, in dem kürzerem Kursus genau dasselbe zu behandeln wie in dem längeren, „nur“ flüchtiger, oberflächlicher, in einem schnelleren Tempo. Damit würde man nur Verwirrung bei den Schülern anstiften. In allen solchen Fällen, wo die Zeit knapp, hilft gar nichts anderes als alles minder wichtige Material, alle nebensächlicheren Gesichtspunkte sorgfältig herauszusuchen und rücksichtslos aus dem Unterrichtsstoff auszumerzen, und das Gebiet, das vom Standpunkt des Tageskampfes jeweils am wichtigsten ist, in den Vordergrund zu stellen.

Das Wichtigste ist die engste Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Leider wird in der Praxis sehr häufig dagegen verstoßen. Man trifft auf Ansichten wie diese: „Theoretische Schulung ist die eine Sache, Befolgung des Gelernten in der Praxis eine ganz andere.“ Oder: „Ich halte einen theoretischen, aber keinen politischen Kursus ab.“ Oder: „Wollte ich in meinem Kursus auf praktische Tagesaufgaben eingehen, so würde mir meine ganze Disposition über den Haufen geworfen.“ — Und noch viel häufiger werden diese falschen Ansichten zwar nicht ausgesprochen, aber im Unterricht praktisch befolgt.

Demgegenüber höre man Lenin:

„Die Propaganda aller Art erzählt, gibt Beispiele dafür, was der Kommunismus ist. Doch diese alte Propaganda taugt nichts, denn es gilt praktisch zu zeigen, wie man den Sozialismus bauen soll.“

Das hat Lenin nach der russischen Oktoberrevolution gesagt. Sinngemäß auf die Verhältnisse vor der proletarischen Machtergreifung übertragen, kann Lenins Ausspruch nur deuten, daß es durch die Propaganda „neuerer“ Art praktisch zu zeigen gilt, wie der Kapitalismus gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet werden kann, daß es also gilt, alle Gebiete des Marxismus und alle marxistischen Kurse in engste Verbindung zu bringen sowohl mit dem revolutionären Endziel als auch mit den praktischen Tagesaufgaben, den aktuellen politischen Kampagnen, die jeweils vom revolutionären Proletariat durchgeführt werden.

Man wende nicht ein, dies sei nicht immer durchführbar. Auch wenn kein direkter Weg vom Problem des Kurses zu einer Gegenwartsfrage führt, so kann man doch sehr wohl nach Einschaltung einiger Zwischenglieder den Zusammenhang herstellen. Und gerade das muß ein marxistischer Kursuslehrer auch wirklich tun! Und zwar nicht nur „gelegentlich“ oder gar nur am Ende des Kurses (wenn es an die sogen. „politische Auswertung“ geht), sondern während der ganzen Dauer des Unterrichts, unablässig, bei jedem einzelnen Problem.

DER MARXIST

Blätter der Marxistischen Arbeiterschule / II. Jahrgang Heft 5 / Sommer 1932

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage

Von K. Heinz

I. Verschärfung der Wirtschaftskrise — Verschärfung der Kriegsgefahr

Unbarmherzig schreitet die Krise fort. Im Weltmaßstab wie in Deutschland schrumpft die Produktion, wütet die Finanzkrise, beginnt eine neue schnellere Abwärtsbewegung am Ende des zweiten Quartals 1932.

Die Halbjahrsproduktion der Autoindustrie, um nur eine besonders wichtige Schlüsselindustrie zu nennen, die in USA. und Kanada 1929 noch 3 413 000, 1931 1 639 000 Wagen betrug, betrug in diesem Jahr nur noch 912 000.

Der Deutsche Stahlverein meldet neue Stilllegungen: die deutsche Roheisenproduktion sank von 12 300 Tonnen im Mai auf 10 300 Tonnen im Juni d. J. Sie betrug noch 19 200 im Juni des Vorjahres und 38 800 Tonnen im gleichen Monat des Jahres 1929. Für Rohstahl sind die entsprechenden Ziffern 27 100 und 19 500 für Mai und Juni d. J., 30 000 und 57 200 für Juni 1931 bzw. 1929.

Nur ein Sechstel der Erde ist von dieser wütenden Krise verschont. Ebenso unaufhaltsam wie in allen kapitalistischen Ländern die Krise, ebenso unaufhaltsam schreitet in der Sowjetunion der sozialistische Aufbau fort.

Das kapitalistische Deutschland befindet sich in einer katastrophalen Lage. Die Bourgeoisie der Siegerländer denkt gar nicht daran, Deutschland aus den Zangen des Versailler, Dawes- und Young-Paktes zu entlassen. In Lausanne mußte die Papen-Regierung neue zusätzliche Tributlasten anerkennen, nachdem durch das Hoover-Moratorium Deutschland ein Jahr von einem Teil der Tributzahlungen befreit war.

„Das ist also die Bilanz der unter so verheißenden Vorzeichen eröffneten Konferenz von Lausanne: Deutschland hat sich zur endgültigen Tributzahlung verpflichtet, die Rückwirkung einer Befreiung von politischen Diskriminierungen ist ausgeblieben, England und Frankreich haben sich auf eine gemeinsame politische Linie geeinigt, die antirevisionistisch sein wird. Amerika ist bedrängt, und Deutschland in eine starke Isolierung zurückgeworfen.“ („Germania“, 15. Juli 1932.)

Und selbst diese Charakterisierung der Niederlage der deutschen Bourgeoisie ist unzutreffend. Die Darstellung ist viel zu günstig; denn diese neuen Tributlasten, die immerhin bedeutend niedriger sind als die vor dem Moratorium bestehenden Reparationszahlungen, sollen nur in Kraft treten, wenn Amerika einer entsprechenden Herabsetzung der interalliierten Schulden zustimmt. Und sowohl Frankreich wie England und Italien haben offiziell erklärt, daß, „falls diese Regelung nicht erfolgen sollte, würde automatisch zwischen allen Regierungen rechtlich und de facto die Lage wieder eintreten, die vor den Vereinbarungen von Lausanne in bezug auf die Kriegsschulden und Reparationen

bestand: das heißt, man würde auf die in dem Haager Abkommen von 1930 stabilisierten Positionen zurückkehren.“ Während der amerikanische Staatspräsident Hoover feststellt hat, daß er sich in der Schuldenfrage glatt ablehnend verhalten werde.

Das Protokoll, das der Völkerbundsrat direkt nach der Lausanner Konferenz über eine internationale Anleihe an Oesterreich annahm, bedeutet praktisch den Verzicht Oesterreichs auf den Anschluß an Deutschland, ja sogar auf die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern auf 30 Jahre. Und der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat wagte nicht einmal gegen dieses Abkommen zu stimmen.

Nach der schweren Niederlage in Lausanne sind die Aussichten der deutschen Bourgeoisie also keineswegs rosig. Sie hat nichts als neue Demütigungen und neue Belastungen durch die Imperialisten der Siegerländer zu erwarten.

Gleichzeitig hat die Lausanner Konferenz die internationalen Spannungen und Gegensätze und damit die Kriegsgefahr ungeheuer verschärft.

Verschärft hat sich der Gegensatz England—Amerika, der im Moment als Gegensatz des vereinigten französisch-englisch-italienischen Imperialismus gegen den amerikanischen Imperialismus auftritt. Folgendes möge zur Illustration dienen: Hoover schreibt in einem Brief an Borah:

„Ich wünsche aber vollkommen klarzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wegen keines der Abkommen, die nach Pressemeldungen in Lausanne abgeschlossen wurden, befragt worden ist und deshalb selbstverständlich durch keines der Abkommen in irgend einer Weise gebunden ist. *Indem ich nicht annehme, daß es die Absicht irgendeines dieser Abkommen ist, ein gemeinsames Vorgehen unserer Schuldner zu erzielen*, wünsche ich auszusprechen, daß, falls irgend ein Abkommen so ausgelegt werden sollte, ich es ablehne, daß dem amerikanischen Volk irgend eine Haltung aufgezwungen wird, oder daß es in irgend einer Weise durch eine solche Kombination entweder offen oder versteckt beeinflusst wird.“

Ein gleichzeitig zwischen Frankreich, Belgien, England, Italien abgeschlossenes Abkommen (gentlemen agreement) besagt:

„Die beteiligten Regierungen verpflichten sich, die Ratifizierung des Lausanner Paktes nicht eher vorzunehmen, bis zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern eine befriedigende Lösung erzielt ist.“

Diese Verschärfung der internationalen Beziehungen der imperialistischen Länder, die aus der Verschärfung der Wirtschaftskrise resultiert, wirkt natürlich auf die wirtschaftliche Lage von neuem verschärfend zurück.

Das Bündnis Frankreich-England-Italien ist aber noch wichtiger als Beginn des Zustandekommens einer Einigung der europäischen imperialistischen Mächte zum Kampf gegen die Sowjetunion. Die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion ist besonders an der Westgrenze des Landes außerordentlich gestiegen.

II. Der Kurs der Papen-Regierung.

Unter dem Druck der Krise und der sich mit ihr verschärfenden internationalen Konkurrenz, unter dem Druck der wieder erhöhten Tributlasten, geht die deutsche Bourgeoisie immer heftiger, grausamer, hemmungsloser gegen das Proletariat vor. Das Tempo der Brüning-Regierung genügt nicht mehr. Zur schnelleren und gründlicheren Ausplünderung der Massen wurde die Papen-Regierung bestellt. Ihre Aufgabe ist es, den rasch wachsenden Massenwiderstand zu brechen. Sie soll zum Schutze der kapitalistischen Klassenherrschaft in Deutschland die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durchführen.

Die Papen-Regierung nimmt die Unterstützung der Erwerbslosen, die Renten der Kriegsgipfeler, sie nimmt die Einkommensteuer von den kleinen Gewerbe-

treibenden, sie verteuert durch Zölle die Futtermittel für das Vieh des Kleinbauern, sie nimmt den Arbeitern, Angestellten und Beamten einen Teil des Lohnes und Gehaltes, sie nimmt den hungernden Werktätigen das Salz vom Brot, sie muß es nehmen, denn in derselben Zeit muß sie geben. Sie gibt an die Großindustrie. Sie zahlt Hunderte von Millionen an den Stahltrust und an die ostelbischen Agrarier. Sie finanziert über die rheinisch-westfälische Industrie die Hitler-Partei. Sie gibt die Tributmilliarden an das ausländische Finanzkapital.

Den Werktätigen gibt sie die Arbeitsdienstpflicht, d. h. militärischen Drill unter dem Kommando der alten kaiserlichen Offiziere, Ausbildung als Kanonenfutter zum Krüge gegen die Sowjetunion. Für die Arbeiter, die sich gegen Hunger und Faschismus wehren, gibt sie das Standrecht. Verhängung des Belagerungszustandes und Einsatz der Reichswehr gegen revolutionäre Arbeiter sind zu täglichen Erscheinungen geworden.

Jeden Tag verlängert sich die Totenliste der Antifaschistischen Aktion, fallen von neuem Arbeiter unter den Schüssen der SA.

Ausruttung der revolutionären Arbeiterbewegung fordert täglich die Presse der Bourgeoisie; direkte, physische Vernichtung der klassenbewußten, revolutionären Vorhut ist das offen ausgesprochene Ziel der Nationalsozialisten.

Solange eine revolutionäre Arbeiterbewegung besteht, solange muß in dieser tiefen Krise die Bourgeoisie um den Bestand ihrer Klassenherrschaft zittern. Sie ist gewillt mit Hilfe der faschistischen Diktatur alle Machtmittel in Anwendung zu bringen, um ihre Profite zu verteidigen.

III. Einheitsfront im antifaschistischen Kampf!

Die Peitsche des Hungers und des faschistischen Terrors trifft gleichermaßen Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose. Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter fallen unter den Schüssen der Reaktion, sozialdemokratische Zeitungen und Gewerkschaftszeitungen werden genau so überfallen und demoliert wie kommunistische Büros. Die Lokale der „Eisernen Front“ werden beschossen wie die der revolutionären Arbeiterschaft. Die Arbeiterwohnungen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter werden gleichermaßen verwüstet. Die gemeinsame Not erfordert gemeinsamen Kampf um Lohn und Brot, für den Schutz des Arbeiterlebens, der Arbeiterwohnung, der Arbeiterorganisationen gegen das Wüten des Mordterrors.

Die Welle der antifaschistischen Einheitsfront ist im Ansteigen begriffen. Rasch verbreitet sich unter den Schlägen auf den Magen die Erkenntnis der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes sozialdemokratischer, kommunistischer, christlicher und parteiloser Betriebsarbeiter und Erwerbsloser. Rasch wächst die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen gegen die faschistischen Mordkuben in Betrieb, Stempelstelle und Wohngebiet. Die ersten Erfolge der kämpfenden Einheitsfront gegen den Faschismus sind die praktischen Auswirkungen dieser Erkenntnis. Die wachsende Zahl der politischen Protest- und Demonstrationstreiks, verbunden mit dem Kampf um betriebliche Forderungen, zeigen das Wachsen des Widerstandes der deutschen Arbeiterklasse.

Kämpft
mit der KPD! Wählt die antifaschistische
Liste 3

IV. Die Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion und die Sozialdemokratie.

Was tun die SPD-Führer, was tun und was sagen die offiziellen Instanzen der SPD. und des ADGB?

Die Arbeiteranhänger der SPD. und des ADGB. wollen gemeinsam mit allen anderen Klassengenossen ihr letztes Stück Brot gegen die Angriffe der Bourgeoisie verteidigen. Die SPD-Betriebsarbeiter wollen sich zum Kampf gegen die Unternehmer mit den Kommunisten und der RGO. zusammenschließen. Die Erwerbslosen sind gezwungen, ohne Unterschied der Partei den gemeinsamen Kampf zu organisieren gegen die Unterstützungs- und Rentenkürzungen der Papen-Notverordnungen. Gemeinsam mit den Kommunisten und Parteiloosen wollen die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Wohnung vor der Habgier der Hausbesitzer schützen, ihr Leben und ihre Organisationen gegen den Faschismus verteidigen.

Derweil waren Severing und Grzesinski beschäftigt, den „Vorwärts“, die „Reichsbannerzeitung“ und viele andere sozialdemokratischen Organe zu verbieten. Sie kommandierten die Polizei, die die Naziaufmärsche schützte, sie führten alle „Anregungen“ der Papen-Regierung durch, derselben Papen-Regierung, die die Nazis immer mehr zur Regierungsgewalt heranzieht, die kein anderes Ziel hat als die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Sie waren offenkundig die Handlanger des Faschismus, so wie sie immer Diener der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse waren. Aber einen gewissen Gipfelpunkt, eine neue Stufe ihrer sozialfaschistischen Entwicklung haben sie erreicht in dem Moment, wo sie die Befehle zur faschistischen Unterdrückung auch gegen ihre eigene Anhängerschaft durchführten, wo sie mit faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen vorgehen gegen die Organisationen, die sie selbst in die Höhe getragen haben. Das ist das eine. Auf der anderen Seite waren sie verzweifelt bemüht, innerhalb der von ihnen geleiteten Organisationen, den Widerstand der Arbeiter gegen den Faschismus zu brechen, jede konkrete Kampfhandlung zu verhindern:

„Straße frei, Fenster zu!“,

ein alter Ruf des Terrors der Reaktion, den Arbeitern besonders bekannt aus der Noske-Zeit. Damals wurde hinzugesetzt: „Es wird geschossen.“

„Meidet die Straße, schließt die Fenster!“,

die Aufforderung der SPD. und der Reichsbannerführer angesichts der Naziaufmärsche.

„Geht ins Grüne, spielt und badet!“

Derweil kann die SA. ungestört das Gewerkschaftshaus stürmen, so wie in Eckernförde bei Kiel.

Wenn verlangt wird, daß wir die Kritik an diesen SPD-Führern einstellen, so fragen wir: Ist es der Einheitsfront des Proletariats nützlich oder schädlich, wenn ein solches Verhalten der Führer ohne Kritik gelassen wird? Ist es der Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus nützlich oder schädlich, die Handlanger der faschistischen Politik anzuprangern und ihren Einfluß in der Arbeiterschaft zu brechen? Niemals wird der revolutionäre Marxismus auf die Kritik eines arbeiterteindlichen Verhaltens verzichten, niemals kann ein Antifaschist der Tat Handlungen, die den Faschismus unterstützen, unkritisiert lassen.

Einheit von SPD., KPD., SAP.! So lautet eine andere sozialfaschistische Parole. Die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats soll ersetzt werden durch Führerverhandlungen zwischen den Organisationen, die Blockbildung mit Splitterorganisationen, mit den sozialfaschistischen Führern soll die Kampfkraft der Kommunistischen Partei lähmen, die Parole dieser Blockbildung soll den Willen

der Arbeiter zur tatsächlichen kämpfenden Einheitsfront verwirren. Eine solche Blockbildung würde bedeuten, die Partei des revolutionären Proletariats zu liquidieren, würde bedeuten, daß die kampfgewillten Arbeiter der Politik Severings, Grzesinskis, Noskes ausgeliefert werden, die den faschistischen Kurs der Papen-Regierung durchführen.

Weder Verzicht auf die Kritik an den sozialfaschistischen Führern noch Blockbildung ist Einheitsfrontpolitik. Einheitsfront ist nur tatsächlicher gemeinsamer Kampf der Arbeiter. Und dieser Kampf wird sich immer auch gegen die Führer der sozialdemokratischen Organisationen richten müssen. Dieser Kampf wird unbeirrt geführt und konsequent vertreten nur von der Kommunistischen Partei.

V. Reichstagswahlen.

Die internationale Verklavung, die auf dem deutschen Werktätigen lastet, brachte, gefördert und organisiert durch die skrupellose Demagogie des Faschismus, eine ungeheure chauvinistische Welle in Deutschland hervor. Diese Wahlen wurden veranstaltet, um diese Welle noch einmal voranzutreiben und um sie auszunutzen zur weiteren Stärkung des Faschismus, zur Stabilisierung der Diktatur des Finanzkapitals.

Der revolutionäre Marxist hat den Stimmzettel niemals als ein Kampfmittel betrachtet, welches irgendwelche Entscheidungen bzw. irgendwelche Veränderungen in den realen Machtverhältnissen herbeiführen kann. Wir sind immer darüber klar gewesen, daß der Stimmzettel vom Bürgertum und der Sozialdemokratie zur Irreführung der werktätigen Massen, zur Vortäuschung eines Scheinkampfes benutzt wurde, um sie vom wirklichen Kampfe abzuhalten. Vom Standpunkt des revolutionären Proletariats kann so der Stimmzettel nur ein Gradmesser der politischen Reife, ein Anzeiger für den Stand und die Gruppierung der Klassenkräfte sein. Und selbst als solcher Gradmesser ist er noch höchst unvollkommen und fälscht fast immer zugunsten der Bourgeoisie, zugunsten der Partei des revolutionären Proletariats.

Die Sozialdemokratie proklamiert den Stimmzettel als *das* Kampfmittel, um den Faschismus zu schlagen. Es liegt auf der Hand, daß diese Taktik den einzigen Zweck hat, wirkliche Kämpfe im Betrieb und auf der Straße, eine wirkliche Einigung der Arbeiterschaft im Vorgehen gegen den Faschismus zu verhindern.

Das wirkliche Gewicht des Stimmzettels darf man aber auch nicht zu gering einschätzen. Besonders in der heutigen Zeit, in der die Ereignisse sich überschütten, die politische Entwicklung der nächsten Tage, der Ausgang der Wahlen, ja sogar ihr Stattfinden selbst höchst ungewiß scheint, ist ein offenes, klares Bekenntnis zum revolutionären antifaschistischen Kampf von außerordentlicher Wichtigkeit. Millionen Stimmen für die antifaschistische Liste, Millionen Stimmen, die sich bekennen zum Kampf gegen das gesamte kapitalistische System, sind außerordentlich wertvoll für das Kräftewusstsein der revolutionären Arbeiterklasse, sind eine weithin sichtbare Demonstration gegen den Faschismus.

Die Wahlkampagne dient uns gleichzeitig zur weiteren Entlarvung der SPD., zur weiteren Untergrabung ihres Masseneinflusses. Angesichts der ungeheuren Zuspitzung des politischen Kampfes durch die Verhängung des militärischen Belagerungszustandes haben wir außerordentlich gute Möglichkeiten aufzuzeigen, wo die wirklichen Antifaschisten der Tat stehen. Wir können die Arbeiter in Kämpfe gegen die Faschisten und gegen die sozialfaschistischen Spitzen ihrer Organisationen führen und so die wirkliche Einheitsfront des Proletariats in der Antifaschistischen Aktion herstellen. Die Führerrolle der Kommunistischen Partei im antifaschistischen Kampf tritt klar und offen zutage.

VI. Propaganda des Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur.

Der wichtigste Kampf, in dem die Einheitsfront des Proletariats hergestellt wird, ist der Kampf um Lohn und Brot, ist der Kampf gegen den Faschismus. Die Zusammenfassung zur antifaschistischen Betriebswehr, die Abwehr von Nazi-Überfällen, der Schutz der Agitatoren und Propagandisten des revolutionären Marxismus vor dem Betrieb und im Betrieb sind besonders wirksame Kampf-mittel gegen den faschistischen Terror.

Diese Kämpfe erhöhen das Kraftbewußtsein der Arbeiterschaft, bringen der Arbeiterschaft neue Kampferfahrungen, schaffen der Arbeiterschaft ständig neue Kader, die geeignet und erprobt in der Führung des Kampfes sind und die sich durch die Praxis das Vertrauen ihrer Klassengenossen erworben haben.

Ein Ueberblick über die Klassenlage in Deutschland zeigte uns, daß wir uns in einem Moment der wahnwitzigen Verschärfung der Klassegegensätze und politischen Kampfmethoden befinden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die nächste Zeit die Arbeitsbedingungen des revolutionären Marxismus sehr stark komplizieren wird. Die Kader der antifaschistischen Front werden ungeheure Opfer bringen müssen, um ihre Positionen behaupten und im Kampf vorwärtsdringen zu können. Diesen Opfern ruhig entgegenzusehen, sie auf uns zu nehmen und unter den schwierigsten Bedingungen die Propaganda des revolutionären Marxismus fortzusetzen, mithelfen den Massensurgen zu entfalten gegen das verfallende System des Finanzkapitals, die sich nur mit der äußersten brutalen Gewalt unter ununterbrochener Vernichtung der besten und fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse an der Macht erhalten kann, das ist unsere Aufgabe.

Der Niedergang des Kapitalismus

Das kapitalistische System als Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte

Von Günther Reimann*)

Nach der Lehre aller bürgerlichen Ökonomen waren die kapitalistischen Krisen stets nur „Wachstumskrankheiten“ des Kapitalismus. Eine allzu stürmische Entwicklung der Technik, der Produktion und Kapitalakkumulation wäre durch die Krisen als vorübergehenden Rückschlag bestraft worden, um einem um so größeren neuen Aufschwung entgegengehen zu können. Tatsächlich kamen in allen Krisen die Widersprüche des Kapitalismus, die mit jeder Höherentwicklung der Produktivkräfte, der Kapitalkonzentration, des Wachstums der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sich verschärfen, zum gewaltsamen Ausbruch. Dennoch erreichten im aufsteigenden Kapitalismus die Produktivkräfte von Krise zu Krise oder von Hochkonjunktur zu Hochkonjunktur einen höheren Stand. Das galt sowohl für die Produktion selbst als auch für die Zahl der Industriearbeiter. Als aber die stürmische Ausdehnung des äußeren Absatzfeldes des Kapitalismus auf ihre natürlichen Grenzen stieß, die Produktionsmittel aber dennoch vermehrt und vergrößert wurden, wurden immer mehr Monopole gegründet, sie sollten durch Ausschaltung der Konkurrenz die Kapitalwerte vor Verlusten schützen, eine hohe Profitrate sichern. Von den bürgerlich-reformistischen Theoretikern wurden

*) Auszüge aus einer größeren Arbeit.

diese Monopole als Träger weiteren kapitalistischen Aufschwunges gepriesen. Ob sie die „Konkurrenz regeln“ oder bereits die Planwirtschaft verwirklichten, auf jeden Fall sollte durch das Wachstum der Produktionsmittel und Produktivkräfte die „Fortentwicklung“ des kapitalistischen Systems zu einem Kapitalismus höherer Ordnung, wie es die offen bürgerlichen Ökonomen bezeichneten, zu einem „organisierten Kapitalismus“ und einer Planwirtschaft, wie es die Reformisten darstellten, erfolgen.

Die Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionskrise hat eine schlagende Antwort auf die Frage gegeben, ob die kapitalistischen Monopole Zeichen des Aufstieges oder Niederganges des Kapitalismus seien. Was zeigt sich nämlich als vorläufiges Ergebnis der Produktionskrise?

Die industrielle Produktion weist in Deutschland einen Rückgang auf, der weit unter den Stand führt, der in der Zeit des Tiefstandes in der letzten vorherigen Krise und auch in der Vorkriegszeit erreicht war. Die Produktion weist nicht nur gegenüber dem letzten Höchststande, sondern auch gegenüber dem letzten Tiefstande einen Rückschlag auf. Die ganze neue Entwicklung der Produktivkräfte in der Zwischenzeit hat sich nicht als ein tatsächlicher Aufstieg der Produktivkräfte erwiesen, sondern nur den Ueberfluß und die Vergeudung von Kapital gesteigert. Ein sehr eindrucksvolles Bild darüber gibt die nachfolgende Statistik, welche den Krisenstand der deutschen Industrie-Produktion mit dem zuletzt erreichten gleichen Tiefstande vergleicht.

Der Stand der deutschen Industrie-Produktion im Vergleich mit dem letzten Tiefstande und 1913 (ehemaliges Reichsgebiet)

Produktionsgüter	Stand Ende 1931 (1913 100)	Der gleiche Stand war in der Vor-Kriegszeit erreicht	Verbrauchsgüter	Stand Ende 1931 (1913 100)	Der gleiche Stand war in der Vor-Kriegszeit erreicht
Roheisen	24,9	1888	Textilien	81,1	1903/1904
Stahl	31,9	1899/1900	Baumwollgarn	89,7	1906/1907
Maschinen	40,3	1903/1904	Nahrungsmittel	81,1	1858/1899
Steinkohle	57,0	1899/1900	Zucker	62,2	1894/1895
Koks	56,5	1905/1906	Bier	53,2	1875/1876
Zink	17,5	1860	Branntwein	67,7	1888
Blei	54,5	1894/1895	Tabak	101,1	1907/1908
Kalk	40,9	1893/1894	Glaswaren	70,0	1904/1905
Kali	55,3	1908	Pappe, Papier	98,1	1911/1912
Holz- und Zellstoff	99,7	1911/1912	Braunkohlenbriketts	141,7	—
Braunkohle	142,8	—	Kunstseide	—	—
Kupfer	197,1	—			
Elektrizität	429,3	—			
Kraftwagen	481,8	—			
Durchschnitt:	54,7	1897/1898	Durchschnitt:	83,5	1905/1906

(Aus „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“, herausgeg. v. I. f. K., Berlin, 6. Jahrg., Heft 4, S. 41.)

Nach Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung wurden im Jahre 1931 weniger industrielle „Sachgüter“ erzeugt, als im Jahre 1925. Das gilt für den Gesamtdurchschnitt.

Das bloße Vergleichen der Produktionszahlen gibt über die Tiefe der Produktionskrise eine ungenügende Vorstellung. Man muß auch die Dauer des Tiefstandes berücksichtigen. Dann bekommen die Produktionsrückgänge eine noch größere Bedeutung. Denn Produktionsrückgänge in früheren Krisen haben

nie einen auch nur annähernd ebenso langen Tiefstand aufzuweisen, wie es seit 1929 der Fall ist. Seit Krisenausbruch sind jetzt bereits fast vier Jahre vergangen, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Die Produktionsrückgänge erhalten deshalb potenzierte Bedeutung.

In der Erklärung der Produktionskrise kann seitens der bürgerlichen Professoren die besondere Rolle der zahlreichen Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft als entscheidend für den langgedehnten und besonders tiefen Charakter der Krise zum Teil nicht mehr abgestritten werden. Die Reste der alten liberalen Schule in der bürgerlichen Oekonomie ziehen daraus die Schlußfolgerung: weg mit den Monopolen, die dem Geiste der kapitalistischen Konkurrenz als Hebel des Fortschrittes widersprechen. Das soll mit Hilfe des Staates erreicht werden, dessen Eingreifen in die Wirtschaft gerade von diesen „liberalen“ Professoren prinzipiell abgelehnt wird.

„Die Krise, unter der heute die Welt leidet, ist die Krise des Interventionalismus und des Staats- und Kommunalsozialismus, kurz, der anti-kapitalistischen Politik... Wird die Funktion des Marktes als Regulator der Produktion durch die Wirtschaftspolitik unterbunden, indem man Preise, Löhne und Zinssätze anders zu gestalten sucht, als der Markt sie bilden muß, dann gelangt man eben zur Krise.

Nicht Bastiat hat versagt, sondern Marx und Schmoller.“)*

Die Reformisten wiederum wollen die Monopole zur wirklichen Planwirtschaft weiterentwickeln; sie streiten zwar heute nicht mehr ab, daß die kapitalistischen Monopole zu gesteigerter Produktionsanarchie oder „Kapitalfehlleitung“ geführt haben. Aber eine staatliche Kontrolle der Monopole könne diese Kinderkrankheiten des Monopolkapitalismus verhindern. Wenn der Staat übermäßig hohe Monopolpreise oder Anlagen in Monopolindustrien, die tatsächlich überflüssig sind, verhindere, so ständen wir dann doch plötzlich mitten im „organisierten Kapitalismus“ und der „sozialistischen Planwirtschaft“?

In dieser Stellungnahme der bürgerlich-„liberalen“ und reformistischen Theoretiker kommt nur ihre völlige Hilflosigkeit gegenüber der kapitalistischen Wirklichkeit zum Ausdruck. Die kapitalistischen Monopole sind doch keine zufälligen, von außen eingeführten Erscheinungen, sondern ein zwangsläufiges Ergebnis relativ hoher Entwicklung der Produktivkräfte bei kapitalistischer Herrschaft, wo der Kampf der Kapitalisten für die Sicherung des Wertes ihrer immer gigantischer gewordenen Produktionsmittel und für ihre Profite nicht mehr mit den Mitteln der freien Konkurrenz geführt werden kann. Wer also die Zerschlagung der kapitalistischen Monopole zur Rettung des Kapitalismus propagiert, der will tatsächlich zu den primitiven Produktionsmethoden der Zeit zurückkehren, wo Kleinkapitalisten das Produktionsfeld beherrschten, handwerkliche Arbeit überwog und die Arbeitsproduktivität nur sehr gering entwickelt war.

Ausgleich der Profitraten durch Kapitalverschwendung

Die vermehrte Kapitalvergeudung durch Anlagen in Monopolindustrien, wo bereits ein Ueberfluß an Produktionsmitteln besteht, ist keine vorübergehende Krankheitserscheinung des Monopolkapitalismus, vielmehr notwendig, damit sich die Gesetze der kapitalistischen Produktion durchsetzen.

*) L. von Mises, „Die Legende vom Versagen des Kapitalismus“. Aus: „Der internationale Kapitalismus und die Krise“, Stuttgart, 1932, Seite 29.

Der Kapitalismus hatte die mittelalterlichen Schranken, die der freien Konkurrenz und der Warenproduktion entgegenstanden, niedergelegt. Niemandem sollte es verwehrt sein, Kapital zu akkumulieren und sich als selbständiger Unternehmer zu etablieren. Die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse haben aber zu einer viel größeren Ungleichheit des Besitzes und der Produktionsbedingungen geführt, als sie in vorkapitalistischen Zeiten je bestand. Wenigen Großkapitalisten ist es möglich geworden, sich einen immer größeren Teil des gesellschaftlichen Reichtums anzueignen.

Dieselben Methoden der freien Konkurrenz, mit denen die Großkapitalisten groß geworden sind, kehren sich auf einer hohen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte gegen das Großkapital selbst und bedrohen dessen Werte. Die kapitalistischen Unternehmungen konnten über die kleinkapitalistische und handwerkliche Konkurrenz triumphieren. Dort, wo mit besonders niedrigen unterdurchschnittlichen Produktionskosten (Kostpreisen) produziert wird, vermag das Kapital gegenüber der Konkurrenz Extraprofit zu erzielen und sich eine Vorzugsstellung auf dem Markte zu verschaffen. Aber diese Sonderstellung währt unter den Bedingungen freier Konkurrenz nicht lange. Die übrigen Kapitale folgen den günstigeren Produktionsbedingungen durch beschleunigte Akkumulation, drücken ihrerseits die Kostpreise herab und auch die Produktionspreise (Kosten plus durchschnittlicher Profit), insoweit auch die durchschnittliche Profitrate sinkt. Jede neue Steigerung der Produktivität und jedes weitere Sinken der Kostpreise zieht eine Entwertung des alten Kapitals nach sich, das noch auf alter technischer Grundlage und auf niedrigerer Stufe der Produktivität akkumuliert worden war.

Diese Entwertung des alten Kapitals wächst mit dem Umfang der Einzelkapitale. Sie wird um so größer sein, je mehr der Umfang der Produktionsmittel oder des fixen Kapitals answillt. Es erreicht den größten Umfang dort, wo es dem Kapital gelingt, einen technischen Vorsprung zu erzielen und am erfolgreichsten die Konkurrenzkämpfe zu bestehen; gerade dieses Kapital wird am meisten von Entwertung durch technischen Fortschritt und neue Konkurrenz betroffen. Sie rückt um so schneller heran und bedroht das alte Kapital, je mehr die allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals sich verschlechtern und die Konkurrenzkämpfe infolge Ueberfülle des Marktes und ungenügender Ausdehnungsmöglichkeiten für die kapitalistische Produktion sich verschärfen. Der Konkurrenzkampf zwingt jedes kapitalistische Unternehmen zu immer weiterer Akkumulation und Ausdehnung der Produktionsmittel. Derselbe Konkurrenzkampf bedroht aber immer mehr das Großkapital selber, das die meisten Produktionsmittel bei sich konzentriert hat.

„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwertes und seine Verwertung im höchsten Maße (d. h. stets beschleunigten Anwachs dieses Wertes), zum Ziel hat.“

(„Kapital“, III. Band, I. Teil, Seite 231.)

Wie kann die „Erhaltung des existierenden Kapitalwertes“ gewährleistet werden? Das erscheint nur möglich, wenn die freie Konkurrenz ausgeschaltet wird. Die Einzelkapitale, bei denen das Risiko der Entwertung am größten und ein Niederkonkurrieren am verlustreichsten ist, versuchen deswegen zuerst, die freie Konkurrenz zu beseitigen. Ein monopolistischer Zusammenschluß soll die

Hochhaltung der Preise, die Einschränkung der Produktion und damit auch der Akkumulation erzwingen. Die Entwertung des alten Kapitals soll aufgehalten und darüber hinaus ein monopolistischer Extraprofit gesichert werden. Das Monopolkapital versucht also, sich von dem allgemeinen Niedergang der Verwertungsbedingungen für das Kapital loszulösen, für sich ein Sinken der Profitrate zu verhindern und sich damit wachsende Extraprofit zu sichern.

Das Ziel der kapitalistischen Monopole steht aber im Widerspruch zu den Gesetzen der kapitalistischen Produktion. Der Konkurrenzkampf treibt das Kapital gerade dorthin, wo ein Kapitalist oder eine Kapitalsgruppe sich eine Sonderstellung erobert hat. Sie wird von der Konkurrenz sehr schnell entwertet und angegriffen, um so schneller, je ungünstiger sich die allgemeinen Verwertungsbedingungen für das Kapital entwickeln. Insoweit führt der Konkurrenzkampf dazu, daß die Verwertungsbedingungen sich für das Kapital immer mehr angleichen.*)

Dieses Gesetz vom Ausgleich der Profitraten würde nicht mehr richtig sein, wenn durch die Monopole im wachsenden Maße die Konkurrenz beseitigt oder auch nur gemildert würde. Könnten tatsächlich immer mehr Kapitale sich Monopolstellungen sichern und sie aufrechterhalten, dann würde der Ausgleich der Profitrate verschwinden. Würde mit der Höherentwicklung des Kapitalismus und der Monopolisierung des Kapitals die Produktionsanarchie abnehmen, wie es die Reformisten verkünden, dann würde immer mehr Kapital sich dem Ausgleich der Profitrate entziehen können. Das Marx'sche Gesetz vom Ausgleich der Profitrate würde dann aufgehoben werden.

Werden nicht tatsächlich die Verwertungsbedingungen für das Kapital immer ungleichmäßiger? Erobern sich nicht immer mehr großkapitalistische Gruppen monopolistische Sonderstellungen? Entwickelt sich nicht eine immer größere Kluft zwischen den Profitraten der Monopole und der durchschnittlichen Profitrate? Ja, wird nicht sogar innerhalb ganzer Produktionszweige, die von Monopolen beherrscht werden, unter dem Preisdiktat der Kartelle und Syndikate eine wachsende Ungleichmäßigkeit zwischen den Produktionszweigen der einzelnen monopolistisch vereinigten Unternehmer sich entwickeln? Denn es besteht kein Zwang mehr für das technisch rückständige Unternehmen, sich dem Stande des technisch fortschrittlichen anzugleichen, sein Profit bleibt ihm ja trotz der technischen Rückständigkeit durch das Monopol gesichert. Da das Monopolkapital absolut und relativ wächst, würde auch der Ausgleich der Profitraten und der Produktionspreise immer mehr zum Stillstand kommen; sogar eine Rückwärtsentwicklung müßte einsetzen. Es träfe dann nicht mehr zu, daß „die Konkurrenz der Kapitale, die in den verschiedenen Sphären den Produktionspreis hervorbringt, die Profitrate zwischen den verschiedenen Sphären egalisieren“. (Marx.)

*) „Infolge der verschiedenen organischen Zusammensetzung der in verschiedenen Produktionszweigen angelegten Kapitale; infolge daher des Umstandes, daß je nach dem verschiedenen Prozentsatz, den der variable Teil in einem Gesamtkapital von gegebener Größe hat, sehr verschiedene Quantitäten von Kapitalien gleicher Größe in Bewegung gesetzt werden, werden auch sehr verschiedene Quantitäten Mehrarbeit von ihnen angeeignet oder sehr verschiedene Massen Mehrwert von ihnen produziert. Demgemäß sind die Profitraten, die in verschiedenen Produktionszweigen herrschen, ursprünglich sehr verschieden. Diese verschiedenen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser Profitraten ist.“

(„Kapital“, III. Band, I. Teil, Seite 136.)

Wodurch vollzieht sich der gesetzmäßige Ausgleich der Profitrate?

„Das Kapital entzieht sich einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andere, die höheren Profit abwirft. Durch diese beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Wort: durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionsphasen derselbe wird.“

(„Kapital“, III. Band, I. Teil, Seite 175/176.)

„Diese Ausgleichung (der Profitraten oder Produktionspreise) gelingt dem Kapital mehr oder minder. Je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist, d. h., je mehr die Zustände des betreffenden Landes der kapitalistischen Produktionsweise angepaßt sind.“

(„Kapital“, III. Band, I. Teil, Seite 176.)

Auf der höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus bilden sich nun aber Monopole, welche tatsächlich dem in ihnen vereinigten Kapital Sonderstellungen und eine höhere Profitrate als dem Konkurrenzkapital sichern. Würde dies nicht der Fall sein, so wäre der monopolistische Zusammenschluß sinnlos. Auch dort, wo zunächst nur das Interesse an der „Erhaltung des existierenden Kapitalwertes“, also dem Schutz vor Entwertungsverlusten zum monopolistischen Zusammenschluß führt, besteht für das neu hinzukommende Kapital die Aussicht, durch Anwendung technischer Verbesserungen und Senkung der Produktionspreise bei Hochhaltung der Marktpreise Extraprofit zu erzielen. Die Sicherung einer höheren Profitrate für das Monopolkapital gegenüber dem in freier Konkurrenz befindlichen Kapital kann aber nur insoweit gelingen, als die Verwirklichung des Gesetzes vom Ausgleich der Profitraten, also die Freizügigkeit des Kapitals, sich überall dort niederzulassen, wo die höchsten Profite erzielt werden, gehemmt ist.

Inwieweit wird nun tatsächlich mit fortschreitender Konzentration und Monopolisierung des Kapitals seine Freizügigkeit aufgehoben? Auf hoher Stufenleiter der Produktion besteht für jeden neu hinzutretenden Konkurrenten die Notwendigkeit, mit einer derartigen Kapitalmasse aufzutreten, daß nur wenigen Kapitalisten die Möglichkeit zur Konkurrenz offen steht. Das gilt jedenfalls überall dort, wo Großbetriebe das Produktionsfeld beherrschen. Je größer das Einzelkapital oder der Großbetrieb ist, um so weniger hat es neue Konkurrenz zu befürchten. Aber das ist nur ein relativer Schutz.

„Die beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheit vollzieht sich um so rascher, je mobiler das Kapital, d. h. je leichter es übertragbar ist, von einer Sphäre und von einem Ort zum anderen.“ (Marx, Kapital, III. Bd., I. T., S. 176.)

**Gegen Hunger, Faschismus und Krieg
Für Brot, Freiheit und Sozialismus**

Wählt Kommunisten!

Goethe und die Dialektik

Von Georg Lukács

„Es wird vom Bestimmten ausgegangen: dies und jenes ist notwendig, aber wir begreifen die Einheit dieser Momente nicht; diese fällt in Gott. Gott ist also gleichsam die Gosse, worin alle die Widersprüche zusammenlaufen.“
Hegel über Leibniz.

1.

Der Kampf um die Ausbildung der Dialektik ist das theoretische Zentralproblem der klassischen Epoche der deutschen Philosophie und Literatur, der Epoche von Lessing bis Hegel. Die deutsche Philosophie und Literatur steht dabei auf den Schultern der englisch-französischen Entwicklung des 17. und 18. Jahrhunderts, tritt das Erbe ihrer Errungenschaften an, entwickelt ihre Probleme in der Richtung auf Dialektik — idealistische Dialektik — weiter. Während der Hauptzweig der englisch-französischen Entwicklung der materialistischen Philosophie von Locke ausgehend über Holbach-Helvetius wieder nach England, zum „Utilitarismus“ Benthams führt¹⁾, entstand in Deutschland eine „siegreiche und gehaltvolle Restauration“ der Metaphysik des 17. Jahrhunderts, der Philosophie von Descartes, Malebranche, Spinoza und Leibniz.²⁾ Das philosophisch Bedeutsame dieser Entwicklung ist die Herausbildung der dialektischen Keime, Andeutungen, Ansätze der älteren Philosophie bis zu jenem Gipfelpunkt der idealistischen Dialektik, die das Lebenswerk Hegels vorstellt. Diese Entwicklung entfernt sich einerseits immer stärker von den materialistischen Elementen, die sie als Erbe übernimmt, obwohl, wie wir sehen werden, diese Entfernung bei vielen bedeutenden Vertretern der deutschen Entwicklung keineswegs so eindeutig und hundertprozentig ist, wie dies die bürgerliche Philosophiegeschichte darzustellen pflegt. Andererseits bildete sie, freilich in idealistischer (und darum abstrakter und verzerrter) Form, die „tätige Seite“ der Philosophie aus, die der alte „anschauende“ Materialismus vernachlässigt hat, vernachlässigen mußte.

Wenn wir nun Goethes Stellung in dieser Entwicklung, wenn auch nur andeutend, bestimmen wollen, so müssen wir zweierlei berücksichtigen. Erstens die allgemeine ökonomische Zurückgebliebenheit Deutschlands im Vergleich zu England und Frankreich, die eine entsprechende politische Zurückgebliebenheit zur notwendigen Folge hatte. Diese Zurückgebliebenheit verhinderte nicht, wie Engels (Brief an C. Schmidt, 27. Oktober 1890) schreibt, „daß ökonomisch zurückgebliebene Länder in der Philosophie doch die erste Violine spielen können“, so Deutschland in der von uns behandelten Periode. Diese eigenartige Lage, verursacht durch die ungleichmäßige Entwicklung, spiegelt sich widerspruchsvoll sowohl in den Einwirkungen der ökonomisch-politischen Rückständigkeit, wie in den Konsequenzen, die philosophisch aus der internationalen Entwicklung der Periode (französische Revolution, Napoleon, industrielle Entwicklung in England, Errungenschaften in der Naturwissenschaft usw.) gezogen wurden. Zweitens die besondere Problemlage der philosophischen Zentralfragen,

¹⁾ Vgl. darüber das glänzende Kapitel: „Kritische Schlacht gegen den französischen Materialismus“ in „Heilige Familie“, III. Band der Gesamtausgabe, 366 ff. und das — bis jetzt leider nur in der ganz schlechten Ausgabe von J. P. Meyer veröffentlichte — Kapitel über „Exploitationstheorie“ aus der „Deutschen Ideologie“, II, 428 ff.

²⁾ „Heilige Familie“, III, 301.

Nun wächst aber der Umfang der Produktionsmittel oder des fixen Kapitals, das nur allmählich, nach einer Reihe von Jahren zu Geld gemacht werden kann und zu beliebiger neuer Kapitalanlage zur Verfügung steht. Je größer der Umfang dieses fixen Kapitals ist, um so riskanter muß die Anlage für das neu hinzutretende Kapital erscheinen, denn gelingt ihm nicht die Eroberung des Marktes ohne „ruinösen“ Preisdruck, so wird die neue Kapitalanlage mehr oder minder als Verlust verbucht werden müssen.

Den Massen der Klein- und Mittelkapitalisten ist es also von vornherein unmöglich, als neue Konkurrenz in die Sphären des konzentrierten Monopolkapitals einzudringen. Deren „freie Gelder“, ebenso wie die der Großkapitalisten, werden nun aber von den Banken zentralisiert. Gewaltige Massen von Geldkapital werden so zusammengefaßt. Seine Beherrscher, die Bankkapitalisten, sind an keinen bestimmten Produktionszweig gebunden, sondern lediglich von dem Drange beseelt, möglichst hohe Profite zu erzielen. Sie haben den Drang und die Macht, neue Großbetriebe zu finanzieren, durch die Monopolstellungen erobert oder auch — zertrümmert werden können.

Unter der Herrschaft der Banken und durch die Ausbildung eines Wertpapiermarktes wird das Kapital „mobiler“ oder beweglicher und aufs schnellste in großen Massen dorthin geführt, wo besonders günstige Verwertungsbedingungen und Profitchancen zur Akkumulation anlocken. Mit der Ausdehnung der Banken wächst auch die Beweglichkeit des Kapitals, die Möglichkeit zu sprunghafter Erweiterung der Akkumulation und Aufbringung der Riesenmittel, die für die Finanzierung von Großbetrieben und ganzer Industriezweige erforderlich sind.

Die Verflechtung zwischen Bank- und Industriekapital macht nun aber auch die Banken zu Stützen der industriellen Monopole. Die Gefährdung des „existierenden Wertes“ und der Profite des großindustriellen Kapitals bedroht auch die Profite der Banken, denn der größte Teil des Bankkapitals wird als Finanzkapital in der Industrie verwertet. Jedoch ist das Bank- und Finanzkapital keine einheitliche monopolistische Macht; es besteht aus verschiedenen miteinander konkurrierenden Gruppen im In- und Auslande. Es kämpft untereinander um die Beherrschung der gewinnreichsten Monopolstellungen und die Zerstörung der Monopole, die von der finanzkapitalistischen Konkurrenz beherrscht werden. Gerade weil die allgemeinen Verwertungsbedingungen für das Kapital sich mit jeder neuen Akkumulation und monopolistischen Zentralisation verschlechtern, wird der finanzkapitalistische Konkurrenzkampf um die industriellen Monopole und Vorzugsstellungen um so heftiger.

Die relative Größe des Einzelkapitals bildet somit nur einen vorübergehenden Schutz vor neuer Konkurrenz. Stets gibt es finanzkapitalistische Gruppen, die imstande und gewillt sind, Außenseiter zu finanzieren. Diese Bedrohung der Monopolprofite und der alten Kapitalwerte versucht das Finanzkapital durch Aufhebung der Freizügigkeit für seine Konkurrenten abzuwehren. Deswegen werden natürliche Produktionsbedingungen, wie Rohstofflager, für die Produktion besonders vorteilhafter Grundbesitz usw., monopolisiert, weil dadurch am wirksamsten das Eindringen neuer Konkurrenten aufgehalten werden kann. Schließlich mobilisiert das Finanzkapital den staatlichen Machtapparat, um mit seiner Hilfe gewaltsam das Eindringen von Außenseitern und die Entwicklung von Konkurrenzproduktion zu verhindern. Aber auch dann ist die Monopolstellung noch keineswegs vor Konkurrenz gesichert. In ganz anderen Industriezweigen wird Kapital akkumuliert und neue Produktion aufgenommen, um dem Absatz der alteingesessenen Monopole wirksam entgegenzutreten zu können.

(Schluß folgt in der nächsten Nummer des „Marxist“.)

Besondere nur als Beispiel, als Exempel des Allgemeinen gilt; die letztere aber ist eigentlich die Natur der Poesie..." (Sprüche in Prosa, IV. Abt.) Aber diese Abgrenzung, dieser Unwille, den Weg zur Dialektik durch den Idealismus hindurch zu gehen, bedeutet bei Goethe keineswegs eine entschieden materialistische Stellungnahme. Zwar sind seine Beziehungen zur materialistischen Philosophie des 17. bis 18. Jahrhunderts viel enger, als er es selbst in „Dichtung und Wahrheit“ in sehr entstellter Weise schildert,⁷⁾ er ist aber niemals weiter als bis zu einer Zwischenstellung zwischen Materialismus und Idealismus gekommen. So schreibt er, nach Entdeckung seines „Natur“aufsatzes aus den achtziger Jahren an den Kanzler Müller: „Weiß aber die Materie nie ohne Geist, der Geist nie ohne Materie existiert und wirksam sein kann, so vermag auch die Materie sich zu steigern, so wie sich's der Geist nicht nehmen läßt, anzuziehen und abzustößen..." (24. Mai 1828.) Daß es sich dabei um eine Zwischenstellung handelt, zeigt sich darin, daß Goethe gerade diese Anschauung wiederholt ganz scharf vom Materialismus abgrenzt. In seiner „Campagne in Frankreich“ (Abschnitt: Pempelfort, November 1792) nennt er seine Weltanschauung „Hylozoismus“ und sagt von ihr: sie „macht mich unempfindlich, ja unleidlich gegen jene Denkweise, die eine tote, auf welche Art es auch sei, auf- und angeregte Materie als Glaubensbekenntnis aufstellte“.

Es handelt sich hierbei für Goethe darum, zwischen Materialismus und Idealismus einen Weg zu finden, der ihm gestattet, seine Entwicklungsgeschichtlichen Resultate, so weit es die unmittelbaren Forschungsbedürfnisse bedürfen dialektisch zu formulieren, also sich von den Fesseln des mechanischen Materialismus zu befreien, ohne deshalb die kühnen und oft verstiegenen Konstruktionen des Idealismus mitmachen zu müssen. Dieses Tagesbedürfnis seiner wissenschaftlichen Arbeit steht jedoch mit seinen dichterischen und weltanschaulichen Bedürfnissen in engem Zusammenhang. Dichterisch vertritt Goethe — mit zeitweiligen Schwankungen — eine realistische Linie. Er will also die Anforderungen des dichterischen Idealismus (Schiller, Romantik) sich vom Leibe halten. Andererseits grenzt er sich sehr scharf vom kriecherischen, photographischen Realismus seiner Zeitgenossen, die bloß die Enge und Zurückgebliebenheit des bürgerlichen Lebens in Deutschland widerspiegeln (Ifiland), ab, ohne aber den kühnen Realismus der französischen und englischen Bourgeoisie — insbesondere mit vorrückendem Alter — anders als mit wohlwollendem Interesse zu verfolgen (Diderot, Balzac usw.). Eine ähnliche Zwischenstellung versucht nun Goethe auch als Naturforscher einzunehmen. D. h. seine Praxis geht entschieden auf die Entdeckung von Entwicklungsgesetzen aus (Zwischenknochen bei Mensch und Tier als Vorstufe des Darwinismus usw.), seine Sympathien stehen stets auf der Seite des allmählichen Eindringens der dialektischen Behandlung der Naturwissenschaft (Geoffroy de St. Hilaire), auf der Seite der Ueberwindung des Mechanismus (gegen Linné, gegen Cuvier). Er verfällt dabei nicht in den Fehler der idealistischen Dialektiker, die mit Ausnahme von Hegel, auf ihre mechanistischen Vorgänger unkritisch und unhistorisch herabsehen (Schelling: „Ich verachte Locke“).

Aber er war bei alledem nicht in der Lage, den Mechanismus in seiner Betrachtungsweise dialektisch „aufzuheben“. Er betrachtete ihn vielmehr als eine neben der seinen bestehende, zwar beschränkte, aber trotzdem — innerhalb bestimmter Grenzen — berechnete Betrachtungsweise. Seine Methodologie geht also darauf aus, die Gleichberechtigung der eigenen Auffassung neben der mechanischen durchzusetzen, wobei er zumeist die Anschauung vertrat, es

⁷⁾ Vgl. hierüber den Aufsatz von Hubert Röck im „Archiv für Geschichte der Philosophie“, neue Folge, XXX.

handle sich um zwei „ewig menschliche“ Typen, die einander gegenseitig ergänzen können und im Vermeiden von Fehlern behilflich sein können. „Da nun beide Vorstellungsweisen ursprünglich sind und sich einander ewig gegenüberstehen werden, ohne sich zu vereinigen oder aufzuheben, so hüte man sich ja vor aller Controverse und stelle seine Ueberzeugungen klar und nackt hin.“ (Ueber Naturwissenschaft).

Diese Anschauungsweise macht bei Goethe selbstredend eine lange Entwicklung durch. Anfangs zeigt sie sich rein empiristisch, weist mit einem gewissen Stolz jede philosophische Verallgemeinerung zurück. Noch in einem Brief an Schiller (6. Januar 1798) spricht Goethe von dem „philosophischen Naturzustand“, in dem er sich befindet und befinden will. Dies ist aber vor allem seine *Abwehrstellung*, sowohl gegen den Idealismus von Kant—Fichte, wie gegen den ausgesprochenen Materialismus. Denn sobald die deutsche Philosophie — mit der „Kritik der Urteilskraft“ und vor allem mit der Naturphilosophie des jungen Schelling — eine für das Goethesche weltanschauliche Kompromiß angemessene Fundierung findet, verschärft sich seine Stellungnahme sehr stark. Immerhin schreibt Hegel noch 1807 (23. Mai)

Arbeiter! Angestellte! Maschhörer!

Werbt für eure Zeitschrift „Der Marxist“!

Jeder Leser der Zeitschrift werbe zehn neue Leser!
Verlangt vom Schulbüro der Masch Werbematerial!

an Schelling über Goethes Farbenlehre: „...er hält sich aus Haß gegen den Gedanken, durch den die anderen die Sache verderben, ganz ans Empirische, statt über jenen hinaus zu der anderen Seite von diesem, zum Begriffe zu übergehen, welche etwa nur zum Durchschimmern kommen wird.“ Dieser Empirismus Goethes ist aber, wie er selbst sagt, „eine zarte Empirie die sich mit dem Gegenstand identisch macht und dadurch zur eigentlichen Theorie wird... Das Höchste wäre: zu begreifen, daß alles Faktische schon Theorie“ (Sprüche in Prosa, IV. Abt.). Der dialektische Charakter dieser „zarten Empirie“ ist offensichtlich. Sie ist aber doch nur ein Vorstoß in der Richtung auf Dialektik, der auf dem halben Wege stehen bleibt. Dieses Stehenbleiben auf dem halben Wege ist sehr tief in Goethes Wesen verankert. Sein „Empirismus“, auch wenn er in einen Pantheismus weltanschaulich eingearbeitet ist, hat bei ihm eine ähnliche Funktion, wie — seit dem 17. Jahrhundert — der Agnostizismus, der „verschämte Materialismus“ (wie Engels sagt): alles, was für die unmittelbare Forschungsarbeit notwendig, ist aus dem Materialismus, aus den aufkommenden dialektischen Tendenzen auszuschöpfen, Gott und die Theologie von diesem Gebiete fernzuhalten — aber auch hier, ohne es auf einen offenen weltanschaulichen Kampf ankommen zu lassen. Die „Kritik der Urteilskraft“ bietet nun für diese Art von Kompromiß ganz andere Handhabe als die Vernunftkritik. Ihr Begriff der „anschauenden Vernunft“, bei Kant sehr vorsichtig als „regulative Idee“, als Erkenntnisweise, die dem Menschen versagt ist, gefaßt, gibt eine Perspektive auf die Zusammengehörigkeit der

antinomischen Pole, ohne sie wirklich in lebendigem Wechselverhältnis zu erblicken und zugleich, ohne ihre Einheit in offen eingestandene Mystik aufzulösen. Es ist ein „zarter“ Agnostizismus.

3.

Es ist kein Wunder, daß Goethe gerade durch dieses Buch in der philosophischen Formulierung seiner naturwissenschaftlichen Tendenzen bestärkt wurde („Einwirkung der neuen Philosophie“, „Anschauende Urteilskraft“). Insbesondere als Schelling diese Erkenntnisweise mit der „intellektuellen Anschauung“ in den Mittelpunkt der philosophischen Debatte rückte. Goethe, der keinem zeitgenössischen Denker näher stand, als gerade Schelling, ist es dadurch erst möglich geworden, zu seinem ursprünglichen Ausgangspunkt zurückzukehren: die Einheit der Gegensätze, die durch die „intellektuelle Anschauung“ erfaßt wird, aus seinen Einzelforschungen organisch herauswachsen zu lassen, sie als Wesen der Natur zu fassen, die Einheit der Naturerscheinungen als Bewegung, als „Metamorphose“, zu formulieren, den mystisch-agnostizistischen Horizont seiner Gesamtanschauung philosophisch zu begründen. Es ist hier nicht möglich, über den „aufrichtigen Jugendgedanken Schellings“ (Marx an Feuerbach, 20. Oktober 1843) ausführlich zu sprechen, ebensowenig wie die Sympathie und die vielfache Uebereinstimmung Goethes mit ihm dokumentarisch zu belegen. Ich verweise bloß darauf, daß sogar der Plan eines gemeinsamen Gedichts über die Natur aufgetaucht ist (Goethes Brief an Knebel, 1799, Caroline an Schelling, 1800 usw.). Denn das für uns Entscheidende, die Verwandtschaft in der Auffassung der dialektischen Probleme, ist zu augenfällig. Der zentrale Punkt bleibt dabei: Anerkennung der Widersprüche als Grundlage des Aufbaus der Wirklichkeit und Auffinden eines Punktes, wo diese Widersprüche aufgehoben werden. Die Weiterführung der „Kritik der Urteilskraft“ seitens des jungen Schelling, die Auffassung der — mystischen — „intellektuellen Anschauung“ als Organ, mit dessen Hilfe ihre Einheit erblickt wird, hat drei wichtige Folgerungen. Erstens bedeutet die Aufhebung der Gegensätze das „Auffinden“ einer Sphäre, wo die Gegensätze, die Widersprüche, ausgelöscht sind; die Einheit der Gegensätze ist ihre absolute Identität.⁹⁾ Zweitens ist diese Sphäre der Einheit der Gegensätze von den in der Wirklichkeit vorgefundenen Widersprüchen durch eine Kluft getrennt, die nur durch einen Sprung, durch die mystische, „intellektuelle Anschauung“ genommen werden kann; die Einheit liegt zwar als (mystischer) Grund den erscheinenden Widersprüchen zugrunde, ist aber mit ihnen nicht vermittelt; die Welt der Widersprüche und die Welt der Einheit stehen einander noch immer schroff und unvereinbar gegenüber, die Widersprüche erstarren zu Polaritäten und die Einheit wird eine mystische. Drittens — um für dieses mystische „Organ“ der Erfassung der Einheit doch einen empirisch aufweisbaren Beweis zu haben — erhält die Kunst die Funktion, die Realität der „intellektuellen Anschauung“ nachzuweisen.¹⁰⁾

Es wäre freilich eine starke Uebertreibung, Goethe infolge seiner Uebereinstimmung mit Schelling in diesen wichtigen methodologischen Fragen einfach als Schellingianer zu bezeichnen. Nein. Er vertritt — auf Grundlage dieser Uebereinstimmungen, die auf seinen alten Tendenzen beruhen — hier eine ganz

⁹⁾ Vgl. z. B. Schelling: System des transzendentalen Idealismus. Werk I, III, 600, über Freiheit-Notwendigkeit.

¹⁰⁾ Schelling a. a. O. 625. Vgl. dazu zahllose Aussprüche Goethes, z. B. „Das Schöne ist eine Manifestation geheimer Naturgesetze, die uns ohne diese Erscheinung ewig wären verborgen gewesen“, Sprüche in Prosa, III. Abt.

besondere Nuance. Diese abweichende Schattierung beruht darauf, daß er weltanschaulich den Schellingschen Affirmativen, über das Wesen des Universums positive Aussagen machenden Mystizisten in einen mystischen Agnostizismus verwandelt. Die mystische Einheit der Gegensätze bleibt ein mystischer Horizont seiner Weltanschauung, die ihm einerseits gestattet, die Schellingsche Methode der Konstruktion nicht mitzumachen, der Empirie näher zu bleiben;¹¹⁾ er nimmt also eine Zwischenstellung zwischen der „Kritik der Urteilskraft“ und Schellings Identitätsphilosophie ein. Andererseits gestattet diese Zwischenstellung ihm zugleich, sowohl die immer reaktionärer werdende Entwicklung der Schellingschen Philosophie nicht mitzumachen, also ihre materialistischen und dialektischen Ansätze, wenn auch nur als Ansätze, zu bewahren,¹²⁾ wie seine pantheistische Stellungnahme auch weiterhin gegen die Religion „versömnlerisch“ zu halten. Es ist zwar ganz richtig, was Engels über Goethe ausführt: „Goethe hatte nicht gern mit „Gott“ zu tun; das Wort macht ihn unbehaglich, er fühlte sich nur im Menschlichen heimisch...“ (Werke II., 428), aber die daraus folgende „Emanzipation der Kunst aus den Fesseln der Religion“ vollzog er doch nicht nur ohne offenen Kampf gegen die Religion, sondern sogar mit Duldsamkeit ihr gegenüber, soweit sie sich nicht in seinen Bereich mischt. Diese Linie ist bei Goethe durchgehend. So nennt er zur Zeit der eifrigsten Spinozastudien Spinoza den „allerchristlichsten“ Philosophen (an F. J. Jacobi, 9. Juni 1785). So grenzt er im späten Alter die Gebiete folgendermaßen ab: „Als Dichter und Künstler bin ich Polytheist, Pantheist hingegen als Naturforscher... bedarf ich eines Gottes für meine Persönlichkeit als sittlicher Mensch, so ist dafür auch gesorgt“ (an Jacobi 6. Januar 1813). Und diese Duldsamkeit ist kein einfaches „Kompromiß nach außen“, sondern eine logische Folge des Agnostizismus, der in seiner „zarten Empirie“ mit mystisch pantheistischem Horizont steckt. Man lese bloß das folgende Glaubensbekenntnis Fausts, das sicherlich die tiefsten Ueberzeugungen von Goethe ausdrückt, mit

¹⁰⁾ Urphänomen als Letztes, als Grenze unserer positiven Erkenntnis: „Wenn ich mich an dem Urphänomen beruhige, so ist es doch auch nur Resignation; aber es bleibt ein großer Unterschied, ob ich mich an den Grenzen der Menschheit resigniere oder innerhalb einer hypothetischen Beschränktheit meines bornierten Individuums.“ (Sprüche in Prosa, IV. Abt.); „Der Mensch muß bei dem Glauben verharren, daß das Unbegreifliche begreiflich sei; er würde sonst nicht forschen“ (ebenda) usw.

¹¹⁾ Ich verweise dabei für den jungen Schelling auf das Gedicht „Epikuräisches Glaubensbekenntnis“ von Heinz Widerporst, Werke I., IV., 546.

Wir legen den 31. Juli nicht als einen Tag aus, wo man mit dem Stimmzettel, mit einem Stückchen Papier die Machtverhältnisse verändern könnte — denn das ist ein einfacher purer Schwindel, auf den nach allen bitteren Erfahrungen der vergangenen Wahlen kein klassenbewußter Arbeiter mehr hereinfallen darf! — Wir müssen den 31. Juli zu einem Millionenbekenntnis für den antifaschistischen Freiheitskampf machen. Wir müssen den 31. Juli in den Dienst der Massenmobilisierung für den außerparlamentarischen Massenkampf stellen.

(Thälmann, Rede auf dem Antifaschistischen Kongreß.)

der sehr charakteristischen Replik Gretchens, wobei die in dieser Replik un-
zweifelhaft verborgene Ironie unsere Feststellung keineswegs aufhebt:

Margarete: Glaubst du an Gott?
Faust: Mein Liebchen, wer darf sagen:
Ich glaub an Gott?
Magst Priester oder Weise fragen,
Und ihre Antwort scheint nur Spott
Ueber den Frager zu sein.
Margarete: So glaubst du nicht?
Faust: Misshör mich nicht, du holdes Angesicht.
Wer darf ihn nennen?
Und wer bekennen:
Ich glaub ihn.
Wer empfinden
Und sich unterwinden
Zu sagen: Ich glaub ihn nicht?
Der Altkumfasser,
Der Altherhalter,
Faßt und erhält er nicht
Dich, mich, sich selbst?
Wölbt sich der Himmel nicht da droben?
Liegt die Erde nicht hier unten fest?
Und steigen freundlich blickend
Ewige Sterne nicht herauf?
Schau ich nicht Aug' in Auge dir,
Und drängt nicht alles
Nach Haupt und Herzen dir,
Und webt im ewigen Geheimnis
Unsichtbar sichtbar neben dir?
Erfüll' davon dein Herz, so groß es ist,
Und wenn du ganz in dem Gefühle selig bist,
Nenn' es dann, wie du willst,
Nenn's Glück! Herz! Liebe! Gott!
Ich habe keinen Namen
Dafür! Gefühl ist alles;
Name ist Schall und Rauch,
Ummebelnd Himmelsglut.
Margarete: Das ist alles recht schön und gut;
Ungefähr sagt das der Pfarrer auch,
Nur mit ein bißchen anderen Worten."

Kämpft gegen den imperialistischen Krieg!

Diese Position Goethes bestimmt seine Stellungnahme zur entwickeltsten Form der dialektischen Methode, zur Philosophie Hegels. Goethe und Hegel standen einander zeitlebens persönlich nahe und schätzten einander gegenseitig sehr hoch ein. Und diese Freundschaft hatte auch eine — übrigens nie ausgesprochene — Grundlage in der sehr ähnlichen Stellungnahme zu den großen internationalen Ereignissen ihrer Zeit: zur Periode Napoleons und seines Sturzes. Beide sahen im napoleonischen Frankreich das staatliche und gesellschaftliche Ideal, das ihrer Klassenposition (der Großbourgeoisie als Führerin einer gesamtbürgerlichen Bewegung) entsprach; beide lehnten den deutschen „Freiheitskrieg“ mit seinem patriotischen Aufschwung kühl ab; beide standen im Grunde ablehnend zu den Restaurationsideologien der Romantik — allerdings nicht ohne daß sie beide viel aus der Romantik ihrem Denken angeeignet hätten usw. Jedoch hinter dieser verwandten Grundhaltung ist zugleich eine scharfe Differenz sichtbar. Goethe lehnte die französische Revolution leidenschaftlich ab; dadurch wurde Napoleon in seinen Augen bloß zum Ueberwinder, nicht aber zum Erben der französischen Revolution; sein Bild erhielt damit etwas „Irrationales“, „Dämonisches“, wie Goethe zu sagen pflegte. Bei Hegel hingegen gehörte die französische Revolution notwendig in den Stufenbau der Geschichtsphilosophie hinein und war dementsprechend für das ganze System Hegels ein notwendiges Moment der Entwicklung; freilich mit der Beschränkung, daß für den reifen Hegel die französische Revolution als *Ver-gangen-es* (das in Deutschland nicht zur Gegenwart werden kann) diese Rolle erhielt.

Immerhin wurde damit die Revolution zum Bestandteil der Hegelschen Dialektik. Hier kann freilich nur behauptet und nicht belegt werden, daß sowohl der Fortschritt der Hegelschen Dialektik im Vergleich zu allen ihrer Vorgänger, die neue Fassung der Einheit der Widersprüche als bewegendes Prinzip der Wirklichkeit (freilich idealistisch: als „Selbstbewegung des Begriffs“), ihre Durchführung in entscheidenden Ubergangskategorien (Quantität und Qualität, Auffassung der Reflexionsbestimmungen, Knotenlinie der Maßverhältnisse usw.), wie auch seine idealistischen Schranken, die zugleich Schranken der konsequenten Durchführung der Dialektik sind, aufs engste mit dieser Auffassung der Revolution zusammenhängen. Aber die bloße Feststellung der Tatsache genügt, um die Differenz der Hegelschen Auffassung der Dialektik von *allen* früheren — Goethes mit inbegriffen — klarzulegen. Es kommt nur noch darauf an, an der Hand einiger Beispiele zu zeigen, wie diese Differenz bei Goethe zum Ausdruck kam und welche Folgen sie für seine Gesamtanschauung hatte.

Die klassenmäßige wohlfundierte Freundschaft zwischen Goethe und Hegel, ihre gegenseitige Diplomatie in ihren Äußerungen macht dies etwas schwierig, aber nicht unmöglich. Nach Veröffentlichung der Hegelschen Logik besitzen wir eine intime Äußerung Goethes über einen sehr wesentlichen neuen Punkt seiner Methode, des Umschlagens der Quantität in Qualität. „Es ist wohl nicht möglich etwas Monströseres zu sagen. Die ewige Realität der Natur durch einen schlechten sophistischen Spaß vernichten zu wollen, scheint mir eines vernünftigen Mannes unwürdig.“ (Briefkonzept an Seebeck 28. November 1812.) Wobei seine Empörung offenbar, wie aus dem von ihm angeführten Zitat ersichtlich ist, das gewaltsame Umschlagen, das Untergehen der einen Gestalt durch die andere, an Stelle der rein evolutionären „Metamorphose“ hervorrief. Ganz in derselben Richtung legt, daß er, als die Berliner Naturforschende Versammlung (wahrscheinlich unter dem Einfluß Hegels oder seiner Schüler) seine schönen, echt dialektischen Verse: „Denn alles muß in Nichts zerfallen,

wenn es im Sein beharren will“, in goldenen Buchstaben ausgestellt hat, so gleich ein Gegengedicht: „Kein Wesen kann zu Nichts zerfallen“ schrieb, um seine eigene „Dummheit“ zu widerlegen. (Gespräch mit Eckermann 12. Februar 1829.) Daß es sich hier um eine entscheidende Differenz handelt, ist klar. Und Hegel hat, wenn ihm auch offenbar, infolge von Goethes Diplomatie dessen schroffe Ablehnung nicht bekannt wurde, sehr vorsichtig und diplomatisch den springenden Punkt ihrer Differenz, das *Stehenbleiben Goethes beim Urphänomen*, verursacht durch die Unfähigkeit, die lebendige, den Gegenständen innewohnende Einheit der Widersprüche immanent und nicht mystisch-agnostizistisch, transzendent zu fassen, hervorgehoben. So schreibt er über das Urphänomen: „*Goethes Metamorphose* der Pflanzen hat den Anfang eines vernünftigen Gedankens über die Natur der Pflanzen gemacht, indem sie die Vorstellung aus der Bemühung um bloße Einzelheiten zum Erkennen der *Einheit* des Lebens gerissen hat. Die *Identität* der Organe ist in der Kategorie der Metamorphose überwiegend; die bestimmte Differenz und die eigentümliche Funktion der Glieder, wodurch der Lebensprozeß gesetzt ist, ist aber die andere notwendige Seite zu jener substantiellen Einheit.“ (Enzyklopädie Paragraph 345 Zusatz). Und in einem ausführlichen Brief an Goethe (24. Februar 1821) versucht er sehr vorsichtig die Urphänomene als bloße *Uebergangsformen* zur dialektischen Erfassung des Gesamtzusammenhanges zu deuten. „In diesem Zwielfichte (nämlich des Urphänomens), geistig und begreiflich durch seine Einfachheit, sichtbar oder greiflich durch seine Sinnlichkeit, begrüßen einander die beiden Welten“; das dialektische Denken und „das erscheinende Dasein“.¹²⁾

Diese Differenz zwischen Goethe und Hegel setzt sich im ganzen Aufbau beider Systeme und Methoden durch. Sie hat zur Folge, daß Goethe gerade an der bedeutendsten Neuerung in der Dialektik (an dem zweiten Teil der Logik des Wesens) achtlos vorbeiging, obwohl er gerade dort den Schlüssel zur philosophischen Lösung vieler Fragen, die ihn sein ganzes Leben lang beschäftigten und die er nie wirklich zu beantworten imstande war, hätte finden können. (Ding an sich, Ding und Eigenschaft, „Inneres“ und „Äußeres“ usw.) Aber schon die Ablehnung des „plötzlichen“ Uebergangs von Quantität in Qualität versperrte Goethe den Weg dazu, die Dialektik des Abstrakten und Konkreten, die Dialektik von Erscheinung und Wesen usw. zu begreifen. Quantität und Qualität blieben für Goethe „die zwei Pole des erscheinenden Daseins“, die miteinander nicht dialektisch vermittelt werden können. Darum müssen für Goethe auch Physik und Mathematik voneinander getrennt bleiben. „Jene muß in einer entschiedenen Unabhängigkeit bestehen und mit allen liebenden, verehrenden, frommen Kräften in die Natur und das heilige Leben einzudringen

¹²⁾ Es ist für Goethes Zwischenstellung sehr charakteristisch, daß über dasselbe Urphänomen der subjektive Idealist, Schiller, so urteilte: „Das ist keine Erfahrung, das ist eine Idee“ (nämlich im Kantischen Sinne), Goethes Annalen 1794.

Hörsaal der Marxistischen Arbeiterschule

Werdet Mitglieder des „Freundeskreises der Maschi“! Mäßige Mitgliedsgebühren, große Vergünstigungen bei Lösung von Kurskarten, unentgeltlicher Bezug des „Marxist“.

Gebühren: für Vollarbeiter monatlich 50 Pfennig, für Erwerbslose monatlich 20 Pfennig.

suchen, ganz unbekümmert, was die Mathematik von ihrer Seite tut und leistet“ (Sprüche in Prosa, IV. Abt.) Zur selben Zeit also, wo Hegel den Versuch unternimmt, die Mathematik als Bestandteil der Gesamtdialektik aufzufassen, bleibt Goethe bei dieser genauen Trennung, bei der Verbannung der Mathematik aus der konkreten Naturforschung, bestenfalls also bei der Anerkennung der Mathematik *neben* der Naturwissenschaft, unabhängig von ihr, als eines der zwei Zweige der Erkenntnis stehen.¹³⁾

Die, wenn auch noch so diplomatisch ausgedrückte, aber dem Wesen nach scharfe und treffende Kritik Hegels berührt also den Kernpunkt der Goetheschen Dialektik: Goethe erkennt den Widerspruch in den Erscheinungen (und demzufolge auch im Denken) an, da er aber, aus klassenmäßigen Gründen, einseitig und ausschließend nur die Evolution, den allmählichen, sprunglosen, gewaltlosen Uebergang der einen Erscheinung in die andere anerkennen wollte, mußte er sich gerade vor dem Neuen und Bahnbrechenden in Hegels Dialektik verschließen.¹⁴⁾ Das hat aber dann zur Folge, daß er, bei der Feststellung von einzelnen dialektischen Zusammenhängen in der Natur, bei den Urphänomenen stehen bleibt und für den Gesamtzusammenhang entweder die Erkennbarkeit ablehnt oder sich bei seiner gedanklichen Fassung in Mystik verliert. Wir führen nur ein charakteristisches Beispiel an:

„Alle Wirkungen, von welcher Art sie seien, die wir in der Erfahrung bemerken, hängen auf die stetigste Weise zusammen, gehen ineinander über, sie undulieren von der ersten bis zur letzten. Daß man sie voneinander trennt, sie einander entgegensetzt, sie untereinander vermengt, ist unvermeidlich, doch mußte daher in den Wissenschaften ein grenzenloser Widerstreit entstehen. Starre scheidende Pedanterie und verflörender Mystizismus bringen beide gleiches Unheil. Aber jene Tätigkeiten, von der gemeinsten bis zur höchsten, vom Ziegelstein, der dem Dache entfällt bis zum leuchtenden Geistesblitz, der dir aufgeht und den du mittelst, reihen sich aneinander. Wir versuchen es auszusprechen.

Zufällig,
Mechanisch,
Physisch,
Chemisch,
Organisch,
Psychisch,
Ethisch,
Religiös,
Genial.

(Nachträge zur Farbenlehre 31).

Das ist in seinen Schlußfolgerungen romantischer Mystizismus. Es ist dabei sehr bezeichnend, daß Goethes Entwicklung der Stufenfolge, sobald sie zum Menschen kommt, *allen geschichtlichen Zusammenhängen aus dem Wege geht* und nur den Einzelmenschen in Betracht zieht. Dies ist eine grundlegende

¹³⁾ „Ueber Mathematik und deren Mißbrauch“ (1826). Diese Stellungnahme Goethes ist die genaue Parallele zu seiner Stellungnahme zu Linné und Cuvier und hängt mit ihr aufs engste zusammen, in beiden Fällen handelt es sich um seine Unfähigkeit, die „Reflexionsbestimmungen“ in seine Dialektik einzubeziehen. Er unterscheidet sich dabei freilich stark von der reaktionären Romantik, die im Kampf gegen den mechanischen Materialismus einer wüsten Mystik verfallen ist. Die mystischen Elemente sind allerdings auch bei Goethe vorhanden, und die Art seiner Rettung vor den ärgsten Konsequenzen geschieht eben auf Grundlage einer von Grund aus inkonsequenten Stellungnahme.

¹⁴⁾ Der rechte Hegelianer Goeschel bemerkt richtig, daß Goethes Ablehnung des Vulkanismus in der Geologie mit seiner Ablehnung der Revolution in der Geschichte eng zusammenhängt. (Hegel und seine Zeit, S. 18—19.)

Schranke Goethes, die sowohl seine Dichtung wie sein Denken (auch sein Denken über die Natur, wie wir gesehen haben) aufs stärkste beeinflusste. Er, der scharfsichtige Beobachter dialektischer Zusammenhänge in der Natur, in Einzelmenschen, im privaten Zusammenleben von Einzelmenschen, auch in der gesellschaftlichen Grundlage ihres privaten Seins, verschloß sich Zeit seines Lebens vor der Erkenntnis der Dialektik der Geschichte, der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Er nahm Gesellschaft und Geschichte als gegeben hin, mystifizierte — „naturwissenschaftlich“ — ein „ewiges Werden“, eine Evolution in sie hinein, mystifizierte auch das Einzelschicksal, sobald zu einem Verständnis die Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge in ihrer Bewegung notwendig gewesen wäre, als „dämonisch“ usw. (Ueber sich selbst, Napoleon, Byron usw., bei Eckermann, in „Dichtung und Wahrheit“). Bei all seiner Universalität war ihm die Ökonomie ein Buch mit sieben Siegeln, und wenn er auch ab und zu das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft (z. B. in Wilhelm Meisters Lehrjahren) gut geschildert, so ist all dies nur so weit möglich, als es seinen evolutionistischen Gesamtrahmen: die friedliche Verschmelzung von Adel und Bourgeoisie nicht zu sprengen droht. Hegels Dialektik fußte auf einer — wenn auch idealistisch verzerrten — gedanklichen Durcharbeitung der französischen Revolution und der industriellen Revolution in England (Adam Smith, Ricardo). Diese Entwicklung hat Goethe nicht mitgemacht. Darum mußte er auch ihre gedanklichen Spiegelbilder ablehnen.

Unsere ständige Rubrik:

An der Front des Fünfjahresplanes

kann leider in dieser Nummer wegen Raummangel nicht erscheinen, doch machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, daß in den nächsten Nummern die Rubrik ständig geführt wird. Und zwar erscheint im nächsten Heft von einem maßgebenden Autor ein Aufsatz über das Thema:

Wie wird Planwirtschaft in der Sowjetunion gemacht?

Charles Darwin und die marxistische Lehre

Von Carl Niles

Wenn wir heute, anläßlich seines fünfzigsten Todestages, zu Darwins Stellung nehmen, so geschieht es unter kühler Abwägung dessen, was er für die Geschichte der Naturwissenschaften bedeutete und unter Abgrenzung von allen ihm anhaftenden Schlacken idealistischer Herkunft und den daraus sich ergebenden Unzulänglichkeiten seiner Lehre. Zweifellos war Darwin ein Umwälzer auf dem ihm vertrauten Gebiet der Naturwissenschaften, aber seine Theorien der „Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der bevorzugten Rassen im Kampf ums Dasein“ (1859) und der „Abstammung des Menschen und die Zuchtwahl in geschlechtlicher Beziehung“ (1871) vertragen nicht eine Verbreiterung ihrer schmalen Basis in die Wissenschaft von der Geschichte der menschlichen Gesellschaft, die allein mit der Methode des historischen Materialismus zu begreifen ist.

Im Rahmen der Naturwissenschaften waren denn auch Marx und Engels gleich bei Erscheinen des zuerst genannten Werkes bereit, Darwins Bedeutung anzuerkennen. Im Dezember 1859 schreibt Engels an Marx, daß „bisher noch nie ein so großartiger Versuch gemacht worden“ sei, „historische Entwicklung in der Natur nachzuweisen“ (Marx-Engels' Briefwechsel, Bd. II., Marx-Engels-Verlag), und von Marx haben wir eine Briefäußerung, die besagt, „dies“ sei „das Buch das die *naturhistorische* Grundlage für unsere Ansicht enthält“ (a. a. O., Sperrung von mir, C. N.).

Aus zwei Quellen schöpfte Darwin in der Hauptsache seine wissenschaftlichen Anregungen: aus der im Jahre 1809 erschienenen „Zoologischen Philosophie“ des französischen Forschers Lamarck und aus einem Werke über politische Ökonomie „Ueber die Bevölkerung“ des englischen Pfaffen Malthus. (1766 bis 1834.)

Die wertvollere der beiden Quellen ist zweifellos das im Geburtsjahre Darwins erschienene Buch Lamarcks, während die mannigfachen Irrtümer von Malthus sehr viele Schiefheiten auch in Darwins Werken verursachten und die historische Auswirkungsmöglichkeit derselben stark einschränkten.

Die Voraussetzungen für Darwins Lehre vom „Kampf ums Dasein“ sind bereits bei Lamarck gegeben. Schon bei Lamarck finden wir nachgewiesen, wie die Entwicklung bestimmter Organe bei Tieren und Pflanzen durch die Umwelt beeinflusst wird und sich weiter vererbt. Lamarck erklärt diese Entwicklung aus dem Gebrauch und der stärkeren Übung dieser Organe, wodurch diese immer vollkommener werden. So wie etwa bei einem Menschen durch vieles Laufen die Beinmuskeln kräftig werden, so hat der Löwe seine starken Muskeln, der Hase seine schnellen Füße durch den Gebrauch bekommen. So haben auch die Giraffen ihren langen Hals dadurch erworben, daß sie, um die Baumblätter, die sie fressen, erreichen zu können, mit dem Kopf immer höher zu reichen suchten und dabei den Hals ausdehnten. War die Giraffe früher einmal ein antilopenähnliches Tier, das in einer mit Buschwerk bestandenen Wüste seine Nahrung suchte, so mußte es dieselbe dort, wo die Wüste in stärkerem Maße Baumwuchs trug und das Strauchwerk abstarb, auf den Bäumen zu reichen suchen.

Diese Theorie begegnete bei ihrem Aufkommen mit gutem Recht in dieser Formulierung nicht allzustarkem Glauben und wurde als eine geistreiche Abwandlung der bisherigen Entwicklungsgeschichte betrachtet, da ihr das not-

wendige Erfahrungsmaterial fehlte, ohne das jede Theorie eine Hypothese bleiben muß.

Für Darwin ergab sich die Notwendigkeit, dieses fehlende Erfahrungsmaterial zusammenzutragen, und er fand es gar nicht weit. Er sah, wie Tier- und Pflanzenzüchter durch Kreuzung bewußt eine Veränderung der Tier- und Pflanzenarten erzielen und suchte in der Natur eine Triebkraft zu entdecken, die dem Willen des Züchters entsprach. Um diese Zeit wurde er bekannt mit der Bevölkerungstheorie von Malthus. In seiner Selbstbiographie teilt er mit, daß die Malthussche Lehre ihn auf den Gedanken des „Kampfs ums Dasein“ brachte:

„Im Oktober 1838, also fünfzehn Monate, nachdem ich meine systematische Untersuchung angefangen hatte, las ich zufällig zu meiner Erholung das Werk von Malthus „Ueber die Bevölkerung“, und da ich lange die Lebensweise der Tiere und Pflanzen beobachtet hatte, war ich gut vorbereitet, um den Kampf ums Dasein, der überall stattfindet, richtig zu würdigen, und es fiel mir sofort auf, daß unter solchen Umständen nützliche Abweichungen Aussicht haben würden, bewahrt zu bleiben, und schädliche, um zugrunde zu gehen. Das Ergebnis würde dabei die Bildung einer neuen Art sein.“

Bei Malthus spielt für seine Bevölkerungstheorien der Begriff des „Nahrungsspielraums“ eine Rolle, der durch das Existenzminimum der Bevölkerung begrenzt ist. „Da die Bevölkerung unaufhörlich die Subsistenzmittel zu überschreiten strebt“ (Malthus), herrschen Elend und Hunger in der Welt, da die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse schneller wachsen als die zu ihrer Befriedigung notwendige Masse der Lebensmittel, als der „Nahrungsspielraum“. Der Menschenfreund Malthus sucht diesen von ihm als „ewiges Naturgesetz“ (Marx) bezeichneten Zustand unter anderem zu beseitigen durch den Ratschlag an die Bourgeoisie, „Wohltätigkeit als eine Narrheit, eine öffentliche Aufmunterung für das Elend“ zu betrachten, was denn auch die englische Parlament durch seine Armengesetze bereitwillig befolgte. „Der Staat kann daher nichts tun, als das Elend seinem Schicksal zu überlassen“ (Malthus). In dem Kampf mit dem Elend und dem Hunger bleiben die Starken und Gesunden erhalten, zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie, die innerhalb ihrer Klasse einen ähnlichen Kampf ums Dasein als Kampf der freien Konkurrenz, die damals noch ihre Blütezeit vor sich hatte, führte.

Diese von Malthus geschilderten Vorgänge übertrug Darwin auf die Tier- und Pflanzenwelt. „Weil immer mehr Individuen einer Art geboren werden, als am Leben bleiben können, und daraus immer aufs neue ein Kampf, wer bestehen soll, entbrennen muß, versteht es sich, daß ein Wesen, das sich auch nur in einer einzigen Hinsicht zu seinem Vorteil über seine Artgenossen auszeichnet, die meiste Aussicht haben wird, die anderen zu überleben, und also durch die Natur selbst für die Züchtung ausgewählt wird. Und da die Abweichungen vererbt werden, ist dieses auserlesene Individuum die Ursache davon, daß die Rasse in solcher neuen abgeänderten Form bestehen bleibt.“ (Darwin, Entstehung der Arten.)

Analog mit der Zuchtwahl, die ein Gärtner oder Tierzüchter trifft, nannte Darwin diesen Prozeß „natürliche Zuchtwahl“. Wir wissen heute, wie schon Marx und Engels zu ihrer Zeit, daß sowohl Malthus' als auch Darwins Ansicht den Tatsachen nicht entsprach.

Trotzdem maßen die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, wie bereits eingangs erwähnt, den Forschungen Darwins enorme Bedeutung bei. Auch die Entdeckung der einzelnen Wesen wurde besonders von Engels an vielen Stellen seiner naturwissenschaftlichen Veröffentlichungen mit Nachdruck anerkannt und

als einer der bedeutendsten Fortschritte der Menschheit überhaupt bezeichnet. Aber die Schöpfer des dialektischen Materialismus wären selbst keine dialektischen Materialisten gewesen, hätten sie sich mit den Ergebnissen Darwins als mit etwas Abgeschlossenem abgefunden und nicht deren Begrenztheit in ihrer Zeit und die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus derselben eingesehen. 1866 schreibt Marx an Engels unterm 7. August anlässlich der Lektüre von P. Trémaux' „Ursprung und Veränderungen des Menschen und der anderen Lebewesen“ von einem „bedeutenden Fortschritt über Darwin“ hinaus (Marx-Engels, Briefwechsel, Bd. III, M.-E.-Verl.), und im Verlauf der kritischen Korrespondenz über dieses Buch schälen die beiden Freunde als wesentlich bestimmend für die Entstehung der Arten den von Darwin nicht genügend berücksichtigten Einfluß geographischer Umstände heraus, der „nicht allein, aber als Hauptbasis“ (Marx) die Arten differenziert. Marx aber stellt fest, daß das Buch Trémaux' „in der geschichtlichen und politischen Anwendung viel bedeutender und reichhaltiger als Darwin“ sei. Mit diesem Satz wird ausdrücklich ein Manko konstatiert auf Seiten Darwins. Gehen wir mit Hilfe von Marx diesem Manko einmal nach!

In einem Brief von Marx an Engels vom 18. Juni 1862 (Briefw., Bd. III) finden wir folgende Äußerung:

„Mit dem Darwin, den ich wieder angesehen, amüsiert mich, daß er sagt, er wende die „Malthussche“ Theorie auch auf Pflanzen und Tiere an, als ob bei Herrn Malthus der Witz nicht darin bestände, daß sie nicht auf Pflanzen und Tiere, sondern nur auf Menschen . . . angewandt wird, im Gegensatz zu Pflanzen und Tieren. Es ist merkwürdig, wie Darwin unter Bestien und Pflanzen seine englische Gesellschaft mit ihrer Teilung der Arbeit, Konkurrenz, Aufschluß neuer Märkte, „Erfindungen“ und Malthusschem „Kampf ums Dasein“ wiedererkennt. Es ist Hobbes' bellum omnium contra omnes (Krieg aller gegen alle. C. N.), und es erinnert an Hegel in der Phänomenologie, wo die bürgerliche Gesellschaft als „geistiges Tierreich“, während bei Darwin das Tierreich als bürgerliche Gesellschaft figuriert.“ (Sperrungen der beiden letzten Sätze von mir. C. N.)

Diese augenscheinlichen Parallelen zwischen dem Tierreich und der Menschheit in ihrer besonderen kapitalistischen Gesellschaftsordnung waren von Darwin sicherlich nicht in dem Sinne beabsichtigt, den Marx, mit weiterem Blick ihnen unterlegte. Das ist kein Zufall. Darwin, beschränkt auf die Grenzen, die seine Wissenschaft ihm zog, war trotz dem Gezeter, das die Bourgeoisie und ihre Speichellecker gegen ihn erhoben, eben dieser Bourgeoisie und ihrer Ideologie mit allen Fasern seines friedfertigen Lebens im Dürchen Down verwaschen. Er war kein Revolutionär von totalem Ausmaß wie Marx, kein Kämpfer in jenem Sinne persönlicher Opferbereitschaft und fortschrittlicher Klassenorientierung, den Marx und Engels im Dienste des Proletariats adelten, obwohl auch sie, wie Darwin, aus dem bürgerlichen Lager kamen. Darwin war zeitlebens geplagt von allen bösen Geistern der Skrupulosität und fürchtete sich, daß aus seiner Lehre etwa atheistische Konsequenzen gezogen würden, die ihn zum Materialisten stempelten. Er war eben Materialist nur auf dem Gebiet seiner speziellen Forschung und Idealist außerhalb desselben. Als solcher zog er sich speziell in eine agnostizistische Verkapselfung, die in Anlehnung an Kants Ansicht, daß der Glaube nicht zu beweisen sei. u. a. aus folgender Briefstelle vom 5. Juni 1879 ersichtlich wird:

„Wissenschaft hat mit Christus nichts zu tun, ausgenommen insofern, als die Gewöhnung an wissenschaftliche Forschung einen Mann vorsichtig macht, Beweise anzuerkennen. Was mich selbst betrifft, so glaube ich nicht, daß jemals eine Offenbarung stattgefunden hat. In betreff aber eines zukünftigen Lebens

muß jedermann für sich selbst die Entscheidung treffen zwischen widersprechenden unbestimmten Wahrscheinlichkeiten.“

Hieraus spricht, daß Darwin als Privatmensch nicht religionsgläubig war, aber als gesellschaftlicher Mensch, d. h. als Mitglied der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aus Opportunitätsgründen die Religion nicht angriff, wie auch aus einem Brief an Marx hervorgeht, in dem er Marx Widmung des 12. und 13. Kapitels des ersten „Kapital“-Bandes ablehnt: er war Idealist aus, moralisch gesprochen, materiellen Motiven und bietet ein Kennzeichen auch für die ganze heutige bürgerliche Klassenwissenschaft.

Nur eine Parallele gibt es zwischen Darwinismus und Marxismus, die auf Teilgebieten der Wissenschaft sich oft berühren, über diese Teilgebiete hinaus. Engels hat sie aufgezeigt in seiner Rede am Grabe von Marx:

„Wie Darwin das Evolutionsgesetz der organischen Natur entdeckt hat, so hat Marx das Entwicklungsgesetz der Menschheitsgeschichte entdeckt“, eben den dialektischen Materialismus.

Außerhalb dieser Feststellung aber trennen sich die Wege von Darwinismus und Marxismus wie die Wege von Bourgeoisie und Proletariat.

„Darwin wußte nicht, welch bötere Satire er auf die Menschen und besonders auf seine Landsleute schrieb, als er nachwies, daß die freie Konkurrenz, der Kampf ums Dasein, den die Ökonomen als höchste geschichtliche Errungenschaft feiern, der Normalzustand des *Tierreichs* ist. Erst eine bewußte Organisation der gesellschaftlichen Produktion, in der planmäßig produziert und verteilt wird, kann die Menschheit ebenso in gesellschaftlicher Beziehung aus der übrigen Tierwelt herausheben, wie dies die Produktion überhaupt für die Menschen in spezifischer Beziehung getan hat.“ (Engels, Alte Einleitung zur „Naturdialektik“, 1880, M.-E.-Archiv, Bd. II, S. 252.)

Was für den Kapitalismus der freien Konkurrenz galt, gilt in verstärkter Form für seine Verfallsform, den heutigen Imperialismus, der fünf Sechstel der Erde noch beherrscht, während auf einem Sechstel bereits der Weg beschritten ist, der die Menschheit auch „in gesellschaftlicher Beziehung aus der übrigen Tierwelt erhebt“, in der Sowjetunion.

Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen geneigt sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die Lösung der Aufgaben selbst kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern durch alle Formen des Klassenkampfes, bis hinauf zum Bürgerkrieg.

Die Beteiligung der Partei des revolutionären Proletariats an dem bürgerlichen Parlamentarismus ist notwendig zur Aufklärung der Massen, die durch Wahlen und den Kampf der Parteien im Parlament erzielt wird. Jedoch den Klassenkampf auf einen Kampf innerhalb des Parlaments beschränken oder einen derartigen Kampf als höchsten, entscheidenden, sich alle anderen Formen unterordnenden betrachten, hieße tatsächlich zur Bourgeoisie übergehen gegen das Proletariat.

Lenin (Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats. S. 22/23.)

Zu den Frühlings- und Sommerplänen der Berliner Masch.

Von Johann Schmidt

Bis zum Sommer 1931 hat die Arbeit der Berliner Marxistischen Arbeiterschule in den Monaten Juni bis September geruht, abgesehen von ein bis zwei Wochenendkursen und Achtageschulen. Im Sommer 1931 wurde zum erstenmal seit dem Bestehen der Schule ein besonderer Sommerlehrplan ausgearbeitet. Allerdings war auch dieser Lehrplan recht bescheiden; er enthielt neben einigen Wochenendkursen und Achtageschulen nur eine Dampfer-Schulungsfahrt am Wochenende und einige russische Sprachkurse. Der ausnahmslos gute Besuch all dieser Sommerveranstaltungen hat die Schulleitung zu dem Beschluß veranlaßt, in den Monaten Juni bis September des Jahres 1932 nicht nur einige der warmen Witterung angepaßte Schulungsveranstaltungen — also Wochenend- und Achtageschulen — durchzuführen, sondern im Jahre 1932 zum ununterbrochenen normalen Schulbetrieb überzugehen. Das brachte selbstverständlich eine völlige Neueinteilung des Schuljahres mit sich. Beginnend vom Herbst 1931, wurde das Schuljahr in vier gleiche Quartale eingeteilt; das erste Quartal läuft von Oktober bis Dezember, das zweite von Januar bis März, das dritte von April bis Juni, das vierte von Juli bis September.

Als die Berliner Masch im April dieses Jahres mit einem Lehrplan herauskam, der etwa 250 Kurse umfaßte, haben uns viele ein klägliches Fiasko prophezeit. Es handelte sich ja, im Vergleich mit dem vergangenen Frühling, um eine Erweiterung des Lehrplanes um fast das Hundertfache. Die Skeptiker sagten, daß die warmen Monate für die Schulungsarbeit nicht geeignet seien und berieten sich darauf, daß die proletarischen Massenorganisationen in den Monaten Juni bis September ihre Schulungsarbeit auf wenige im Freien abgehaltene Schulen beschränken. Wir vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß es sich hier um ein Vorurteil handelt, und daß gerade wir als proletarische Hochschule dazu berufen sind, dieses Vorurteil zu durchbrechen. Wir konnten uns darauf berufen, daß bereits im Jahre 1931 von vielen Hörern der Wunsch nach Durchführung von Sommerkursen in der Stadt geäußert worden war. Hinzu kam noch, daß es durch den ständigen Abbau der Löhne und Unterstützungen den meisten Hörern der Schule unmöglich geworden ist, die Spesen für Reise und Übernachtung aufzubringen, die bei außerhalb des Wohnortes stattfindenden Wochenendkursen und insbesondere bei Achtageschulen unvermeidlich sind.

Die Ergebnisse des Frühlingsquartals haben uns recht gegeben. Wenn auch manche Kurse im Mai und Juni eine etwas geringere Teilnehmerzahl aufwiesen als in den Wintermonaten, so waren Dutzende von Kursen ebenso gut, einige sogar besser besucht als im Winter. Als Beispiel möchten wir erwähnen, daß der marxistische Grundkurs unserer Zentralschule, für den wir im Frühlingsquartal mit einer Besucherzahl von etwa 150 gerechnet hatten, von über 270 Hörern besucht worden ist, so daß der Kursus in einen Saal außerhalb des Schullokals verlegt werden mußte. Auch unser zentraler Grundkurs über dialektischen Materialismus hatte über 130 Teilnehmer, also die gleiche Anzahl wie im Winterquartal. Es verdient noch erwähnt zu werden, daß manche Arbeitsgemeinschaft für Fortgeschrittene einen besseren Besuch aufzuweisen hatte als in den Monaten Oktober bis März. Gewiß waren auch einige Kurse, insbesondere in den Bezirksfilialen, viel schwächer besetzt als im Winter. Es hat

sich jedoch bei näherer Untersuchung erwiesen, daß der Grund für den schlechteren Besuch fast in allen Fällen nicht die warme Jahreszeit war, sondern mangelhafte Propagandaarbeit; ein Beweis dafür ist u. a. auch die Tatsache, daß in denjenigen Berliner Bezirksschulen, wo die Technischen Leiter einen Stab von Propagandisten um sich scharen konnten, die Besucherzahlen durchgehend besser als im Winter waren. Zusammenfassend können wir also sagen, daß es uns gelungen ist, das Vorurteil von der Ungeeignetheit der warmen Monate für die Schulungsarbeit zu durchbrechen.

Auf Grund dieser Erfahrungen haben wir das in diesen Tagen beginnende Sommerquartal aufgebaut. Auch für die Monate Juli bis September wurden fast 200 Stadtkurse angesetzt; wenn man jene Kurse hinzurechnet, die wir laufend für andere Organisationen veranstalten, ergibt sich eine erheblich höhere Zahl. Nicht nur Anfängerkurse finden im Sommer statt, sondern auch Kurse und Arbeitsgemeinschaften für Fortgeschrittene. Auf die Lehrerschulen und Lehrer-Fortbildungsschulen werden wir im Sommer sogar viel stärkeres Gewicht legen als in den Winter- und Frühlingsmonaten, da wir für das Schuljahr 1932/33 unseren Arbeitsplan ganz wesentlich erweitern wollen, wozu selbstverständlich viele neue Lehrkräfte notwendig sind.

Aber auch auf dem Gebiet der speziellen Sommerarbeit hat der Lehrplan unserer Berliner Zentralschule im Vergleich mit dem Sommer 1931 eine wesentliche Bereicherung erfahren, nicht nur quantitativ, indem die Zahl der Wochenendkurse und Achttageschulen gewachsen ist, sondern auch durch Einführung

Maschhörer! „Marxist“-Leser!

Die Marxistische Arbeiterschule Groß-Berlin veranstaltet im Rahmen ihres reichhaltigen Sommerlehrplanes unter anderem folgende

Dampferschulungsfahrten

Dampferschulungsfahrt der Masch am Sonnabend, dem 13. August. Abfahrt 16½ Uhr am Märkischen Ufer (Waisenbrücke) in der Nähe des zentralen Schullokal. — Rückkunft in Berlin 0,30 Uhr.

Dampferschulungsfahrt der Masch am Sonnabend, dem 17. September. Abfahrt und Rückkunft wie oben.

Auf allen Dampferschulungsfahrten finden während der Fahrt und am Landungsort Vorträge und künstlerische Darbietungen statt.

Gebühren (Preis für Vorträge, Darbietungen und Fahrt): für Vollarbeiter 1,20 M., für Kurzarbeiter und Erwerbslose 0,90 M.

Es werden weitere Dampferschulungsfahrten geplant und zwar: Eine Dreitägigeschulungsfahrt an die Ostsee, Preis inkl. Uebernachtung, ohne Verpflegung, 9 Mark. Eine Fünftageschulungsfahrt nach der Nordsee, Preis inkl. Uebernachtung, ohne Verpflegung, 18 Mark.

Anmeldungen und Auskunft im zentralen Schullokal, Schicklerstraße 6 sowie bei allen Bezirksschulfunktionären.

neuer Schulungsformen, die in der Masch bisher nicht angewendet wurden. So veranstalten wir in diesem Sommer das erstmalig Dreitägigeschulen über Einzelgebiete des Marxismus-Leninismus für Teilnehmer, die sich nicht für acht Tage freimachen können, denen jedoch eine bloß skizzenhafte Behandlung der Themen wie sie in den sieben, acht Unterrichtsstunden eines Wochenendkurses unvermeidlich ist, nicht genügt. Besonders geeignet sind diese Dreitägigeschulen für Kurzarbeiter. Für Hörer, die sich mit den Grundfragen des Marxismus-Leninismus besonders gründlich beschäftigen wollen, haben wir zum erstenmal seit Bestehen der Masch neben den Achttag- auch Vierzehntageschulen eingeführt, wozu noch zu bemerken ist, daß die besonderen Achttageschulen für Fortgeschrittene den Absolventen aller Anfängerschulen die Möglichkeit geben, ihre dort gewonnenen Kenntnisse weiter zu vertiefen.

Im Gegensatz zum vergangenen Sommer, wo alle Wochenendkurse und Achttageschulen außerhalb Berlins abgehalten wurden, veranstalten wir diesmal Acht- und Vierzehntageschulen auch in unserem zentralen Schullokal. Diese Acht- und Vierzehntageschulen in Berlin haben für die Hörer den großen Vorteil, daß hierbei nicht nur die Reise- und Uebernachtungsspesen, sondern auch die Mehrausgaben für Verpflegung, die mit einer außerhalb des Wohnorts stattfindenden Schule ja immer verbunden sind, wegfallen, da die Unterrichtsstunden so angeordnet werden, daß jeder Teilnehmer sich zu Hause beköstigen kann.

Auch die Wochenend-Dampferschulungsfahrten der Berliner Masch wurden in diesem Sommer weiter ausgebaut. Der gute Erfolg der ersten Dampferschulungsfahrt im Sommer 1931 hat uns nicht nur veranlaßt, für diesen Sommer eine ganze Anzahl solcher Fahrten anzusetzen, sondern wir veranstalten diesmal auch drei- und fünftägige Dampferschulungsfahrten nach der Ostsee und nach der Nordsee. Bei diesen Dampferschulungsfahrten, für die schon viele Voranmeldungen vorliegen, werden täglich sechs Stunden Unterricht über die Grundprobleme des Marxismus-Leninismus und über aktuelle Fragen durchgeführt. Die Teilnehmer der Dampferschulungsfahrt nach der Ostsee werden in Stettin mit den Hörern der Stettiner Masch, und die Teilnehmer der Nordseefahrt in Hamburg mit den Hörern der Hamburger Masch eine gemeinsame Kundgebung veranstalten.

Wie aus obigem hervorgeht, haben wir uns in Berlin für den Sommer recht viel vorgenommen. Auch manche unserer Schulen im Reich haben nach dem Beispiel der Berliner Zentralschule wesentlich erweiterte Sommerlehrpläne aufgestellt. Doch mit der Erweiterung der Lehrpläne ist selbstverständlich noch nicht alles getan, auch die Hörerwerbung muß vervielfacht werden, damit die zahlreichen Kurse und Schulen einen guten Besuch aufweisen. Erst wenn wir in der Lage sein werden, über gute Besucherzahlen zu berichten, werden wir das Recht haben, von einem Erfolg unserer Sommerpläne zu sprechen. Wir zweifeln aber nicht daran, daß wir das gesteckte Ziel erreichen werden und daß es uns gelingen wird, neue Tausende von Hörern in die Grundlehren des Marxismus-Leninismus einzuführen.



Ohne Kampf und Arbeit ist die kommunistische Buchweisheit aus den kommunistischen Büchern und Broschüren keinen Deut wert. Sie setzt nur die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis fort. Jene Kluft, die einen der abscheulichsten Züge der absterbenden kapitalistischen Ordnung darstellt.

Lenin, Rede an die Jugend.

Aus dem Sommerlehrplan der Berliner Masch.

Vierzehntageschulen

Vierzehntageschule über die Grundlehren des Marxismus
außerhalb Berlins vom 10. bis 25. September.

Letzte Anmeldefrist: Donnerstag, den 8. September.

Vorbesprechung: Freitag, den 9. September, 19 Uhr, im
zentralen Schulbüro.

Arbeitsplan: Täglich 5 Stunden Unterricht, 2 Stunden
Arbeitsgemeinschaft.

Hörggebühren für die Vierzehntageschule in Berlin: für Voll-
arbeiter 8 Mark, für Kurzarbeiter und Erwerbslose gegen Aus-
weis 5 Mark; für die Vierzehntageschule außerhalb Berlins: für
Vollarbeiter 10 Mark, für Kurzarbeiter und Erwerbslose gegen
Ausweis 7 Mark. Uebernachtung pro Tag 50 Pfennig, Verpflegung
pro Tag 1 40 Mark. Von Teilnehmern, die sich selbst verpflegen
und sich Zelte mitbringen, werden nur die Hörggebühren erhoben.

Wochenendkurse

Wochenendkurs über die Grundlehren des Marxismus.
8 Sonnabende und Sonntage. Beginn am 6./7. August.

Lehrplan:

- I. Teil: 1. Die ökonomischen Grundlagen des Marxismus.
2. Die Staats-, Klassen- und Geschichtstheorie des
Marxismus.
3. Die Weltanschauung des Marxismus.
- II. Teil: 4. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
5. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion.
6. Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung.
7. Wesen und Rolle des Reformismus.
8. Wesen und Rolle des Faschismus.

Letzte Anmeldefrist: Donnerstag, 4. August.

Vorbesprechung: Freitag, 5. August, 19 Uhr, im zentralen
Schulbüro. Da alle näheren Einzelheiten in der Vorbesprechung
vereinbart werden, ist es unbedingt notwendig, daß alle Inter-
essenten daran teilnehmen.

